

Bericht

Hannover, den 07.08.2017

Enquetekommission
Verrat an der Freiheit -
Machenschaften der Stasi in
Niedersachsen aufarbeiten“

Enquetekommission „Verrat an der Freiheit - Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/2172

Beschlussempfehlung des Ältestenrats - Drs. 17/2903

Änderungsantrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - 17/2921

Unterrichtung - Drs. 17/2963

Berichterstatlerin: Dr. Silke Lesemann (SPD)

Zu dem ihr durch Beschluss des Landtages in der 57. Sitzung am 18.02.2015 übertragenen Auftrag legt die Enquetekommission „Verrat an der Freiheit - Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“ den **anliegenden Bericht** vor.

Dr. Silke Lesemann

Vorsitzende

Abschlussbericht der Enquetekommission „Verrat an der Freiheit - Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“

Inhalt

| | |
|--|-----|
| 1. Band I: „Ergebnisse der Enquetekommission „Verrat an der Freiheit - Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“ des Niedersächsischen Landtages“ | 2 |
| 1.1. Vorwort | 2 |
| 1.2. Einleitung | 3 |
| 1.3. Antrag auf Einsetzung der Enquetekommission „Verrat an der Freiheit - Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“ (Drs. 17/2921) | 8 |
| 1.4. Einsetzungsbeschluss (Drs. 17/2963) | 10 |
| 1.5. Abfassung von Stellungnahmen zu den 9 Themenfeldern | 12 |
| 1.5.1. Ziele des MfS in Niedersachsen | 12 |
| 1.5.2. Methoden des MfS zum Erreichen seiner Ziele | 19 |
| 1.5.3. Verfolgung von Regimegegnern und anderen Personen in Niedersachsen durch das MfS | 24 |
| 1.5.4. Unterwanderung von Behörden, Parteien und Unternehmen in Niedersachsen durch das MfS | 28 |
| 1.5.5. Desinformation der Öffentlichkeit durch das MfS | 52 |
| 1.5.6. Unterstützung und Lenkung von extremistischen Bewegungen und anderen politischen Bewegungen in Niedersachsen durch das MfS | 52 |
| 1.5.7. Vorbereitung von Sabotagehandlungen und Auskundschaften von Zielen für den Kriegsfall durch das MfS | 54 |
| 1.5.8. Opfer des MfS in Niedersachsen anerkennen und gegebenenfalls Fragen der Entschädigung klären | 59 |
| 1.5.9. Täter identifizieren und deren Motivationen offen legen und gegebenenfalls eine Strafverfolgung vorbereiten | 63 |
| 1.6. Niederschrift: 1. Opferanhörung am 25. April 2016 | 63 |
| 1.7. Niederschrift: 2. Opferanhörung am 31. Mai 2016 | 98 |
| 1.8. Niederschrift: Bericht Prof. Wernstedt am 19. September 2016 | 121 |
| 1.9. Erarbeitung von Empfehlungen | 137 |

| | | |
|-------|--|-----|
| 1.9.1 | Vorwort zu den Empfehlungen..... | 137 |
| 1.9.2 | Empfehlungen der Enquetekommission für den Niedersächsischen Landtag, den Deutschen Bundestag, den Bundesrat und andere öffentliche und nichtöffentliche Stellen..... | 137 |
| 1.9.3 | Schule und Erinnerungskultur, Forschung und Lehre | 139 |
| 1.9.4 | Empfehlung zur Beauftragung einer Untersuchung | 141 |
| 1.9.5 | Empfehlungen für ein Verbundprojekt „Stasi in Niedersachsen“ | 141 |
| 1.9.6 | Drs. 17/7492 - Erinnerung und Gedenken wahren - Stasi-Unterlagen als nationales Kulturgut sichern und zugänglich machen | 143 |
| 2. | Band II: „Tagungsband des Symposiums der Enquetekommission „Verrat an der Freiheit - Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“ des Niedersächsischen Landtages am 8. und 9. April 2016..... | 144 |
| 2.1. | Vorwort..... | 144 |
| 2.2. | Tagungsband Symposium am 08. und 09.04.2016 (11. und 12. EKS-Sitzung)..... | 145 |
| 2.3. | Presse- und Medienauswertung, Reaktion der Presse auf die EKS-Arbeit | 145 |
| 3. | Band III: „Findbuch der Enquetekommission „Verrat an der Freiheit - Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“ des Niedersächsischen Landtages“..... | 145 |
| 3.1. | Vorwort..... | 145 |
| 3.2. | Findbuch..... | 146 |

1. Band I: „Ergebnisse der Enquetekommission „Verrat an der Freiheit - Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“ des Niedersächsischen Landtages“

1.1. Vorwort

Einen bundesweit bisher singulären Schritt beschloss der Niedersächsische Landtag im Februar 2015. Mit den Stimmen aller Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis90/ Die Grünen und der FDP wurde die Einsetzung einer 17-köpfigen Enquetekommission „Verrat an der Freiheit – Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“ verabschiedet.

Zeitlich begrenzt ist die Arbeit der Enquetekommission bis zum Frühjahr 2017. Mit Abschluss der Arbeit der Enquetekommission werden diese Arbeitsergebnisse nun in drei Bänden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Der hier vorgelegte erste Band hat vor allem den Charakter einer Dokumentation der Kommissionsarbeit; neben dem Einsetzungsbeschluss finden sich Niederschriften

einzelner Kommissionssitzungen, in denen Anhörungen von SED-Opfern und persönliche Erfahrungen mit politischer Überwachung im Mittelpunkt stehen.

Inhaltlich abgerundet wird der Band durch Stellungnahmen zu den neun Themenfeldern, die im Beschluss zur Einrichtung der Enquetekommission deren thematische Zielrichtung beschreiben. Dank gilt allen Beteiligten für das Zustandekommen dieses Bandes. Besonders hervorgehoben werden muss aber die Bereitschaft von Angehörten und Gästen der Kommission für ihre bemerkenswerte Offenheit auch über persönlich schwierige und teilweise traumatisierende Erlebnisse zu sprechen. Die externen Sachverständigen der Kommission, die Landtagsabgeordneten, aber vor allem der zuständige Ausschuss-Referent, Niclas Gutzler, sowie Dr. Gesa Kresse vom stenografischen Dienst umschließt dieser Dank ausdrücklich. Die redaktionelle Bearbeitung der Publikationen wurde dankenswerterweise von Göran Hachmeister, M.A. vorgenommen.

Für alle Beteiligten ist die Arbeit in einer Enquetekommission eine besondere Erfahrung gewesen, zumal sich hier die unterschiedlichen Denk- und Herangehensweisen von Wissenschaft und Politik begegneten und zu einem gemeinsamen Ergebnis gelangten.

Dr. Silke Lesemann

Vorsitzende der Enquetekommission „Verrat an der Freiheit - Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“

1.2. Einleitung

Im Februar 2015 beschloss der Niedersächsische Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis90/ Die Grünen und der FDP die Einsetzung einer 17-köpfigen Enquetekommission „Verrat an der Freiheit – Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“. Diesem Einsetzungsbeschluss vorausgegangen war ein Antrag der CDU-Fraktion vom 15.10.2014 auf Einrichtung einer Enquetekommission zu diesem Themenkomplex.¹

Im Mittelpunkt steht ein brisantes und noch immer nicht umfassend aufgearbeitetes Thema unserer jüngeren Geschichte: die Arbeit des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in Niedersachsen. Dass dieses Thema mehr als 25 Jahre nach Ende der DDR in das öffentliche Interesse geriet, ist der akribischen Arbeit der NDR-Redakteure Angelika Henkel (Fernsehen) und Stefan Schölermann (Rundfunk) zu verdanken, die in mehrteiligen Fernseh- und Rundfunkreportagen hierzu berichteten.

Durch die Aktivitäten des MfS sind auch in Niedersachsen zahlreiche Menschen bespitzelt oder anderweitig geschädigt worden. Die Staatssicherheit der DDR verfügte zwischen Harz und Nord-

1 Niedersächsischer Landtag, Drucksache 17/2172.

see über ein dichtes Netz von sogenannten Inoffiziellen Mitarbeitern (IM), die in niedersächsischen Landeseinrichtungen und Unternehmen spionierten. Die Bespitzelung studentischer Milieus, aber auch der politischen Parteienlandschaft war bis Ende der 1980er Jahre Gang und Gäbe. Im vor den Toren Hannovers gelegenen Garbsen unterhielt die Stasi mit der „Residentur Mitte“ ein besonders dichtes Spitzel-Netzwerk, das geheimste Militärunterlagen in die DDR schleuste.

In Niedersachsen gab es sowohl Opfer als auch Täter von der Staatssicherheit. Zur Aufarbeitung des damit verbundenen Unrechts sollte nicht nur auf den Ursprung des MfS in den östlichen Bundesländern geschaut werden, sondern die historische Auseinandersetzung auch in Niedersachsen erfolgen, solange es noch Zeitzeugen gibt. Vor diesem Hintergrund war eine überfraktionelle Einigung für die Einsetzung einer Enquetekommission sinnvoll.

Inhaltlich sollen folgende Themenfelder bearbeitet werden:

1. Ziele des MfS in Niedersachsen,
2. Methoden des MfS zum Erreichen seiner Ziele,
3. Verfolgung von Regimegegnern und anderen Personen in Niedersachsen durch das MfS,
4. Unterwanderung von Behörden, Parteien und Unternehmen in Niedersachsen durch das MfS,
5. Desinformation der Öffentlichkeit durch das MfS,
6. Unterstützung und Lenkung von extremistischen Bewegungen und anderen politischen Bewegungen in Niedersachsen durch das MfS,
7. Vorbereitung von Sabotagehandlungen und Auskundschaften von Zielen für den Kriegsfall durch das MfS,
8. Opfer des MfS in Niedersachsen anerkennen und gegebenenfalls Fragen der Entschädigung klären,
9. Täter identifizieren und deren Motivationen offen legen und gegebenenfalls eine Strafverfolgung vorbereiten.

Seit Bestehen des Niedersächsischen Landtages ist dies erst die vierte Enquetekommission. Es handelt sich um eine parlamentarische Besonderheit. Eine Enquetekommission ist weder ein Landtagsausschuss noch ein Untersuchungsausschuss im Sinne der Niedersächsischen Verfassung. Üblicherweise dient die Arbeit der Landtagsausschüsse der Kontrolle der Regierungsarbeit. Die Stoßrichtung einer Enquetekommission ist anders gelagert: Im Fokus stehen hier die eigenständige Aufarbeitung und Bewertung von komplexen Sachverhalten sowie die Unterbreitung von Vorschlägen, die für weitere Beschlüsse des Landtages von Bedeutung sind. Eine Enquete ist etwas anderes als ein regulärer parlamentarischer Ausschuss, in denen häufig eher das Trennende als gemeinsame Überlegungen und Ergebnisse betont werden.

Wie andere Landtagsausschüsse auch, tagt die Enquetekommission öffentlich. Sie kann die Expertise von Sachverständigen hinzuziehen und den erwähnten Zeitzeugen ein Forum bieten, um sich einzubringen und Dinge zu erklären.

Die Kommission umfasst 17 Mitglieder, und zwar elf Mitglieder des Landtages und sechs Sachverständige, die nicht Abgeordnete sind. Von den Abgeordneten gehören vier der CDU-Fraktion an, sechs der Zählgemeinschaft der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie einer der Fraktion der FDP.

Zur Vorsitzenden der Kommission wurde Dr. Silke Lesemann (SPD) bestimmt, Heidemarie Mundlos (CDU) als ihre Stellvertreterin.

Aus den Reihen der Mitglieder des Landtages wurden berufen:

- Regina Asendorf (Bündnis 90/Die Grünen)
- Almuth von Below-Neufeldt (FDP)
- Rainer Fredermann (CDU)
- Hans-Dieter Haase (SPD)
- Karl Heinz Hausmann (SPD)
- Michael Höntsch (SPD) - ab 29.11.2016
- Sebastian Lechner (CDU)
- Volker Meyer (CDU)
- Maximilian Schmidt (SPD)
- Petra Tiemann (SPD) - bis 29.11.2016

Als externe Sachverständige, die gleichberechtigt und mit vollem Stimmrecht in dieser Landtagskommission mitarbeiten, wurden fraktionsübergreifend berufen:

- Hartmut Büttner, Garbsen (MdB 1990 - 2005)
- Dr. Hans-Jürgen Grasemann, Braunschweig (Oberstaatsanwalt a.D., Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter), † 01.11.2016
- Prof. Dr. Daniela Münkel, Berlin (Projektleiterin BStU)
- Prof. Dr. Samuel Salzborn, Göttingen (Georg-August-Universität Göttingen, Institut für Politikwissenschaft)
- Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann, Hannover (Leibniz Universität Hannover, Direktor des Instituts für Didaktik der Demokratie)
- Silke Stokar von Neuforn, Hannover (MdL 1994 – 2002, MdB 2002 - 2009)

Bei den Sachverständigen handelt es sich zum einen um einschlägig profilierte Wissenschaftler, wie z.B. Prof. Daniela Münkel von der BStU, Prof. Detlef Schmiechen-Ackermann von der Leibniz-

Universität Hannover oder Prof. Samuel Salzborn von der Georg-August-Universität Göttingen. Unter ihnen war auch der zwischenzeitlich verstorbene Dr. Hans-Jürgen Grasemann, der über einige Jahre stellvertretender Leiter der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter war. Mit Silke Stokar und Hartmut Büttner wurden zwei ehemalige Bundestagsabgeordnete Mitglied des Gremiums, die in unterschiedlichen Kommissionen und Gremien zum Thema Stasi und Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit gearbeitet haben.

Nicht nur durch die Berufung von Externen unterscheidet sich die Kommission von den üblichen Landtagsausschüssen. Da die Enquete kein Untersuchungsausschuss ist, gibt es weder Minderheitenrechte noch ein Recht auf Amtshilfe. Grundsatz der Kommissionsarbeit ist vielmehr, dass die Informationszulieferung durch die Landesregierung und Dritte auf freiwilliger Basis erfolgt. Im Gegensatz zu Anhörungen von Personen in Landtagsausschüssen, sind sie jedoch nicht verpflichtet zu erscheinen, umfassende Auskunft zu erteilen oder bestimmte Fragen zu beantworten. Sie werden als Sachverständige gehört.

Was den Schutz der Persönlichkeitsrechte der Betroffenen bei Anhörungen angeht, so ist in erster Linie der Landtag selbst für die Gewährleistung dieses Schutzes verantwortlich. Die Sitzungen unter Anwendung der Geschäftsordnung des Landtages können also für vertraulich erklärt werden.

Die Enquetekommission zur Aufarbeitung der Stasi-Aktivitäten in Niedersachsen betritt Neuland – sie ist die erste Kommission dieser Art in den „alten“ Bundesländern. Dies betrifft sowohl die inhaltlich-thematischen Aspekte als auch die Art und Weise der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Politik mit ihren jeweils ganz unterschiedlich gewachsenen Diskussions- und Diskurskulturen. Doch nicht nur hierin lag von Anfang an auch ein gewisser Reiz. Eine systematische Aufarbeitung über das Wirken der Staatssicherheitsorgane der DDR in Niedersachsen gibt es bisher noch nicht. Dies gilt nicht nur mit Blick auf Niedersachsen, sondern auch für die übrigen westdeutschen Bundesländer. Sie kann deshalb eine Vorreiterfunktion einnehmen, auch im Sinne der politischen Aufarbeitung der gemeinsamen deutsch-deutschen Geschichte. Damit ist auch eine wesentliche Herausforderung für die Kommission beschrieben.

Mit dem Beschluss zur Einsetzung der Enquetekommission wurde gleichzeitig auch deren zeitliche Begrenzung auf das Frühjahr 2017 festgelegt. Um in diesem begrenzten Zeitraum zu vorzeigbaren Arbeitsergebnissen zu kommen, wurde zur Bearbeitung der im Einsetzungsbeschluss definierten Themen ein mehrstufiges Verfahren festgelegt.

Hierzu gehören:

1. Die Erstellung eines kommentierten Findbuches zur Dokumentation der archivalischen Bestände zu den Themenfeldern des Einsatzauftrages. Zwischenzeitlich wurde hiermit Dr. Elke Kimmel als Bearbeiterin beauftragt.
2. Die Durchführung eines Wissenschaftlichen Symposiums im April 2016 und Vorbereitung eines Tagungsbandes.
3. Gespräche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen in der Enquetekommission und Vorbereitung einer Dokumentation.

Mit Abschluss der Arbeit der Enquetekommission werden diese Arbeitsergebnisse nun in einer dreibändigen Publikation vorgelegt. Diese soll gleichzeitig auch Basis für die weitere wissenschaftliche Bearbeitung des Themas sein. Die redaktionelle Bearbeitung der Publikationen wurde dankenswerterweise von Göran Hachmeister M.A. vorgenommen.

Die historische-fachliche Aufarbeitung ist das eine. Sie hätte zwischen zwei Buchdeckeln Platz. Das Interesse der Enquetekommission geht darüber hinaus. Die Aufarbeitung von Stasi-Unrecht braucht öffentliche Aufmerksamkeit. Und das kann mit dieser Kommission gelingen. Am Ende muss es aber auch darum gehen, wie Vermittlungsarbeit geleistet werden kann, wie die Öffentlichkeit, wie vor allem junge Menschen über das Thema informiert werden.

Die Enquetekommission will ein nicht zur Genüge aufgearbeitetes Kapitel der jüngeren deutschen Geschichte aufarbeiten und diese Arbeit mit einer Mahnung verbinden: Demokratie ist das Grundprinzip der Gesellschaft, in der wir leben. Demokratie ist aber keine Selbstverständlichkeit. Sie muss immer wieder aufs Neue erkämpft werden. Mechanismen, Methoden und Ausmaß staatlicher Unterdrückung aufzuarbeiten ist auch ein Beitrag dazu, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Zukunft zu stärken.

Dr. Silke Lesemann

Vorsitzende der Enquetekommission „Verrat an der Freiheit - Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“

1.3. Antrag auf Einsetzung der Enquetekommission „Verrat an der Freiheit - Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“ (Drs. 17/2921)

Niedersächsischer Landtag – 17. Wahlperiode

Drucksache 17/2921

Änderungsantrag (zu Drs. 17/2172 und 17/2903)

Fraktion der CDU
Fraktion der SPD
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Fraktion der FDP

Hannover, den 16.02.2015

Einsetzung einer Enquetekommission „Verrat an der Freiheit - Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/2172

Beschlussempfehlung des Ältestenrats - Drs. 17/2903

Der Landtag wolle den Antrag in folgender Fassung beschließen:

EntschlieÙung

Der Landtag setzt gemäß § 18 a seiner Geschäftsordnung (GO LT) eine Enquetekommission ein, die die Handlungen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) in Niedersachsen aufarbeiten soll.

Die Kommission befasst sich insbesondere mit folgenden Themenfeldern:

1. Ziele des MfS in Niedersachsen,
2. Methoden des MfS zum Erreichen seiner Ziele,
3. Verfolgung von Regimegegnern und anderen Personen in Niedersachsen durch das MfS,
4. Unterwanderung von Behörden, Parteien und Unternehmen in Niedersachsen durch das MfS,
5. Desinformation der Öffentlichkeit durch das MfS,
6. Unterstützung und Lenkung von extremistischen Bewegungen und anderen politischen Bewegungen in Niedersachsen durch das MfS,
7. Vorbereitung von Sabotagehandlungen und Auskundschaften von Zielen für den Kriegsfall durch das MfS,
8. Opfer des MfS in Niedersachsen anerkennen und gegebenenfalls Fragen der Entschädigung klären,
9. Täter identifizieren und deren Motivationen offen legen und gegebenenfalls eine Strafverfolgung vorbereiten.

Der Kommission gehören 17 Mitglieder an, und zwar elf Mitglieder des Landtages und sechs Sachverständige, die nicht Abgeordnete sind. Von den Abgeordneten werden vier von der CDU-Fraktion, sechs von der Zählgemeinschaft der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und einer von der Fraktion der FDP benannt. Die Sachverständigen werden im Einvernehmen der Fraktionen benannt; andernfalls gilt § 18 a Abs. 2 Satz 3 GO LT.

Im Übrigen gelten die Vorschriften der Geschäftsordnung für die Ausschüsse des Landtages sinngemäß.

Die Kommission kann zur Unterstützung ihrer Arbeit öffentliche, nichtöffentliche und vertrauliche Anhörungen mit Sachverständigen durchführen.

Die Kommission soll ihre Arbeit nach Möglichkeit bis zum 31.03.2017 abschließen.

Begründung

Das MfS sorgte als „Schild und Schwert der Partei“ für den Fortbestand des sozialistischen Unrechtsregimes der DDR. Mit zuletzt mehr als 90 000 hauptamtlichen Mitarbeitern wurden die Menschen im östlichen Deutschland unterdrückt. Das MfS war jedoch nicht nur ein Instrument der Unterdrückung demokratischer Bewegungen in der DDR, sondern hatte auch einen Kampfauftrag gegen den „Klassenfeind“ in der damaligen Bundesrepublik.

Diesen Kampfauftrag erfüllte die sogenannte Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) des MfS auch in Niedersachsen. Der NDR berichtete in einer bemerkenswerten Reihe in „Hallo Niedersachsen“ im September 2014 über das Netz der HV A in Niedersachsen. So sollen über 200 Menschen in Niedersachsen in den Diensten der HV A gestanden haben. Ziele waren hierbei Behörden, Unternehmen und Parteien. So war z. B. die Spionageabwehr des niedersächsischen Verfassungsschutzes durch zwei Spione des HV A praktisch wirkungslos.

Die Überwachung von Telekommunikationsverbindungen gehörte ebenfalls zu den Aufgaben der Stasi in Niedersachsen.

Zu den Zielen der HV A in der Bundesrepublik gehörte es, in enger Kooperation mit dem russischen KGB „Desinformation“ und „psychologische Kriegsführung“ durch „aktive Maßnahmen“ zu betreiben. Dazu wurden „Feinde“ entlarvt, kompromittiert, sollten desorganisiert und zersetzt werden, wie eine Studie des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR festhält. Dieser Studie ist auch zu entnehmen, dass die HV A auch wissenschaftliche Einrichtungen, wie das Institut für Chemie der Universität Braunschweig oder die Bundesanstalt für Geologie und Rohstoffe in Hannover ins Visier nahm. Ausspioniert wurden auch Objekte der Zivilverteidigung Niedersachsens wie das Technische Hilfswerk, aber auch Freileitungsmeister aus Hannover, Straßenbauangestellte aus Braunschweig und Bauaufseher in Uelzen.

Hauptobjekte waren in Niedersachsen außerdem die Landesverbände von CDU und SPD und das Innenministerium.

Das MfS betrieb mit der „Gruppe Ralf Forster“ eine geheime Militärorganisation, die der von der SED gesteuerten und finanzierten Deutschen Kommunistischen Partei angegliedert war. Die HV A unterwanderte auch die Friedens- und Umweltbewegung und versuchte, die politische Auseinandersetzung zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Auch diese Bewegungen wurden somit Zielobjekte des MfS.

Durch die Tätigkeit des MfS sind auch in Niedersachsen zahlreiche Menschen Opfer von Bespitzelung, Rufmord oder möglicherweise Mord geworden. Das MfS entführte Regimegegner aus dem Westen oder hat diese sogar in der Bundesrepublik ermorden lassen. Diese Menschen müssen als Opfer anerkannt werden und, sofern noch nicht geschehen, angemessen entschädigt werden. Ihre Opfer dürfen nicht vergessen werden.

Obwohl einiges über das Handeln der HV A in Niedersachsen bekannt ist, fehlt eine vollständige Untersuchung über dieses Unrecht. Auch sind ihre Helfer und deren Motivation zum Großteil noch unbekannt. Nicht jeder Kontakt zu staatlichen oder anderen Stellen der DDR erfolgte aus kriminellen oder niederträchtigen Motiven heraus. Der Leiter der Stasiunterlagenbehörde Roland Jahn hat wiederholt darauf hingewiesen, dass das Handeln vieler Bürgerinnen und Bürger in der DDR eine Mischung aus Widerstand und Anpassung war. Die DDR-Geschichte könne nicht nach schwarz und weiß unterteilt werden, sondern müsse in Grautönen gedacht werden. Ähnliches gilt für Kontakte westdeutscher Bürgerinnen und Bürger zu staatlichen Stellen der DDR.

Bundespräsident Joachim Gauck sagt zur Aufarbeitung des Unrechtes der DDR: „Nur wenn wir unsere Vergangenheit kennen, unsere Ohnmacht von einst, unsere Schwäche und unser Versagen, aber auch unseren Mut von einst, werden wir von der Gefahr befreit, alte Lebensmuster ständig zu wiederholen.“

In Niedersachsen gab es Opfer und Täter des Unrechtsregimes der DDR. Zur Aufarbeitung dieses Unrechtes darf nicht nur auf den Ursprung des MfS in den östlichen Bundesländern geschaut werden, sondern die historische Auseinandersetzung muss in Niedersachsen erfolgen, solange es noch zahlreiche Zeitzeugen gibt. Eine parlamentarische Enquetekommission ist hierzu das geeignetste Mittel.

1.4. Einsetzungsbeschluss (Drs. 17/2963)

Niedersächsischer Landtag – 17. Wahlperiode

Drucksache 17/2963

Unterrichtung

(zu Drs. 17/2172, 17/2903 und 17/2921)

Der Präsident
des Niedersächsischen Landtages
– Landtagsverwaltung –

Hannover, den 18.02.2015

Einsetzung einer Enquetekommission „Verrat an der Freiheit - Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/2172

Beschlussempfehlung des Ältestenrats - Drs. 17/2903

Änderungsantrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - Drs. 17/2921

Der Landtag hat in seiner 57. Sitzung am 18.02.2015 folgende EntschlieÙung angenommen:

Einsetzung einer Enquetekommission „Verrat an der Freiheit - Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“

Der Landtag setzt gemäß § 18 a seiner Geschäftsordnung (GO LT) eine Enquetekommission ein, die die Handlungen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) in Niedersachsen aufarbeiten soll.

Die Kommission befasst sich insbesondere mit folgenden Themenfeldern:

1. Ziele des MfS in Niedersachsen,
2. Methoden des MfS zum Erreichen seiner Ziele,
3. Verfolgung von Regimegegnern und anderen Personen in Niedersachsen durch das MfS,
4. Unterwanderung von Behörden, Parteien und Unternehmen in Niedersachsen durch das MfS,
5. Desinformation der Öffentlichkeit durch das MfS,
6. Unterstützung und Lenkung von extremistischen Bewegungen und anderen politischen Bewegungen in Niedersachsen durch das MfS,
7. Vorbereitung von Sabotagehandlungen und Auskundschaften von Zielen für den Kriegsfall durch das MfS,
8. Opfer des MfS in Niedersachsen anerkennen und gegebenenfalls Fragen der Entschädigung klären,
9. Täter identifizieren und deren Motivationen offen legen und gegebenenfalls eine Strafverfolgung vorbereiten.

Der Kommission gehören 17 Mitglieder an, und zwar elf Mitglieder des Landtages und sechs Sachverständige, die nicht Abgeordnete sind. Von den Abgeordneten werden vier von der CDU-Fraktion, sechs von der Zählgemeinschaft der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und einer von der Fraktion der FDP benannt. Die Sachverständigen werden im Einvernehmen der Fraktionen benannt; andernfalls gilt § 18 a Abs. 2 Satz 3 GO LT.

Im Übrigen gelten die Vorschriften der Geschäftsordnung für die Ausschüsse des Landtages sinngemäß.

Die Kommission kann zur Unterstützung ihrer Arbeit öffentliche, nichtöffentliche und vertrauliche Anhörungen mit Sachverständigen durchführen.

Die Kommission soll ihre Arbeit nach Möglichkeit bis zum 31.03.2017 abschließen.

1.5. Abfassung von Stellungnahmen zu den 9 Themenfeldern

1.5.1. Ziele des MfS in Niedersachsen

Ein Auftrag an die Enquetekommission „Verrat an der Freiheit“ lautete, die Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR im Land Niedersachsen sowie die damit verbundenen Ziele und Methoden zu dokumentieren. Niedersachsen war aufgrund seiner langen Grenze zur DDR, seinen Industrieansiedlungen und Institutionen, die sich mit dem DDR-Unrecht befassten, ein bevorzugtes Ziel der DDR-Staatssicherheit. Um spezifische, möglicherweise „typisch“ niedersächsische Schwerpunkte auszumachen, wurde eine aufwändige Archivrecherche beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) durchgeführt. Im Zuge dieser Recherche wurden Tausende Einträge der behörden-internen Datenbank SAE² und Hunderte von Akten durchgesehen. Zusätzlich wurden die SIRA-Datenbanken³ abgefragt, was ebenfalls mehrere Hundert Treffer generierte.

Vorab ist zu bemerken, dass in den folgenden Ausführungen statt „Ziele“ der Begriff „Zielobjekte“ verwendet wird. Das geschieht aus dem Grunde, dass es „typisch“ niedersächsische Ziele der Staatssicherheit deshalb nicht gegeben hat, weil die Ziele des MfS stets eher übergeordneten Charakter trugen. Letztlich ging es darum, die Überlegenheit der DDR gegenüber der Bundesrepublik zu erreichen. Dazu wurden eine Reihe von Zielobjekten angepeilt, die durchaus regionaltypisch sein konnten: Personen, Verbände, Unternehmen und Institutionen, die es in Niedersachsen gab oder gibt.

Bei der Auswahl ihrer Zielobjekte im Westen ließ sich die DDR-Staatssicherheit vor allem von drei Grundsätzen leiten: Die Stasi agierte gegen Institutionen und Personen, die in ihren Augen als „Feindobjekte“ galten, sammelte Informationen über die konkrete Situation vor Ort (die sogenannten Regimeverhältnisse) und betrieb Industriespionage. Im Folgenden werden die charakteristischen Merkmale der Tätigkeit der Stasi in den genannten Feldern kurz skizziert, bevor anhand von Beispielen einzelne Aspekte dieser Tätigkeit nicht zuletzt mit Blick auf deren Intensität und Stoßrichtung genauer beschrieben werden.

Eine weitere Vorbemerkung ist an dieser Stelle notwendig: Grundsätzlich bildet die Überlieferung der Staatssicherheit und bilden die Findhilfsmittel (wie SAE) des BStU in erster Linie ab, an welche

2 Die Abkürzung steht für Sachaktenschließung – SAE ist eine von den Archivaren des BStU entwickelte Datenbanksoftware, die die Hinterlassenschaft der Staatssicherheit erschließt. Die Datenbank ist ausschließlich von den Mitarbeitern des BStU anzuwenden; externe Forscher haben keinen Zugang.

3 SIRA steht für „System der Informationsrecherche der HV A“. Es handelt sich dabei um ein im Wesentlichen aus vier Teildatenbanken bestehendes Datenverwaltungssystem der Hauptverwaltung A, also des Auslandsnachrichtendienstes der Staatssicherheit. Auch eine SIRA-Recherche können ausschließlich BStU-Mitarbeiter durchführen.

Informationen die Staatssicherheit tatsächlich gelangte, und weniger, welchen Zielobjekten ihr Hauptinteresse galt.

„Feindobjekte“ im Überblick

In der Vorstellungswelt der SED und der Staatssicherheit galt alles als „feindlich“, was sich real oder vermeintlich gegen die DDR richtete. Aus dieser Position heraus ergaben sich gleichsam selbstverständlich eine Reihe von „feindlichen“ Zielobjekten wie beispielsweise alle militärischen, polizeilichen oder geheimdienstlichen Institutionen – Bundeswehr, NATO, Bundesgrenzschutz, Polizei und Geheimdienste. Ebenso nachvollziehbar wurden antikommunistische Aktionen (insbesondere im grenznahen Raum) als feindselig wahrgenommen. Das betraf in besonderer Weise Gruppen und Personen, die als Fluchthelfer verdächtigt wurden, aber auch alle Institutionen, die sich den Anliegen von Flüchtlingen und Übersiedlern aus der DDR widmeten.

Als „feindselig“ kategorisierte die Staatssicherheit darüber hinaus sowohl natürliche Personen als auch Vereine, Gruppen, Institutionen oder Industrieunternehmen, die nicht dezidiert antikommunistisch bzw. –sozialistisch waren. Dies galt insbesondere für die Sozialdemokratische Partei, deren Wahrnehmung als „Feind“ in der kommunistischen Tradition bis in die Zeit der Weimarer Republik zurückreichte. Gerade weil die SPD von ihrer politischen Programmatik und sozialen Ausrichtung ebenfalls sozialistisches Gedankengut für sich beanspruchte, erschien sie lange Zeit als ein besonders gefährlicher politischer Gegner.

Industrie- und Technologiespionage

Wirtschaftliche Probleme prägten die DDR seit ihrer Gründung und trugen wesentlich zu ihrem Zusammenbruch bei. Den Leitern der großen Kombinate und Volkseigenen Betriebe und der politischen Führung war die eigene technische Rückständigkeit (entgegen anderslautenden propagandistischen Äußerungen) durchaus bewusst. Um wenigstens einigermaßen Schritt zu halten und westliche Absatzmärkte für die eigenen Produkte zu finden, gehörte Industrie- und Technologiespionage zu den wesentlichen Aufgaben der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS. Über die in der SIRA Datenbank dokumentierten Vorgänge ist nachvollziehbar, dass teilweise gezielt „Beschaffungsaufträge“ aus DDR-Betrieben an die Auslandsspionage ausgegeben wurden und auf den Aufträgen ist auch vermerkt, inwieweit diese Bestellungen ausgeführt wurden.

Zielobjekte in Niedersachsen

Die Tatsache, dass grundsätzlich alles und jeder in Niedersachsen ein mögliches Zielobjekt der Stasi sein konnte, erfordert eine Systematisierung, um schwerpunktmäßige Zielobjekte besser erkennen zu können. Das erste grobe Raster unterscheidet natürliche Personen und Gruppen von Individuen, nach Institutionen, nach Wirtschaft, nach Ereignissen und Orten. Diese Gliederung wurde wenn nötig, noch einmal untergliedert, so z.B. bei Institutionen, in Behörden und Verwaltungseinrichtungen, Parteien, Verbänden und Vereinen, sowie Kirchen. Im Bereich Wirtschaft wurde vor allem nach einzelnen Unternehmen untergliedert.

Natürliche Personen

Insgesamt beschäftigte sich die Staatssicherheit mit einer großen Zahl prominenter und einflussreicher Personen aus Niedersachsen: Dies waren vielfach Personen, die bereits vor 1945 Karriere im Polizei-, Justiz- oder Verwaltungsbereich gemacht hatten, und diese dann nach dem Zweiten Weltkrieg nahezu ungebremst fortsetzen konnten. In fast der Hälfte der Fälle befasste sich die Staatssicherheit mit der „braunen“ Vergangenheit von Entscheidungsträgern; nur in Ausnahmen geschah dies auf ausdrücklichen Wunsch von ermittelnden westdeutschen Behörden. Häufiger wurden niedersächsische Politiker anlässlich ihrer Reisen in die DDR – gleichgültig, ob privat oder beruflich – überwacht.⁴

Im Hinblick auf wichtige politische Entscheidungsträger sind – nach Kenntnis der SAE-Rechercheergebnisse – nur wenige Akten wirklich bemerkenswert. Sie dokumentieren, wie sich die Staatssicherheit Zugang zu deren unmittelbarer Umgebung zu verschaffen suchte. So legte die Staatssicherheit beispielsweise eine Reihe von Dossiers über die Fahrer von CDU-Politikern an. Offenbar erstellte sie auf der Grundlage von mitgeschnittenen Telefonaten detaillierte Stärken-Schwächen-Analysen. Daran anknüpfend wurden die privaten Verhältnisse der abgehörten Personen durchleuchtet, wobei sich das Interesse insbesondere auf mögliche eheliche oder finanzielle Probleme richtete. Ganz offensichtlich suchten die Stasi-Mitarbeiter nach Ansatzpunkten für eine gezielte „Bearbeitung“ und Erpressbarkeit der Betroffenen.

Des Weiteren sind insbesondere die von einem Inoffiziellen Mitarbeiter mit dem Decknamen „Mai“ gelieferten Informationen über einen Kreis von (jungen) Sozialdemokraten um Gerhard Schröder und Wolfgang Jüttner bemerkenswert. Diese Akten wurden 1989 teilweise zerrissen, konnten aber mittlerweile wieder rekonstruiert werden. IM „Mai“, der selbst Mitglied der SPD war, verfasste umfangreiche Berichte über seine politische Umgebung.

Im Wesentlichen lassen sich als Zielpersonen der Stasi drei Personengruppen unterscheiden. Bei der ersten handelte es sich in der Terminologie der Stasi um „Verräter“, die zweite klassifizierte sie

4 Unberücksichtigt bleiben an dieser Stelle die Gruppen- und Bildungsreisen, an denen ebenfalls auch Politiker aller Parteien teilnahmen.

als „Angreifer“ bzw. „Maulwürfe“ (offene oder verdeckt agierende Gegner) und die dritte umfasste die „Nützlichen“ bzw. „Unterstützer“, die die Stasi im Westen für ihre Zwecke rekrutierte bzw. die für eine Zusammenarbeit in Frage kamen.

Als „Verräter“ betrachtete und behandelte das MfS all jene Personen, die aus der DDR in die Bundesrepublik geflüchtet waren. Aktenkundig wurden in diesem Zusammenhang insbesondere die Gruppe der Rückkehrer. Dabei handelte es sich um Ostdeutsche, die aus der DDR in den Westen geflüchtet waren, sich jedoch aus meist privaten Gründen entschlossen hatten, wieder in die DDR zurückzukehren. Bei einem sehr großen Prozentsatz dieser Rückkehrer handelte es sich um Wehrdienstpflichtige bzw. Angehörige der „bewaffneten Organe“. Sie wurden von vornherein des Geheimnisverrats und der Spionage verdächtigt. Bei ihrer Ankunft im Westen hatten diese Personen regulär das Notaufnahmeverfahren durchlaufen, das auch eine Befragung durch den amerikanischen, britischen und französischen Geheimdienst sowie durch den bundesdeutschen Verfassungsschutz und den Nachrichtendienst einschloss. In den Augen der Stasi hatten sie sich allein dadurch des Verrats schuldig gemacht.

Nur vergleichsweise selten wurden DDR-Flüchtlinge in der Bundesrepublik „bearbeitet“, sofern sie nicht explizit in der Öffentlichkeit gegen die DDR auftraten. Wenn dies der Fall war, leitete die Stasi umfangreiche Überwachungs- und auch Einschüchterungsmaßnahmen ein, wie das Beispiel eines geflüchteten NVA-Offiziers, der ehemalige Kameraden zur Flucht ermunterte, zeigt. Auch die gegen Lutz Eigendorf ergriffenen Maßnahmen standen mit dessen öffentlichem Auftreten gegen die DDR im Zusammenhang.

Unter „Maulwürfen“ bzw. „Angreifern“ verstand die Staatssicherheit jene Menschen in und aus Niedersachsen, die der offenen oder verdeckten Arbeit gegen die DDR verdächtigt wurden. Dabei war es gleichgültig ob sie angeblich von Niedersachsen aus operierten oder Aufenthalte in der DDR für ihre „feindliche“ Arbeit nutzten. Diese Gruppe ist sozial sehr heterogen. Gegen Buchhändler, Lehrer und Professoren ermittelte die Staatssicherheit ebenso wegen angeblicher Spionage wie gegen Friseure oder Tanzlehrer. Verdächtig in den Augen der Stasi war, wer regelmäßig in die DDR einreiste und sich in der Nähe von militärischen Sperrgebieten aufhielt. Verdächtig machte sich aber auch ein Gastwirt aus der Region Hannover, der sich angeblich zu freundlich gegenüber ostdeutschen Kraftfahrern zeigte. Schwerpunktmäßig gerieten Menschen in das Visier der Stasi, die entweder ganz allgemein der Spionage verdächtigt wurden oder Personen aus Niedersachsen, die bei Reisen in die DDR „auffällig“ geworden waren. Auch Geschäftsleute und Wissenschaftler mit beruflichen Kontakten in die DDR wurden beargwöhnt und überwacht, zumal wenn sie auch privates Interesse an ihren jeweiligen Ansprechpartnern im Osten zeigten.

Als „Nützliche“ bzw. „Unterstützer“ werden im Folgenden all jene zusammengefasst, die die Stasi deshalb ins Visier nahm, weil sie diese als Gesinnungsgenossen einschätzte, die von sich aus (aus politischer Überzeugung) zur Zusammenarbeit mit dem DDR-Geheimdienst bereit wären, oder Personen, bei denen sie glaubte, sich diese durch Druck und Erpressung gefügig machen zu können. Vielfach waren dies Menschen, gegen die die Stasi „etwas in die Hand bekommen“ hatte. Einen großen Anteil an dieser Gruppe machen jene Personen aus, die ihrer NS-Vergangenheit

wegen erpressbar schienen. In vielen Fällen aber ermittelte die Staatssicherheit „nur“, ohne stichhaltige Beweise für eine kriminelle Vergangenheit der Betroffenen finden zu können.

Listet man die skizzierten Gruppen nach der Häufigkeit auf, mit der sie in den Fokus der Staatssicherheit gerieten, ergibt sich für Niedersachsen folgendes Bild: Insgesamt sind knapp 400 Fälle von „natürlichen“ Personen nachweisbar. Von diesen wurde etwa die Hälfte als „Angreifer“ von der Staatssicherheit „bearbeitet“, gut einhundert galten als „Verräter“ und deutlich unter einhundert überprüfte man darauf, ob sie sich als „nützlich“ für die Staatssicherheit erweisen konnten.

Institutionen

Hinsichtlich der Institutionen, die als Zielobjekte für die Staatssicherheit interessant waren, unterscheidet sich Niedersachsen nicht von der Bundesrepublik insgesamt. Im Zentrum des Interesses der Stasi standen die sogenannten gegnerischen Dienste: der Polizeiliche Staatsschutz, das Landeskriminalamt Niedersachsen und das niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz. Beim Verfassungsschutz hatte das MfS sehr fleißige Zuträger platziert. Der Bundesnachrichtendienst rangierte demgegenüber deutlich „weiter hinten“. Bundeswehr und Bundesgrenzschutz wurden ebenfalls intensiv ausgespäht, ebenso wie die NATO-Streitkräfte.

Einen weiteren Schwerpunkt des Interesses der Staatssicherheit bildeten die Institutionen, die regelmäßige Bildungsreisen in die DDR unternahmen, wie die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung, die Ostakademie Lüneburg, die Heimvolkshochschule Helmstedt. Ebenfalls bei Reisen überwacht wurden Gruppen von SPD-, FDP- und CDU-Mitgliedern sowie die Spieler und Fans der Fußballvereine Eintracht Braunschweig und Hannover 96. In eine ähnliche Kategorie fielen die engen Beziehungen zwischen einzelnen Kirchengemeinden (wie etwa zwischen Göttingen und Karl-Marx-Stadt/Chemnitz).

Eine große Zahl von Informationen sammelte das MfS über Kriegsheimkehrer- und Flüchtlingslager, des Weiteren über die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter und eine Reihe von meist kleineren Gruppierungen und Vereinen, die sich für die Belange Flüchtlingen und Übersiedlern aus der DDR einsetzten. Die Informationen über die Aufnahmelager stammten in der Regel von den sogenannten Rückkehrern, die von der Staatssicherheit befragt wurden; der Informationsgehalt solcher Berichte war eher gering.

Ebenfalls groß war das Interesse der Staatssicherheit an rechtsradikalen und neonazistischen Gruppierungen – siehe hierzu Abschnitt 6.

Gleich eine ganze Reihe von Institutionen der Wissenschaftslandschaft in Niedersachsen – von der Volkswagenstiftung, über einige Universitäten bis hin zu hoch spezialisierten Forschungszentren – stand wegen des beruflichen Austauschs mit Partnern in der DDR im Fokus des Interesses der Staatssicherheit.

Einen Sonderstatus nahm die Tierärztliche Hochschule Hannover ein, weil Wissenschaftler dort unter anderem im Auftrag des Bundesverteidigungsministeriums zur Immunisierung gegen biologische Kampfstoffe forschten.

Wirtschaft

Im Bereich der Wirtschaftsunternehmen galt das Hauptinteresse der Staatssicherheit den Konzernen Volkswagen und Salzgitter AG, die beide intensive Geschäftsbeziehungen in die DDR unterhielten. Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass das MfS alle geschäftlichen Kontakte zwischen ost- und westdeutschen Unternehmen überwachte, gerade wenn es mutmaßte, dass es zu Absprachen gekommen sein könnte, die sich zu Ungunsten der DDR-Volkswirtschaft auswirken könnten, so z. B. im Falle der Firma Schollglas Barsinghausen: Die Staatssicherheit vermutete, dass der westdeutsche Geschäftsführer seine ostdeutschen Handelspartner durch großzügige Bewirtung und Gastgeschenke korrumpiert habe und sie nun zwingen werde, seine Produkte zu überhöhten Preisen zu kaufen.

Zudem besaß die HV A mit dem „Sektor Wissenschaft und Technik“ (SWT) eine Abteilung, die intensiv im Bereich der Industriespionage – z. B. beim VW-Konzern, beim Kunststoffhersteller Elastogran (Lemförde) und beim Maschinenbauunternehmen Bühler MIAG Braunschweig – tätig war. Hier lassen sich über die Teildatenbank 11 von SIRA auch konkrete Beschaffungsaufträge nachweisen: Das reichte von dem Befehl, bestimmte Informationen zur Polyurethanherstellung u.a. bei Elastogran zu besorgen, bis hin zum Auftrag, Musterteile und Prototypen zu entwerfen. Die Aufträge stammten teils aus den verschiedenen Ministerien, teils aus den großen Kombinatenn wie etwa dem VEB SKET Magdeburg oder dem VEB Synthesewerk Schwarzheide.

Des Weiteren galt die Aufmerksamkeit den Braunschweigischen Kohlen-Bergwerken Helmstedt: Diese betrieben Abbaugelände unmittelbar an der innerdeutschen Grenze – vor der Teilung hatte das nun ostdeutsche Abbaugelände um den Ort Harbke zu der westdeutschen Gesellschaft gehört.

Einen Sonderfall stellte die Firma Werner Jähnert GmbH Göttingen dar: Diese war seit Beginn der 1950er Jahre alleiniger Anbieter der optischen Produkte des VEB Carl Zeiss Jena im Bundesgebiet. Die Akten belegen, dass der Göttinger Betrieb wie exterritoriales Gebiet der DDR geführt wurde – sowohl personalpolitische als auch finanzielle Entscheidungen wurden in der DDR getroffen und in Göttingen nur umgesetzt.

Eine Besonderheit stellten darüber hinaus die regelmäßig in Hannover stattfindenden Messen dar. An der Hannover Messe nahmen regelmäßig auch ostdeutsche Unternehmen teil, deren Reisekader stets unverzüglich von ihren Eindrücken zu berichten hatten. Von etwas geringerer Bedeutung war dagegen die Computermesse CeBIT. Diese Messeberichte sind überwiegend standardisiert und wenig informativ.

Ereignisse

Alle Ereignisse in Grenznähe wurden von der Staatssicherheit argwöhnisch überwacht bzw. beobachtet: Gleichgültig, ob es sich um den jährlichen Grenzlandlauf in der Region Lüchow-Dannenberg handelte oder um Proteste gegen das Atommüllendlager Gorleben. Besonders aufmerksam war die Stasi allerdings dann, wenn sich die Aktionen gegen die Existenz der Berliner Mauer richteten bzw. gegen das DDR-Grenzregime. Demgegenüber waren die Bedeutung der Landtagswahlen und auch so aufsehenerregender Ereignisse wie die Enttarnung des „Celler Lochs“ für das MfS eher sekundär. Als wichtigstes singuläres Großereignis wurde der Evangelische Kirchentag 1983 in Hannover behandelt.

Orte

Geografisch gesehen konzentrierte sich die Staatssicherheit auf den Raum nahe der innerdeutschen Grenze und hier noch einmal besonders auf das unmittelbar vorgelagerte Gebiet und die Grenzübergangsstellen, vor allem jene bei Helmstedt. Eine Vielzahl an Berichten stammte von dort. Besondere Ereignisse, die als Gefährdung der Grenze bewertet wurden, waren für die Staatssicherheit ebenso interessant wie beispielsweise Abfertigungsroutrinen im Grenzverkehr.

Einen weiteren Schwerpunkt bildeten die Großstädte Hannover, Braunschweig und Göttingen, gefolgt von den Städten Wolfsburg, Osnabrück, Hildesheim und Salzgitter.

Zahlreiche Berichte und Karten beschreiben die Topografie und die Infrastruktur Niedersachsens. Eine relativ große Anzahl von Informationen befasste sich mit den Wasserstraßen, insbesondere den Gegebenheiten am Mittellandkanal. Auch für diesen Bereich galt – wie auch für den Straßen- und Schienenverkehr –, dass die Staatssicherheit ihre „Kundschafter“ möglichst gut auf Einsätze auf fremdem Terrain vorbereiten wollte. Hinzu kam die entscheidende Bedeutung von detaillierten Ortskenntnissen für den Fall eines Krieges: Das Sammeln solcher Informationen gehörte zu den Kernaufgaben der Stasi.

In einigen Ortsbeschreibungen spielte noch ein anderer Aspekt eine Rolle: In Hannover, in der Lüneburger Heide und anderswo legte der Geheimdienst „tote Briefkästen“ (TBK) an, die dazu dienten, dass die Spitzel die Informationen, die sie gesammelt hatten, an ihre Führungsoffiziere in der DDR übermitteln konnten oder über die das MfS Aufträge an seine „Kundschafter“ weiterleitete. Die Lage solcher TBK musste detailliert beschrieben werden – meist gehörten Skizzen oder Fotos zu den betreffenden Berichten.

1.5.2. Methoden des MfS zum Erreichen seiner Ziele

Neben den Schwerpunkten und Zielobjekten der Staatssicherheit lassen die SAE- und SIRA-Ausdrucke bzw. die Akten auch Aussagen über die von der Staatssicherheit bei ihrer Tätigkeit im Land Niedersachsen eingesetzten Methoden zu. So kann in vielen, aber nicht in allen Fällen, anhand des Materials bzw. seiner Beschreibung auf die Quelle eines Berichts oder einer Akte zurückgeschlossen werden. Von der ermittelten Quelle ausgehend, lässt sich wiederum meist auch auf die Methoden schließen, mit der die Informationen gewonnen wurden.

Grundsätzlich arbeitete die Staatssicherheit in Niedersachsen nicht anders als in der gesamten Bundesrepublik. Sie nutzte alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel und Methoden – vor allem den Einsatz von IM, Abhörmaßnahmen, Postkontrolle, Abschöpfen, Medienveröffentlichungen -, um an Informationen zu gelangen bzw. ihre jeweiligen Ziele zu erreichen. Dennoch bevorzugte sie bestimmte Methoden und setzte andere weniger häufig ein; hier muss auch zeitlich differenziert werden: In den 1950ern wandte die Staatssicherheit auch außerhalb des Territoriums der DDR noch eher offene Gewalt an als im Zuge der Entspannungspolitik in den 1970er Jahren. So war beispielsweise die Entführung des Verfassungsschutzmitarbeiters Friedrich Karl Bauer in die DDR 1954 durchaus typisch für das Vorgehen der Stasi in dieser Zeit. In späteren Jahren ging sie nur noch selten auf so brutale Weise vor.

Inoffizielle Mitarbeiter im „Operationsgebiet“

Entscheidend für den Methodenwechsel der Staatssicherheit – von offener Gewalt hin zu mehr Überwachung und stärkerer Kontrolle – war die Anwerbung von Inoffiziellen Mitarbeitern, die mögliche „Feinde“ schon im Ansatz erkannten und meldeten. Die IM, in internen Papieren des MfS als „Hauptwaffe im Kampf gegen den Feind“ bezeichnet, galten der Staatssicherheit auch für die Abwehr- und Spionagetätigkeit als unverzichtbar und kamen im gesamten Bundesgebiet zum Einsatz. Sowohl die Zahl der in der DDR tätigen IM, wie auch die der im „Operationsgebiet“ (wie die Staatssicherheit die Bundesrepublik bezeichnete) arbeitenden Stasi-Zuträger stieg im Laufe der Jahrzehnte insgesamt stark an. Sie stammten ganz überwiegend aus der DDR und wurden in die Bundesrepublik eingeschleust; nur etwa zwei Prozent von ihnen waren Bundesbürger oder Ausländer.⁵ Die Gesamtzahl der in der Bundesrepublik eingesetzten Inoffiziellen Mitarbeiter lässt sich nur schätzen:⁶ Georg Herbstritt geht in seiner detaillierten Berechnung von etwa drei- bis viertausend West-IM für das Jahr 1989 aus, die entweder für die Abwehrarbeit des MfS, für die „Verwal-

5 Vgl. u.a. Helmut Müller-Enbergs: Die inoffiziellen Mitarbeiter, Berlin 2008, S. 4.

6 Vgl. Georg Herbstritt: Bundesbürger im Dienste der DDR-Spionage. Eine analytische Studie, Berlin 2007; hier besonders den Abschnitt 3 der Einleitung „Umstrittene Statistik: Wie viele West-IM hat es gegeben?“, S. 70-85.

tung Aufklärung“ der Nationalen Volksarmee oder die Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) des MfS tätig waren; für den Gesamtzeitraum seien dies etwa 12.000 Personen gewesen.⁷

Die West-IM waren schwerpunktmäßig in West-Berlin, Nordrhein-Westfalen und Bayern eingesetzt. Für Niedersachsen kann – wie grundsätzlich für die Bundesrepublik – nicht von einer flächendeckenden „Unterwanderung“ durch Stasispitzel die Rede sein.⁸ Allein durch die Tätigkeit der IM wäre der Informations hunger der Staatssicherheit nicht zu stillen gewesen. Die Staatssicherheit bediente sich über den gesamten Zeitraum ihrer Existenz auch anderer Methoden.

Die wenigen in Niedersachsen tätigen „Spitzen-IM“ sind bereits bekannt, allerdings noch nicht umfassend erforscht⁹. Was Hans-Joachim Armbrorst und Wilhelm Balke aus dem niedersächsischen Landesamt für Verfassungsschutz, Irene Schade aus dem Innenministerium, Karl Gebauer von den Marineplänen aus Wilhelmshaven, Karl Hauffe aus der Universität Göttingen¹⁰ und die „Residentur Mitte“ vom Militärischen Abschirmdienst berichteten, ist in weiten Teilen dokumentiert.¹¹ Auch dass die Eheleute Grunwald als inoffizielle Mitarbeiter „Mai“ und „Ruth Mai“ über einen langen Zeitraum hindurch Interna aus der (niedersächsischen) SPD an das MfS weitergaben, ist veröffentlicht.¹²

Neben diesen „Spitzen-IM“ besaß das MfS viele weitere Spitzel in Niedersachsen, die aus den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen berichteten. Ihr Einsatz scheint nicht systematisch erfolgt zu sein. Die Staatssicherheit griff zu, wo es sich anbot – es handelte sich eher um „Zufalls-treffer“ als um einen einer durchdachten Strategie folgenden Einsatz.

Andere Formen persönlicher Berichterstattung an die Staatssicherheit

Grundsätzlich darf man davon ausgehen, dass über die inoffiziellen Mitarbeiter hinaus auch auf anderen Wegen Informationen von Privatpersonen an die Staatssicherheit gelangten: So wurde jeder „Rückkehrer“ routinemäßig über seine Kontakte zu westdeutschen Geheimdiensten, der Po-

7 Vgl. Herbstritt: Bundesbürger im Dienste der DDR-Spionage, S. 82 und 84.

8 Vgl. Helmut Müller-Enbergs: Die inoffiziellen Mitarbeiter, Berlin 2008, S. 4.

9 Vgl. dazu: Herbstritt: Bundesbürger im Dienste der DDR-Spionage, S. 245f. (Gebauer), 305 (Schade), 339 (Balke und Armbrorst).

10 Die Eheleute Hauffe wurden bereits nach der Flucht des MfS-Offiziers Werner Stillers in die Bundesrepublik enttarnt und verurteilt. Im Zusammenhang mit dem Überlaufen Stillers setzten sich eine Reihe von IM in die DDR ab, darunter der für die Preussag AG in Hannover arbeitende Armin Raufeisen.

11 Vgl. u.a. Georg Herbstritt: Die Westarbeit des MfS im Lichte bundesdeutscher Justizakten, in: Ders./Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Das Gesicht dem Westen zu ... DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland, Bremen 2003, S. 333-359.

12 Vgl. u.a. Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Die inoffiziellen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1998, S. 261. Vgl. auch Gregor Schöllgen: Gerhard Schröder. Die Biographie, München 2015.

lizei und anderen Behörden, aber auch Institutionen wie der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter befragt. Ebenso hatten „Reisekader“ – also Ostdeutsche, die im Rahmen ihrer Berufstätigkeit in die Bundesrepublik und ins westliche Ausland reisen durften – Berichte über diese Auslandsaufenthalte anzufertigen, ohne dass sie zwangsläufig oder bewusst der Staatssicherheit zuarbeiteten. Dem Routinecharakter dieser Berichte entspricht auch ihre Qualität: Meist reihten die Berichtersteller vor allem Floskeln aneinander. Noch standardisierter sind die sogenannten Sofortberichte, die die „Reisekader“ nach Messebesuchen abzuliefern hatten: Kurze Bemerkungen über die Abreise und die Bahnfahrt, die Kontrollen an der innerdeutschen Grenze auf westdeutscher Seite, die Unterkunft, die verschiedenen Gesprächspartner, mit denen sie sich getroffen hatten, und die Rückkehr in die DDR. Die Berichtspflicht traf auch Privatreisende: In den Akten sind eine Vielzahl solcher Dokumente erhalten, in denen (nicht nur) IM über die Stimmung in Braunschweig, Salzgitter oder Celle berichteten. Der Informationsgehalt solcher Routineberichte war eher gering.

Für eine Reihe von Institutionen lässt sich zeigen, dass sich das Wissen der Staatssicherheit zu einem großen Teil aus solchen Privatberichten speist. Das gilt beispielsweise für den Bundesnachrichtendienst (und nachgeordnete Institutionen wie die Befragungsstelle für DDR-Flüchtlinge), die ins Notaufnahmeverfahren einbezogenen ausländischen Geheimdienste und selbstverständlich auch für die in Niedersachsen angesiedelten Flüchtlingslager. Viele Rückkehrer fertigten Zeichnungen von den Einrichtungen im jeweiligen Lager an, die im Wesentlichen übereinstimmten. Aus derselben Quelle stammten häufig Berichte über das in Uelzen tätige Ostbüro der SPD.

Öffentlich zugängliche Informationen

In den Akten des MfS finden sich vielfach Sammlungen von Publikationen, von Presseinformationen, von Postkarten und Informationsmaterial für Touristen zu Orten und Institutionen. Allen Anschein nach versammelte die Staatssicherheit bewusst Informationen aus verschiedenen Quellen; die veröffentlichte Meinung in der Bundesrepublik bzw. Werbematerialien von Städten und Firmen bildeten einen Baustein des Gesamtbildes. Besonders auffällig ist dies im Falle der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter: Die Informationen über deren Arbeit stammen ganz überwiegend aus Zeitungen und Zeitschriften. Wenn auch weniger stark ausgeprägt findet sich eine solche Konzentration auch bei der Volkswagenstiftung, auf deren Publikationen sich die Stasi bei der Informationsbeschaffung stützte, bzw. bei der Landeszentrale für politische Bildung, die als öffentlichkeitswirksame Institution selbstverständlich in den Medien präsent war. Ebenfalls in den Bereich des „veröffentlichten“ Materials fallen die Besorgungen, die inoffizielle Mitarbeiter im Auftrag der Stasi – die wiederum ihre Aufträge von Kombinat und Betrieben erhalten hatte – erledigten. Es handelte sich hierbei beispielsweise um Mikrofichelesegeräte oder Kopierer (oder auch nur Informationsmaterial wie Gebrauchsanweisungen zu diesen), Geräte also, die offiziell nicht ohne Weiteres aus dem Westen in die DDR importiert werden durften.

Missachtung des Fernmelde- und des Postgeheimnisses

Gerade mit den seit der Mitte der 1970er Jahre verbesserten technischen Möglichkeiten gehörte das Abhören des Telefon- und Funktelefonverkehrs in der Bundesrepublik zu den häufig genutzten Methoden der Staatssicherheit. Privatleute waren davon ebenso betroffen wie Institutionen, allerdings wurden letztere häufiger und zielgerichteter abgehört. An erster Stelle sind hier die Polizeidienststellen des Landes Niedersachsen, der polizeiliche Staatsschutz, das Landeskriminalamt und insbesondere die Begleitschutzkommandos für hochrangige Politiker zu nennen. Ein großer Teil der Informationen, die die Staatssicherheit zu diesen Behörden gewinnen konnte, stammte aus dieser Quelle. Ähnlich verhält es sich mit dem Bundesgrenzschutz, dem Grenzschutzamt und den in Niedersachsen stationierten französischen und amerikanischen Truppen.¹³ Die niedersächsische Landesregierung lag zwar weniger im Fokus der Staatssicherheit, wurde aber ebenfalls intensiv abgehört. Auch eine Reihe von CDU-Politikern, die der Regierung angehörten – unter ihnen der langjährige Ministerpräsident Ernst Albrecht –, waren den Lauschangriffen ausgesetzt. Die Informationen über das Privatleben des Begleitschutzes, die die Staatssicherheit den abgehörten Telefonaten des Fahrdienstes entnahm, versuchte sie über weitere Recherchen zu verdichten. Besonders eklatant missachtete die Staatssicherheit in einem Fall das Postgeheimnis: Die Briefe einer Reihe von Anwohnern der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter an Verwandte und Freunde in der DDR wurden abgefangen und kopiert¹⁴ – die Staatssicherheit suchte nach „operativ interessanten Verbindungen“, also nach einer Gelegenheit, an Informationen über die Zentrale Erfassungsstelle zu gelangen.

Überwachung von Reisen und Kontakten in die DDR

Ein Hauptaugenmerk der Staatssicherheit lag stets darauf, zu verhindern, dass irgendwie feindlich geartetes Gedankengut in die DDR eindrang. Deshalb wurden die privaten und beruflichen Reisen von Politikern aller Parteien streng überwacht, ebenso wie die Bildungsreisen, die beispielsweise die Landeszentrale für politische Bildung und die Ostakademie Lüneburg veranstalteten. Gleichzeitig wurden aber auch Informationen über die Reisenden gesammelt und archiviert. Als noch wichtiger galten geschäftliche oder wirtschaftliche Kontakte über die innerdeutsche Grenze hinweg, insbesondere wenn diese von privaten Treffen begleitet waren; deshalb war über sie stets genauestens Bericht abzuliefern. Selbst wenn es um wenig geheimnisreiche Forschungsprojekte ging,

13 Vgl. die entsprechenden Abschnitte bei: Enquetekommission «Verrat an der Freiheit - Mächenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten» des Niedersächsischen Landtages/Elke Kimmel: Stasi in Niedersachsen. Bd. 3: Findbuch, hg. vom Niedersächsischen Landtag, Göttingen 2017, [die endgültige Seitenzahl stand bei Erstellung der Drucksache noch nicht fest]

14 Vgl. BStU MfS BV Mgb Abt. XV 78.

wie ein an der TU Braunschweig angesiedeltes Projekt über die Auswirkung verschiedener Unternehmenskulturen auf den Produktionsprozess, blieb die Staatssicherheit argwöhnisch: Briefe, Projektskizze und dergleichen finden sich in den Stasi-Akten.

Benutzung von Informationen der nationalsozialistischen Organisationen

Die Hauptabteilung IX/11 besaß eine umfangreiche Sammlung von Unterlagen aus der NS-Zeit in einem gesonderten Archivbestand.¹⁵ Es gehörte zu den wichtigsten Aufgaben dieser Abteilung 11, den Bestand durch die Zusammenarbeit mit osteuropäischen Geheimdiensten, dem Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung der DDR, dem Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED und dem Deutschen Institut für Militärgeschichte beständig zu erweitern. Sie sollte auf diese Weise Belastungsmaterial zur Einleitung und Bearbeitung von Ermittlungsverfahren wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen bereitstellen können.

In Niedersachsen wurden unter Zuhilfenahme des erwähnten Materials alle höheren Polizeibeamten auf ihre NS-Vergangenheit hin überprüft, ebenso wie eine Reihe von Beamten des Niedersächsischen Justizministeriums und seiner nachgeordneten Behörden, von denen einige durchaus (schwer) belastet waren. Aus anderen Zusammenhängen – man denke nur an den Staatssekretär im Bundeskanzleramt Hans Globke – ist bekannt, dass die Verantwortlichen in der DDR solche Informationen gezielt benutzten, um zum für sie geeignetsten Zeitpunkt Druck auf die betreffenden Personen auszuüben bzw. den bundesdeutschen Verfolgungsbehörden Nachlässigkeit anzulasten. Dies lässt sich für die zahlreichen niedersächsischen „Fälle“ - mit Ausnahme des Falles von Erich Gust alias Franz Giese - so nicht nachweisen. Die Staatssicherheit wusste seit spätestens Mitte der 1960er Jahre, dass es sich bei dem Gastwirt „Giese“, in dessen Meller Lokal unter anderem der SPD-Politiker Willy Brandt verkehrte, um den international als NS-Verbrecher gesuchten Gust handelte, dem man in der DDR u.a. den Mord an Ernst Thälmann im Konzentrationslager Buchenwald anlastete. In verschiedenen „Konzeptionen“ entwarfen die Verantwortlichen des MfS Szenarien für die Offenlegung der Tatsachen. Aus unbekanntem Gründen setzte die Staatssicherheit ihre Pläne nicht um. Gust lebte unbehelligt bis zu seinem Tod im Jahre 1992 im Westen. Der politischen Führung in der DDR und der Staatssicherheit ging es eben nicht in erster Linie um die Verfolgung und Bestrafung von NS-Verbrechern, sondern darum, dieses Wissen gezielt für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

15 Vgl. (zuletzt abgerufen am 27.10.2016).

1.5.3. Verfolgung von Regimegegnern und anderen Personen in Niedersachsen durch das MfS

Der Enquetekommission sind im Rahmen ihrer Arbeit diverse Beispiele für die Verfolgung von Regimegegnern und anderen Privatpersonen in Niedersachsen durch das MfS bekannt geworden. Einige ausgewählte Fälle werden im Folgenden vorgestellt.

Das prominenteste Beispiel ist der Fall Lutz Eigendorf. Der 1956 in Brandenburg an der Havel geborene Fußballspieler begann seine sportliche Karriere beim BFC Dynamo Berlin, dem aufgrund der intensiven Förderung durch seinen Vorsitzenden Erich Mielke in der DDR-Fußballszene das Image eines „Stasi-Clubs“ zugeschrieben wurde. Im März 1979 nutzte Eigendorf ein Freundschaftsspiel des BFC Dynamo beim 1. FC Kaiserslautern, um sich von seiner Mannschaft abzusetzen. Von westlichen Medien als „Beckenbauer aus der DDR“ gefeiert, bestritt Eigendorf im April 1980 sein erstes Bundesligaspiel als Fußballprofi für die Pfälzer. Im Sommer 1982 wechselte er zu Eintracht Braunschweig. Bereits unmittelbar nach seiner Flucht hatte das MfS mehrere Inoffizielle Mitarbeiter (IM) auf Eigendorf angesetzt, der als „Verräter“ gebrandmarkt wurde. Allein schon die Flucht eines prominenten DDR-Sportlers musste die Verantwortlichen in SED und MfS schmerzen, zumal alle Versuche, Eigendorf unter Zusicherung einer Amnestie zur Rückkehr in die DDR zu bewegen, scheiterten.¹⁶ Zum besonderen Hassobjekt wurde der renitente Fußballspieler, da er auch in öffentlichen Äußerungen die DDR und ihre Sportpolitik immer wieder kritisierte. In einem im Februar 1983 für die ARD unmittelbar an der Berliner Mauer gegebenen Interview äußerte Lutz Eigendorf beispielsweise: „Man legt natürlich in erster Linie Wert auf gewisse kollektive Leistungen und lässt meiner Meinung nach dem einzelnen Spieler, den Individualisten, die wir nun mal im Fußballspiel brauchen, einfach zu wenig Freiraum – wo auch ein gewisser Zusammenhang liegt in der ganzen Sphäre, die der Spieler darstellt, denn wenn man im privaten Bereich nicht die Möglichkeit hat, sich individuell irgendwie zu vervollkommen oder weiterzuentwickeln, dann kann man das auch nicht auf dem Fußballplatz tun.“¹⁷ Am 5. März 1983 starb Lutz Eigendorf bei einem Ver-

16 Zur Diskussion um den Fall Eigendorf sind einschlägig: Heribert Schwan: Tod dem Verräter! Der lange Arm der Stasi und der Fall Lutz Eigendorf, München 2000; Christian Hellwig/Matthias Mahlke, Braunschweig: „Tod dem Verräter“ – Der Fall Lutz Eigendorf, in: Thomas Schwark/Detlef Schmiechen-Ackermann/Carl.-Hans Hauptmeyer (Hg.): Grenzziehungen, Grenzerfahrungen, Grenzüberschreitungen. Die innerdeutsche Grenze 1945-1990, Darmstadt 2011, S. 171-173; Michael Barsuhn: Diplomaten im Trainingsanzug? Sportler im Visier des MfS, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): Wir gegen uns. Sport im geteilten Deutschland, S. 87-95, hier speziell S. 93-95; vgl. auch: Jutta Braun: Stasi und Sport – Der Fall Lutz Eigendorf, in: Abschlussbericht der Enquetekommission „Verrat an der Freiheit – Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“, Bd. II, Göttingen 2017.

17 Die zitierte Interviewpassage (ursprünglich für die Fernsehsendung „Kontraste“ am 21.02.1983) findet sich in dem 2013 für WDR Sport Inside produzierten Bericht „Tod dem Ver-

kehrsunfall in der Nähe von Braunschweig. Die erhaltenen Stasi-Akten belegen, wie intensiv Eigendorf und seine private Umgebung beobachtet und beeinflusst worden sind. Einige Bemerkungen deuten darauf hin, dass der Fußballprofi am 5. März 1983 auf seiner Autofahrt nach Hause ganz bewusst „verblitzt“, d.h. in einer gefährlichen Kurve durch Fernlicht geblendet worden sein könnte. Letztlich konnte aber nicht zweifelsfrei bewiesen werden, dass das MfS den Unfalltod Lutz Eigendorfs gezielt herbeigeführt hat.

Die Bspitzelung von Privatpersonen, die aus der DDR in den Westen geflohen waren, begann bereits in den 1950er Jahren. Nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 waren vorübergehend zahlreiche „Republikflüchtlinge“ aus der DDR in einem Flüchtlingslager auf Borkum untergebracht. Dieses Auffanglager existierte von 1953 bis 1958 auf dem Areal eines ehemaligen Seefliegerhorstes im Süden der Urlaubsinsel. Insgesamt sollen es rund 8.700 Personen durchlaufen haben. Ähnliche Einrichtungen waren zudem auch in Emden und Aurich angesiedelt. Erhaltene Stasiunterlagen belegen, dass in Borkum Spitzel tätig waren, die Berichte für das MfS schrieben und beispielsweise Zeichnungen anfertigten. Sogar Anwerbeversuche unter den dort untergebrachten DDR-Flüchtlings sind dokumentiert.¹⁸ „Die Stasi erstellte regelrechte Handlungsanweisungen, wie die Lager im Westen zu unterwandern seien. [...] Wichtig sei die ‚Beschaffung und Sammlung von Informationen‘. In den Unterkünften solle eine ‚Atmosphäre der Unsicherheit und Verwirrung‘ erreicht werden: ‚Der Arbeitsablauf muss spürbar gelähmt und durcheinander gebracht werden, um den Republikflüchtlingen den Lageraufenthalt unerträglich zu gestalten‘.“¹⁹ Die unangenehme Situation der auch im Westen überwachten DDR-Flüchtlinge spiegelt sich in der spürbaren Betroffenheit von damals jugendlichen Lagerbewohnerinnen, die auf der Basis des heutigen Kenntnisstandes ihre damalige Situation reflektieren: „Die Freiheit, die wir hier haben wollten, wurde untergraben. Das finde ich ganz schlimm“, äußerte Karin Dmoch gegenüber einer NDR-Journalistin. Karin Frey ergänzte, dass sich ihre Familie aufgrund der großen Entfernung von der Grenze sicher vor der Stasi gefühlt habe. „Dass es hier weitergeht, da hat man nicht mit gerechnet.“²⁰

Eckard Gröschel, Beauftragter des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) für Spätaussiedler, stammte selbst aus der DDR und unterstützte vom Westen aus ausreisewillige DDR-Bürger. In einem gemeinsamen Auftritt mit dem damaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Friedel Schirmer erklärte

räter“, zuletzt abgerufen am 14.11.2016 unter <https://www.youtube.com/watch?v=Arf3TcoqIHs>. Vgl. auch die Filmdokumentation „Tod dem Verräter! Der Fall Lutz Eigendorf“ von Heribert Schwan, Redaktion: Claus Spahn (zuletzt abgerufen am 14.11. 2016 unter <http://www.heribertschwan.de/werke/tod-dem-verraeter-der-lange-arm-der-stasi-und-der-fall-lutz-eigendorf/>).

18 Vgl. Christina Hofmeier: Weit weg von der Stasi – und doch nicht sicher, unter: http://www.ndr.de/kultur/geschichte/stasi_in_niedersachsen/Weit-weg-von-der-Stasi-und-doch-nicht-sicher,stasi326.html (zuletzt abgerufen am 24.11.2016). Die Zitate stammen aus einem von der Abteilung VII/2 der Stasi-Bezirksverwaltung Rostock erstellten Plan.

19 Eda.

20 Zitate von Karin Dmoch und Karin Frey nach dem Bericht von Hofmeier: Weit weg von der Stasi – und doch nicht sicher.

Gröschel, dass er 19 DDR-Bürgern zur Ausreise verholfen habe.²¹ Nach Bekanntwerden dieses Vorganges durch einen Artikel in der Regionalausgabe „Leine-Zeitung“ der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ forderte die Leipziger „Bezirkskoordinationsgruppe für Staatssicherheit“ in einem sechsseitigen Bericht vom 27. Oktober 1978 eine „vorgangsmäßige Bearbeitung des G.“.²² Diese umfasste die „Aufklärung, Kontrolle und Einschränkung der Aktivitäten des G. einschließlich der Prüfung und Nutzung aller Möglichkeiten, um ihn zur Aufgabe seiner Tätigkeit zu veranlassen.“²³ Um dies zu erreichen, sollten „offensive Gegenmaßnahmen“ eingeleitet werden. Gröschels in der DDR wohnende Verwandte sollten so „bearbeitet“ werden, dass sie für „eine offensive Nutzung“ geeignet wären. Gröschels Bemühungen, Ausreisemöglichkeiten für DDR-Bürger zu unterstützen, waren bereits zuvor, im Jahr 1977, Anlass für das Ministerium für Staatssicherheit gewesen, einen Stasi-Spitzel an seinem Wohnort in Garbsen einzusetzen. Ein erhaltener Ermittlungsbericht belegt, wie intensiv das wohnliche, berufliche und soziale Umfeld von Gröschel ausgespäht wurde.²⁴ Sogar Fotos des Wohnhauses sind von einem bisher unbekanntem Zuträger aufgenommen und an die „Abteilung XVIII“ der BV Leipzig des MfS weitergeleitet worden.²⁵ Uwe Steddin durfte nach einer langen Leidens- und Verfolgungsgeschichte in der DDR im Jahr 1974 mit seiner Mutter Margarete in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen.²⁶ Ab 1975 engagierte er sich in der FDP und später auch bei den „Jungen Liberalen“, die in den 1980er Jahren als neue Jugendorganisation der Partei anerkannt wurden. Hierzu war er durch gute Kontakte zum

21 Die folgenden Anmerkungen, die Eckard Gröschel betreffen, fußen auf den Original-BStU-Unterlagen von Herrn Gröschel. Der Berichterstatter, Hartmut Büttner, durfte Einsicht in die Akten nehmen und konnte sich die entsprechenden Belegstellen nur ohne die genauen Signaturen notieren. Artikel und Bild aus der „Leine-Zeitung“ über den gemeinsamen Auftritt tauchen in mindestens drei Opferakten auf.

22 Ermittlungsbericht des MfS, Abteilung VIII der Bezirksverwaltung Leipzig, vom 15.7.1977 gegen Eckard Gröschel, 3008 Garbsen/Hannover, durch einen Major Müller.

23 Bericht der BV Leipzig des MfS vom 27.10.1978 über „die BRD-Person Gröschel, Eckard, welche zu rechtswidrig Ersuchenden aus der DDR Kontakte unterhält und als Betreuer bereits übersiedelten DDR-Bürgern nach der BRD in Erscheinung tritt“.

24 Fotos von Gröschels Wohnung in der Garbsener Bergstraße (BStU AR7) .

25 Dort wird der zitierte Bericht unter der Tagebuchnummer 6/1667/77 geführt. Die BV Leipzig des MfS notierte am 15.3.1979: „Im Rahmen der Bearbeitung einer Rückverbindung in einer OPK wurde eine verbindungsmaßige Aufklärung zwischen dem Bezirk Leipzig und Garbsen durchgeführt.“ Sie gibt einen „weiteren Hinweis über eine Verbindung aus Leipzig nach Garbsen, denn die BRD-Person ist in der Nähe von Gröschel wohnhaft“.

26 Die Informationen über Uwe Steddin beruhen auf drei mehrstündigen Gesprächen Hartmut Büttners mit Margarete und Uwe Steddin. Hartmut Büttner durfte Einsicht in die personenbezogenen Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes über Uwe Steddin nehmen. Abschrift des Ermittlungsberichtes des Volkspolizeikreisamtes Wittenberg vom 4.7.1974 gegen Margarete und Uwe Steddin. Antrag auf Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland für Margarete und Uwe Steddin vom 9.8.1974. Unterschrieben ist der Antrag von einem Herrn Seifert, als Stellvertretendem Vorsitzenden für Inneres des Rates des Bezirkes Halle.

FDP-Spitzenpolitiker Wolfgang Mischnick angeregt worden²⁷. Nach einem Umzug wurde Steddin in Hannover Kreisvorsitzender und Mitglied des Landesvorstandes Niedersachsen der Jungen Liberalen. 1986 kandidierte er als hannoverscher FDP-Direktkandidat für den Niedersächsischen Landtag. In dieser Zeit wurde er durch die Stasi ausgespäht, wie erhaltene Unterlagen belegen. Besonders intensiv gestaltete sich die Beobachtung Ende der 1980er Jahre, als Steddin als FDP-Politiker in die DDR einreisen durfte. Am Müggelsee kam es zu einem Treffen mit den Chefs einer sich formierenden oppositionellen politischen Gruppierung: Wolfgang Schnur und Rainer Eppelmann vom Demokratischen Aufbruch.²⁸ Der Mauerfall, die friedliche Revolution in der DDR und die Beschlüsse der freigewählten Volkskammer verhinderten eine weitere Ausspähung des FDP-Nachwuchspolitikers.

Dass ausgewählte Politiker intensiv ausgespäht worden sind, wird auch am Fallbeispiel von Gerhard Glogowski (SPD) deutlich. Als Oberbürgermeister von Braunschweig war er intensiv an der Gestaltung der Städtepartnerschaft zu Magdeburg beteiligt. Bei Besuchen in der Partnerstadt fühlte sich Glogowski nach eigenen Angaben intensiv beobachtet. Er resümierte in einem Interview mit dem NDR: „Ich bin abgehört worden, mein Fahrer ist abgehört worden, als wir damals die Kontakte nach Magdeburg hatten.“²⁹ Details dieser Ausspähung werden kaum noch zu rekonstruieren sein, da die Überwachungsakte zu Glogowski anscheinend vernichtet worden ist.

Auch Medienvertreter waren bevorzugte Objekte der Beobachtung. Die NDR-Journalistin Karin Abenhausen hat recherchiert, welche Informationen das MfS seinerzeit über ihre Person und ihre Besuche in der DDR gesammelt hat. Als Studentin hatte sie in den 1980er Jahren regelmäßig die Leipziger Buchmesse besucht und dort auch kritische Künstler getroffen. Tatsächlich beschäftigte sich sowohl die Hauptverwaltung Aufklärung in der Berliner Stasi-Zentrale als auch die Bezirksverwaltung Leipzig mit der jungen Westbesucherin. Zwar umfasst dieser Überwachungsvorgang nur wenige Seiten, aber diese gehen, wie ein ausführlicher Bericht über einen Galeriebesuch im Jahr 1987 zeigt, punktuell sehr ins Detail: Es „wurde ausgespäht, in wessen Begleitung ich kam, welche Kamera wir dabei hatten, welche Künstlermappen wir uns ansahen, wie viele Grafiken wir kauften. Vom Galeristen Gerd Harry Lybke, heute einem der renommiertesten Vermarkter für junge Maler aus Leipzig, damals noch ein relativ Unbekannter. Aber wohl nicht für die Stasi. Denn seine illegale Galerie, die er nur dank einer Gesetzeslücke öffnen konnte, weil er sie quasi als Atelier an Künstler vermietete, war unter ständiger Beobachtung. Ein etwas ungutes Gefühl hatte ich damals beim Galerie-Besuch. Aber ich hatte nicht ansatzweise geahnt, dass jeder Handgriff von uns beobachtet und dokumentiert wurde. Und dass es außerdem ein Gesuch der Stasi gab,

27 Einladung des Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion Wolfgang Mischnick vom 7.11.1975 zu seinem 60.Geburtstag

28 Ergebnis der Recherche des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen bezogen auf Uwe Steddin (mitgeteilt am 29.4.1992) und Margarete Steddin (mitgeteilt am 25.5.1999). In beiden Fällen wurde mitgeteilt, dass die Betroffenen Karteikarten erfasst sind.

29 Vgl. Angelika Henkel und Stefan Schölermann: „Die Augen und Ohren der Stasi in Niedersachsen“, , unter: http://www.ndr.de/kultur/geschichte/stasi_in_niedersachsen/Die-Augen-und-Ohren-der-Stasi-in-Niedersachsen,stasi314.html(zuletzt abgerufen am 24.11.2016).

Lybkes West-Kontakte genau festzuhalten.“³⁰ Die Journalistin (und damalige Studentin) fragt sich heute, warum gerade sie als Zielperson ausgewählt worden sei. In ihrem NDR-Bericht zitiert sie hierzu die Sachgebietsleiterin der Stasi-Unterlagenbehörde, mit der sie gemeinsam ihre Stasi-Akte angeschaut hat: „Nun, immerhin hatten Sie vor Ihrem Studium mal bei der Celleschen Zeitung volontiert und waren in Begleitung eines Fotografen [...] Hätten Sie Grafiken mit politischem Inhalt gekauft, sie mit in den Westen genommen und dort möglicherweise auch noch öffentlich gemacht, dann hätte man Ihnen Spionage vorwerfen können. Bei der nächsten Einreise hätte man Ihnen möglicherweise den Prozess gemacht.“³¹ Aus heutiger Sicht reflektiert die Journalistin den ganzen Vorgang wie folgt: „Ich fühle mich ein bisschen wie jemand, in dessen Haus eingebrochen wurde: Nichts fehlt, aber viel ist durchwühlt. Es nagt das Gefühl, dass da jemand in meinen privaten Sachen rumgeschnüffelt hat. [...] Ja, ich war wohl naiv. Und mit meiner Naivität sicherlich nicht allein. So wie mir wird es auch anderen ergangen sein. Was mich kopfschüttelnd zurücklässt, ist der riesige Apparat, der selbst für eine vergleichsweise unbedeutende Person wie mich in Bewegung gesetzt wurde. Vielleicht werde ich noch einmal nachfragen, ob es meine Freundin war, die den Behörden die Informationen zuspielte.“³²

1.5.4. Unterwanderung von Behörden, Parteien und Unternehmen in Niedersachsen durch das MfS

1.5.4.1 Eine notwendige Vorbemerkung

Grundsätzlich gilt für alle im Folgenden betrachteten gesellschaftlichen Bereiche, dass im Rahmen der zeitlich befristeten Tätigkeit der Enquetekommission „Verrat an der Freiheit – Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“ umfassend angelegte und systematisch durchgeführte wissenschaftliche Forschungen zu den zahlreichen derzeit noch weitgehend offenen Themenkomplexen und Fragen zur Tätigkeit der Stasi in Niedersachsen nicht geleistet werden konnten. Maßgeblich hierfür waren mehrere Gründe: Zum einen existierte zum Zeitpunkt der Aufnahme der Kommissionsarbeit überhaupt noch kein Überblick über möglicherweise aussagekräftige archivalische Quellen zu Aktivitäten der Stasi in Niedersachsen, die in den umfangreichen und vielfältigen Beständen der Behörde des Bundesbeauftragten sowie den Dienststellen der Landesbeauftragten verwahrt und der Nutzung zugänglich gemacht werden. Die Kommission hat diese Situation als grundlegendes Problem für substantielle wissenschaftliche Studien identifiziert und demgemäß

30 Karin Abenhausen: „Ich? Bespitzelt? Unvorstellbar“, unter: (zuletzt abgerufen am 24.11.2016).

31 Aussage von Vera Iburg, Sachgebietsleiterin bei der BStU, hier zitiert nach: http://www.ndr.de/kultur/geschichte/stasi_in_niedersachsen/NDR-Redakteurin-sucht-ihre-Stasi-Akte,stasi342.html (zuletzt abgerufen am 24.11.2016).

32 Abenhausen: „Ich? Bespitzelt? Unvorstellbar“.

einen Rechercheauftrag erteilt, um ein Sonderfindmittel erarbeiten zu lassen, auf dessen Basis die weitere Erforschung relevanter Fragen in Zukunft angegangen werden kann. Die Publikation dieses Findhilfsmittels erfolgt im Rahmen des Abschlussberichtes der Enquetekommission.³³ Zum anderen verfügte die Kommission nicht über die notwendigen finanziellen Mittel und insbesondere auch die erforderlichen Arbeitskapazitäten, um im Rahmen der regulären Kommissionsarbeit die Durchführung eigener wissenschaftlicher Grundlagenforschung bewerkstelligen zu können. Folgerichtig hat sie sich darauf konzentriert, den bislang nur disparat vorliegenden Kenntnisstand aus einzelnen Veröffentlichungen, Medienberichten und juristischen Quellen im Sinne einer Zwischenbilanz zusammenzuführen und damit einerseits gesicherte Erkenntnisse zusammenzutragen, andererseits aber auch wichtige Desiderate zu benennen. Diese Zwischenbilanz fällt für die unterschiedlichen zu betrachtenden Bereiche wie folgt aus:

1.5.4.2 Landtag und Abgeordnete

Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass der Staatssicherheitsdienst der DDR mit seiner „Westarbeit“ u.a. das Ziel verfolgt hat, auf innenpolitische Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland gezielt Einfluss zu nehmen und diese gegebenenfalls auch „politisch zu destabilisieren“.³⁴ Zugleich hat ein von Georg Herbstritt erarbeitetes Gutachten über das Ausmaß der Beeinflussung oder gar Anwerbung von Abgeordneten des Bundestages als Inoffizielle Mitarbeiter der Stasi aber auch das Ergebnis erbracht, dass keine aus Niedersachsen stammenden Parlamentarier während ihrer Amtszeit als MdB für die Stasi tätig gewesen sind.³⁵ Offensichtlich sind Dokumente zu den Landtagen der einzelnen Bundesländer und ihren Abgeordneten generell in wesentlich geringerer Zahl in den Stasi-Akten überliefert als Dokumente zum Bundestag und seinen Abgeordneten. Herbstritt bietet hierfür als Erklärung an, dass die Landtage in der Logik des Staatssicherheitsdienstes nicht vorrangig als politische Entscheidungsgremien, sondern mit Blick auf die handelnden Politiker die Landesebene eher als „ein Sprungbrett in die Bundespolitik“³⁶ wahrgenommen wurden. Insgesamt liegen bislang jedenfalls keinerlei Hinweise vor, die darauf schließen ließen, dass Abgeordnete des Niedersächsischen Landtages während ihrer Amtszeit selbst für die Stasi als Inoffizielle Mitarbeiter (IM) tätig waren oder aus ihrem unmittelbaren Umfeld durch IM des MfS „abgeschöpft“ worden sind. Weitergehende Klarheit in dieser Frage könnte allerdings nur eine nähere Untersuchung auf der Basis bislang noch nicht ausgewerteter Quellen in den BStU-

33 Vgl. Enquetekommission/Kimmel: Findbuch

34 Herbstritt: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage, S. 100.

35 Unterrichtung durch die Behörde für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, vertreten durch Herrn Dr. Georg Herbstritt, zum Gutachten „Der Deutsche Bundestag 1949 bis 1989 in den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR“ und den spezifischen Bezügen zum Land Niedersachsen im Rahmen der 9. Sitzung der Enquetekommission am 2. Februar 2016, Protokoll S. 8.

36 Unterrichtung Herbstritt 2016, Protokoll S. 9.

Beständen bringen. Eine solche Analyse gehört zu den Desideraten einer speziell auf Niedersachsen bezogenen Stasi-Forschung.

Bereits bekannt ist, dass ein niedersächsischer Bundestagsabgeordneter, nämlich der in finanzielle Probleme geratene Unternehmer Artur Stegner (FDP), sich offensichtlich nach seiner Tätigkeit als Bundestagsabgeordneter der Hauptabteilung Aufklärung (HV A) als Informant angeboten hat. „Er habe der HV A dann einige Zeit lang Berichte geliefert, die sich aber allzu oft als wertlos erwiesen hätten. Die HV A habe die Zusammenarbeit deshalb bald wieder beendet“, resümiert Herbstritt seine diesbezügliche Recherche.³⁷ Stegner war am 1. Dezember 1932 der NSDAP beigetreten (Mitgliedsnummer 738.790)³⁸ und hatte sich nach Kriegsende der FDP angeschlossen, deren niedersächsischer Landesvorsitzender er von 1949 bis 1954 war. Seit 1946 hatte er zudem auch dem Stadtrat von Holzminden und dem Kreistag angehört. 1949 wurde der umtriebige und schillernde Politiker in den ersten Deutschen Bundestag gewählt, 1951 auch in den Niedersächsischen Landtag, legte aber nach kurzer Zeit dieses Mandat zugunsten seiner Tätigkeit im Bundestag nieder. Im Januar 1954 trat Stegner, nachdem Vorwürfe über finanzielle Unregelmäßigkeiten erhoben worden waren, aus der FDP aus und verließ deren Bundestagsfraktion. Im Februar 1957 schloss er sich dem Gesamtdeutschen Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) an.³⁹ In mehreren Fällen hat das MfS vermutlich gezielt, aber verdeckt niedersächsische Landtagsabgeordnete unterstützt – ohne, dass diese davon definitive Kenntnis hatten. So berichtete Georg Herbstritt im Rahmen seiner Unterrichtung der Enquetekommission davon, „dass die HV A 1974 zwei niedersächsische Landtagsabgeordnete gesponsert und ihren Wahlkampf unterstützt hat. Ich habe mit einer darüber gesprochen, und sie hat gesagt, dass sie sich so etwas gedacht hat.“⁴⁰ Ob

37 Vgl. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (Hg.), Der Deutsche Bundestag 1949 bis 1989 in den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR. Gutachten für den Deutschen Bundestag gemäß § 37 (3) des Stasi-Unterlagen-Gesetzes, Berlin 2013, S. 221.

38 Schriftliche Auskunft von Stephan A. Glienke am 29.12.2016. Vgl. hierzu auch Stephan A. Glienke (Bearb.): Die NS-Vergangenheit späterer niedersächsischer Landtagsabgeordneter. Abschlussbericht zu einem Projekt der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen im Auftrag des Niedersächsischen Landtages, o.O.o.J. In diesem Bericht wird Stegner nicht namentlich erwähnt, sondern geht nur in die Statistik ein, da über die belegte „nominelle Parteimitgliedschaft“ hinaus eine Wahrnehmung von Ämtern und Funktionen nicht nachgewiesen worden ist. Vgl. auch Hans-Peter Klausch: Braune Wurzeln – Alte Nazis in den niedersächsischen Landtagsfraktionen von CDU, FDP und DP. Zur NS-Vergangenheit von niedersächsischen Landtagsabgeordneten in der Nachkriegszeit, S. 21, o.O.o.J., unter http://linksfraktion-niedersachsen.links-cms.de/fileadmin/linksfraktion-niedersachsen/Texte/Broschueren_PDF/Broschuere_Nazis_internet.pdf.

39 Zur Biographie: Abgeordnete in Niedersachsen 1946-1994. Biographisches Handbuch, h. vom Präsidenten des Niedersächsischen Landtages, bearbeitet von Barbara Simon, Hannover 1996, S. 366.

40 Unterrichtung Herbstritt 2016, Protokoll S. 10. - In seinem Gutachten „Der Deutsche Bundestag 1949 bis 1989 in den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR“ schreibt

es weitere ähnliche Fälle gegeben hat, wäre gegebenenfalls im Rahmen einer systematisch angelegten Recherche zu klären.

Prominentes Opfer einer gewaltsamen Stasi-Aktion wurde im März 1950 der damalige Bundestagsabgeordnete und frühere niedersächsische Landtagsabgeordnete Kurt Müller.⁴¹ Als Kind einer politisch aktiven sozialdemokratischen Arbeiterfamilie im Berliner Wedding hatte sich Müller 1920 der KPD angeschlossen und dort eine beachtliche Funktionärskarriere durchlaufen, bis er 1932 als ein der stalinkritischen Fraktion um Heinz Neumann zugehöriger „Abweichler“ aller Ämter enthoben wurde. Aufgrund seiner Widerstandstätigkeit gegen Hitler wurde Müller 1934 von der Gestapo verhaftet, wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt und anschließend im Konzentrationslager Sachsenhausen inhaftiert. Im Mai 1945 konnte er aus einem Evakuierungstransport fliehen und überlebte die KZ-Haft. Im Juni 1945 begann Müller mit dem ihm übertragenen Neuaufbau der KPD in Niedersachsen und wurde bald deren Landesleiter. Von 1946 bis 1948 gehörte er zunächst dem ernannten und dann auch dem ersten gewählten Niedersächsischen Landtag an. 1948 wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden der KPD in den Westzonen gewählt; ein Jahr später zog er als Abgeordneter der KPD in den Bundestag ein.⁴² Im März 1950 wurde Müller unter einem Vorwand nach Ost-Berlin gelockt und dort nach einer Unterredung mit Walter Ulbricht noch im Gebäude des Zentralkomitees der SED verhaftet.

Über die von der Stasi durchgeführten Verhöre hat Müller in einem 1956 an den früheren Sozialdemokraten und damaligen Ministerpräsidenten der DDR Otto Grotewohl gerichteten Brief Folgendes berichtet: „Schon bei einer der ersten ‚Vernehmungen‘, die Mielke persönlich gegen mich durchführte, erklärte er mir, dass er in höherem Moskauer Auftrage und mit Billigung der SED-Führung handele. [...]. Als ich Mielke bei den ‚Verhören‘ darauf hinwies, dass nach der Verfassung auf Wunsch des Verhafteten einer von ihm benannten Person innerhalb von 24 Stunden der Grund der Verhaftung mitzuteilen ist, verweigerte er eine solche Mitteilung mit den Worten: ‚Hier bestimmen wir!‘ [...] Alle diese Drohungen, Versprechungen, Eingebungsversuche und Provokationen waren ständig mit physischem Druck und mit Quälereien verbunden. Mielke hat seine ‚Verhöre‘ in der Zeit von Ende März bis Mitte August 1950 stets nur nachts durchgeführt. Sie begannen täglich

Herbstritt auf S. 184 in Fußnote 591 von „konkreten Wahlkampf-Unterstützungsmaßnahmen der HV A 1974 für zwei namentlich genannte niedersächsische SPD-Landtagsabgeordnete“.

41 Zusammenfassend hierzu: Susanne Muhle: Auftrag Menschenraub. Entführungen von Westberlinern und Bundesbürgern durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR, Göttingen 2015, S. 65 und 265.

42 Zur Biografie: Eberhard Flessing: „Müller, Kurt“ in: Neue Deutsche Biographie 18 (1997), S. 450 f. [Online-Version]; unter: <https://www.deutsche-biographie.de/gnd119105888.html#ndbcontent> (zuletzt abgerufen am 29.12.2016); Kurt Müller, in: Biographische Datenbank der Bundesstiftung Aufarbeitung, unter <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/wer-war-wer-in-der-ddr-%2363%3b-1424.html?ID=2420> (zuletzt abgerufen am 29.12.2016); Kurt Müller, in der biographischen Datenbank von gulag.memorial.de, unter: <http://www.gulag.memorial.de/person.php?pers=247> (zuletzt abgerufen am 29.12.2016).

immer um 22 Uhr abends und endeten zwischen 4 und 6 Uhr morgens. Dabei musste ich bei allen ‚Verhören‘ während der ganzen fünf Monate immer die ganze Nacht über stehen. Tagsüber aber durfte ich nach 6 Uhr morgens nicht mehr schlafen. Außerdem gab es ganze Perioden von Tag- und Nacht- ‚Verhören‘. Diese Perioden dauerten 8 und 10 Tage, in denen man überhaupt nicht schlafen durfte. Das ‚Verhör‘ war dann von morgens um 11 Uhr bis nachmittags um ½ 5 Uhr und abends von 22 Uhr bis morgens um 6 Uhr. Fünf Monate lang wurde ich im Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen in einer Wasserzelle gehalten. Das war eine Zelle ohne Fenster und ohne jedes Möbel, auf deren Fußboden immer etwa 2 Zentimeter Wasser stand.“⁴³

Nachdem der in der DDR geplante Schauprozess gegen Kurt Müller nicht inszeniert werden konnte⁴⁴, wurde Müller den sowjetischen Behörden übergeben, die ihn nach zweieinhalb Jahren weiterer Verhöre schließlich zu 25 Jahren Haft verurteilten und im sowjetischen Straflager Wladimir inhaftierten. Im Oktober 1955 wurde Müller entlassen und erreichte mit einem Transport deutscher Kriegsgefangener das Aufnahmelager Friedland. 1957 trat er der SPD bei. Von 1960 bis 1985 war er als Mitarbeiter im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung tätig und leitete dort die Abteilung Außenpolitik und DDR-Forschung.⁴⁵

1.5.4.3 Parteien in Niedersachsen und kommunale Mandatsträger

Interessiert war die Stasi stets auch an internen Informationen aus den in Niedersachsen tätigen Parteien. Gewissermaßen als Nebenprodukt des von Georg Herbstritt erstellten Bundestags-Gutachtens ist der Fall des IM „Mai“ bekannt geworden. Der in Ostpreußen aufgewachsene Gerhard G. befand sich bei Kriegsende in der SBZ, verließ aber die DDR in den 1950er Jahren in Richtung Bundesrepublik. Er war als Sachbearbeiter bei der Bahnmeisterei Langenhagen tätig und trat in die SPD ein. Von 1959 bis zum Ende der DDR war G. als IM für die HV A tätig. Für das MfS dürfte er ein interessanter Spitzel gewesen sein, denn immerhin „verfügte er über einen guten Zugang zum Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen (1969-1982) Egon Franke, ferner lieferte er Informationen über den langjährigen Bundestagsabgeordneten Helmut Rohde (Bundesminis-

43 Brief Kurt Müllers vom 31. Mai 1956 an den DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl (erstmalig veröffentlicht in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Beilage zur Wochenzeitschrift: „Das Parlament“, B 11/90, 9. März 1990, S. 16-29. Hier zitiert nach: Kurt Müller (1903-1990) zum Gedenken, hg. v. Dieter Dowe, Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung S. 55-86, v. a. S. 55-57, 59, 82). Das Dokument ist online abrufbar unter:

<http://www.gulag.memorial.de/person.php?pers=247> (zuletzt abgerufen am 29.12.2016).

44 Vgl. zur Bedeutung des Falles und zu seinem politischen Umfeld: Annette Weinke: Der Justizfall Kurt Müller und seine Bedeutung für die kommunistische Parteisäuberungswelle im geteilten Deutschland, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 45 (1997), S. 293-310.

45 Zur Biografie: Kurt Müller, in: Deutsche Biographie, Kurt Müller, in: sowie: „Kurt Müller“ in der biographischen Datenbank von gulag.memorial.de Vgl. auch Gutachten zum Bundestag 2013, S. 311.

ter für Bildung und Wissenschaft 1974 bis 1978) sowie zahlreiche niedersächsische SPD-Landespolitiker, etwa über den späteren Bundeskanzler Gerhard Schröder, über Peter von Oertzen, Wolfgang Jüttner und andere“.⁴⁶

Zielobjekt eines Abschöpfungsversuches wurde ebenfalls Dr. Edith Niehuis, die von 1987 bis 2002 als direkt gewählte SPD-Abgeordnete den Wahlkreis Northeim-Osterode im Deutschen Bundestag vertrat und von 1998 bis 2002 Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Mitglied der ersten rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder war. Zugleich gehörte Frau Niehuis seit 1987 dem Bezirksvorstand des SPD-Bezirk Hannover an. „Als sie in den 1980er-Jahren Bundestagsabgeordnete gewesen ist, hat sie versucht, grenzüberschreitende Politik zu machen. Sie ist in die Ständige Vertretung in Bonn gegangen und hat dort angeregt, über die Zonengrenze hinweg bestimmte Kontakte aufnehmen zu können. Die Aufzeichnungen über diese Gespräche, die Frau Niehuis mit der Ständigen Vertretung in Bonn geführt hat, habe ich im Stasi-Archiv wiedergefunden“, berichtet Georg Herbstritt.⁴⁷ Bemerkenswert sei dabei, „dass der Mitarbeiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn notiert hat: ‚Namen will die Frau keine nennen.‘ Das zeigt wiederum, dass Frau Niehuis durchaus bewusst war, mit wem sie es zu tun gehabt hat, aber eine gewisse Grenze zwischen Diplomatie und Geheimdienst offenkundig nicht überschritten hat. Der Mitarbeiter in der Ständigen Vertretung, der gleichzeitig Stasi-Offizier im besonderen Einsatz gewesen ist, hat ein ganz anderes Erkenntnisinteresse gehabt. Er wollte natürlich, dass sie Namen nennt.“⁴⁸

Diese im Rahmen einer Studie zum Deutschen Bundestag zufällig bekannt gewordenen niedersächsischen Fallbeispiele verdeutlichen, dass nach der Logik der Stasi weniger die handelnden Politiker selbst, als vielmehr vorrangig Personen aus ihrem politischen und gesellschaftlichen Umfeld entweder als anzuwerbende Spitzel oder aber als potentiell zu beobachtende Personen von besonderem Interesse waren. Da es bislang keine auf Niedersachsen bezogenen systematischen Forschungen gegeben hat, kann derzeit selbst die Dimension dieses Phänomens nicht verlässlich abgeschätzt werden.

Einen interessanten Hinweis für die kommunale Ebene enthält der Verfassungsschutzbericht 1991, der auf Ermittlungen des Generalbundesanwalts gegen einen „kommunalen Mandatsträger einer niedersächsischen Kleinstadt“ verweist, dem geheimdienstliche Agententätigkeit für das MfS vorgeworfen wurde: „Der Verdächtige hat über einen Zeitraum von ca. 15 Jahren in konspirativen Objekten in Ost-Berlin und Schwerin Gespräche mit MfS-Mitarbeitern geführt, um außerhalb der bestehenden offiziellen politischen Kontakte einen ‚Beitrag zur Friedenssicherung‘ zu leisten. Da er wegen seiner kommunalpolitischen Arbeit auch in einem Diskussionskreis seiner Partei auf Bundesebene engagiert war, konnte er dem MfS nicht veröffentlichte Ansichten und Meinungen höher-rangiger Politiker seiner Partei übermitteln. Natürlich war das MfS auch an Informationen aus dem persönlichen Umfeld dieser Politiker interessiert. Der Verdächtige war anlässlich einer Studienreise

46 Gutachten zum Bundestag 2013, S. 114 f., Anm. 396.

47 Unterrichtung Herbstritt 2016, Protokoll S. 10.

48 Eda.

durch die DDR vom MfS angeworben worden. Im Verlauf seiner Tätigkeit für das MfS, die bis zur Wende Ende 1989 andauert hat, ist er mit der Handhabung von Geheimschreibpapier und dem Entschlüsseln der für ihn bestimmten Funksprüche vertraut gemacht worden.⁴⁹

Herr Dr. Udo Baron berichtete in seiner Funktion als Historiker am 28. November 2016 in der 17. Sitzung der Enquetekommission „Verrat an der Freiheit – Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“. Sein Forschungsschwerpunkt lag auf der Partei „Die Grünen“. Herr Dr. Baron stützte sich insbesondere auf Materialien aus dem Bundesarchiv, dem Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich Böll Stiftung und der BStU.

Bereits kurz nach dem Untergang der Herrschaft der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und dem Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) zur Bundesrepublik Deutschland setzte auch ihre Aufarbeitung auf juristischer, politischer und historischer Ebene ein. Zu ihren brisantesten Herausforderungen zählt dabei die Auseinandersetzung um die Einflussversuche der SED auf die Bundesrepublik Deutschland. Diese allgemein als „Westpolitik“ bzw. „Westarbeit“ bezeichnete „Arbeit nach Westen“ diente der „operativen Umsetzung der west- und deutschlandpolitischen Ziele der SED in der Bundesrepublik.“⁵⁰ Dahinter verbarg sich nichts anderes als die Versuche, Westdeutschland zu „delegitimieren“ und seine Stabilität zu unterminieren.⁵¹

Die Grünen und die Friedensbewegung im Fokus von SED und MfS

Ende der 1970er Jahre tauchte ein neues Phänomen, eine neue Partei in der politischen Landschaft der alten Bundesrepublik auf – Die Grünen. Zunächst hatte man bei der SED Sorge, die Grünen könnten in erster Linie zu einer Konkurrenz von DKP und „Sozialistischer Einheitspartei West-Berlins (SEW) werden. Als jedoch nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition im Herbst 1982 statt einer der Friedensbewegung nahe stehenden Bundesregierung eine christlich-liberale Koalition folgte, erhofften sich die Einheitssozialisten, mit Hilfe der 1983 in den Deutschen Bundes-

49 Verfassungsschutzbericht 1992, hg. vom Niedersächsischen Innenministerium, S. 73.

50 Jochen Staadt: Westarbeit der SED, in: Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 2 N-Z, 2., Paderborn u.a. 1997 (2), S. 931-935, S. 931.

51 Dieser Beitrag fasst in überarbeiteter und aktualisierter Form Forschungsergebnisse des Autors zusammen; vgl. Udo Baron: Kalter Krieg und heißer Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei „Die Grünen“, Münster 2003; ders.: Deutschlandpolitik der Grünen und das MfS, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 11 (1999), S. 47–78. Ders.: Das KOFAZ, die „Grünen“ und die DKP in der Friedenskampagne. Kommunistische Bündnispolitik im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluss, in: Jürgen Maruhn und Manfred Wilke (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS 20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 198–215.

tag eingezogenen Grünen Einfluss auf den außen-, sicherheits-, menschenrechts- und deutschlandpolitischen Meinungs- und Willensbildungsprozess in der Bundesrepublik nehmen zu können. Der Fokus bei der Einflussnahme von SED und MfS lag eindeutig auf der grünen Bundestagsfraktion, die das MfS als das eigentliche politische Zentrum der Grünen ansah und auf einzelnen Grünen, die Kontakte zu Oppositionellen in der DDR und anderen kommunistischen Ländern pflegten. Im Gegensatz dazu spielten der grüne Bundesvorstand und die grünen Landesverbände mit Ausnahme der Berliner Alternativen Liste (AL) kaum eine Rolle.

Relevante Erkenntnisse über die Grünen in Niedersachsen konnten nicht recherchiert werden. Im Ergebnis kann festgehalten werden, dass SED und MfS zwar versucht haben, Einfluss auf die Grünen zu nehmen. Letztlich scheiterten aber alle Versuche an der ungelösten Menschenrechtssituation in der DDR. Weder konnten sie den Grünen die unabhängige Friedensbewegung in der DDR als Feindbild vermitteln noch die grüne Forderung nach der Universalität der Menschenrechte unterbinden. SED und MfS erreichten aber, dass die Grünen in der Freiheits- und Menschenrechtsfrage zweideutig blieben und klare Aussagen zur Menschenrechtssituation in den Ländern des realen Sozialismus scheuten.⁵²

1.5.4.4 Ministerien

Bekannt geworden ist hier bislang vor allem ein Fallbeispiel, das allerdings von besonderer Bedeutung ist: Die Sekretärin Irene Schade spionierte vom Ende der 1960er Jahre bis Dezember 1989 insgesamt 22 Jahre lang für das MfS.⁵³ Sie arbeitete in der Geheimregistratur des Niedersächsischen Innenministeriums und diente in dieser Zeit drei verschiedenen Innenministern. An ihrem Arbeitsplatz hatte sie ungehinderten Zugang zu vertraulichsten Papieren. Sie galt als „Hüterin der Verschlusssachen“.⁵⁴ Zwei Jahrzehnte lang gab sie wichtige Geheimpapiere an die DDR weiter. Ihr größter Verrat fand in der Hochzeit des Kalten Krieges statt. Irene Schade verriet den streng geheimen „Zivilen Alarmplan“ an die DDR. Dieses Dokument regelte, wie im Verteidigungsfall die Bevölkerung zu schützen sei und sah auch Schutzvorkehrungen für den Staat und die Regierung vor. Weiterhin lieferte sie Details wie Namen und Organigramme der NATO-Stabsrahmenübung Wintex. Aus ihnen war zu ersehen, an welchen Orten es Verteidigungseinrichtungen der Bundeswehr gab. Die Sekretärin spionierte gemeinsam mit ihrem Ehemann, der in der Personalabteilung

52 Vgl. Bericht von Udo Baron, Niederschrift über die 17. Sitzung der Enquetekommission „Verrat an der Freiheit – Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“ am 28. November 2016.

53 Vgl. hierzu auch den Verfassungsschutzbericht 1990, hg. vom Niedersächsischen Innenministerium, S. 66.

54 Vgl. hierzu den NDR-Bericht : Angelika Henkel und Stefan Schölermann: Direkt an der Quelle: Agentin im Innenministerium“, unter: http://www.ndr.de/kultur/geschichte/stasi_in_niedersachsen/Irene-S-Stasi-Sekretaerin-im-Innenministerium.stasi332.html (zuletzt abgerufen am 3.1.2017).

des Niedersächsischen Innenministeriums tätig war. Zusammen waren die Eheleute „1951 aus der DDR geflüchtet und Mitte der 60er Jahre vom MfS angeworben worden“.⁵⁵ Das letzte Treffen mit dem zuständigen Verbindungsmann bei der Stasi fand noch nach dem Mauerfall am 9. November 1989 statt. „Nach einem wie immer aufwendigen konspirativen Spießrutenlauf quer durch Hannover landet man am Maschsee. Das Gespräch dauert nur wenige Minuten: Die Zusammenarbeit ist beendet, alle Spuren sollen schnellstens verwischt werden, so der Instrukteur des MfS.“⁵⁶ Am 20. Juni 1990 wurde Irene Schade schließlich verhaftet. Der 4. Strafsenat des Oberlandesgerichtes Celle verurteilte sie und ihren Ehemann im Frühjahr 1994 jeweils zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren.⁵⁷ Das Gericht stellte fest, dass aufgrund ihres Verrates die Bundesrepublik Deutschland im Krisenfall hätte erheblich destabilisiert werden können. Als Gegenleistung für die sehr ergiebige Spionagetätigkeit hatte das Ehepaar insgesamt 170.000 DM an Agentenlohn erhalten.

1.5.4.5. Sicherheitsbehörden und weitere Verwaltungsbehörden

War Niedersachsen aufgrund seiner langen Grenze zur DDR, seiner bedeutenden (und häufig grenznahen) Industrieansiedlungen sowie der Existenz von Institutionen, die sich konkret mit der Untersuchung von DDR-Unrecht befassten, generell ein bevorzugtes Ziel der „Westarbeit“ des MfS, so standen die Sicherheitsorgane des Bundeslandes stets ganz besonders im Fokus. In den 1980er Jahren gelang es der Stasi, unabhängig voneinander zwei wichtige Mitarbeiter des niedersächsischen Verfassungsschutzes zu rekrutieren⁵⁸, so dass sie in dieser Dekade immer bestens über die Spionageabwehraktivitäten unterrichtet war.

Aus rein finanziellen Gründen hatte sich Hans-Jürgen Armbrorst im August 1979 telefonisch der Hauptverwaltung A als Spitzel angeboten.⁵⁹ Das MfS griff sofort zu (und zahlte im Laufe der Jahre insgesamt rund 420.000 DM an Agentenlohn), denn „Schwarzhaupt“ (wie sich der zu diesem Zeitpunkt 36jährige „Selbstanbieter“ nannte) war „Sachgebietsleiter eines besonders wichtigen Arbeitsbereiches: ‚Methodische Spionageabwehr‘ heißt das Fachgebiet, das ein für Niedersachsens Verfassungsschutz besonders wichtiges Aufgabengebiet beschreibt. Es geht darum, Methoden zu entwickeln, wie das Einschleusen von DDR-Agenten und Reisekadern verhindert werden kann. Niedersachsens Nachrichtendienst hat hier eine bundesweite Führungsfunktion, denn kein anderes Bundesland hat eine so lange Grenze zur DDR, durch kein anderes Bundesland führen so vie-

55 Verfassungsschutzbericht 1994, hg. vom Niedersächsischen Innenministerium, S. 100.

56 Henkel/Schölermann: „Direkt an der Quelle: Agentin im Innenministerium“.

57 OLG Celle, Aktenzeichen 3 StE 6/91-3.

58 Beide Fälle sind erwähnt und bewertet im Verfassungsschutzbericht 1990, hg. vom Niedersächsischen Innenministerium, S. 66f.

59 Feststellung des Oberlandesgerichts Celle, Az. 3 StE 15/91, hier zitiert nach: Angelika Henkel und Stefan Schölermann: „Zwei Top-Spione unterwandern den Verfassungsschutz“, unter: http://www.ndr.de/kultur/geschichte/stasi_in_niedersachsen/Zwei-Spione-beim-Verfassungsschutz-Niedersachsen,stasi324.html (zuletzt abgerufen am 03.01.2017).

le Routen der Stasi-Kuriere.“⁶⁰ Das Oberlandesgericht Celle verurteilte Hans-Jürgen Armbrorst 1996 wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu sieben Jahren Haft.⁶¹

Auch Wilhelm Balke, von Beruf Polizist und seit 1970 beim Verfassungsschutz, war ein „Selbstanbieter“. Er „gilt als strebsam, talentiert, aber auch als eigenbrötlerisch“.⁶² Die von ihm angestrebte Karriere im „Höheren Dienst“ der Polizei hatte er nicht erreichen können, was nach den Feststellungen des OLG Celle zu einem ausgeprägtem Hass auf seine Vorgesetzten geführt hatte, die er nun durch seine Spitzeltätigkeit gezielt schädigen wollte. Daher entschloss auch Wilhelm Balke sich zu einem Telefonat mit dem MfS, dem er sich 1977 als Informant anbot.⁶³ Dieser Verrat führte dazu, „dass die Gegenseite alle Vorkehrungen treffen konnte, um ihr gesamtes Quellennetz zu schützen. Dabei hatte insbesondere der Großraum Hannover als Drehscheibe der Reisetätigkeit der Kuriere eine besondere Bedeutung wegen der kurzen Verbindungen zu Luft, zu Lande und per Bahn nach West-Berlin. Tatsächlich sind seit Beginn der Verratstätigkeit bis zur Auflösung des MfS keinerlei Verluste an Reisekadern aufgetreten“.⁶⁴ Wilhelm Balke wurde vom OLG Celle 1994 wegen Landesverrats und Bestechlichkeit zu neun Jahren Haft verurteilt.

Auch der Militärische Abschirmdienst (MAD) wurde zum Ziel von erfolgreicher Spionage. Staatsanwalt F. war seit 1952 im politischen Dezernat der Staatsanwaltschaft in West-Berlin tätig gewesen. Als aus einem Verhältnis mit einer verheirateten Frau eine Schwangerschaft resultierte, entschloss man sich im Juni 1954 zu einem damals noch illegalen ärztlichen Schwangerschaftsabbruch. Möglicherweise aus dem Umfeld des Arztes erhielt das MfS Kenntnis von dieser strafbaren Aktion, die F. bei Bekanntwerden mutmaßlich seine Karriere im Justizdienst gekostet hätte. Bald darauf forderte ein Kontaktmann den Juristen auf, sich zu einer nachrichtendienstlichen Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst bereit zu erklären. Andernfalls werde man sein Geheimnis publik machen. „Derart unter Druck gesetzt, ging F. auf das Angebot ein. Die ‚Führung‘ des F., der offenbar als besonders vielversprechende Quelle gehandelt wurde, übernahm im Folgenden allerdings der sowjetische Nachrichtendienst KGB.“⁶⁵ Nach beruflichen Zwischenstationen in den Bundesministerien für Justiz und für Verteidigung wurde F. schließlich ab 1959 in Hannover im Amt für Sicherheit der Bundeswehr (besser bekannt als „MAD“) tätig. Er war für die Sicherheitsüberprüfungen von Bewerbern für den gehobenen und höheren Dienst der Bundeswehr verantwortlich. „Der

60 Henkel/Schölermann: „Zwei Top-Spione unterwandern den Verfassungsschutz“.

61 Eda.

62 Eda.

63 Nach den Feststellungen des OLG Celle, Az. 3 StE 6/92, vgl. Henkel/Schölermann: „Zwei Top-Spione unterwandern den Verfassungsschutz“.

64 Ebd.. Zur Bedeutung dieses Verratsfalles vgl. auch: Angelika Henkel und Stefan Schölermann: „Lüge und Verrat: Vom Versagen der Spionage-Abwehr“, unter: http://www.ndr.de/kultur/geschichte/stasi_in_niedersachsen/Das-Versagen-des-Verfassungsschutzes,stasi404.html (zuletzt abgerufen am 3.1.2017).

65 Ulf Gutfleisch: Deutsch-deutsche Bespitzelung. Spione der DDR vor bundesdeutschen Gerichten, in: Deutschland Archiv, 10.4.2015, online unter: <http://www.bpb.de/204336/> (zuletzt abgerufen am 3.1.2017).

Spion F. war damit in einer Position tätig, die gerade der Spionageabwehr diene. [...] Mit einer Kleinstbildkamera fotografierte F. klassifizierte Schriftstücke und leitete die Fotos nach Ost-Berlin weiter.“⁶⁶ Nachdem F. von einem enttarnten Spion des KGB verraten worden war, wurde er 1961 festgenommen und vom Bundesgerichtshof wegen fortgesetztem Landesverrat und Geheimnisbruchs in einem besonders schweren Fall zu einer Zuchthausstrafe von 10 Jahren verurteilt.⁶⁷ Mitte der 1960er Jahre gelang es dem MfS in Gestalt der von ihm so benannten „Residentur Mitte“ im Garbsener Stadtteil Heitlingen, die mit fünf Spionen größte und wohl auch wirkungsvollste Spionageeinrichtung des Ministeriums für Staatssicherheit in Niedersachsen einzurichten. Spionageziele waren der MAD und die Bundeswehr. Einzelheiten sind im Themenfeld 7 des Einsetzungsbeschlusses (Pkt. 1.5.7.) dargestellt.

Intensive persönliche Kontakte zu Mitarbeitern des Landesamtes für Verfassungsschutz, einem Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums sowie einem Bundeswehrsoldaten baute auch der umtriebige Geschäftsmann und Spion Karl-Heinz Hedtke auf. Weitere Informationen über diese besonders schillernde Figur der deutsch-deutschen Spionageszene sind in einem Beitrag zum Symposium⁶⁸ und im Themenfeld Militärspionage (Pkt. 1.5.7.) zu finden.

Naturgemäß musste die im Oktober 1961, also kurz nach dem Mauerbau, eingerichtete Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter-Bad ein besonders herausgehobenes Zielobjekt der Spionagetätigkeit des MfS bilden. Hatte diese der Generalstaatsanwaltschaft Braunschweig nachgeordnete Vorermittlungsbehörde doch die Aufgabe, an der Berliner Mauer und der innerdeutschen Grenze sowie innerhalb der DDR (z.B. Misshandlungen im Strafvollzug) durch staatliche Organe begangene Gewalttaten zu ermitteln und ihre spätere Strafverfolgung vorzubereiten.⁶⁹

Weitere, bisher nicht bekannte Fälle von Spitzeltätigkeit im Bereich der Sicherheitsorgane sind bei näherer Untersuchung durchaus zu erwarten. Zur Frage, ob auch in anderen Verwaltungsbehörden

66 Eda.

67 Eda.

68 Vgl. Hartmut Büttner: Der Multispion Karl-Heinz Hedtke, in: Enquetekommission »Verrat an der Freiheit - Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten« des Niedersächsischen Landtages: Stasi in Niedersachsen. Bd. 2: Tagungsband des Symposiums, hg. vom Niedersächsischen Landtag, Göttingen 2017, S. 61-69

69 Als knappe Zusammenfassung zur Vorgeschichte und Tätigkeit der Zentralen Erfassungsstelle vgl: Monika Rutkowski/Detlef Schmiechen-Ackermann: Salzgitter. „Buchhaltung des Verbrechens“ – Die Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter, in: Thomas Schwark u.a. (Hg.): Grenzziehungen – Grenzerfahrungen – Grenzüberschreitungen. Die innerdeutsche Grenze 1945-1990, Darmstadt 2011, S. 150-160; Heiner Sauer/Hans-Otto Plumeyer: Der Salzgitter-Report. Die Zentrale Erfassungsstelle berichtet über Verbrechen im SED-Staat, Esslingen u.a. 1991. Zu dieser Institution existiert auch ein vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport und der Bundesstiftung Aufarbeitung gemeinsam in Auftrag gegebener Dokumentarfilm: Sebastian Eschenbach: „Das Archiv des Unrechts – Die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter“, Deutschland 2013, 42 Minuten.

den des Landes Niedersachsen bzw. in anderen (z.B. kommunalen) Behörden in Niedersachsen ebenfalls Inoffizielle Mitarbeiter für das MfS gespitzelt haben, liegen bislang keine präzisen Erkenntnisse vor. Allerdings gibt es punktuelle Hinweise in den vom Niedersächsischen Innenministerium veröffentlichten Verfassungsschutzberichten: So wurde 1990 berichtet, dass der „bei einer Behörde“ tätige Diplom-Ingenieur Hans-Wilhelm M. seit 1971 für das MfS gearbeitet hatte. Er besorgte „umfangreiches Material aus seinen Arbeitsbereichen, indem er Unterlagen auf Spezialfilm abfotografierte und in einem Koffer mit Geheimfach zu Treffs nach Ost-Berlin mitnahm. M. erhielt vom MfS u.a. eine Ausbildung im A-3-Funkverkehr und einen total gefälschten Reisepass. Der letzte Treff mit seinem Führungsoffizier fand im November 1989 statt. Danach erhielt er Weisung, alle Unterlagen, die seine Spionagetätigkeit betreffen, zu vernichten“.⁷⁰ Ein 45jähriger Vermessungsingenieur aus Friesland wurde vom OLG Celle zu einer Bewährungsstrafe verurteilt, weil er als Angehöriger des öffentlichen Dienstes von 1971 bis 1990 Kartenmaterial für das MfS geliefert hatte. Ein 35jähriger ehemaliger Hausmeister einer niedersächsischen Stadtverwaltung erhielt vom OLG Celle im Juli 1992 eine Freiheitsstrafe von einem Jahr und acht Monaten, die ebenfalls zur Bewährung ausgesetzt wurde. Als IM „Solo“ hatte er „Katastrophenschutzpläne, Siegel- und Stempelabdrucke, Blankovordrucke von Flüchtlingsausweisen und abgelaufene Ausweispapiere weitergegeben“.⁷¹

1.5.4.6 Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen

Universitäten, Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen stellten besondere Ziele der Auslandsspionage des MfS dar. Dort angesiedelte Institute naturwissenschaftlich-technischer Ausrichtung betrieben essentielle Grundlagenforschung für Wirtschaft und Industrie, die man abschöpfen wollte. Gerade an den Universitäten war die die Beschaffung geheimer Informationen über aktuelle Forschungen zugleich vergleichsweise leicht, da kaum Sicherheitsmaßnahmen getroffen wurden. Zudem arbeiteten einzelne Wissenschaftler selbst für das MfS. Ein prägnantes Beispiel hierfür ist Prof. Karl Hauffe, der bis 1953 als Chemiker an den Universitäten Greifswald und Ostberlin gelehrt hatte, danach in der Bundesrepublik als Wissenschaftler bei der Max-Planck-Gesellschaft sowie am Nordischen Zentralinstitut für industrielle Forschung in Oslo tätig war und 1956 auf eine Professorenstelle am Institut für physikalische Chemie an der Universität Göttingen berufen wurde. Hauffe, der über 15 Jahre für das MfS gearbeitet hat, leitete in erster Linie unveröffentlichte For-

70 Verfassungsschutzbericht 1990, hg. vom Niedersächsischen Innenministerium, S. 67f.

71 Beide Fälle werden dokumentiert im Verfassungsschutzbericht 1992, hg. vom Niedersächsischen Innenministerium, S. 74.

schungsergebnisse weiter.⁷² Es ist davon auszugehen, dass gezielte Forschungen weitere Fälle zu Tage fördern würden.

Ein weiteres Tätigkeitsfeld ergab sich für das MfS bei der Beeinflussung des politischen Geschehens an den Universitäten und in anderen Bildungseinrichtungen. Dabei hatte die DDR-Staatssicherheit nicht nur westdeutsche Studierende im Blick, die der Bundesrepublik kritisch gegenüberstanden und als Perspektiv-IM angeworben werden sollten. Auch spielte die Überwachung und Infiltrierung von geistes- und sozialwissenschaftlichen Fachbereichen oder wissenschaftlichen Einrichtungen, insbesondere der Osteuropa-Forschung, eine wichtige Rolle. Durch ein IM-Netz, das die Lancierung einseitiger Informationen aus den Instituten heraus steuerte, sollte der Öffentlichkeit ein geschöntes Bild der DDR vermittelt werden – was das MfS unter anderem an der Ostakademie in Lüneburg („Feindobjekt ‚Flechte‘“)⁷³ oder der Heimvolkshochschule Helmstedt versuchte. Des Weiteren sollten missliebige Professoren und Mitarbeiter in der politischen Bildungsarbeit, die auf einer DDR-kritischen Meinung beharrten, durch „aktive Maßnahmen“ diskreditiert und „kaltgestellt“ werden.⁷⁴

Nach einer aktuellen, auf der Auswertung von Unterlagen des Niedersächsischen Verfassungsschutzes beruhenden Einschätzung der Landesregierung „erschieden dem MfS die niedersächsischen Hochschulen bzw. Forschungseinrichtungen, insbesondere in Hannover, Göttingen und Oldenburg“ von einem „besonderen Interesse“ zu sein. „Dort versuchte das MfS in neun Fällen vor allem an Informationen zur Struktur der Hochschulen und den dort aktiven Gruppierungen zu gelangen.“⁷⁵ Zur damaligen Technischen Universität Hannover ist ein ganz punktueller Zufallsfund aus den Beständen der BStU publiziert worden. Er unterstreicht, dass die „operative Aufklärung“ der TU Hannover ein wichtiges Interessenfeld der Stasi darstellte. Sie bemühte sich, „die Struktur, die verschiedenen Gruppierungen und die Abläufe an der Universität“ zu analysieren, „um ihre inoffiziellen Mitarbeiter einzuschleusen oder um zukünftige Spitzel unter den Studenten und Lehrkräften anzuwerben.“⁷⁶ Zugleich wird anhand des am 1. Dezember 1975 erstellten „Situationsberichtes zur TU Hannover“ aber auch deutlich, dass die Sachkompetenz, mit der manche dieser Beobachtungen durchgeführt wurden, offensichtlich sehr begrenzt war. So wird aus dem seinerzeit

72 Vgl. Schlomann: Operationsgebiet Bundesrepublik, S. 226; Süß, Manfred: Die Arbeitsmethoden der Wissenschaftlich-Technischen Aufklärung, in: Müller / Süß / Vogel, Industriespionage der DDR, S. 31-54, hier S. 39 und 42 sowie Knabe, Operationsgebiet, S. 15 und 28-29.

73 Vgl. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Hg.): Niedersachsen und die Stasi, S. 58-81.

74 Vgl. Knabe, Operationsgebiet, S. 28-29; Ders., „Westarbeit“ des MfS, S. 66 sowie Sabine Kittel: Jenseits von Zahlen. Überlegungen zur Staatssicherheit der DDR an Westuniversitäten, in: Deutschland Archiv, 4.7.2014, unter: <http://www.bpb.de/187440> (zuletzt abgerufen am 5.8.2016).

75 Bericht der Niedersächsischen Landesregierung für die Enquetekommission „Verrat an der Freiheit – Machenschaften der Stasi aufklären“ vom 16. November 2015, Seite 7.

76 BStU, Niedersachsen und die Stasi, S. 6.

verantwortlichen Wissenschaftsminister Joist Grolle (SPD) aus Versehen „Krolle“.⁷⁷ Etwas unbeholfen wirken auch die knappen Bemerkungen über studentische Treffs: „Eine normale Kleidung, wie sie an der Hochschule zu sehen ist, ist am wenigsten auffällig. Die Länge der Haare spielt keine Rolle. An Verzehr benötigt man um die 10.- DM, bei Essen natürlich mehr. [...] Die Cliquenbildung in diesen Lokalen lässt oftmals einen Kontakt nicht zu.“⁷⁸ Spioniert wurde also eifrig an der TU Hannover und sicherlich ebenso an anderen niedersächsischen Hochschulstandorten – im Dunkeln liegt aber, zu welchen Erkenntnissen die Stasi dabei kam und welche Vorgänge sie effektiv beeinflussen konnte.

Generell liegen zu der wichtigen Frage, in welchem Maße die Stasi auf Forschungsfragen und -ergebnisse, auf hochschulpolitische Diskussionen und Personalentscheidungen an bundesrepublikanischen Universitäten Einfluss genommen hat, bislang keine belastbaren wissenschaftlichen Ergebnisse vor. Dieses Forschungsdefizit wird nach Abschluss des derzeit an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster laufenden Forschungsprojektes „Wirken und Einfluss des Ministeriums für Staatssicherheit an westdeutschen Hochschulen (1971 – 1989)“ zwar relativiert werden, allerdings werden in diesem Projekt ausschließlich die Universitäten Bremen, Kassel, Kiel und Münster untersucht.⁷⁹ Gerade für das Bundesland Niedersachsen, das in besonderem Maße im Fokus der Aktivitäten des MfS stand, wäre eine systematisch angelegte umfassendere Untersuchung der Rolle, die die Stasi im Hochschulbereich gespielt hat, daher sehr dringlich. Bislang hat in Niedersachsen allein die Technische Universität Braunschweig damit begonnen, größere Klarheit über eventuelle Einflussnahmen der Stasi zu schaffen. Angeblich sollen rund 30 Personen, die an der TU Braunschweig beschäftigt waren oder noch sind, in Stasi-Vorgänge verwickelt sein.⁸⁰ Als Reaktion auf diese von journalistischer Seite erhobenen Vorwürfe hat das Präsidium der TU

77 Situationsbericht zur TU Hannover, 1.12.1975, erstellt von HV A/SWT/Abt. XV, Faksimile abgedruckt in: BStU, Niedersachsen und die Stasi, S. 7-13.

78 Eda, S. 11f.

79 Forschungsprojekt „Wirken und Einfluss des Ministeriums für Staatssicherheit an westdeutschen Hochschulen (1971 – 1989)“, Leitung: Prof. Dr. Thomas Großbölting, Bearbeitung: Dr. Sabine Kittel, gefördert durch die VolkswagenStiftung. Nähere Informationen unter: http://www.uni-muenster.de/Geschichte/histsem/NZ-G/L2/Forschen/Projekte/STASI_an_westdeutschen_Hochschulen.html (zuletzt abgerufen am 6.1.2017).

80 Andre Dolle: „30 Stasi-Fälle an der TU Braunschweig. Die Universität arbeitet ein düsteres Kapitel auf. Ein „IM“ ist heute noch Professor“, Braunschweiger Zeitung, 3.12.2014, unter: <http://www.braunschweiger-zeitung.de/mitreden/antworten/article151686148/30-Stasi-Faellen-an-der-TU-Braunschweig.html> (zuletzt abgerufen am 6.1.2017); Haluka Maier-Borst: „Der Westen und sein Stasi-Problem. Bis heute arbeitet Ex-IM Görlich an der Uni Braunschweig. Nicht er, sondern das Opfer seiner Bepitzelung hat nach Bekanntwerden der Stasi-Geschichte die Uni verlassen“, ZEIT Online, 10.11.2014, unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-11/stasi-aufarbeitung-westen-ex-im-uni-braunschweig> (zuletzt abgerufen am 6.1.2017).

eine Arbeitsgruppe mit der Aufarbeitung der Stasi-Tätigkeit an der TU Braunschweig beauftragt. Abschließende Ergebnisse liegen bislang noch nicht vor.⁸¹

1.5.4.7 Institutionen für politische Bildungsarbeit

Auch die niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung war unter dem Decknamen „Spinne“ Gegenstand einer eingehenden Beobachtung als „Feindobjekt“.⁸² In einem „Informationsbedarfsplan“ vom 22. November 1983 wurde mit Blick auf die von der Landeszentrale organisierten Studienfahrten in die DDR präzise festgelegt, „welche Informationen das MfS ‚zur Bekämpfung des Feindobjekts‘ dringend benötigte. Dazu gehörten Hinweise über den Charakter der Reisegruppen, ihre soziale und politische Zusammensetzung, die Vorbereitungen der Besuche, eventuell vorhandene Verhaltensrichtlinien, die finanzielle Unterstützung und Zielsetzung der Reisen und ihre Auswertung (Empfänger der Berichte) sowie die Beurteilung der Reisen aus Sicht der Teilnehmer.“⁸³ Aus Sicht des MfS wäre eine lückenlose Überwachung aller Reisen zweifellos wünschenswert gewesen, aber offensichtlich überstieg dies die vorhandenen personellen Möglichkeiten. „Insgesamt dürften von den Reisen der Landeszentrale in die DDR“ – 1986 handelte es sich immerhin um 429 Gruppen mit über 12.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern – „höchstens 25% systematisch erfasst worden sein“.⁸⁴

Von besonderer Bedeutung mussten Kontaktaufnahmen von DDR-Bürgern zu den Gästen aus dem Westen sein: Wurden zum Beispiel staatsfeindliche Äußerungen getätigt? Oder gar Petitionen oder Briefe an die bundesdeutschen Reisenden übergeben? Um an solche sensiblen Informationen zu gelangen, versuchte das MfS ganz gezielt IM zu gewinnen, die selbst Mitglieder einer westlichen Reisegruppe waren, besser sogar Multiplikatoren oder am besten Mitarbeiter der Landeszentrale.⁸⁵ Generell galten Bundesbürger „mit einer Ausbildung in pädagogischen und sozialwissenschaftlichen Berufen, Lehrer, Klassenleiter und sonstige Multiplikatoren, die mit der Thematik

81 Stellungnahme der Technischen Universität Braunschweig zur Aufarbeitung ihrer Stasi-Vergangenheit, 20.11.2014, unter: <https://magazin.tu-braunschweig.de/pi-post/stellungnahme-der-technischen-universitaet-braunschweig-zur-aufarbeitung-ihrer-stasi-vergangenheit/> (zuletzt abgerufen am 6.1.2017).

82 Zu diesem Teilaspekt liegt eine bereits ältere Publikation vor: Hermann-Josef Rupieper/Ekkehard Schroedter: Feindobjekt „Spinne“. Die Überwachung von Studienfahrten in die DDR durch das Ministerium für Staatssicherheit 1983-1989, Halle 1997.

83 Rupieper/Schroedter: Feindobjekt ‚Spinne‘, S. 48.

84 Vgl. die Diplomarbeit von Hartmut Schulze: Die Verantwortung des MfS bei der Erhöhung der politischen Wirksamkeit der Betreuung von Jugendgruppen im touristischen Einreiseverkehr aus der BRD, BStU MfS JHS 21572, Bl. 13, hier zitiert nach Rupieper/Schroedter: Feindobjekt ‚Spinne‘, S. 58.

85 Nach BStU MfS BV Hle Abt. VII Sachakte Nr. 42, 15.8.1984, hier zitiert nach Rupieper/Schroedter: Feindobjekt ‚Spinne‘, S. 49.

des Systemvergleichs ‚DDR-BRD‘ vertraut waren, als besonders lohnenswerte Objekte⁸⁶ für Anwerbeversuche. Besonders im Fokus standen fächerspezifisch Pädagogen für Sozialkunde, Geschichte, Deutsch und Geografie sowie regional Lehrer und Mitarbeiter von Institutionen der Erwachsenenbildung aus dem Raum Hannover. Man ging davon aus, dass letztere über besonders gute Möglichkeiten verfügten, Reisen in die DDR über die Landeszentrale zu organisieren. Als IM gewinnen konnte das MfS schließlich einen Mitarbeiter einer handwerklichen Ausbildungsstätte in Kassel, der von 1982 bis 1989 über die niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung Berichte lieferte. Darüber hinaus war die Rekrutierung zweier weiterer IM, und zwar möglichst direkt aus dem Mitarbeiterkreis der Landeszentrale oder mit ihr kontinuierlich kooperierender Institutionen wie der Heimvolkshochschule Helmstedt, eine feste Zielvorgabe, konnte aber offensichtlich nicht realisiert werden. Um dieses angestrebte Ziel langfristig zu erreichen, hatte die für das „Feindobjekt Spinne“ zuständige MfS-Bezirksverwaltung Halle zunächst zwei IM für eine intensive Beobachtung der Dienststelle der Landeszentrale in Hannover eingeteilt. Man hoffte offensichtlich, einzelne Mitarbeiter aufgrund von kompromittierenden Tatsachen, die bei einer intensiven Observation zu Tage kommen sollten, zur Mitarbeit pressen zu können. Die in der BStU-Außenstelle Halle erhaltenen Vorgangsakten enthalten nicht nur einen Tätigkeitsbericht der Landeszentrale, sondern auch „handschriftliche Lagezeichnungen und zahlreiche Fotos, die von der Arbeitsstelle, aber auch vom Wohnumfeld der Mitarbeiter“ angefertigt wurden. Ausgeführt wurde diese intensive Bearbeitung der Landeszentrale durch den IM „Canstein“ und den IM „Hans Holler“. „Canstein“ war ausgebildeter Diplomlehrer für Slawistik und konnte als anerkannter Invalidenrentner beliebig oft und zugleich unauffällig in den Westen reisen – und dort für das MfS spitzeln, wofür er mit monatlich 500.- Mark netto sowie diversen Auszeichnungen belohnt wurde. Der Fall „Hans Holler“, so resümieren Rupieper und Schroedter, sei „ein Beispiel dafür, wie das MfS zielstrebig einen Bürger mit ‚negativer Einstellung zur DDR‘ zu einem ‚ehrlichen und zuverlässigen Mitarbeiter in der Bundesrepublik umfunktioniert hat“.⁸⁷ Konsequenterweise wurde die Legende eines unzufriedenen DDR-Bürgers ausgebaut, der nach mehreren, durchaus ernst gemeinten, aber zunächst erfolglosen Ausreisearträgen innerhalb von vier Jahren als effektiver IM gewonnen werden konnte. Ab 1977 berichtete „Hans Holler“, der zunächst als echter und später als vermeintlicher Regimekritiker zahlreiche Kontakte zu anderen Ausreiseartragstellern und fluchtwilligen DDR-Bürgern hatte, über sein Umfeld in der DDR. Im Rahmen der Familienzusammenführung wurde er 1980 in die Bundesrepublik entlassen. Seine Mutter lebte in Hannover und hier wurde „Hans Holler“ nun rege für das MfS tätig. Er kassierte bis November 1989 Zuwendungen in Höhe von gut 23.000 Mark sowie eine Barauszahlung von 4.800 DM. Zudem ermöglichte man ihm die illegale Ausfuhr von Antiquitäten aus der DDR. „Hans Holler“ galt dem MfS als ausgesprochen erfolgreicher IM, da er mehrere Foto- und Tonbandberichte sowie Übersichtsskizzen vorgelegt hat, in denen nicht nur die Räume der Landeszentrale und ihr Umfeld umfassend dokumentiert wurden, sondern auch das Wohnumfeld einiger ausgewählter Mitarbeiter. „Wegen dieser vorbildlichen Auf-

86 Rupieper/Schroedter: Feindobjekt ‚Spinne‘, S. 49.

87 Rupieper/Schroedter: Feindobjekt ‚Spinne‘, S. 52.

tragserfüllung war für 1989 seine Teilnahme an einer von der Landeszentrale organisierten Gruppenreise in die DDR vorgesehen [...]. In seiner IM-Akte ist noch ein Bearbeitungsvorgang vom 14. November 1989 zur Vorbereitung einer derartigen Reise verzeichnet, doch dazu kam es nicht mehr.“⁸⁸

1.5.4.8 Medien, Kirchen und Institutionen der Zivilgesellschaft

Eine systematische Erforschung möglicher versuchter Einflussnahmen auf den Bereich der Medien hat bislang noch nicht stattgefunden. Verwiesen wird an dieser Stelle auf den punktuell bekannt gewordenen Fall der Journalistin Karin Abenhausen, über den unter 1.5.3. berichtet worden ist. Aus dem Bereich der Kirchen und Glaubensgemeinschaften ist bislang für die gesamte Bundesrepublik nur ein einziger Fall von IM-Zuträgerschaft publik geworden⁸⁹: Der für die Evangelisch-lutherische Kirche in Oldenburg tätige Jugendbildungsreferent S. wurde im März 1990 als Stasi-Spitzel enttarnt und verhaftet. Im Alter von 22 Jahren war der Pfarrerssohn S. im August 1966 im Zuge einer fingierten Flucht über die DDR-Grenze in den Westen geschleust worden. S. hatte sich zuvor als Student in Jena freiwillig bereit erklärt, dem MfS zuzuarbeiten. Ausschlaggebend hierfür war offensichtlich, dass man ihm offerierte, er würde zu seinem Wunschstudium (dem der Germanistik) zugelassen werden. Unter dem Decknamen „Traven“ berichtete Germanistikstudent S. bald über Vorgänge an der Universität Jena und erhielt hierfür kleine Geldbeträge. Nachdem er über eine regimefeindliche Aktion, die sich bei einem Ernteeinsatz seiner Studentengruppe ereignet hatte, detailliert Mitteilung gemacht hatte, wurden alle Beteiligten verhört und vom Studium ausgeschlossen. Der aus Tarnungsgründen ebenfalls relegierte S. wurde nun für Aufgaben im „Operationsgebiet“ Bundesrepublik vorgesehen und als „Inoffizieller Mitarbeiter der Abwehr mit Feindverbindung“ (IMF) eingesetzt. Nach seiner erfolgreich inszenierten „Flucht“ über die thüringisch-bayerische Grenze schilderte er der Grenzpolizei seine Legende, erhielt eine ständige Aufenthaltserlaubnis in der Bundesrepublik und schrieb sich als Student an der Universität Tübingen ein. Von dort berichtete er dem MfS unter dem Decknamen „Roland Müller“ über seine Beobachtungen. Das MfS drängte nun seinen im Wartestand platzierten Perspektiv-IM, er solle sein Studium (S. hatte von der Germanistik zur Politikwissenschaft gewechselt) zügig abschließen und dann „sehen, dass er ,irgendwo reinkomme“.“⁹⁰ Nach seinem Examen wurde S. zunächst pädagogischer Mitarbeiter auf einem Jugendhof in Schleswig-Holstein, bis er 1973 Jugendbildungsreferent der

88 Rupieper/Schroedter: Feindobjekt ‚Spinne‘, S. 54.

89 Die Schilderung dieses Falles orientiert sich an der Berichterstattung in der Online-Ausgabe der Nordwest-Zeitung (NWZ online) vom 26.3.2015: Karsten Krogmann: „Oldenburger Stasi-Skandal. Der Spion, der aus der Kirche kam“, unter: http://www.nwzonline.de/politik/niedersachsen/der-spion-der-aus-der-kirche-kam-der-spion-der-aus-der-kirche-kam_a_25,0,1616218192.html(zuletzt abgerufen am 4.1.2017).

90 Eda.

Oldenburger Landeskirche wurde. Bald engagierte er sich für den Aufbau einer Partnerschaft mit einer Görlitzer Kirchengemeinde, organisierte Ost-West-Begegnungen junger Christen und war vorübergehend auch Mitglied des Ost-West-Ausschusses der Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Jugendverbände (AEJ). Aufgrund seines Engagements ergaben sich regelmäßig auch Treffen mit ostdeutschen Kirchenvertretern, über die S. dem MfS berichtete.⁹¹ Nach seiner Enttarnung wurde „der Kirchenspion“ fristlos entlassen. Das Oberlandesgericht Celle verurteilte ihn zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr, die zur Bewährung ausgesetzt wurde. Zudem musste S. 5.000 DM Strafe zahlen, was etwa dem Äquivalent seines für 23 Jahre Spitzeltätigkeit erhaltenen Agentenlohnes entsprach. Das milde Urteil des OLG Celle resultierte aus der Einschätzung, dass S. keine besonderen Geheimnisse oder sicherheitsrelevante Informationen an das MfS verraten habe, „ein tatsächlicher Schadenseintritt für die Bundesrepublik war nicht festzustellen“.⁹²

Über eine mögliche Einflussnahme des MfS auf weitere zivilgesellschaftliche Institutionen und intermediäre Gruppen in Niedersachsen (wie etwa Gewerkschaften oder Sportverbände) liegen bislang keinerlei Erkenntnisse vor.

1.5.4.9 Unternehmen in Niedersachsen

Im Fokus der Staatssicherheit stand insbesondere der Volkswagen-Konzern: Dessen vielfältige Geschäftsbeziehungen in die DDR, die zumindest teilweise auch von privaten Kontakten zwischen VW-Mitarbeitern und Angehörigen der beteiligten VEB begleitet waren, wurden streng überwacht. Über eine Reihe von Mitarbeitern, sowohl in leitender als auch in nichtleitender Funktion, versuchte die Stasi Informationen zu erlangen.⁹³ Darüber hinaus war der „Sektor Wissenschaft und Technik“ der Hauptverwaltung A stets an Informationen aus dem Automobilbau und Verbesserungen in diesem Bereich interessiert; die SIRA-Teildatenbank 11 der HV A bildet dieses Interesse ab - schon eine eher globale Anfrage bestätigt dies.⁹⁴ Einschränkend muss hier aber ergänzt werden, dass die bei der HV A abgelieferten Berichte nur ausnahmsweise dokumentiert sind.

Soweit es sich aus der stichprobenartigen Recherche beurteilen lässt, machen das Gros der Unterlagen zum Salzgitter-Konzern Berichte zur allgemeinen Geschäftspolitik im Umgang mit den sozialistischen Staaten aus. Es wurde über alle Kontakte in die DDR berichtet. Sichtbar werden zudem wiederholte Versuche, Zuträger im Konzern zu gewinnen⁹⁵, bzw. Kontakte in die Ge-

91 Eda.

92 Eda.

93 So wurde ein IM „Peter Zukunft“ 1994 unter anderem wegen seiner Spionage im VW-Konzern vor Gericht gestellt, vgl. Generalstaatsanwaltschaft beim OLG Celle Az OJs 35/94.

94 Vgl. z.B. BStU MfS HV A/MD/2, SIRA-TDB 11, SB 7930004, 20.3.1979: IM „Knuth“ soll Informationen über Krafftfahrzeugtechnik und Verbrennungsmotoren aus dem Volkswagenwerk beschaffen. An anderer Stelle (BStU MfS HV A/MD/2 SIRA-TDB 11, SE 8070120, 21.11.1979): IM „Weber“ liefert Informationen aus dem Geschäftsbericht und zum Förderungsprogramm von VW an die Staatssicherheit.

95 In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre wurde wegen Spionage gegen einen Mitarbeiter ermittelt, der für das MfS spionierte, vgl.: Niedersächsisches Landesarchiv Hannover Nds. 711 Acc.

schäftsführung anzuknüpfen. In mindestens zwei Fällen ermittelte die Staatssicherheit gegen Konzern-Mitarbeiter, die sich in ihren Augen „verdächtig“ verhielten.

Die Elastogran GmbH in Lemförde – seit 2010 BASF Polyurethanes GmbH – gehört weltweit zu den führenden Unternehmen auf dem Gebiet der Herstellung des Spezialkunststoffes Polyurethan, der gerade in den 1970er Jahren als „Alleskönner“ gehandelt wurde. Seit 1971 war sie hundertprozentige Tochter der BASF. Dass in diesem Wirtschaftsbereich von allen Seiten besonders intensiv Industrie- und Technologiespionage betrieben wurde, war schon in den 1970er Jahren bekannt.⁹⁶ Tatsächlich sind hier sehr konkrete Beschaffungsaufträge nachweisbar.⁹⁷ Nach 1990 wurde ein Ingenieur des Lemförder Werkes wegen erwiesener Industriespionage in 12 Fällen vom Oberlandesgericht Celle zu zwei Jahren Haft verurteilt.⁹⁸

Die Werner Jähnert GmbH in Göttingen hatte die Generalvertretung für die Produkte von VEB Carl Zeiss Jena im Bundesgebiet inne.⁹⁹ Gerade in den 1950er Jahren hatte Werner Jähnert deswegen einen schweren Stand, weil Carl Zeiss Oberkochen für sich das alleinige Recht auf die Markenbezeichnung beanspruchte. Die Firmenpolitik wurde aus der DDR genauestens überwacht, ebenso wie der Umgang der westdeutschen Behörden mit Jähnert. Besonders aufmerksam verfolgte die Staatssicherheit die zeitweisen Ermittlungen der westdeutschen Behörden gegen das Göttinger Unternehmen und den Transfer der erwirtschafteten Einnahmen in die DDR.¹⁰⁰ Einen weiteren

2002/168 Nr. 116. Zahlreiche Informationen, meist über die Salzgitterwerke Peine lieferte darüber hinaus IM „Boston“ (Reg. Nr. XV 3160/67) an die HV A XV/2, vgl. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Hg.): Hauptverwaltung A (HV A). Aufgaben – Strukturen – Quellen, Berlin 2013, S. 226.

96 Vgl.: Niederlage in Finsterwalde, in: Der Spiegel 2/73, 8.1.1973 und: Abgehört und eingebrochen. Konzerntöchter der BASF setzten auf eine Fachzeitschrift und ein Konkurrenzunternehmen Spitzel an, in: Der Spiegel 19/76 v. 3.5.1976.

97 Vgl. BStU MfS HV A/MD/2 SIRA-TDB 11, SB 8100128, 9.4.1981: Das VEB Synthesewerk Schwarzheide benötigte Unterlagen zu einer „Versuchsanlage für Dämmelemente“. Diese sollen bei Reutec (einem weiteren Betrieb aus dem Gesamtkonzern) oder von CAB besorgt werden. In einem ähnlichen Bereich war der bereits als Student der Freien Universität angeworbene IM „Fahrer“ (Reg. Nr. XV 11521/60) für die Abteilung IV der HV A tätig: Er lieferte als Direktor Europa und Leiter der EDV-Abteilung knapp 140 Informationen aus dem Braunschweiger Schmalbach-Lubeca-Konzern, der Verpackungen herstellte. Vgl. BStU: Hauptverwaltung A, S. 99 f.

98 Vgl. Akten bei der Generalstaatsanwaltschaft des Oberlandesgerichts Celle, Az OJs 35/92.

99 In West-Berlin hatte die Exaphot GmbH dieselbe Aufgabe, wobei beide Unternehmen sich zeitweise Konkurrenz machten.

100 Immerhin 13 Millionen „Valutamark“ erwirtschafteten die Optikwerke in der Bundesrepublik. Vgl. Tobias Wunschik: Knastware für den Klassenfeind. Häftlingsarbeit in der DDR, der Ost-West-Handel und die Staatssicherheit, 1970-1989, Göttingen 2014, S. 206.

Schwerpunkt legten die Verantwortlichen auf die Überwachung des Göttinger Personals, das zumindest zeitweise zu offen für die Positionen des „Klassenfeindes“ galt.

Wirtschaftsspionage stellte aufgrund der wirtschaftlichen Unterlegenheit und technologischen Rückständigkeit der DDR sowie der empfindlichen Auswirkungen der Embargopolitik von Beginn an ein besonders wichtiges und damit auch quantitativ sehr umfangreiches Aufgabenfeld der ‚Westarbeit‘ des MfS dar.¹⁰¹ Stets hatte man ein großes Interesse an der Beschaffung geheimer Informationen über die aktuelle und künftige Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik. Zudem bemühte man sich intensiv darum, Neuerungen in Wissenschaft und Technik auszukundschaften, wobei vor allem in der Bundesrepublik durchgeführte bzw. geplante Forschungen und Entwicklungen auf dem Gebiet der ABC-Waffen und der Optimierung traditioneller Waffensysteme besonders im Fokus standen. Dieses Interesse schloss auch Vorgänge zur Beschaffung von technischem Gerät und Ausrüstungen ein.¹⁰² 1971 wurden bei der HV A vier Abteilungen zu einem „Sektor Wissenschaft und Technik“ (SWT) zusammengefasst.¹⁰³ „Als Paradebeispiel für einen besonders erfolg-

101 Der Lagebericht über den politischen Extremismus und die Spionageabwehr in Niedersachsen (Stand: 31. März 1978), herausgegeben vom Niedersächsischen Minister des Innern, Hannover [1978], nennt das Berichtsjahr 1977 und das Gebiet Niedersachsens folgende quantitative Aufgliederung der nachrichtendienstlichen Ziele: Wirtschaftsunternehmen ca. 36%, zivile Personen und Objekte ca. 27%, militärische Objekte ca. 27%, Parteien ca. 9%. Aus dem Lagebericht über den politischen Extremismus und die Spionageabwehr in Niedersachsen: Jahresbericht 1980/81 (Stand: 31. Mai 1981), hg. vom Niedersächsischen Minister des Innern, Hannover [1981] ergibt sich eine etwas anders gewichtete quantitative Verteilung: In diesem Berichtszeitraum waren militärische Einrichtungen zu 31%, Hochschulen und wissenschaftliche Institute zu 14% sowie Wirtschaftsunternehmen ebenfalls zu 14% Ziele der erkannten Aktivitäten aller Nachrichtendienste des Ostblocks. Der größte Anteil entfiel in diesem Berichtszeitraum auf Einzelpersonen und Einzelobjekte.

102 Vgl. Knabe u.a., Die „West-Arbeit“ des MfS und ihre Wirkungen, S. 1754-1763 sowie Horst Vogel: Rolle und Bedeutung der Wissenschaftlich-Technischen Aufklärung der DDR, in: Horst Müller/ Manfred Süß/ Horst Vogel (Hg.): Die Industriespionage der DDR. Die Wissenschaftlich-Technische Aufklärung der HV A, Berlin 2008, S. 11-30, hier S. 17-18.

103 Drei von ihnen oblag die Beschaffung sowohl von wirtschaftlich-wissenschaftlichen Erkenntnissen und Ergebnissen als auch von technischem Gerät: Die Abteilung XIII beschaffte Informationen zu Forschung, Entwicklung und Produktion in Bereichen Chemie, Biologie, Geologie, Medizin, Kerntechnik, Agrarwissenschaft und Gentechnologie, die Abteilung XIV beschaffte Informationen zu Elektronik/Elektrotechnik im Bereich Mikroelektronik, Optoelektronik, zivile und militärische Fernmeldetechnik, Datenverarbeitungstechnik und Software, Feinmechanik, Optik und wissenschaftlicher Gerätebau (ein Stellvertreterbereich dieser Abteilung war direkt beim VEB Carl Zeiss Jena angesiedelt), die Abteilung XV beschaffte Informationen über Rüstungstechnik Luft- und Raumfahrt, Schiff- und Fahrzeugbau, Maschinen- und Anlagenbau. In einer weiteren Abteilung erfolgten die Auswertung der Informationen und ihre Weitergabe an die Forschungszentren sowie die Wirtschaft der DDR, vgl. auch: Vogel: Rolle und Bedeutung der Wissenschaftlich-Technischen Aufklärung der DDR, S. 22.. Vgl. auch die

reichen SWT-Agenten ist der 1981 zu 2 ½ Jahren Freiheitsstrafe verurteilte Diplom-Ingenieur und Unternehmensberater Arnold¹⁰⁴ (München/Hannover) zu nennen. Arnold war für das MfS ein Top-Agent, weil er während seiner 20jährigen Agententätigkeit u.a. detaillierte Informationen aus dem Großbereich der EDV lieferte. Er ersparte der DDR erhebliche Investitionskosten zur Entwicklung bzw. zum Aufbau einer eigenen Datenverarbeitungsindustrie. Unter anderem wurde aufgrund seiner Informationen ein EDV-System für die Nationale Volksarmee der DDR entwickelt. Die Gesamteinsparung (Forschungs-, Entwicklungskosten, nicht erfolgte Westeinkäufe) wurde mit über 100 Millionen DDR-Mark beziffert.¹⁰⁵

Daneben kontrollierte das MfS die Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR, die Reisekader sowie einreisende Geschäftspartner aus dem Westen. 1977 erfolgte die Gründung der Arbeitsgruppe „Operationsgebiet“, die die Arbeit im und in den Westen bündeln sollte. Zusätzliche Aufgaben kamen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre auf dem Gebiet der Umweltpolitik hinzu. Dabei erstreckte sich Wirtschaftsspionage grundsätzlich auf fast alle Unternehmensbereiche. Im Fokus standen in den 1980er Jahren neben dem eben bereits erwähnten EDV-Sektor ganz allgemein die Elektroindustrie sowie Kernkraftanlagen.¹⁰⁶ Man schätzt, dass insgesamt etwa 400 bis 500 MfS-Mitarbeiter, die entweder als Arbeitskräfte in den betreffenden Unternehmen angeworben oder in diese eingeschleust worden waren, 1989 in der Bundesrepublik Wirtschaftsspionage für die DDR betrieben haben.¹⁰⁷ Wie viele niedersächsische Unternehmen in welchem Ausmaß betroffen waren, kann derzeit nicht präzise beantwortet werden, da gezielte Forschungen in der Aktenüberlieferung der BStU noch ausstehen. Bekannt sind derzeit nur generelle Tendenzen sowie einzelne markante Fallbeispiele. Als Zufallsfunde sind beispielsweise Fotodokumentationen über die bauliche Struktur des Volkswagenwerkes in Wolfsburg und den Braunschweiger Binnenhafen erwähnenswert.¹⁰⁸

Nach Einschätzung der niedersächsischen Landesregierung war das MfS „im Bereich der freien Wirtschaft [...] vor allem an Informationen aus und über ‚High-Tech-Unternehmen‘ interessiert. In elf Fällen versuchte es Erkenntnisgewinne über neueste technische Entwicklungen vor allem im Elektronikbereich zu erlangen. Darüber hinaus bemühte es sich mit Hilfe in Niedersachsen platzierter IM entsprechende technische Neuerungen für die DDR zu beschaffen. Vor allem die in

diesbezüglichen Erkenntnisse, die im Verfassungsschutzbericht ´85, hg. vom Niedersächsischen Innenministerium, Hannover 1985, S. 130f. zusammengefasst wurden.

104 Im Original ist der Name bei beiden Erwähnungen in Versalien geschrieben.

105 Verfassungsschutzbericht ´85, hg. vom Niedersächsischen Innenministerium, S. 130f.

106 Vgl. Schlomann: Operationsgebiet Bundesrepublik, S. 216-224 sowie Knabe u.a.: Die „West-Arbeit“ des MfS und ihre Wirkungen, S. 1754-1763.

107 Vgl. Schlomann: Operationsgebiet Bundesrepublik, S. 216-224.

108 Bericht über das Volkswagenwerk Wolfsburg, 5.7.1967, Quelle: GI „Walter Hartung“ sowie Bericht zu den gefertigten Bildern über den Braunschweiger Hafen, 22.4.1967, Quelle: GI „Walter Hartung“, beide abgedruckt in: BStU, Niedersachsen und die Stasi, S. 38-41 bzw. 42-45.

Hannover stattfindenden Messen fanden in diesem Zusammenhang das Interesse.“¹⁰⁹ Beispielsweise sollte ein DDR-Agent auch „in einen niedersächsischen Elektronik-Konzern eingeschleust werden, um dessen Kenntnisse in Forschung und Entwicklung abzuschöpfen.

In den jährlich publizierten Berichten des niedersächsischen Verfassungsschutzes sind diverse Hinweise auf beispielhafte Fälle dokumentiert: Diplom-Ingenieur Hans J. betrieb eine Handelsfirma, über die er Geschäfte mit der DDR betrieb. Insbesondere „ließ er Waren von z.T. hohem technologischen Stand an sein Einkaufsbüro in Hannover liefern und brachte sie unter Vortäuschung des Bestimmungslandes Schweden im Auftrage des MfS über die innerdeutsche Grenze in den kommunistischen Machtbereich. Der Transport erfolgte über den Grenzübergang Helmstedt/Marienborn, obwohl dieser nicht für den Warentransit nach Skandinavien zugelassen ist.“¹¹⁰ Konkret ging es u.a. um eine Kamera, die im Cockpit des Tornado-Kampfflugzeuges Verwendung fand, oder um nachrichtendienstlich nutzbare Funküberwachungs- und Aufklärungsempfänger. Als „Embargo-Händler“¹¹¹ – eigentlich präziser: als Wirtschaftskrimineller, der gezielt gegen Diktaturen verhängte Embargos unterlief – war J. übrigens nicht nur in Richtung DDR tätig, er lieferte z.B. auch Waffen und Munition nach Nordkorea. Zudem verfasste er für das MfS Ausarbeitungen über grafische Computerprogramme, Probleme der Informationssicherheit sowie EDV-Sicherheitsbestimmungen und besorgte Publikationen zur Luft- und Raumfahrt. Wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit wurde J. im Februar 1986 zu drei Jahren und vier Monaten Freiheitsstrafe verurteilt.¹¹² Als der vom Bundestag zur Untersuchung der Aktivitäten von Alexander Schalck-Golodkowski Bereich „Kommerzielle Koordinierung“ eingesetzte Untersuchungsausschuss 1993 Hans J. als Zeugen hören wollte, teilte dieser mit, er besitze keine deutsche Staatsbürgerschaft und habe seinen festen Wohnsitz in Schweden.¹¹³

Einige der in den Verfassungsschutzberichten erwähnten Fälle wirken allerdings auch vergleichsweise banal: Ein 29jähriger Mann aus Goslar hatte sich 1975 im Zuge eines Besuches bei seinem 1958 in die DDR übergesiedelten Vater bereit erklärt, den ihn kontaktierenden „Anbahnern“ des MfS berufsbezogene Fachzeitschriften aus dem Bereich der Chemie- und Elektrotechnik zu beschaffen. Zudem lieferte der als IM „Taucher“ registrierte Zuträger auch Produktionsunterlagen und Produktproben seines Arbeitgebers sowie firmenbezogene Personaldaten. Das MfS stufte die erhaltenen Informationen als nur von geringem Wert ein. Das OLG Celle verurteilte IM „Taucher“

109 Bericht der Niedersächsischen Landesregierung für die Enquetekommission „Verrat an der Freiheit – Machenschaften der Stasi aufklären“ vom 16. November 2015, S. 7.

110 Verfassungsschutzbericht 1992, hg. vom Niedersächsischen Innenministerium, S. 74f.

111 Vgl. zu diesem Fall und dieser Charakterisierung auch Christof Haverkamp: „Waffenhandel, Stasi, heimliche Geliebte in der DDR“, in: Neue Osnabrücker Zeitung, 8.3.2015, unter: <http://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/553563/waffenhandel-stasi-heimliche-geliebte-in-der-ddr#gallery&0&0&553563> (zuletzt abgerufen am 5.1.2017).

112 Verfassungsschutzbericht 1992, hg. vom Niedersächsischen Innenministerium, S.145f.

113 Haverkamp: „Waffenhandel, Stasi, heimliche Geliebte in der DDR“.

schließlich 1992 zu einer Freiheitsstrafe von acht Monaten, die zur Bewährung ausgesetzt wurde.¹¹⁴

Eine skurrile und tragische Geschichte rankt sich um den Einsatz des Wirtschaftsspions Armin Raufeisen. Dieser war in den frühen Jahren der DDR als Geophysiker bei der Wismut AG im Uranbergbau tätig gewesen. Wohl 1957 verpflichtete er sich aus politischer Überzeugung zur Mitarbeit bei der DDR-Staatsicherheit. Nachdem er als „Kundschafter des Friedens“ in die Bundesrepublik geschleust worden war, nahm er eine Tätigkeit als Geophysiker bei der Preussag AG in Hannover auf.¹¹⁵ Raufeisen zählte zu den rund 30 bedeutenden Wirtschaftsspionen, die das MfS erfolgreich in bundesdeutschen Hochtechnologieunternehmen hatte platzieren können. „Geführt“ wurde er, wie auch zahlreiche weitere Spione in technologisch besonders interessanten Bereichen, durch Oberleutnant Werner Stiller¹¹⁶, der in der Hauptverwaltung A für den Sektor Wissenschaft und Technik zuständig war. Als dieser im Spätsommer 1979 die Seite wechselte, als Doppelagent für den Bundesnachrichtendienst (BND) tätig wurde und unter Mitnahme brisanter Akten über die im Westen tätigen Wirtschaftsspione aus der DDR fliehen konnte, erschien die Enttarnung des auf die Preussag angesetzten Agenten nur noch eine Frage der Zeit. Vom MfS in letzter Minute gewarnt, fuhr Armin Raufeisen mit seiner nichts ahnenden Familie am 22. Januar 1979 überhasstet in die DDR, angeblich um seinen auf Usedom lebenden Vater zu besuchen, dem es schlecht ginge. Die Familie wurde in einer Unterkunft des MfS untergebracht und erfuhr nun erst den wahren Grund der spontanen Reise. Die Raufeisens kamen mit den neuen Verhältnissen, in denen sie nun gezwungenermaßen leben sollten, überhaupt nicht zurecht. Der bereits volljährige Sohn Michael weigerte sich, einen Einbürgerungsantrag zu unterschreiben und wurde daraufhin im Dezember 1979 in die Bundesrepublik entlassen. Der erst 16jährige Sohn Thomas musste dagegen bei den Eltern in der DDR verbleiben. Im September 1981 wurde die Familie bei Vorbereitungen zu einer geplanten Flucht verhaftet. Armin Raufeisen wurde zu lebenslanger Haft verurteilt (und starb 1987 in einem Haftkrankenhaus), seine Frau zu sieben, Sohn Thomas zu drei Jahren Haft.¹¹⁷

Ein spezieller Aspekt der Stasi-Überwachungstätigkeit in der Bundesrepublik kann anhand des Fallbeispiels des in Garbsen ansässigen Unternehmens Müller Bewehrungstechnik GmbH & Co.

114 Eda.

115 Zur Geschichte des Agenten Armin Raufeisen vgl. den 3sat-Dokumentarfilm von Bettina Renner: „Unser Vater, der Spion“, 2004 sowie den Erlebnisbericht von Thomas Raufeisen: Der Tag, an dem uns Vater erzählte, dass er ein DDR-Spion sei. Eine deutsche Tragödie, Freiburg im Breisgau 2011 (2).

116 Werner Stiller war seit 1972 für das MfS tätig, seit 1976 als Oberleutnant in der Hauptverwaltung A. Seine Flucht aus der DDR 1979 mit zahlreichen geheimen Dokumenten in den Westen gilt bis heute als eine der spektakulärsten Spionage-Affären im Kalten Krieg. Zur Biographie vgl. Jens Giesecke: Werner Stiller, in: Helmut Müller-Enbergs u. .a. (Hg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Berlin 2000, S. 828; Werner Stiller: Der Agent. Mein Leben in drei Geheimdiensten, Berlin 2010 (3).

117 Nach voller Verbüßung seiner Haftstrafe im Zuchthaus Bautzen II wurde Thomas Raufeisen zu seinem Bruder in die Bundesrepublik entlassen.

KG beleuchtet werden. Diese Firma unterhielt seit Mitte der 1970er Jahre intensive Wirtschaftskontakte zu Betrieben in der DDR. Man lieferte u.a. Rundstahl für den VEB Chemische Werke Buna und verarbeitete diesen vor Ort in Schkopau. Andere Aufträge wurden für das Kaliwerk Zielitz ausgeführt. Zeitweise arbeiteten 130 westdeutsche Fachleute der Firma zur Ausführung dieser Aufträge an ostdeutschen Industrieanlagen.¹¹⁸ Im Gegenzug waren zwischen 1984 und 1989 ständig zwischen 30 und 50 Eisenflechter aus der DDR auf westdeutschen Baustellen der Firma Müller tätig, zum Beispiel bei der Errichtung einer neuen Lackiererei des VW-Werkes in Hannover-Stöcken. Vertragspartner der Müller GmbH war der volkseigene Außenhandelsbetrieb „LIMEX-Bau Export Import“ aus Ost-Berlin, ausgeführt wurden die Aufträge durch das „VEB-Bau- und Montagekombinat Süd“ aus Leipzig.¹¹⁹ Diese wirtschaftliche Kooperation fand unter genauester Beobachtung und Kontrolle des MfS statt. Auf Antrag des Mitgeschäftsführers Lothar Müller stellte die Stasiunterlagenbehörde im Jahr 1997 Akten der „für die Überwachung aller Bereiche der Wirtschaft und des Außenhandels“ zuständigen Abteilung XVIII der Bezirksverwaltung Leipzig des MfS zusammen.¹²⁰ Aus diesen geht hervor, dass im Rahmen eines „Operativen Personenkontrollvorganges“ (OPK) der Leipziger Abteilungsleiter „Exportvorbereitung“ und „Stellvertreter des Direktors Außenwirtschaft“, Dr. Dietmar V., im Februar 1985 eingehend überprüft worden ist. Durch diese Überwachungsmaßnahme (OPK „Händler“) wollte das MfS klären, ob „auf Grund der bekannt gewordenen Aktivitäten des V. die Gefahr eines Missbrauchs durch den Gegner besteht“. Besonders der Lebenswandel und das Auftreten des Leipziger Abteilungsleiters hatten das Misstrauen der Stasi erregt. Der Ausgespähte trete bei seinen Einsätzen „nicht immer als Interessenvertreter der DDR im Ausland in Erscheinung“. Weiterhin monierten die mit der Auswertung der Ermittlungen beauftragten Stasi-Offiziere, dass V. auch „materiell interessiert“ sei und „private Kontakte“ zu Vertretern der Firma Müller unterhalte. Diese sollten genauestens beobachtet werden. „Mit welcher Intensität werden sie unterhalten und welchen Inhalt und Charakter tragen sie“? Bei dieser Gelegenheit wurden gleichsam nebenbei selbst kleinste Details im Geschäftsgebaren der Firma Müller mit ausgekundschaftet. Penibel überwacht wurden aber vor allem die eingesetzten Arbeitskräfte aus der DDR.¹²¹ Sie waren in einem separat gelegenen Haus in Alt-Garbsen untergebracht und mussten sich strikten Regeln unterwerfen. So durften sie das Wohnhaus auch in der Freizeit nicht allein verlassen. Stets mussten mindestens drei Beschäftigte beieinander sein, um eine gegenseitige Kontrolle zu gewährleisten. Zudem mussten sie sich in ein Ausgangsbuch mit Zielangabe ein- und nach der Rückkehr wieder austragen. Insgesamt dokumentiert dieser Vorgang, dass auf wirt-

118 Berechtigungsschein zum Empfang eines Visums durch den Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik vom 4.8.1986.

119 Schreiben der Fa. Müller Bewehrungstechnik vom 14.3.1989 an das VEB Bau- und Montagekombinat Süd in Leipzig.

120 Hartmut Büttner, der zu diesem Thema recherchiert hat, durfte Einsicht in die personenbezogenen Unterlagen von Lothar Müller nehmen, die der Staatssicherheitsdienst über die Firma Müller Bewehrungstechnik gesammelt hatte (Stichtag 13.3.1997). Auch die vorherigen Anmerkungen zu diesem Thema fußen auf dieser Einsichtnahme.

121 Artikel „Schnauze halten und malochen“, „Stern“ Nr. 34 vom 15.8.1985, S. 106–108.

schaftlichem Gebiet nicht nur rege Industriespionage betrieben wurde, sondern die Stasi auch die Aufgabe hatte, aus Sicht der DDR wünschenswerte und lukrative Formen der ökonomischen Kooperation durch ihre Überwachungstätigkeit zu flankieren und abzusichern.

1.5.5. Desinformation der Öffentlichkeit durch das MfS

Im Zuge der durchgeführten Recherche ließen sich keine Desinformationskampagnen des MfS in Niedersachsen nachweisen.

Mindestens in einem Fall ist indes deutlich geworden, dass das MfS eine Medienkampagne vorbereitete, diese aber nicht durchführte: Seit spätestens Mitte der 1960er Jahre wusste die Stasi, dass der in Melle bei Osnabrück lebende Gastwirt Franz Giese mit dem als NS-Verbrecher gesuchten Erich Gust identisch war. Sie observierte den Mann, bei dem unter anderem prominente Politiker verkehrten, eingehend, und plante, seine Auslieferung an die DDR zu beantragen, um ihn dort wegen des Mordes an Ernst Thälmann vor Gericht zu stellen.¹²² Allem Anschein nach gingen die Verantwortlichen davon aus, dass diese Auslieferung verweigert werden würde und planten für diesen Fall eine umfassende Kampagne. Aus den Akten geht nicht hervor, warum auf solche Maßnahmen verzichtet wurde. „Giese“ wurde wegen seiner Verbrechen nie belangt.

1.5.6. Unterstützung und Lenkung von extremistischen Bewegungen und anderen politischen Bewegungen in Niedersachsen durch das MfS

Rechtsextremismus/Rechtsterrorismus

Die wissenschaftliche Forschung über den Umgang des „Ministeriums für Staatssicherheit“ (MfS) mit dem bundesdeutschen Rechtsextremismus steckt noch in den Anfängen. Notwendig ist perspektivisch nicht nur die vollständige Sichtung und zeithistorische Kontextualisierung aller Akten zum Thema, sondern auch eine noch stärkere Integration der Erkenntnisse in die westdeutsche Rechtsextremismusforschung, weil zu vermuten steht, dass gerade hinsichtlich logistischer und finanzieller Dimensionen so mehr Licht in das Dunkel der Geschichte des bundesdeutschen Rechtsterrorismus der 1970/80er Jahre gebracht werden kann. Mit Blick auf Niedersachsen ergeben sich dabei nach bisherigem Forschungsstand zentrale Themenkomplexe, die weiter verfolgt werden sollten und die vor allem die Lüneburger Heide betreffen, die insgesamt für den bundesdeutschen Rechtsterrorismus eine Schlüsselrolle einnimmt.

Anfang der 1980er Jahren gehörten die Mitglieder der rechtsterroristischen Vereinigung „Hepp-Kexel-Gruppe“ zu den meistgesuchten Personen in der Bundesrepublik, deren terroristische Ziele

122 Vgl. BStU MfS HA IX 21835-21837, BStU MfS HA IX/11 ZUV 20, Bd. 21, BStU MfS HA IX/Fi/130-133 und BStU MfS HA IX/11 ZUV 20, Bd. 11+12.

sich von einem nazistischen Standpunkt aus gegen amerikanische Einrichtungen in der Bundesrepublik richteten. Die Gruppe verübte in Ginnheim bei Frankfurt einen Anschlag auf eine US-Wohnsiedlung und in Gießen, Eschborn, Darmstadt, Frankfurt und Butzbach jeweils Anschläge auf Privatautos von US-Militärangehörigen. Das MfS war zu jedem Zeitpunkt bestens im Bilde über die Aktivitäten der „Hepp-Kexel-Gruppe“ und hat deren weltanschaulichen und organisatorischen Kopf, Odfried Hepp, nicht nur in umfangreichem Maße finanziell und logistisch unterstützt, sondern auch bei seiner Flucht vor den bundesdeutschen Ermittlungsbehörden geholfen und bis zu seiner späteren Verhaftung in Paris dauerhaft protegiert – und stimmte überdies weitgehend mit den Zielen von Hepp überein. Es finden sich zahlreiche Einschätzungen des MfS, die die Sympathie für Hepps Persönlichkeit, aber auch für seine politischen Ziele formulierten. Die Taten und Vorbereitungen der Hepp-Kexel-Gruppe konzentrierten sich fast ausschließlich in Mittelhessen, die Sprengsatztestungen wurden aber in der Lüneburger Heide durchgeführt.

Letzteres ist insofern mit Blick auf die Geschichte des bundesdeutschen Rechtsterrorismus aufschlussreich, weil Ende der 1970er Jahre nach MfS-Akten auch die Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG) in der Lüneburger Heide Waffendepots angelegt hat und es 1978 bereits zu einem Waffenraub auf dem NATO-Übungsplatz in Bergen-Hohne in der Lüneburger Heide gekommen war. Mindestens ein Waffenlager in der Lüneburger Heide war nach MfS-Informationen „durch den bekannten Neonazi Lembke angelegt“ worden, der im November 1981 in der Haft Selbstmord beging. Heinz Lembke hatte den bundesdeutschen Sicherheitsbehörden nach seiner Verhaftung in der Nähe von Uelzen 88 Kisten in 31 Erdverstecken gezeigt, die mit Waffen, Munition und Sprengstoff gefüllt waren. 1983/84 wird Odfried Hepp dann gegenüber dem MfS äußern, dass das in der Lüneburger Heide lebende Ehepaar Ingrid und Andreas Hagen für ihn als Kuriere und Kontaktpersonen fungieren soll, um Geld aus einem zu diesem Zeitpunkt offenbar noch immer in der Lüneburger Heide bestehenden Gelddepot zu holen. Ingrid Hagen hatte 1982 das Angebot des ehemaligen Führers des „Bundes Heimattreuer Jugend“ Uwe Berg bekommen, in dessen Antiquariatsbuchhandlung in Toppenstedt zu arbeiten, so dass der Lüneburger Heide eine logistische Schlüsselstellung zukam.¹²³

Linksextremismus / Linksterrorismus

Die Staatssicherheit war ebenso daran interessiert, die linksextreme Szene in der Bundesrepublik im Auge zu behalten. Spezifische Schwerpunkte für Niedersachsen sind hier nicht auszumachen. Ohne weitere Forschung können einzelne Feststellungen getroffen werden: So lief die Steuerung der auch in Niedersachsen aktiven DKP durch die SED-eigenen Kontrollorgane wie die Parteikontrollkommission. Die Staatssicherheit wurde nur ausnahmsweise eingeschaltet, etwa wenn man

123 Salzborn, Samuel 2016: Die Stasi und der westdeutsche Rechtsterrorismus. Drei Fallstudien, in: Deutschland Archiv, 15.04. u. 19.04.2016, Online unter www.bpb.de/224836 (Teil 1) und www.bpb.de/224934 (Teil 2)

befürchtete, dass DKP-Mitglieder auf Reisen in die DDR sich nicht parteikonform verhielten. Es wurde beispielsweise gegen einen DKP-Mann aus Oldenburg ermittelt, der als Leiter von Reisegruppen in die DDR arbeitete und eine Liebesbeziehung in die DDR unterhielt.¹²⁴ Die Stasi wurde ebenso zur Überwachung von „linkssektiererischen“ Gruppen in Bremen und Oldenburg herangezogen.¹²⁵ Observiert wurden gleichermaßen der SED nahestehende Vereinigungen wie die „Deutsche Friedensunion“¹²⁶, aber auch die Anti-AKW-Bewegung¹²⁷ und linke Gruppierungen innerhalb der grünen Bewegung¹²⁸. Inwieweit der Geheimdienst Einfluss auf diese Gruppen gewinnen konnte, lässt sich ohne weitere Recherchen nicht nachvollziehen. Nachweisbar ist zudem, dass die Stasi über die Überwachung der linksextremen und -radikalen Szene durch den niedersächsischen Verfassungsschutz gut informiert war. In den BStU-Unterlagen findet sich eine Reihe von Unterlagen zu diesem Thema.¹²⁹

1.5.7. Vorbereitung von Sabotagehandlungen und Auskundschaften von Zielen für den Kriegsfall durch das MfS

Die Westarbeit des MfS richtete sich nach den Vorgaben und Aufträgen der SED. Nach den Worten von Markus Wolf gehörten neben der Informationsbeschaffung auch Maßnahmen zur Zersetzung innerhalb der Bundeswehr und anderer NATO-Streitkräfte zum Aufgabenspektrum der HV A. Es existieren außerdem Dienstanweisungen, die besagen, dass innerhalb der Hauptabteilung I des MfS ein eigener Bereich Aufklärung den speziellen Auftrag hatte, dass westdeutsche Grenzvorfeld geheimdienstlich zu durchdringen.¹³⁰

Bis zu einer Tiefe von 30 Kilometern in das Gebiet der Bundesrepublik hinein, sowie im gesamten West-Berlin, sollten Militäranlagen der Bundeswehr und der NATO-Staaten ausgekundschaftet und überwacht werden. Die Anweisung bezog sich auch auf bundesdeutsche Grenzsicherungsstellen.¹³¹

Spezielle Erkenntnisse für den langen niedersächsischen Abschnitt der innerdeutschen Grenze liegen der Enquetekommission bisher nicht vor.

124 Vgl. BStU MfS BV Swn AP 299/87, 1 Bd. Vgl. auch: BStU MfS BV Swn KD Gadebusch 11318, BStU MfS BV Swn KD Parchim/ZMA 10.

125 Vgl. BStU MfS BV Pdm Abt. III 123.

126 Vgl. BStU MfS HA IX 10041.

127 Vgl. z. B. BStU MfS HA XXII 16528, BStU MfS BV Mgb Abt. VII 2061, BStU MfS HA II 42547, BStU MfS HA II 42940.

128 Vgl. BStU MfS AFO 107/89, 1 Bd: Es handelt sich um Ermittlungen zum Feindobjekt „Initiative Sozialistische Politik“, eine Splittergruppe innerhalb des niedersächsischen Landesverbandes.

129 Vgl. u.a. BStU MfS HA XXII 46, BStU MfS HA XXII 5704 Bd. 4 und BStU MfS HA II 46592.

130 Vgl. Herbstritt: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage, S. 72.

131 Vgl. ebd.

Die Sammlung von Informationen für den Kriegsfall und die Vorbereitung von Sabotageakten gehörten zu den Kernaufgaben der Stasi. In Niedersachsen sammelte sie solche Informationen unter anderem durch den Einsatz von Inoffiziellen Mitarbeitern wie Irene Schade (s. Pkt. 1.5.4.4 dieses Bandes), die als IM „Eva“ aus dem Niedersächsischen Innenministerium berichtete¹³² und Karl Gebauer (IM „Claus Reuter“) aus Wilhelmshaven.

Von 1975 bis 1985 spionierte Karl Gebauer, der Sicherheitsbeauftragte der Firma IBM-Sondersysteme in Wilhelmshaven, für die Hauptverwaltung A. Während seiner Tätigkeit im Geheimschutz der Firma IBM hatte er Einblick in die Entwicklung von elektronischen Systemen insbesondere für die Bundesmarine. 1975 kontaktierte er in Ost-Berlin einen Vertreter der MfS-Spionageabwehr (Abteilung IX). Nach eigener Darstellung wollte er eine militärstrategische Parität zwischen NATO und Warschauer Pakt wahren.¹³³

Der inoffizielle Mitarbeiter mit dem Decknamen „Klaus Reuter“ wurde bei der HV A als Sondervorgang geführt, da Gebauer als Sicherheitsbeauftragter bei IBM Zugang zu allen Verschlussachen sämtlicher Sicherheitsstufen hatte und über zahlreiche gute Kontakte zu den Nachrichtendiensten der Bundesrepublik verfügte. Dadurch erhielt er auch Kenntnis vom Projekt „Tenne“, welches die Planungen von Operationen der Marinestreitkräfte der NATO-Verbündeten im Ostseeraum beinhaltete.

In den folgenden Jahren lieferte er der DDR-Staatssicherheit rund 35.000 Blatt Informationen. Im Jahr 1985 beendete Gebauer auf eigenen Wunsch seine Tätigkeit für das MfS; dort wurde die Vorgangsakte geschlossen. Im Mai 1992 wurde er, nach den Aussagen des ehemaligen HV A-Oberst Karl-Christoph Großmann, festgenommen und 1994 in einem nichtöffentlichen Verfahren vom Kammergericht Berlin wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit bzw. Landesverrat zu zwölf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Nach Einschätzungen des Gerichts hätten die Informationen Gebauers an das MfS dazu führen können, der NATO im Kriegsfall in der Ostsee eine empfindliche Niederlage zu bereiten.

Am 15. Mai 1998 wurde Karl Gebauer durch Bundespräsident Roman Herzog wegen seines angeschlagenen Gesundheitszustandes und öffentlicher Intervention begnadigt.¹³⁴

Die Enquetekommission hat sich mit zwei weiteren Fällen von Militärspionage in Niedersachsen in öffentlichen Anhörungen auseinandergesetzt. Es handelt sich um die Aktivitäten des Geschäfts-

132 Vgl. zu Schade (Reg. Nr. BV Hle XV/1362/65): BStU MfS HV A/MD/2 SIRA-TDB 11: 3 Eingangsinformationen, BStU MfS HV A/MD/3 SIRA-TDB 12: 267 Eingangsinformationen, 35 Ausgangsinformationen, BStU MfS HV A/MD/4 SIRA-TDB 13: 13 Eingangsinformationen, BStU MfS HV A/MD/4 SIRA-TDB 14: 149 Eingangsinformationen, 41 Personeninformationen.

133 Vgl. Herbstritt: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage,, S. 72.

134 Siehe auch: Karl Gebauer: Doppelagent. Erinnerungen, Berlin 1999; vgl. auch Angelika Henkel und Stefan Schölermann, „Der Top-Spion aus Wilhelmshaven“, NDR, unter: http://www.ndr.de/kultur/geschichte/stasi_in_niedersachsen/Der-Top-Spion-aus-Wilhelmshaven,stasi322.html (zuletzt abgerufen am 5.1.2017).

mannes Karl-Heinz Hedtke im Bereich des Militärflughafens Wunstorf und um die Residentur Mitte in Garbsen, die den MAD und die Bundeswehr im Visier hatte.

Karl-Heinz Hedtke besaß bis 1981 ein schlossähnliches Anwesen in dem aus wenigen Häusern bestehenden Wunstorfer Stadtteil Stiefelholz. Das Gebäude befindet sich direkt am Flughafenzaun des Militärflughafens.¹³⁵ Von seinem Grundstück aus beobachtete Hedtke mit Hilfe einer Reihe von optischen Geräten die militärischen Abläufe und Flugbewegungen und gab sie an die DDR weiter. Gleichzeitig versuchte er Kontakte zu Personen aufzubauen, die in sicherheitsrelevanten Bereichen der Bundesbehörden arbeiteten.¹³⁶

Initiator der Stasi-Zelle „Residentur Mitte“ im Garbsener Ortsteil Heitlingen war Günter Gieren, der nach und nach seine ganze Familie für eine Spitzeltätigkeit zugunsten der Stasi anwarb.¹³⁷ Gieren hatte nach Gründung der Bundeswehr im Jahr 1955 vergeblich versucht, dort eine Einstellung als Berufssoldat zu erhalten. So verdiente er seinen Lebensunterhalt in wechselnden Berufen, zunächst als kaufmännischer Angestellter, dann als Inhaber einer Reinigungsfirma und schließlich als Betreiber einer Gaststätte. Bereits nach einem Jahr musste er die Gaststätte wegen erheblicher Überschuldung wieder schließen; er arbeitete nun als Angestellter bei verschiedenen Firmen. Ende Oktober 1964 meldete sich Gieren bei einer Grenzübergangsstelle der DDR und diente sich einem Major des MfS als Spion an. Dominierendes Motiv war offensichtlich die akute Geldnot. Hinzu kam anscheinend eine wachsende Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland. Gieren erbot sich gegenüber dem MfS, Informationen aus dem Kreise seiner Bekannten zu besorgen, von denen etliche als Soldaten bei verschiedenen Einheiten der Bundeswehr Dienst taten. Seine Ehefrau Gisela soll erklärt haben: „Sein Traumjob war NVA-Offizier“. Obwohl sich nach einigen Treffs auf dem Gebiet der DDR herausstellte, dass die gelieferten Informationen zunächst keinen großen Wert hatten, beschloss das MfS die Zusammenarbeit fortzusetzen. Günter Gieren erhielt den Decknamen „Günter“ und verpflichtete sich im Juli 1966 schriftlich als Inoffizieller Mitarbeiter der Stasi.

Ehefrau Gisela war über die Spionagetätigkeit ihres Mannes informiert und verpflichtete sich selbst ab 1968 unter dem Decknamen „Marga“ zur Zusammenarbeit mit dem MfS. Sie reiste allein zwischen 1967 und 1983 28 Mal zur Übergabe von Spionageergebnissen in die DDR und wurde vom MfS umfassend ausgebildet: Sie lernte die Ver- und Entschlüsselung von Nachrichten und den Empfang von Agentenfunkmeldungen, erwarb Kenntnisse zur Präparierung spezieller Transportmedien zur Überbringung von Mikrofilmen sowie zum Fälschen von Personalpapieren.

135 Siehe auch: Büttner: Der Multispion Karl-Heinz Hedtke, in: Enquetekommission: Tagungsband des Symposiums, S. 61-69. Vgl. auch Werner Kahl: »Spionage-Affäre um einen Baulöwen im pechschwarzen Jaguar«, in: Die Welt vom 2.2.1981.

136 „Wieder ein mutmaßlicher Agent der DDR festgenommen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.11.1980.

137 Vgl. zu diesem Fall vor allem: Hartmut Büttner, Der lange Arm der Stasi reichte bis Garbsen, Garbsen o.J., S. 35-37.

Für die Stasi war besonders Gierens Schwägerin Dagmar S. (Deckname „Vera“) von großem Interesse, da es ihr gelungen war, eine Anstellung beim Militärischen Abwehrdienst (MAD) zu erhalten. Dagmar S. lebte zwar mit ihrer Familie in Isernhagen, war aber häufig in Heitlingen zu Gast. Ihr spielte Günter Gieren zunächst vor, dass er für eine geheime westliche Organisation arbeite, welche die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gegen die Wühlarbeit von extrem rechts- und linksgerichteten Kreisen schützen wolle. Durch ihre guten Insiderkenntnisse musste Dagmar S. allerdings bald klar geworden sein, dass sie in Wahrheit Zuträgerdienste für einen östlichen Geheimdienst leistete. Der bedeutendste Verratsfall gelang „Vera“ mit dem Ablichten einer streng geheimen Unterlage über Stationierungsorte von nuklearen bzw. nuklearfähigen Waffensystemen in Niedersachsen. Diese sogenannten „Poseidon-Papiere“ schmuggelte Gierens Ehefrau anschließend auf Mikrofilmen in die DDR. „Durch die Lieferung dieser Liste war das MfS erstmals in den Besitz eines genauen Zielkataloges gelangt, der es den Streitkräften des Warschauer Paktes im Zuge einer militärischen Auseinandersetzung ermöglicht hätte, konzentrierte Angriffe auf diese Ziele durchzuführen und sie wirkungsvoll zu bekämpfen“¹³⁸, hielt das OLG Celle 1995 in seiner Bewertung fest. Weiterhin führten Informationen von „Vera“ auch zur Verhaftung mehrerer MAD-Mitarbeiter in der DDR.

Für ihre Spionagetätigkeit erhielten die Mitglieder der „Residentur Mitte“ erhebliche Geldsummen sowie Auszeichnungen, Verdienstmedaillen und sogar den „Kampforden für Verdienste um Volk und Vaterland in Gold“. Im März 1995 verurteilte das Oberlandesgericht Celle „Vera“ wegen Landesverrats zu acht Jahren Haft. Nach einer Revision wurde die Strafe auf viereinhalb Jahre reduziert. „Marga“ wurde ebenfalls wegen Landesverrat und Bestechung zu fünf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Außer den Freiheitsstrafen kamen bei beiden Verurteilten noch Geldbußen und die Aberkennung der bürgerlichen Rechte für vier Jahre hinzu.¹³⁹

Gisela und Günther Gierens Tochter Sabine (Deckname „Sybille“) und die Bekannte Ute Barth (Deckname „Manfred“) wurden ebenfalls von Günter Gieren für eine Spionagetätigkeit für das MfS gewonnen. „Sybille“ arbeitete als Protokollführerin beim Truppendienstgericht. Dort konnte sie kaum Interessantes für die Stasi berichten. Sie erhielt von der Stasi offensichtlich nur deshalb finanzielle Zuwendungen, weil die gesamte Spionagefamilie „bei Laune gehalten“ werden sollte. Ute Barth war beim Landesamt für Verfassungsschutz in Hannover tätig. Sie übermittelte dem MfS „eine Fülle von Informationen über diese Behörde, aber auch über andere Personen der Landespolitik und –verwaltung, die ihr zu Ohren gekommen sind“.¹⁴⁰ Sabine Gieren und Ute Barth wurden ebenfalls nach Aufdeckung des Spionageskandals angeklagt und zu Freiheitsstrafen auf Bewäh-

138 OLG Celle, Az 3 StE/93, hier zitiert nach Angelika Henkel und Stefan Schölermann: „Familienunternehmen Stasi-Zelle: ‚Residentur Mitte‘“ NDR, unter: http://www.ndr.de/kultur/geschichte/stasi_in_niedersachsen/Wie-Garbsen-zum-Spionage-Zentrum-wird,stasi328.html (zuletzt abgerufen am 3.1.2017).

139 Urteil des OLG Celle vom 31.7.1996 gegen die Rentnerin Gisela Gieren und die Kauffrau Dagmar S.

140 Verfassungsschutzbericht 1994, hg. vom Niedersächsischen Innenministerium, S. 100. Vgl. auch Henkel/Schölermann: „Familienunternehmen Stasi-Zelle“.

rung sowie zur Abführung des Agentenlohns verurteilt. Die beiden Frauen erhielten relativ milde Strafen, da sie sogar nach Auffassung der anklagenden Bundesanwaltschaft „Opfer und Täter“ zugleich waren. Günter Gieren hatte seine Familienangehörigen auch durch Drohungen und Täuschungen zur Spitzeltätigkeit veranlasst.¹⁴¹ Der Hauptschuldige selbst konnte juristisch nicht zur Rechenschaft gezogen werden, da er vor Enttarnung des Heitlinger Spionagenestes im Mai 1989 verstarb. Seine Ehefrau Gisela setzte ihre Kurierdienste für das MfS allerdings noch bis zum August 1990 fort.

Der Historiker Georg Herbsttritt urteilt in seinem Buch „Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage“: „Die Residentur Mitte entwickelte sich zu einem Spitzenvorgang. Nach Auffassung der Bundesanwaltschaft führte dies alles zu einem schweren Nachteil für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland.“¹⁴² Die Enquetekommission hat keine weitere Spionageeinrichtung in Niedersachsen identifizieren können, die gleichfalls aus mindestens fünf Inoffiziellen Mitarbeitern der Stasi bestand. Damit kann die Stasi-Zelle mit der Bezeichnung „Residentur Mitte“ zu Recht als eine der bedeutendsten Spionageeinrichtungen des MfS in Niedersachsen bezeichnet werden. Immerhin gehörten zwei ihrer fünf Spione zu den 21 mit den längsten Freiheitsstrafen verurteilten „Kundschaftern“ in der Bundesrepublik Deutschland.¹⁴³

Neben diesen „Spitzen-IM“ besaß die Stasi weitere Informanten, die ihr über die sogenannten Regimeverhältnisse in Niedersachsen berichteten: In den Stasi-Akten befinden sich Beschreibungen des Verkehrswegenetzes und der Wasserstraßen, ebenso wie Stadtpläne und teilweise Verzeichnisse wichtiger Adressen in Hannover und anderen Städten. Vielfach handelte es sich dabei um Postkarten und touristisches Informationsmaterial. Aber vereinzelt sind auch Baupläne und –zeichnungen überliefert, deren Besitz für den Kriegsfall durchaus bedeutend gewesen wäre. Hinzu kommt eine große Zahl von topographischen Karten des Gebietes unmittelbar westlich der deutsch-deutschen Grenze, teils auch Luftbilder. Die Staatssicherheit war außerdem im Besitz von Informationen über zivile und militärische Sendeanlagen, über militärische Standorte und Truppenbewegungen.¹⁴⁴

Die bekannt gewordenen Ergebnisse des Auskundschaftens von Zielen für den Kriegsfall durch Spionage in Niedersachsen, hätten einen Militärschlag für die Warschauer Pakt-Staaten berechenbarer und damit wahrscheinlicher gemacht.

141 Einzelheiten finden sich im Urteil des OLG Celle vom 19.11.1994 gegen Sabine Gieren und Ute Barth; vgl. Büttner, Der lange Arm der Stasi reicht bis Garbsen.

142 Herbsttritt: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage, S. 208.

143 Klaus Marxen/Gerhard Werle/Petra Schäftner „Die Strafverfolgung von DDR-Unrecht“ Seiten 54 – 59.

144 Vgl. Enquetekommission/Kimmel: Findbuch, [die endgültige Seitenzahl stand bei Erstellung der Drucksache noch nicht fest]

1.5.8. Opfer des MfS in Niedersachsen anerkennen und gegebenenfalls Fragen der Entschädigung klären

Den Opfern des MfS in Niedersachsen hat die Enquetekommission bewusst großen Raum eingeräumt. In zwei öffentlichen Anhörungen am Montag den 25.4.2016 und am Dienstag den 31.5.2016 kamen acht Betroffene als Zeitzeugen zu Wort.

Zunächst gab der Sachverständige Hartmut Büttner eine Einführung in die Gesamtproblematik der SED-Opfer, die Grundlagen ihrer Rehabilitierung sowie gesetzliche Regelungen zur Entschädigung und ihre Defizite.

Alle Bundesregierungen in verschiedenen politischen Zusammensetzungen haben versucht humanitär zu helfen und den Freikauf von politischen Gefangenen aus der DDR ermöglicht. Insgesamt über 33.000 Häftlinge wurden im Laufe der Jahre aus den Haftanstalten der kommunistischen Diktatur freigekauft und in die Bundesrepublik Deutschland entlassen.¹⁴⁵

Aus diesem humanitären Akt haben SED und Stasi im Laufe der Jahre einen Wirtschaftsfaktor zur Beschaffung von Devisen gemacht. Der Bereich Kommerzielle Koordinierung von Alexander Schalck-Golodkowski war dafür zuständig. Dieser Stasi-Bereich kümmerte sich auch um den Einsatz von DDR-Häftlingen zur Zwangsarbeit für viele bundesdeutsche und internationale Unternehmen. Dies war eine weitere Devisenquelle für die DDR.¹⁴⁶

Die Zuchthäuser der DDR wurden von der Stasi auch als Anwerbeposten für neue Inoffizielle Mitarbeiter genutzt. Durch Drohungen und Versprechungen gegenüber den politischen Häftlingen gelang es tatsächlich in vielen Fällen dieses Ziel auch zu erreichen. Eine Ausspähung durch Mitgefängene hat fast jeder der geladenen Zeitzeugen erlebt, ebenso Anwerbeversuche der Stasi.¹⁴⁷

Dass man unter den Bedingungen einer Diktatur und den Repressalien in einem DDR-Gefängnis nicht zum Spitzel wurde, ist gar nicht hoch genug anzurechnen. Immerhin sagen uns die Stasiakten, dass eine Vielzahl von DDR-Bürgern „nein“ zu den Anwerbeversuchen gesagt hat.¹⁴⁸

Mit diesen Vorgängen ist das ausgeprägte Misstrauen von Stasiopfern gegenüber ehemaligen Leidensgefährten zu erklären. Dies ist auch ein Grund dafür, dass es so viele zersplitterte Opferorganisationen gibt. Niedersachsen ist dabei eine Ausnahme. In unserem Bundesland haben sich die Betroffenen zu einem Netzwerk für SED- und Stasiopfer zusammengeschlossen. Hierzu gehören die in Niedersachsen aktiven Opferverbände und viele Einzelpersonen.

145 Vgl. Jan Philipp Wölbern: Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63-1989. Zwischen Menschenhandel und humanitären Aktionen, Göttingen 2014, S. 541-544.

146 Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages „Bereich Kommerzielle Koordinierung in der 12. Wahlperiode Drucksache 12/7600.

147 Siehe auch die Pkte. 1.6. und 1.7. im Abschlussbericht der Enquetekommission, Bd. 1.

148 Vgl. ebd.

Auf den Anhörungen der Kommission vom 25. April und 31. Mai 2016 berichteten acht Zeitzeugen, darunter sechs Haftopfer über ihre erschütternden Lebens- und Leidensgeschichten. Die Darstellungen löste bei den Anwesenden große Betroffenheit aus.

Es muss erinnert werden an den Beitrag von Jürgen Ritthaler, der in der Stasihaft so gedemütigt und gequält und mit Schlaf- und Nahrungsentzug gefoltert wurde, dass er nach seiner Entlassung gefragt wurde, ob er aus Auschwitz komme. Nein – er kam nicht aus Auschwitz sondern seine Hölle waren die DDR-Knäste in Hohenschönhausen, Rummelsburg und Cottbus. Mit 73 Kilo in die Haft gekommen – wog er bei seiner Entlassung noch 39 Kilo. „Immer Hunger, verfaulte Kartoffeln, Fischköpfe, glitschiges Brot! Ich habe alle meine Zähne verloren“, hat er unter Tränen gestanden. Hinzu kamen Scheinhinrichtungen die so wirklichkeitsnah waren, dass Jürgen Ritthaler sich vor Angst in die Hosen machte und anschließend wie tot zusammenbrach. Danach musste er noch seine Exkrememente zusammensuchen und den Gefängnishof mit der Scheinhinrichtungsstätte säubern.

Diese menschenvernichtende Methode einer brutalen Diktatur war eine Reaktion nur auf das Stellen von kritischen Fragen im Schulunterricht zur Wahrheit über die Morde von Katyn.

Ähnliche Banalitäten führten auch bei anderen Zeitzeugen zu brutalen Strafen, die in keinem Verhältnis zu den vorgeworfenen Vergehen standen. Das galt auch für Andreas Hartlep, dem wegen der Umdichtung des Lindenberg Songs von „Ein Sonderzug nach Pankow“ in „Ein Sonderzug nach Spandau“, das Ablegen des Abiturs und auch der Eintritt in eine Schauspielschule verweigert wurde. Er stellte daraufhin einen Ausreiseantrag und demonstrierte öffentlich dafür. Das brachte ihm immerhin ein Jahr und zehn Monate Haft in Naumburg und Karl-Marx-Stadt mit Zwangsarbeit und vielen Schikanen ein.

Günter Lindner erhielt für den Besitz des Buches „Archipel Gulag“ von Alexander Solschenizyn zunächst ein Jahr und später noch weitere 15 Monate Haft im berühmten Zuchthaus Cottbus. Diese drei Zeitzeugen wurden aus nichtigsten Anlässen mit drakonischen Strafen überzogen. Ihr Wille, ein bisschen anders sein zu wollen, sollte demonstrativ und exemplarisch von der Staatsmacht gebrochen werden.

Zu einer zweiten Opfergruppe zählten die mutigen Menschen, die sich nicht widerstandslos in die Marschkolonnen der Einheitspartei SED und ihren vielen Unterorganisationen stecken lassen wollten.

Alfred Herrmann und Klaus-Dieter Rößler wuchsen beide in einem christlichen Elternhaus auf. Sie verweigerten sich den Kinder- und Jugendorganisationen des SED-Staates und auch der Jugendweihe. Stattdessen engagierten sich beide in der evangelischen Kirche und wurden auch konfirmiert. Die Folgen waren bei beiden ähnlich. Ihnen wurde die höhere Schule verweigert. Sie machten beide daraufhin eine Lehre, der eine zum Elektromonteur, der andere zum Feinmechaniker. Alfred Herrmann fand später eine Anstellung als ungelernter Arbeiter bei der Deutschen Post. Durch eine Erwachsenenqualifikation wurde er schließlich Postbetriebsfacharbeiter und damit auch

unfreiwilliger Augenzeuge von massiven Verletzungen des Postgeheimnisses durch MfS-Personal in Zivil und in Uniform.

Beide versuchten der DDR zu entkommen, in dem einen Fall durch Flucht, in dem anderen durch eine provozierte Inhaftierung, um von der Bundesregierung freigekauft zu werden. Bei Alfred Herrmann führte dies zu drei Jahren verschärftem Vollzug im berüchtigten Knast von Cottbus, bei Klaus-Dieter Rößler zu insgesamt 20 Monaten Haft in der ČSSR, in Karl-Marx-Stadt und in Hohen-schönhausen.

Gernot Preuß stellte bezüglich seines Haftgrundes einen Sonderfall dar. Er ist unter den Zeitzeu-gen auch als Einziger später so richtig beruflich erfolgreich gewesen. Aus Solidarität mit den nach dem Mauerbau eingemauerten West-Berlinern zog er dorthin. Gernot Preuß wollte aber auch di-rekt helfen und schloss sich einer nichtkommerziellen Fluchthilfeorganisation an. Bereits der erste Einsatz wurde verraten und führte nach einer jeweils dreimonatigen Isolationshaft in Ost-Berlin und Potsdam zu einer Verurteilung zu 27 Monaten Zuchthaus, die er wegen Verweigerung der Zu-sammenarbeit mit der Stasi voll verbüßte.

Es ist nicht hoch genug einzuschätzen, dass sich diese sechs Haftopfer bereit erklärt hatten, nicht nur über die Gründe zu berichten, die zu ihrer Verurteilung führten, sondern, dass sie sich vor al-lem überwinden konnten, auch Einzelheiten über die Tortur ihrer jeweiligen Haft zu erzählen. Wie schwer es ihnen fiel konnten die Anwesenden verspüren. Das Erzählen ihrer Erlebnisse führte fast alle angehörten Opfer von Drangsalierung und Misshandlung an die Grenzen ihrer emotionalen Belastbarkeit. Viele andere Opfer der SED-Diktatur können die Kraft dazu nicht aufbringen.

Sprachstörungen – die sich in der Stasihaft verschlimmerten und bis zum heutigen Tag das Leben in unserer Gesellschaft erschweren, Schlafprobleme, Alpträume, Angst vor größeren Menschen-ansammlungen oder geschlossenen Räumen – die gesundheitlichen Haftfolgen sind vielfältig. Ein großer Teil der Leidtragenden ist bis heute traumatisiert. So ist es für viele Stasi- und SED-Opfer sehr demütigend, wenn Gutachter in ihren heutigen Leiden häufig einen Zusammenhang mit Haft, Zersetzung und Verfolgung einfach nicht erkennen wollen. Dabei ist das zumeist nicht einmal schlechter Wille – vielen Gutachtern fehlen einfach die Empathie und die Kenntnisse über die menschenfeindlichen Mechanismen in einer totalitären Diktatur. Weil es im Westen Deutschlands nur im Ausnahmefall zu einer psychologischen Betreuung kam, haben sich bei vielen ehemaligen Opfern die posttraumatischen Störungen verfestigt.

Die beiden Anhörungen brachten auch zu Tage, dass es neben den Haftopfern noch weitere Ge-schädigte der SED-Diktatur gab. Hierzu gehört Frau Vera Wilhelm. Die DDR-Behörden verweiger-ten ihr aus politischen Gründen eine Anstellung als Lehrerin. Nach erfolgter Rehabilitation erhält sie in der Bundesrepublik finanzielle Leistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz. Allerdings nimmt die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) dies zum Anlass, die Leistungen an Frau Wilhelm einzuschränken.¹⁴⁹

149 Vgl. die Niederschrift über die 14. Sitzung der Enquetekommission „Verrat an der Freiheit – Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“ am 31. Mai 2016 (Opferanhörung; Gernot Preuß, S. 137-144).

Dies steht im Widerspruch zum Willen des Gesetzgebers: Leistungen aus den drei SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen sollten nicht auf andere Zahlungen angerechnet werden. Frau Wilhelm hat dies in einem NDR-Interview eindrucksvoll nachgewiesen. Der Fernsehbeitrag wurde auf der Sitzung vom 31. Mai 2016 gezeigt und von Rechtsanwalt Gernot Preuß erläutert. Herr Preuß teilte den Mitgliedern der Enquetekommission mit, dass alle anderen denkbaren Wege ausgetestet worden seien, um die Kürzung auszugleichen. Keiner war erfolgreich. Helfen werde deshalb vermutlich nur eine kleine Gesetzesklarstellung. Sie wird in ganz Deutschland vermutlich weniger als zehn Personen betreffen. Allein aus Gerechtigkeitsgründen sollte dies der Gesetzgeber bei nächster Gelegenheit regeln.

Mit einer kleinen Gesetzesklarstellung ist es bei dem von Volker Hilgert vorgetragenen grundsätzlichen Problem der DDR Bürger, die vor 1990 in die Bundesrepublik Deutschland übersiedelt oder geflüchtet sind, nicht getan. Hier hat sich ein Konflikt über die Anwendung des Rentenüberleitungsgesetzes ergeben, der zur Folge hat, dass es eine rentenrechtliche Schlechterstellung dieser Menschen gegenüber den DDR-Bürgern, die bis zur Wiedervereinigung in der DDR geblieben sind, gibt.

Dieses Problem wird von den Betroffenen, die sich zu einer „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge“ (IDEF) zusammengetan haben, mit vielen politischen und auch juristischen Mitteln angegangen.

Die unterschiedlich zusammengesetzten Bundesregierungen der letzten Legislaturperioden haben die Argumente der IDEF bisher immer zurückgewiesen. Vermutlich wird erst ein höchstrichterliches Urteil hier zu einer richtungsweisenden Entscheidung führen.

Der Sachverständige Hartmut Büttner bat in seiner Zusammenfassung der beiden Anhörungen die anderen Mitglieder der Enquetekommission, sich schwerpunktmäßig vor allem für eine Verbesserung der Lage der Stasi- und SED-Opfer auszusprechen.

Neben der schon angesprochenen Forderung nach verbesserter Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden, ist die faktische finanzielle Ungleichbehandlung zwischen den früheren Trägern des SED-Systems und seinen Opfern ein weiteres großes Problem. Viele Träger des SED-Systems und vor allem die ehemaligen Stasi-Angehörigen erhielten im Vergleich zu anderen Berufsgruppen in der DDR überhöhte Bezüge und damit auch höhere Renten. Beschlüsse des gesamtdeutschen Gesetzgebers die eine Deckelung der Rentenbezüge für diesen systemnahen Personenkreis auf 2/3 des DDR-Durchschnittsniveaus vorsahen, wurden 1998 durch das Bundesverfassungsgericht aufgehoben. Diese Maßnahme des Gesetzgebers hat die sich damals langsam schließende finanzielle Schere zwischen den Opfern der SED-Diktatur und ihren früheren Peinigern wieder größer werden lassen.

Leistungen der bescheidenen Opferrente von monatlich maximal 300 Euro erhalten nur SED-Opfer, die heute sozial bedürftig sind. Die meisten Betroffenen empfinden diese Zuwendung nicht primär als einen finanziellen Ausgleich in einer sozialen Notlage, sondern vielmehr als Anerkennung des wiedervereinten Deutschland für Ihren Einsatz für Demokratie und persönliche Freiheit.

Hartmut Büttner regte an in den Schlussbericht zu schreiben, dass das Land Niedersachsen deshalb eine Bundesratsinitiative ergreifen sollte. Die als sogenannte „Opferrente“ bekannt gewordene besondere Zuwendung nach § 17a StRehaG“ sollte nicht mehr an eine heute noch festzustellende Bedürftigkeit gebunden werden, sondern nur noch an eine Haftdauer von mindestens 180 Tagen.

1.5.9. Täter identifizieren und deren Motivationen offen legen und gegebenenfalls eine Strafverfolgung vorbereiten

Obwohl sich die Niedersächsische Justiz durch die Generalstaatsanwaltschaft Celle und das Oberlandesgericht Celle bei der Strafverfolgung auf diesem Gebiet besonders hervorgetan hat, liegen keine Publikationen zu diesem Thema vor. Auch steht zu diesem Themenfeld kein statistisches Material zur Verfügung.¹⁵⁰

Für die Ausarbeitung zu diesem Punkt hatte sich Herr Dr. Hans-Jürgen Grasemann (Oberstaatsanwalt a.D.) bereit erklärt. Durch den Tod von Herrn Dr. Grasemann im November 2016 ist sein erarbeiteter Beitrag leider nicht mehr zugänglich.

1.6. Niederschrift: 1. Opferanhörung am 25. April 2016

Die Enquetekommission hat in ihrer 13. Sitzung am 25. April 2016, in ihrer 14. Sitzung am 31. Mai 2016 und in ihrer 16. Sitzung am 19. September 2016 Opfer und Zeitzeugen angehört. Unter dem Punkt 1.6 und den nachfolgenden Punkten 1.7 und 1.8 werden die zur Sitzung angefertigten Niederschriften aufgeführt.

Einführung in die Gesamtproblematik der SED-Opfer, die Grundlagen ihrer Rehabilitierung sowie in die gesetzlichen Regelungen zur Entschädigung und deren Defizite durch Herrn Hartmut Büttner

Hartmut Büttner: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Bevor ich mit der Einführung in die Gesamtproblematik beginne, möchte ich vorausschicken, dass das Land Niedersachsen - seinerzeit die CDU/FDP-geführte Landesregierung - als erstes westdeutsches Bundesland eine eigene

150 Im Rahmen der Recherchen zum Findbuch wurden im Landesarchiv Niedersachsen (Standorte Hannover und Stade) sowie auch bei der Generalstaatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht Celle zahlreiche Akten zu Ermittlungsverfahren wegen „geheimdienstlicher Agententätigkeit“ (§ 99 StGB) eingesehen. Eine chronologisch geordnete Aufstellung befindet sich im Anhang des Bandes, vgl. Enquetekommission/Kimmel: Findbuch, [die endgültige Seitenzahl stand bei Erstellung der Drucksache noch nicht fest]

Opferberatungsstelle eingerichtet hat, und zwar im Innenministerium. Die rot-grüne Landesregierung hat das fortgesetzt; darüber freuen sich die Opfer sehr.

Noch positiver ist, dass alle vier Landtagsfraktionen sich entschieden haben, bei diesem Thema zusammenzuarbeiten, und gemeinsam die Einrichtung dieser Enquetekommission beschlossen haben. Das ist ein Wert für sich. Es ist auch sehr zu begrüßen, dass den Opfern der zweiten Diktatur auf deutschem Boden ein besonderes Gewicht in der Kommissionsarbeit eingeräumt wurde.

Im Einsetzungsbeschluss der Enquetekommission sind neun Aufgaben formuliert worden. Unter Nr. 8 ist folgendes Themenfeld genannt: Opfer des MfS in Niedersachsen anerkennen und gegebenenfalls Fragen der Entschädigung klären. Damit wollen wir heute ganz praktisch beginnen, indem wir uns Zeitzeugenberichte anhören, die zum Teil sehr aufwühlend sein werden. Ein zweiter Termin folgt am 31. Mai.

Ich komme nun zu einigen Grundlagen. Eine Frage, die ich den heute Anzuhörenden gestellt habe, war: Wie ist man eigentlich in die Rolle des Opfers der SED-Diktatur gekommen?

Die Bandbreite der daraufhin geschilderten Einzelschicksale war unglaublich vielfältig, und die Schicksale waren erschütternd. Es ging um aus unserer Sicht vielleicht gering erscheinende Rechtsverstöße bis hin zur Bestrafung von Ausreisewünschen oder gescheiterten Fluchtversuchen. Die Strafen waren zum Teil drakonisch und standen in keinem Verhältnis zu den Vorwürfen. Sehr positiv war, dass alle Bundesregierungen - egal, welcher Couleur - versucht haben, humanitär zu helfen, und den Freikauf von politischen Gefangenen aus der DDR ermöglicht haben. Insgesamt sind 33 755 Häftlinge im Laufe der Jahre aus den Gefängnissen der kommunistischen Diktatur freigekauft und in die Bundesrepublik Deutschland entlassen worden.

Aus diesem humanitären Akt haben SED und Stasi im Laufe der Jahre einen Wirtschaftsfaktor zur Beschaffung von Devisen gemacht. Der Bereich Kommerzielle Koordinierung (KoKo) von Alexander Schalck-Golodkowski war dafür zuständig. Dieser Stasibereich bemühte sich auch im Wesentlichen um den Einsatz von DDR-Häftlingen zur Zwangsarbeit für viele internationale Unternehmen. Alles, was nicht aus der DDR kam, wurde als „international“ betrachtet. Das galt auch für die Bundesrepublik Deutschland. Die meisten dieser Unternehmen kamen in der Tat aus der Bundesrepublik Deutschland. Das war eine weitere Devisenquelle für die DDR.

Belege für und viele Einzelheiten über den Häftlingsfreikauf und das Funktionieren des KoKo-Systems können wir aus den Erkenntnissen der beiden Enquetekommissionen des Deutschen Bundestages - „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ und „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ - beziehen. Aus diesen Quellen und im Zusammenhang mit dem Bundestagsuntersuchungsausschuss zum Bereich Kommerzielle Koordinierung des Devisenbeschaffers Alexander Schalck-Golodkowski ist eine Fülle von Material entstanden, das wir herbeiziehen und nutzen könnten.

Die Gefängnisse der DDR wurden auch als Anwerbeposten für neue Inoffizielle Mitarbeiter genutzt. Durch Drohungen und/oder Versprechungen gegenüber fast allen politischen Häftlingen gelang es in vielen Fällen, dieses Ziel zu erreichen. Die Ausspähung durch Mitgefangene hat jeder unserer Zeitzeugen erlebt, ebenso Anwerbeversuche der Stasi.

Dass jemand unter den Bedingungen der Diktatur und den Repressalien in einem DDR-Gefängnis nicht ebenfalls zum Spitzel wurde, kann man gar nicht hoch genug anrechnen, wenn man bedenkt, dass 3 500 Westdeutsche diesem Ruf gefolgt sind - freiwillig und/oder aus anderen, häufig finanziellen, Gründen. Unter den Bedingungen einer Diktatur haben immerhin sechs von zehn DDR-Bürgern einem Anwerbeversuch widerstanden. Das alles ist auch dokumentiert worden; denn die Stasi war eine bürokratische Organisation. Alles wurde abgerechnet, und alles zählte im Wettbewerb mit anderen Stasimitarbeitern.

Nun kann man vielleicht ein wenig verstehen, warum das Misstrauen von Stasiopfern gegenüber ehemaligen Leidensgefährten besonders ausgeprägt ist - zum Teil größer als gegenüber Dritten. Dies ist auch ein Grund dafür, dass es sehr viele, zersplitterte Opferorganisationen gibt. Nur Niedersachsen stellt eine kleine Ausnahme dar. Hier ist es gelungen, die Opferorganisationen, die in Niedersachsen tätig sind, und viele Einzelopfer in einem Netzwerk zusammenzufassen. Aber die von Misstrauen geprägte Diskussion erreicht auch uns immer wieder.

Bei vielen Opfern, die nicht rechtzeitig psychologisch betreut wurden, hat sich eine Traumatisierung festgesetzt, die zum Teil bis heute anhält. Segensreich war in diesem Zusammenhang die Tätigkeit der Landesbeauftragten für Stasiunterlagen in Sachsen-Anhalt; denn sie haben auch die psychologische Betreuung vorgenommen. Hier in Niedersachsen - das habe ich im Jahr 2005 festgestellt - herrschten in diesem Bereich häufig noch größere Probleme als in den neuen Bundesländern. Ein Grund dafür ist: In der Regel wurden die Häftlinge mit den längsten Haftstrafen von der Bundesregierung freigekauft, und deshalb befinden sie sich jetzt in der Regel im Westen und nicht im Osten von Deutschland. Ein zweiter Grund ist, dass in Niedersachsen keine Landesbeauftragten in diesem Bereich tätig sind.

Ich habe versucht, in Niedersachsen die Einrichtung eines entsprechenden Landesbeauftragten anzuschieben, aber dieser Versuch fiel leider in die Zeit, als hier der „Landesbeauftragten-Dschungel“ mit der politischen Machete bearbeitet wurde. Die Alternative war die Gründung eines Netzwerks von SED- und Stasiopfern.

Wir werden im Laufe der zwei Anhörungen auch über unterschiedliche Formen und Regelungen der Entschädigung für die Opfer sprechen. Deshalb möchte ich an dieser Stelle einen ganz groben Überblick über das System der Rehabilitierung und Entschädigung von SED-Opfern geben.

Der wichtigste Punkt bei all diesen Fragen und Voraussetzung für jegliche Entschädigung ist eine offizielle Rehabilitierung. Hierzu gibt es Informationen der Opferberatungsstelle im Niedersächsischen Innenministerium.

Antragsfristen wurden immer wieder verlängert - zuletzt bis zum 31. Dezember 2019. An diesem Tag laufen auch formal einzelne Bestimmungen des Stasiunterlagengesetzes aus, sodass es im Moment auch um Nachfolgeregelungen für die Stasiunterlagenbehörde geht. Ich habe mich im Bundestag ungefähr fünfmal für weitere Verlängerungen der Fristen ausgesprochen; denn solange noch ein Opfer lebt, soll auch die Möglichkeit bestehen, einen Antrag zu stellen.

Es gibt zwei Hauptgründe, warum viele Opfer keine Anträge auf Rehabilitierung gestellt haben. Viele Opfer haben Schwellenangst gegenüber Behörden und wissen eigentlich gar nicht, was ge-

nau für diesen Antrag erforderlich ist. Diese Unwissenheit besteht bis zum heutigen Tage, obwohl gerade die Opferberatungsstelle viele Informationen weitergibt. Aber bis diese bei den einzelnen Betroffenen ankommen, vergeht manchmal viel Zeit; zum Teil sind es 25 Jahre.

Ein Problem ist aber vor allem die Schwellenangst - also die Angst, in eine Behörde hineinzugehen. Und man muss Beweise erbringen, was oft nicht ganz einfach ist, z. B. Gefangenenakten oder Stasiakten. Die Stasiunterlagenbehörde, das Bundesarchiv, die Beratungsstelle im Niedersächsischen Innenministerium können den Einzelnen Informationen darüber geben, wo sie diese Unterlagen bekommen können.

Wenn das geklappt hat, gibt es drei Säulen der Rehabilitierung: das strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG), das Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG) und das Berufliche Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG). Diese drei Gesetze nennt man auch SED-Unrechtsbereinigungsgesetze. Sie sind Anfang bis Mitte der 1990er-Jahre entstanden.

Beim Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz geht es einfach um die Entschädigung nach Haftzeiten. Nach langen Diskussionen und nach einigem Hin und Her gibt es seit Jahren eine einvernehmliche Regelung. Die Kapitalentschädigung pro Haftmonat beträgt 306,78 Euro. Früher waren es 600 DM. Dafür muss man „nur“ seine Haft nachweisen.

Das Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz befasst sich mit der Aufhebung rechtsstaatswidriger Maßnahmen, wie Zwangsaussiedlung, Enteignung - hier gilt: Rückgabe vor Entschädigung -, Bespitzelung, Drangsalierung, Aberkennung von Titeln. Die Entschädigungshöhe wird per Einzelfallentscheidung festgelegt. Besonders problematisch sind die Enteignungen durch die sowjetische Besatzungsmacht in den Jahren 1945 bis 1949. Das ist ein Sonderthema, das bis heute nicht richtig gelöst ist. Es wird wahrscheinlich nie zu einer für alle Seiten befriedigenden Lösung kommen.

Das Berufliche Rehabilitierungsgesetz behandelt die Themen Kündigung, Herabstufung, Nichtzulassung zu Abitur und Studium, individuelle Verfolgung und Zersetzung. Das ist besonders schwierig; denn das Gesetz sieht eigentlich Heilung vor. Wenn also jemand sein Abitur nicht machen konnte, kann er es nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz nachholen. Aber wenn man bedenkt, wie alt die Opfer heute sind, läuft diese Regelung eigentlich leere, weil die wenigsten Menschen überhaupt noch in der Lage sind, diese Möglichkeit wahrzunehmen.

Eine besondere Brisanz hat dabei die rentenrechtliche Situation. Das ist sehr wichtig, weil die meisten Opfer mittlerweile in einem Alter sind, in dem sie nicht mehr beruflich tätig sind.

Zu den drei Säulen hinzu kommen noch Hilfen in besonderen Notlagen nach dem Häftlingshilfegesetz. Wenn ein Fall beispielsweise gerade nicht mehr von den anderen Gesetzen erfasst wird, kann derjenige über die Häftlingshilfestiftung in Bonn Hilfestellung bekommen.

Eine weitere Besonderheit ist die sogenannte Opferrente, eine besondere Zuwendung nach dem § 17 a StrRehaG. Anfang der 90er-Jahre hat man sich bemüht, im Rentenüberleitungsgesetz die Ostrenten und die Westrenten zusammenzubringen. Das war schwierig, weil viele Ostrenten im staatsnahen Bereich völlig überzogen waren. Zum Beispiel verdiente eine Köchin bei der Stasi ungefähr das Doppelte wie eine Köchin, die in einem Betrieb arbeitete. Das wirkt sich natürlich rentenrechtlich aus.

Gleichzeitig saßen die Opfer in dieser Zeit zum Teil im Gefängnis und sind dort gedemütigt worden. Sie hatten überhaupt keine Möglichkeit, die gleichen Ansprüche zu erwerben wie z. B. die Täter.

Das war ein Grund dafür, dass der Deutsche Bundestag entschieden hat, die Renten für staatsnahe Bereiche ein Stück weit abzusenken, z. B. bei der Stasi auf 80 % des DDR-Durchschnittsrenteneinkommens.

Diese Konstruktion wurde letztendlich vom Bundesverfassungsgericht gekippt, und der Bundesgesetzgeber bzw. der Bundesrat bekamen den Auftrag, dafür zu sorgen, dass Nachzahlungen in diesem Bereich erfolgten. Die Schere beim Renteneinkommen von Opfern und Tätern, die gerade ein bisschen kleiner geworden war, wurde damit wieder größer. Es gab eine Riesendiskussion darüber, dass es einen Ausgleich für die Opfer geben müsse. Diese Diskussion mündete in dieser besonderen Zuwendung nach § 17 a. Sie war an eine Bedürftigkeit gekoppelt, die heute noch besteht, und das ist das Problem. Die Bedürftigkeit musste nachgewiesen werden, und die Einkommensgrenze war sehr niedrig. Das war für viele Opfer eine große Demütigung; denn sie empfanden diese besondere Zuwendung nicht primär als einen finanziellen Ausgleich in einer sozialen Notlage, sondern vielmehr als Anerkennung des wiedervereinten Deutschlands für ihren Einsatz für Demokratie und Freiheit. Deshalb sollte nach meiner Auffassung die Bedürftigkeitsregelung abgeschafft werden.

Zur Funktion der Häftlingshilfestiftung habe ich schon etwas gesagt. Hierbei besteht das Problem, dass nur Opfer, die 180 Tage oder mehr Haft erlitten haben, einen Anspruch auf diese Rente haben. Wer nur 179 Tage in Haft war, der hat sozusagen Pech gehabt. In diesem Fall kann z. B. die Häftlingshilfestiftung einspringen, die allerdings finanziell ausreichend ausgestattet sein muss, und Sie wissen, welche Schwierigkeiten alle Stiftungen in diesen Tagen haben. Aufgrund der gegenwärtigen Niedrigzinsphase ist das ein besonderes Problem.

Des Weiteren sollen Zuwendungen an die Betroffenen nicht auf andere Leistungen wie Einkommen oder Renten angerechnet werden. Das sollte eigentlich für alle drei Gesetze gelten; im Beruflichen Rehabilitierungsgesetz wurde das aber nicht fest definiert. Und niemand hat im Laufe der Jahre erkannt, dass es diese Lücke gab.

Derzeit ist für viele Opfer das größte Problem die Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden. Das Bundesgesetz wird von 16 verschiedenen Bundesländern umgesetzt, und im Rahmen der Umsetzung gibt es natürlich auch sehr unterschiedliche Beurteilungen, z. B. mit Blick auf die Begutachtung.

Das Netzwerk von SED- und Stasiopfern hat schon vor drei Jahren versucht, einzugreifen, und hat alle 16 Bundesländer sowie die Bundesregierung und die Parteien angeschrieben und darum gebeten, dass man sich doch auf ein einigermaßen einheitliches Verfahren einigen möge. Es ist damit allerdings grandios gescheitert. Es gab zwar viele nette Antworten, aber letztendlich kein Ergebnis. Deshalb waren wir sehr froh, als die neue Bundesregierung in ihren Koalitionsvertrag Folgendes geschrieben hat:

„Für SED-Opfer, die haftbedingte Gesundheitsschäden erlitten haben und deshalb Versorgungsleistungen beantragen, werden wir gemeinsam mit den Ländern die medizinische Begutachtung verbessern.“

Nun hoffen die Opfer natürlich, dass das auch umgesetzt wird, und sie erwarten von der Bundesregierung, dass sie endlich einen mit den Ländern abgestimmten Gesetzentwurf vorlegt - bis jetzt ist aber noch nichts passiert -, der gewährleistet, dass die medizinische Begutachtung tatsächlich verbessert wird. Das ist nur möglich, wenn Gutachter eingesetzt werden, die neben der medizinischen Sachkenntnis - die ist selbstverständlich - auch über genügend geschichtspolitische und DDR-spezifische Kenntnisse verfügen.

Abschließend noch ein kurzer Hinweis: Die Opfer, mit denen wir heute und in der nächsten Sitzung sprechen, haben viele schlimme Erlebnisse hinter sich; sicherlich wird die Anhörung zum Teil auch emotional sein, und es wird ihnen vielleicht auch manchmal schwerfallen, über bestimmte Dinge zu sprechen. Wir alle sollten offene Ohren und offene Herzen für das haben, was uns hier vorgetragen wird.

Aussprache

Prof. Dr. Daniela Münkler: Ich möchte nur zwei Dinge ergänzen.

Zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der Themen Häftlingsarbeit und Freikauf: 2014 ist eine ausgezeichnete und umfassende Dissertation über das Thema Häftlingsfreikauf von Jan Philipp Wölbern erschienen mit dem Titel „Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63 - 1989. Zwischen Menschenhandel und humanitären Aktionen“. Es gibt auch im Zusammenhang mit dem sogenannten IKEA-Skandal mehrere aktuelle Studien über Häftlingsarbeit in der DDR.

Eine kleine weitere Ergänzung: Es gibt keine Bestandssicherung der Stasiunterlagenbehörde bis Ende 2019. Das Einzige, was 2019 gemäß Stasiunterlagengesetz ausläuft, ist die Regelüberprüfung im öffentlichen Dienst.

Abg. Hans-Dieter Haase (SPD): Zunächst möchte ich mich ganz herzlich für die Einführung bedanken. Insbesondere finde ich es bemerkenswert, dass sechs von zehn den Anwerbungsversuchen der Stasi widerstanden haben. Gleichzeitig muss man sich fragen, ob nicht auch 40 % noch sehr viel sind. Aber wir müssen uns auch immer fragen, wie wir selbst in so einer Zwangssituation reagieren würden.

Zu Ihrem Appell, Herr Büttner: Natürlich werden wir für jeden dieser Zeugen, die Schlimmes durchgemacht haben, sehr großes Verständnis haben. Wir werden aber sicherlich auch die eine oder andere Nachfrage stellen; denn - und als Ostfriesen hatte ich selbst kaum Berührungspunkte zur ehemaligen DDR - wir wollen die Dinge wissen; wir wollen aufklären. Das ist der wesentliche Zweck dieser Enquetekommission.

Abschließend zum Thema Opferentschädigung: Wir alle wissen, dass alles, was mit Rehabilitationsmaßnahmen und Opferentschädigung zu tun hat, letzten Endes Bundessache ist - abgesehen

von den Möglichkeiten, die uns im föderalen System als Bundesratsmitglied gegeben sind. Darüber können wir als Landesgesetzgeber nicht hinwegsehen. Wir dürfen nicht die Illusion verbreiten, dass wir hier eigene Opferentschädigungsgesetze oder Rehabilitierungsgesetze auf den Weg bringen könnten. Das ist und bleibt nach unserem föderalen System originär Bundessache. Der Bundestag hat sich ja auch schon mehrfach damit befasst.

Hartmut Büttner: Sicherlich kann Niedersachsen so etwas nur über den Bundesrat initiieren. Aber es steht im Koalitionsvertrag, dass die medizinische Begutachtung verbessert werden soll, und der Justizminister sollte eigentlich schon seit anderthalb Jahren einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen. Das ist bisher noch nicht passiert. Deswegen wäre es sicherlich hilfreich, wenn Niedersachsen die bestehenden Möglichkeiten nutzen würde, um dort etwas anzuschieben.

Abg. **Almuth von Below-Neufeldt** (FDP): Herr Büttner, auch von mir zunächst herzlichen Dank für die Einführung.

Bedanken möchte ich mich aber vor allem auch bei denjenigen, die heute hierhergekommen sind, um uns über ihre persönlichen Erfahrungen Auskunft zu geben. Dafür, dass Sie als Opfer nach so vielen Jahren bereit sind, hierherzukommen, zu berichten und unsere Fragen zu beantworten, gebührt Ihnen Hochachtung.

Abg. **Volker Meyer** (CDU): Auch ich möchte mich zunächst ganz herzlich bedanken, zum einen bei Herrn Büttner für seinen Vortrag, zum anderen aber auch bei den heute Anzuhörenden, und zwar dafür, dass Sie die Bereitschaft und den Mut haben, uns hier für Auskünfte zur Verfügung zu stehen. Für uns ist es wichtig, dass wir auf Probleme hingewiesen werden - sei es mit Blick auf die monetäre Entschädigung oder auf die medizinische Begutachtung.

Ich glaube schon, dass es die Aufgabe der Enquetekommission ist, im Rahmen eines Abschlussberichtes den Finger im Zweifel in die Wunde zu legen und Veränderungs- oder Verbesserungsbedarf aufzuzeigen. Dazu erwarte ich mir von Ihnen wichtige Hinweise.

Anhörung

Vors. Abg. **Dr. Silke Lesemann** (SPD): Zunächst einmal ganz herzlichen Dank an Sie, verehrte Anzuhörende, für Ihre große Bereitschaft, hierherzukommen, uns im Rahmen einer öffentlichen Enquetekommissionssitzung Auskunft zu geben und mit uns über Ihre Vergangenheit und Ihr Schicksal zu sprechen. Das ist nicht selbstverständlich. Wir wissen das sehr zu schätzen.

Ich bitte nun zunächst Herrn Ritthaler um seinen Beitrag.

Jürgen Ritthaler: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Mein Name ist Jürgen Ritthaler. Ich wurde am 9. Juli 1950 in Eberswalde geboren und bin bei meinen Großeltern groß geworden.

Das erste Mal hatte ich einen Schulvorfall politischer Art in der 8. Klasse im Geschichtsunterricht. Da ging es um die Katyn-Problematik. Mein Vater lebte im Westen und hatte mir einen *Spiegel* geschickt. Darin hatte ich darüber gelesen. Es war wohl ein Jahrestag, der sich da jährte. Da bin ich angeeckt und musste zur Rektorin. Mir wurde gesagt: Das Abitur ist gestrichen, und wenn Ihre Leistungen auch ausgezeichnet wären - Zeugnisse, Zensuren -, ab heute bekommen Sie maximal eine Drei. - Ich habe auch meine zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule nur mit Drei abschließen können.

Im Jahr 1990 war ich bei einem Klassentreffen. Da hat sich meine letzte Lehrerin, die mein Zeugnis schreiben durfte, dafür entschuldigt, dass sie so eine schlechte Beurteilung da reinschreiben musste, wie sie sagte. Ich habe gesagt: Das macht nichts. Ich habe dieses Zeugnis nur einmal bei einer Bewerbung vorgelegt und habe den Job nicht bekommen. Dann habe ich das Ding beiseitegelegt.

Ich habe dann noch eine zweijährige Lehre in Eberswalde im Kranbau als Zerspanungsfacharbeiter gemacht.

Am 2. Oktober 1969 wollte ich Ausreisepapiere für einen Aufenthalt in der Republik Ungarn abholen, weil ich versuchen wollte, mit einem Freund dort stiften zu gehen. Der hat mit irgendwelchen Freundinnen Abschied gefeiert, und dann ist das aufgefliegen, was ich nicht wusste.

Ich war dann vier Monate in Untersuchungshaft, davon einen Monat in Einzelhaft. Man hat mich einmal in eine Kammer gestellt, wo ich Wassertropfen auf den Kopf kriegte. Ich kann aber nicht sagen, wie lange ich da dringestanden habe. Ich wurde auch einmal den ganzen Tag verhört, und abends, als ich dann endlich schlafen durfte - - - Man musste immer mit den Händen auf der Decke schlafen, damit man sich nicht womöglich die Pulsadern unter der Decke aufschlitzt.

Während der Verhöre am Tag musste ich immer auf einem Hocker ohne Lehne sitzen. Ich wurde sechs bis acht Stunden verhört und saß immer mit meinen Oberschenkeln auf den Handflächen. Machen Sie das mal zehn Minuten lang, dann merken Sie das schon.

Dann wurde ich zu zwei Jahren und vier Monaten verurteilt. Wir waren zu zweit - eine Bande. Ich war der Bandenführer. Deshalb bekam ich zwei Monate länger Haft, verschärfte Zuchthaushaft. Ich kam dann ins „Lager X“. Das war eine Art Konzentrationslager, wo der Fuhrpark der Regierung repariert wurde. Weil sie keine Ersatzteile hatten, wurden die dort speziell angefertigt - Bremscheiben, Lenkungsritzel und all solche Dinge.

Da war ich aber nur zwei Monate, weil es da ziemlich hoch herging. Da gab es z. B. eine Zelle, da waren - ich weiß es nicht mehr genau - ca. 150 Mann untergebracht. Im Gefängnis ist es so: Da die Leute da auch ihre sexuellen Triebe befriedigen wollen, wurden da auch Menschen vergewaltigt. Auch ich habe so etwas erlebt. Und da hatte ich wohl gegenüber meinem Erzieher - so nannten die sich, ein Unterleutnant soundso; den Namen weiß ich nicht mehr - mal Selbstmordgedanken geäußert nach dem Motto: Wenn ich nicht in den Westen komme, dann kann ich mich hier auch erhängen. - Und dann hat man mich weggeschafft über Rummelsburg nach Cottbus. Da habe ich dann noch zehn Monate Zwangsarbeit leisten müssen. Anschließend wurde ich nach Chemnitz verbracht, und dort bekam ich meinen Namen wieder zurück.

Dazu muss ich noch sagen: Ich heiße Jürgen Ritthaler, aber mein Geburtsname ist Pehlmann, so lautet auch meine Akte. Ich habe damals den Namen meiner Frau angenommen, um den Namen loszuwerden in der Hoffnung, dass die das bei der Stasi nicht so schnell mitkriegen.

In der Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in Frankfurt an der Oder wurde ich einmal nachts nach einem langen Verhör wieder geweckt und in den Hof gebracht, und dann stand da ein Haufen Leute mit Uniform um mich herum. Dann spürte ich etwas Kaltes, und dann machte es „Klack!“. Ich dachte: Dann ist es ja jetzt zu Ende, Gott sei Dank! - Dann bin ich wohl ohnmächtig geworden. Und wie es so ist, wenn man denkt, dass man totgeht: Dann ffnen sich alle Körperöffnungen. Alle diese Hinterlassenschaften durfte ich hinterher selber entfernen. - Das nur noch zu meiner Untersuchungshaft.

Dann wurde ich drei Wochen nach Chemnitz verbracht. Da bekam ich wieder richtiges Essen. Ich hieß wieder Pehlmann. - Was wünschen Sie zum Frühstück? Was hätten Sie gern zum Mittag? - Ich war ganz überrascht. Aber ich muss dazusagen: Als ich in Untersuchungshaft eingeliefert wurde, wog ich 73 kg, und als ich in Chemnitz ankam, nur noch 39 kg. Ich sah aus wie ein Gerippe aus Auschwitz. Viele haben mich gefragt: Kommst du aus Auschwitz?

(Der Zeuge ringt um Fassung)

Und als ich in Hamburg von einem Psychiater vom Versorgungsamt untersucht wurde, sagte dieses Schwein zu mir: Erzählen Sie mal keine Geschichten. Sie waren nur im Gefängnis, und im Westen ist das Gefängnis auch kein Zuckerschlecken. - Da habe ich mich angezogen und habe meinen Antrag auf Rehabilitierung beim Versorgungsamt zurückgezogen. Ich habe dort hingeschrieben: Sie können die Akte zumachen. Ich will mit Ihnen nichts mehr zu tun haben.

Erst in den 90er-Jahren habe ich das wieder aufleben lassen. 2001 habe ich, nach vielen Jahren, das erste Mal 30 % Gesundheitsschäden anerkannt bekommen, weil ich die Problematik habe, dass ich nachts nicht schlafen kann.

(Der Zeuge ringt um Fassung)

Dann habe ich noch einmal die Anerkennung von Haftfolgeschäden im Jahr 2007 begehrt, weil eine Verschlechterung meines Zustandes eingetreten war. Man muss auch mal etwas Positives über eine Landesregierung oder eine Landesverwaltung sagen: Die Versorgungsämter in Niedersachsen sind etwa vergleichbar mit denen in Thüringen, die doch etwas grzgiger sind und anerkennen, welche Strapazen man so erlebt hat - - -

(Der Zeuge ringt um Fassung)

Dann habe ich 2007 einen GdB von 40 % plus 10 % und einen Schwerbehindertenausweis bekommen, nach - - - Sie können sich das ja ausrechnen. 1971 bin ich freigelassen worden und 2007 hat man mir den Schwerbehindertenausweis zuerkannt.

Natürlich, Herr Haase, Sie haben recht. Die Länder haben damit eigentlich wenig zu tun. Aber ganz viele Bundesländer machen es Opfern wie uns sehr schwer. Hamburg z. B. ist so ein Bundesland. Da rennen Sie gegen Mauern. Da werden Gutachter bestellt, oder man wird zu Gutachtern bestellt, die entweder keine Ahnung haben oder Geflligkeitgutachten für die Versorgungsämter machen; denn das kostet ja auch ein bisschen Geld. Aber wir sprechen da in der Regel nicht

über Beträge, durch die man zum Millionär wird. Das muss man auch sehen. Und es gibt ganz viele Opfer.

Ich habe Glück gehabt. Ich lebe hier seit 34 Jahren. Meine Frau hat viel mit mir mitgemacht. Ich kenne viele, deren Ehen aufgrund solcher Problematiken kaputt gegangen sind, weil der Mann oder die Frau nachts nicht schlafen kann und rumrumort und der Ehepartner damit nicht klar kommt oder die Kinder wach werden.

Man kann als Bundesland Niedersachsen natürlich auch mal versuchen, ein wenig Einfluss auf seine Ministerkollegen zu nehmen, die für diese Problematik in anderen Bundesländern zuständig sind. Zum Beispiel die Sozialminister kommen ja auch zusammen - bei uns in Hamburg heißen sie Senatoren -, da könnten Sie doch versuchen, Einfluss zu nehmen. Und kein SED-Opfer will sich an den Geldern bereichern.

Ich will noch etwas zu den Politikern sagen. Viele schimpfen ja pauschal über Politiker. Ich war letzten Montag bei einer Demonstration in Berlin wegen des berühmten Rentenbetrugs - man hat ja das Fremdrentengesetz für uns abgeschafft, klammheimlich.

Ich persönlich bin davon nicht betroffen. Meine Rentenminderung beträgt 7,50 Euro, wie mir eine Dame bei der Rentenanstalt sagte. Meine Berufsbiografie ist nur zwei Jahre Lehre in der Zone und zwei Monate Arbeitszeit. Dann wurde ich verhaftet, und anschließend kam ich hierher. Insofern bin ich davon nicht betroffen, aber ich war trotzdem auf dieser Demonstration, weil es Leute gibt, die nach dem Fremdrentengesetz 500, 600 oder 700 Euro mehr kriegen würden, als sie heute bekommen.

Wir haben einen Rundgang gemacht vom Sozialministerium über das Ministerium von Herrn Schäuble bis zum Bundeskanzleramt. Wir waren ja nur 200 Mann. Wir wurden gar nicht wahrgenommen. Es kam keiner raus. Wenn ich ein Minister wäre, dann hätte ich vielleicht mal meinen Staatssekretär oder Büroleiter rausgeschickt und ihn fragen lassen: Was habt ihr denn für ein Anliegen? Worum geht es denn?

Der Abgeordnete Ottmar Schreiner von der SPD - ich weiß nicht mehr, wann das war - hat vor drei, vier Jahren eine Petition behandelt. Diese Petition wurde von allen Fraktionen angenommen, aber im Sozialministerium wird so etwas abgebügelt. Können Sie sich vorstellen, wie man als Opfer, das seinen Hintern für die Überzeugung hingehalten hat, darüber enttäuscht ist?

(Der Zeuge ringt um Fassung)

Damit bin ich eigentlich am Ende meiner Ausführungen. Sie können mir gerne Fragen stellen. Mich wühlt das nur immer ein bisschen auf, wenn ich darüber spreche.

Vors. Abg. **Dr. Silke Lesemann** (SPD): Das ist vollkommen in Ordnung. Vielen Dank, Herr Ritthaler, für Ihren Bericht. Ich glaube, auch wir müssen diese Informationen erst einmal ein Stück sacken lassen; das hat uns sehr betroffen gemacht.

Jetzt gibt es die Möglichkeit, Fragen zu stellen.

Abg. **Rainer Fredermann** (CDU): Herzlichen Dank, Herr Ritthaler, für Ihre Ausführungen.

Ich habe eine Verständnisfrage zu den Rentenverfahren. Bekommen Sie heute weniger als bei der ersten Anerkennung?

Jürgen Ritthaler: Für mich bedeutet das nur eine Minderung um etwa 7,50 Euro. Aber es gibt viele Menschen, die in der DDR eine relativ lange Berufsbiografie hatten und die heute entsprechend viel weniger Rente kriegen, als sie bekommen hätten, wenn das Fremdrentengesetz immer noch für diesen Personenkreis Gültigkeit hätte. Davon sind immerhin 320 000 Menschen betroffen. Diese Zahl wird in den Medien und in den Gremien genannt.

Abg. **Rainer Fredermann** (CDU): Meine Frage bezog sich eher auf die Anerkennungen. Sie haben gesagt, dass Sie einen Antrag auf Anerkennung von Haftfolgeschäden gestellt haben, und der Arzt, der Sie untersuchen sollte, hat Sie ungebührlich behandelt. Dann haben Sie den Antrag zurückgezogen und das 1996 neu beantragt. Sie haben vorhin Prozentsätze genannt. Ist das heute weniger, als es zwischendurch mal war?

Jürgen Ritthaler: Nein. Wir sprechen hier von zwei verschiedenen Dingen. Bei der prozentualen Anerkennung von Gesundheitsschäden durch die Haft bekommt man eine Leistung vom Versorgungsamt. 1996 hatte ich diesen Antrag noch einmal aufleben lassen; 2001 bekam ich dann einen Bescheid, dass alle vorherigen Bescheide rechtswidrig waren und aufgehoben wurden. Ich habe dann 30 % Gesundheitsschädigung anerkannt bekommen. Dann habe ich noch einmal einen Antrag gestellt, weil sich meine gesundheitliche Situation verschlechtert hat. Ich glaube, das war im Jahre 2003. Das habe ich nicht genau im Kopf.

2007 bekam ich den dann durchs Versorgungsamt mit 40 % plus 10 % anerkannt. Die 10 % stehen für körperliche Schäden - Gelenkleiden, Arthrosen usw. Ich habe aber z. B. alle meine Zähne verloren. Ich habe nicht mehr einen echten Zahn im Mund. Das habe ich immer mit dieser verflucht schlechten Ernährungsmöglichkeit begründet. Wir haben ja nur Dreck zu essen bekommen - verfaulte Kartoffeln und Fischköpfe.

Ich bin mal auf eine Studienreise nach Krakau und Breslau gefahren, u. a. deshalb, weil die auch einen Ausflug nach Auschwitz gemacht haben. Ich wollte einfach mal wissen, ob es wirklich stimmt, dass das, was ich erlebt habe, weniger schlimm war als das, was die in Auschwitz einst erlebt haben. Und ich spreche nicht von Auschwitz II. Das ist ein reines Vernichtungslager gewesen. Das war wirklich grausamer. Da kam man hin, und sechs Wochen später war man tot. Aber Auschwitz I ist ein Arbeitslager gewesen, wenn auch mit vernichtendem Charakter. Aber als ich dort gefragt habe, wie dort die Verpflegung war, habe ich erfahren, dass das kein bisschen besser war als das, was ich erlebt habe. Immer Hunger. Wenn man von 73 kg auf 39 kg runterhungert, dann kommt das nicht von ungefähr.

In Cottbus haben wir immer 3 Mark im Monat für diese Zwangsarbeit verdient; da gab es einen Gutschein. Dafür konnte man sich in einem Laden z. B. Tabak kaufen. In dem ersten Jahr in Cottbus habe ich mir zu Weihnachten zwei Gläser Kirschen gekauft, weil ich mal Vitamine essen woll-

te, weil ich mal was essen wollte, was kein Abfall war. Ich habe die ganze Zeit Abfall zu essen bekommen. Vieles habe ich natürlich nicht gegessen. Es gab glitschiges Brot, das nach Salz schmeckte, wovon man Durst kriegte. Dann musste man massenweise Wasser trinken. Das Wasser schmeckte faulig. Und dann ist man mit zwölf Mann in einer Zelle, die alle furzen müssen. Sie können sich vorstellen, was das für ein Geruch war, und das konnte nicht richtig abziehen, weil von draußen noch eine Blechblende davor war. Es konnte nur ein Glasbaustein gekippt werden. Da kam keine Luft rein.

Dr. Hans-Jürgen Grasemann: Ich möchte zunächst einmal nur bestätigen - auch wenn das kein Trost ist -, dass es kein Einzelfall ist, dass Versorgungsärzte so mit Opfern des SED-Regimes umgehen. Ich weiß von Tagungen, die stattgefunden haben, um Versorgungsärzten Kenntnisse darüber zu vermitteln, welche Zustände in DDR-Haftanstalten herrschten und warum man dort als politischer Gefangener gesessen hat. Das ist ein schwieriger Weg gewesen.

Vor einer Reihe von Jahren wurde eine Tagung der Universität Konstanz vom Landesbeauftragten für Stasiunterlagen in Sachsen zusammen mit der Gedenkstätte Moritzplatz in Magdeburg veranstaltet. Man war sich einig, dass man so etwas immer wieder wiederholen muss. Denn die nachwachsenden Versorgungsärzte, die heute auch mit SED-Opfern zu tun haben, die ja auch älter geworden sind, haben schon ihre Schwierigkeiten, und dann kommen solche Äußerungen zustande, wie Sie sie in Hamburg gehört haben. Es ist völlig klar, dass man dann verzweifelt ist, davongeht und sagt: Nein, hier habe ich überhaupt kein Gehör gefunden.

Ich habe eine Frage zu Cottbus. Man weiß ja, dass dort etwa 80 % politische Gefangene gesessen haben. Hat es in Cottbus Ihnen gegenüber irgendwelche Übergriffe von den beiden gegeben, die als Schläger am bekanntesten geworden sind - „RT“ und „Arafat“, also Obermeister Hubert Schulze und Horst Jahn -?

Jürgen Ritthaler: Bei mir persönlich nicht, nein.

Dr. Hans-Jürgen Grasemann: Aber Haftkameraden gegenüber?

Jürgen Ritthaler: Wir haben einmal einen Hungerstreik gemacht. Die haben dann die Tür aufgeschlossen, und wer seine Schüssel nicht vollgemacht hat, der hat gleich mit einem Gummiknüppel - die waren mit Stahl verstärkt - was auf die Hände gekriegt. Im Zusammenhang mit diesem Hungerstreik wurde auch vor der Tür geprügelt. Das haben wir gehört, aber wir haben natürlich nichts gesehen. Es hieß, dass jemand tot war. Aber ob das wirklich so war, kann ich nicht sagen. Das habe ich damals angesprochen, als ich nach Gießen kam. Der Wachtmeister Schulze, der sogenannte Rote Terror, und der „Arafat“, das waren schon - - - Und da gab es noch einen Dicken, den haben sie, glaube ich, Onane genannt. Das waren schon ein paar brutale Leute. Dem „RT“ hätte ich nicht in die Augen geguckt; man musste immer damit rechnen, dass der sagt: Umdrehen

und Hose runter. - Dann wurde in den After geguckt. Das hat richtig wehgetan, wie andere berichtet haben.

Abg. **Volker Meyer** (CDU): Habe ich es richtig verstanden, dass Sie aufgrund der gesundheitlichen Folgen hier überhaupt nicht mehr arbeiten konnten, außer kurz bei einer Arbeitsstelle?

Jürgen Ritthaler: Nein, ich habe mein ganzes Leben lang von 1971 bis 2004 gearbeitet. Ich habe keine Fehlzeiten in meiner Erwerbsbiografie. Das ist, Gott sei Dank, alles glatt gelaufen. Das war ein Missverständnis.

Abg. **Hans-Dieter Haase** (SPD): Ich habe auch eine Verständnisfrage. Sie haben ja ab 1971 eine „lückenlose Erwerbsbiografie“, wie man das im Neudeutschen nennt. Wie setzt sich - und ich will gar keine Summen wissen - eigentlich heute ihre Altersversorgung zusammen? Sie haben eine normale Leistung aus der Rentenversicherung und dazu Leistungen aus der Opferentschädigung und aus dem Reha-Bereich?

Jürgen Ritthaler: Ich bekomme eine Versorgungsrente vom Versorgungsamt. Das sind, glaube ich, 270 Euro. Dann bekomme ich diese sogenannte Opferpension; denn als Rentner gilt diese Bedürftigkeitsgrenze nicht mehr. Das wurde vom Gesetzgeber damals so festgelegt. Diese Bedürftigkeitsgrenze gilt nur, solange man noch einer Berufstätigkeit nachgeht und dadurch Erwerbseinkommen hat. Der Kollege Preuß z. B. ist immer noch als Rechtsanwalt tätig. Der bekommt diese Rente nicht, weil er ja noch Einkommen hat.

Hartmut Büttner: Sie haben erwähnt, welche Kleinigkeit es war, die Sie letztendlich in die Fänge der Stasi brachte. Sie hatten Informationen über die Morde von Katyn, die nicht der offiziellen Lesart entsprachen, und haben das vorgetragen. War das der Anlass für diese ganze Kette von Drangsalierungen und Demütigungen, in die Sie hineingekommen sind?

Sie haben auch das „Lager X“ genannt. War das „Lager X“ die zentrale Untersuchungshaftanstalt des MfS in Hohenschönhausen in Ostberlin, die auf keiner Karte verzeichnet war?

Jürgen Ritthaler: Nein. Es gab es einerseits diese zentrale Untersuchungshaftanstalt vom MfS, und dahinter, wo die Mauer ist, wo sich jetzt ein Gewerbegebiet befindet - da sind jetzt ein Supermarkt und eine Tankstelle, wo man sein Auto reparieren lassen kann -, war dieses „Lager X“. Das wurde aber schon zu der Zeit liquidiert, als die Zone noch bestand; da wurde das schon aufgelöst. Die Katyn-Problematik war nicht der Grund der Verhaftung. Der Grund meiner Verhaftung war, dass mein Mittäter mit irgendwelchen Mädchen Abschied gefeiert hat. Da war wohl jemand dabei, der diese Informationen weitergeleitet hat. Das wusste ich aber zu dem Zeitpunkt nicht. Ich bin ganz normal zur Polizei gegangen und wollte diese Reiseunterlagen holen. Man kriegt dann ja einen Reisepass, damit man ausreisen darf, und die Ausreisegenehmigung für Ungarn. Als ich das

abholen wollte, wurde ich gefragt, ob ich nicht zur Klärung eines Sachverhalts mitkommen könnte. Das dauerte dann anderthalb Jahre lang.

Vors. Abg. **Dr. Silke Lesemann** (SPD): Noch einmal ganz herzlichen Dank, Herr Ritthaler, für Ihre Bereitschaft, hierherzukommen und mit uns zu sprechen.

Nun folgt der Bericht von Herrn Hartlep.

Andreas Hartlep: In der Zeit von 1964 bis 1989 verkaufte die DDR 33 755 politische Häftlinge an die Bundesrepublik Deutschland. Ich war einer von ihnen. Ich habe diese Tortur überlebt. Ich gehörte nicht zu den Gebrochenen, zu den Selbstmordopfern oder zu denen, die ihren Ausreiseantrag zurücknahmen und in die DDR entlassen oder zu Stasispitzeln wurden.

Ich wurde 1963 in Erfurt geboren, wuchs als Kind relativ problemlos und behütet auf. Unserer Familie ging es gut; mein Vater gehörte zur sogenannten Intelligenz, und wir hatten auch die Westverwandtschaft. Meinen Opa, der in Hannover lebte und durch einen Unfall querschnittgelähmt war, konnte ich als Kind wegen der Mauer nur ein einziges Mal in meinem Leben für ein paar Stunden in Ostberlin sehen.

Seit der 8. Klasse lehnte ich mich gegen das System auf. Ich stellte unbequeme Fragen in der Schule, lehnte mich gegen die militärische Ausbildung in der Schule auf und weigerte mich, Russisch zu lernen. Durch meine Mitarbeit in der Jungen Gemeinde, die Verteilung von Aufnehmern mit der Aufschrift „Schwerter zu Pflugscharen“ und das Tragen der bundesdeutschen Flagge auf meiner Jacke geriet ich zum ersten Mal in die Fänge der Staatssicherheit.

Während meiner Schulzeit gründete ich eine Musikband und dichtete das Lied „Entschuldigen Sie, ist das der Sonderzug nach Pankow“ von Udo Lindenberg zum „Sonderzug nach Spandau“ um. Daraufhin erfolgten die Kündigung des Proberaums und ein öffentliches Auftrittsverbot.

Ich durfte kein Abitur machen und musste eine Lehre als Elektromonteur auf dem Kalischacht von Sondershausen - weit weg von meinen Freunden - beginnen. Wegen einer Zugfahrt ins Sperrgebiet nach Ellrich erfolgte die Auflösung meines Lehrvertrages. In Erfurt musste ich meine Lehre von vorne beginnen. Nebenberuflich arbeitete ich als Darsteller für die DEFA in einem Mehrteiler über Martin Luther. Der anschließend geplante Besuch der Schauspielschule wurde mir verweigert.

1983, kurz nach meinem 20. Geburtstag, stellte ich einen Ausreiseantrag. Am Abend des 12. September demonstrierte ich friedlich auf dem Berliner Alexanderplatz mit einem Plakat mit der Aufschrift „Ich bitte um Ausreise“. Zuvor hatte ich meine Freundin in der Bundesrepublik über meine geplante Demonstration unterrichtet, die dafür die Presse mobilisierte. Nach wenigen Minuten erfolgte die Festnahme durch die Staatssicherheit. Anschließend erfolgten stundenlange Verhöre in Berlin und der Abtransport in einer unmenschlichen mobilen Haftzelle - einem Barkas, einer Art VW-Transporter; sie hatte drei Zellen - in die Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit nach Erfurt.

Hier erfolgten über einen Zeitraum von drei Monaten stundenlange Verhöre bei Tag und Nacht. Von der ersten Sekunde an wollte uns die Staatssicherheit seelisch und körperlich brechen; sie sah in uns nur Staatsfeinde und ließ uns dies jede Sekunde spüren. Glasbausteine als Fenster, Tag und Nacht Neonlicht, wenige Minuten am Tag frische Luft, in Tigerkäfigen, Knebelketten, Schlafentzug, Einzelhaft, Dunkelhaft - das war die DDR wirklich.

Einen Anwerbeversuch durch die Staatssicherheit lehnte ich ab. Meine Verteidigung erfolgte damals durch den Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Vogel. Im Dezember 1983 wurde ich zu 22 Monaten Haft wegen Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit und ungesetzlicher Verbindungsaufnahme verurteilt. Die Richterin beschimpfte mich während der Verhandlung, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, als „unterentwickelter Embryo“ und als „Staatsfeind“.

Vier Tage vor Weihnachten erfolgte meine Verlegung in das Zuchthaus Naumburg zu Kriminellen und Schwerstverbrechern. Hier waren wir der letzte Dreck. Ich musste täglich unter unmenschlichsten Arbeitsbedingungen in Zwangsarbeit 5 000 Bolzen für Möbelrollen beringen, die an IKEA und Quelle geliefert wurden - blutige Hände, staubige Lungen. Der Lohn betrug 40 Ostmark im Monat, wovon wir Körperpflegemittel, Zigaretten - wer rauchte - oder Milch kaufen konnten - irgendetwas, was uns ein bisschen Sonne ins Herz brachte.

Bei Nichterfüllung der Norm erfolgte Besuchsverbot oder Dunkelhaft. Die Zellen waren 20 m² groß, mit 20 Gefangenen in Dreistockbetten. Die Duschen waren im dunklen Keller - Massenduschen, die von den Schließern verriegelt wurden und an die Gaskammern in Konzentrationslagern erinnerten, wie ich finde. Tägliche Schikanen durch die Schließer. Der Schlagstock rutschte ihnen immer wieder aus. Briefe wurden vor meinen Augen zerrissen mit den Worten: Westpost kriegen Sie hier nicht. - Nach einer Arbeitsverweigerung wurde mir von dem Schließer - heute weiß ich, er hieß Jacobi - mit einem Schlagstock in den Rücken und in den Hoden geschlagen. Danach sperrten sie mich über Wochen in Einzelhaft.

Ende Mai 1984 wurde ich nach Kaßberg in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) verlegt -- in die sogenannte Pappelanstalt der Stasi, in der die Häftlinge, die verkauft wurden, wieder ein bisschen aufgepäpelt wurden. Am 7. Juni 1984 erfolgten meine Aberkennung der Staatsbürgerschaft der DDR und die Ausreise in die Bundesrepublik. Ein Tag, den man sein Leben lang nie mehr vergessen wird.

Bis 1989 traten bei mir - bis auf Alpträume und Beklemmungsgefühle in geschlossenen Räumen - nicht viele Gesundheitsstörungen auf. Mein Unterbewusstsein hatte das Erlebte über viele Jahre verdrängt. Ich fühlte mich in Hannover endlich frei.

Am Tag der Grenzöffnung im November 1989 kam das Erlebte wieder zurück. Der letzte Satz meines Stasivernehmers war wieder in meinem Gedächtnis: Sie werden vielleicht einmal in den Westen kommen, aber irgendwann werden wir die Tore öffnen, und dann werden wir es sein, die die BRD vernichten.

Erst nach dem Mauerfall sind meine Angstgefühle zurückgekehrt. Die Erinnerungen an die DDR und die Monate im Stasigefängnis sind wieder wach. Die ständige Verharmlosung der Bösartigkeit

des DDR-Regimes, das Wiederaufleben des Erlebten und auch die Schwierigkeiten mit Behörden führen heute wieder zu ständigen Albträumen.

In alle Bereiche der Behörden sind ehemalige Genossen integriert worden, und sie legen uns heute wieder Steine in den Weg. Ich fühle mich in diesem Land nicht mehr sicher. Niedersachsen und die Stasi - eine Realität, die nun auch hier zum Vorschein kommt. Überall ist für mich nur noch DDR. Die Bundesrepublik mutiert für mich immer mehr zur DDR 2.0. Ich gehe Menschen aus dem Weg, meide Menschenansammlungen - mir fällt es auch schwer, hier zu sein. Ich kann keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr benutzen und verfall in Panik, wenn ich nur diese Ostzonen-sprache höre. Seit Jahren fahre ich nicht mehr in den Osten. Meine Eltern und mein Bruder leben dort noch; ich habe sie seit zehn Jahren nicht mehr gesehen.

Für mich ist es unbegreiflich, dass eine Unrechtspartei wie die SED zu einer bundesdeutschen Partei wie der Linken mutieren konnte. Ich vergleiche dies mittlerweile damit, als würde die NSDAP heute wieder in den Bundestag einziehen. Keiner meiner Peiniger - ob Richter, Staatsanwalt, Vernehmer oder Wärter - ist bis heute bestraft worden. Sie wurden alle perfekt in die neue Bundesrepublik integriert. Unsere Täter wurden mit Renten belohnt, von denen *wir* heute nur träumen können.

Wir - die politischen Häftlinge - werden heute wieder diskriminiert und müssen erneut in Angst leben. Bedrohungsängste vor den alten Seilschaften führen bei mir seit Jahren zu einem intensiven Verfolgungsgefühl. Ich leide an einer posttraumatischen Belastungsstörung mit Persönlichkeitsveränderung und bin seit 2014 Erwerbsminderungsrentner. Mein Leben hat sich nach der Grenzöffnung und dem Wiederaufkeimen der SED in Gestalt einer Regierungspartei verändert. Jeden Tag frage ich mich: Warum hat man dies zugelassen? - Für uns Opfer ist das ein Schlag ins Gesicht. Meine Anerkennung von Haftfolgeschäden steht seit Anfang 2015 aus. Die Zeit des langen Wartens und der Ungewissheit mit Blick auf eine Anerkennung der Haftfolgeschäden lassen mich weiter in eine Depression abgleiten.

Wir alle haben viel Schlimmes erlebt, was sich von Ihnen hier keiner vorstellen kann. Ob ich das Erlebte je vergessen oder die Taten je verzeihen kann, kann ich auch heute, nach 32 Jahren, nicht sagen, aber solange die Taten der Täter nicht gesühnt werden, kann dieser Prozess auch nicht beginnen.

Ich habe noch eine Anmerkung zur Stasiüberprüfung im öffentlichen Dienst, die 2019 fallen gelassen werden soll. Alle drei Jahre beantrage ich Auskunft von der Stasiunterlagenbehörde, ob etwas Neues zu meinen Stasiakten gefunden worden ist. Es wird regelmäßig etwas gefunden. Vor zwei Jahren habe ich etwas „Nettes“ erfahren: Wenige Tage nach meiner Ankunft in Hannover wusste die Stasi bereits, wo ich dort gemeldet war. Es gab nicht viele Möglichkeiten; es gab nur das Flüchtlingsheim in der Haltenhoffstraße und das Ordnungsamt. So viel zum Thema „Stasi in Niedersachsen“.

Abg. **Volker Meyer** (CDU): Vielen Dank, Herr Hartlep. Ich habe zwei Fragen, die Ihre Biografie betreffen. Wie ist damals der Kontakt zu Ihrer Freundin in der Bundesrepublik entstanden? Kam sie auch aus der DDR?

Andreas Hartlep: Nein, sie war am Anfang eine reine Brieffreundin. Meine Tante und mein Opa lebten in Hannover, und sie vermittelten mir jemanden aus dem Ruhrgebiet zum Schreiben.

Abg. **Volker Meyer** (CDU): Eine zweite Frage betrifft den Rechtsanwalt Dr. Vogel. Wie fühlten Sie sich von ihm vertreten? Wie war Ihr Gefühl während dieser Zeit, in der er Sie vertreten hat?

Andreas Hartlep: Ich habe den Rechtsanwalt Vogel einmal Anfang Dezember in Erfurt kurz gesehen. Danach hat sein Unterhändler namens Kunsch in Erfurt das Weitere übernommen. Es gab, glaube ich, zwei Gespräche. Kunsch rechnete damals mit - ich glaube - vier Jahren. Der Staatsanwalt hatte eigentlich noch weniger gefordert, und dann ließ die Richterin ihre Keule schwingen. Der Kunsch sagte: Nehmen Sie das Urteil an. Legen Sie keine Berufung ein. Ihr Weg ist geebnet.

Abg. **Rainer Fredermann** (CDU): Auch von mir vielen Dank für das beeindruckende Erzählen. Das geht einem schon nahe, Herr Hartlep.

Ich habe eine Frage zu dem, was Sie zum Schluss gesagt haben: Niedersachsen und die Stasi – eine Realität. Ich nehme an, Sie machen das u. a. an Ihrem zuletzt genannten Beispiel fest. Gibt es weitere Beispiele, an denen Sie festmachen, dass Sie in der Bundesrepublik eine DDR 2.0 erleben?

Andreas Hartlep: Ich habe ein gespaltenes Verhältnis dazu, dass z. B. die Bundeskanzlerin und Herr Gauck ihre Stasiakten nicht öffentlich darlegen. Jeder, der ein FDJ-Sekretär war, der studiert hat, der Pfarrer war, hatte in der DDR eine Stasiakte. Warum werden diese nicht öffentlich dargelegt, wenn sie nichts zu verbergen haben? - So sehe ich das in Bezug auf andere Regierungskreise auch.

Herr Haase fragte vorhin nach dem Finanziellen.

Abg. **Hans-Dieter Haase** (SPD): Nur nach der Struktur.

Andreas Hartlep: Bei mir sieht es heute so aus: Ich habe mit rund 4 000 Euro brutto bisher gut verdient. Heute bekomme ich 972 Euro Erwerbsminderungsrente ausgezahlt. Hätte ich nicht privat vorgesorgt, wüsste ich nicht, ob ich heute noch hier sitze.

Herr Ritthaler hat vorhin erzählt, dass er im Jahr 2004 einen Verschlimmerungsantrag beim Versorgungsamt gestellt und 2007 einen Bescheid bekommen hat. Auch, wenn das vielleicht nachgezahlt wird: Das sind vier Lebensjahre! Wenn Sie z. B. in die Medizinische Hochschule Hannover gehen wegen eines Verdachts auf Hirntumor, und nach dem MRT sagen die Ihnen: Kommen Sie

mal in vier Jahren vorbei, dann kriegen Sie Ihre Diagnose! - Was erleben Sie in diesen vier Jahren?

Abg. **Hans-Dieter Haase** (SPD): Mir ist klar, was Sie sagen wollen.

Dr. Hans-Jürgen Grasmann: Sie haben erwähnt, dass Sie sich inmitten von Ost-Berlin mit diesem Schild „Ich bitte um Ausreise!“ hingestellt haben. Es gibt eine Reihe von ähnlichen Fällen, die auch mit solchen Strafmaßen bedacht worden sind. Und Sie haben ja immerhin noch ein provozierendes Plakat hoch gehalten. Im Jahre 1987 hat sich ein Arzt - ohne Plakat - einen schwarzen Anzug angezogen, um seine Trauer darüber zum Ausdruck zu bringen, dass er aus der DDR nicht herauskommt. Er hat auch anderthalb Jahre ohne Bewährung gekriegt, für die Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit. So hatten Sie Ihren Vorwurf ja auch bezeichnet.

Zu dem Satz dieses Stasivernehmers, der Ihnen nach dem Mauerfall wieder ins Bewusstsein kam: „Wir werden die BRD vernichten. Eines Tages werden wir da auch erscheinen.“, will ich Folgendes sagen: Das ist kein Einzelsatz eines Einzelnen. Ich weiß nicht, woher das kommt, aber das haben viele, viele Vernehmer gesagt. Auch Haftvollzugsbedienstete, z. B. in Cottbus, haben Dinge gesagt wie: Wir wissen, dass du demnächst in Gießen im Aufnahmelager landen wirst. Aber ich werde eines Tages, wenn der Sozialismus an die Tür der Bundesrepublik klopft, Oberbürgermeister von Gießen sein, und dann sehen wir uns wieder. - Man wundert sich, wie so etwas zustande kam. Das waren ja alles unterschiedliche Menschen, die an unterschiedlichen Orten tätig waren.

Zu Angela Merkel kann ich nichts sagen - Stichwort „FDJ-Mitgliedschaft“ -, aber es ist bekannt, dass ca. 2,4 Millionen Personen zu bestimmten Zeiten - nicht während der gesamten 40 Jahre - in der FDJ waren.

Ich will an dieser Stelle aber darauf hinweisen - das sollte nicht so im Raum stehen bleiben -, dass Gauck eine Akte hat, und zwar eine der Kategorie Operativer Vorgang (OV) - also eine Opferakte. Er und auch andere Leute werden in sozialen Netzwerken zum Teil als „IM-Larven“ bezeichnet. Das soll heißen, dass er IM war. Ich wundere mich, woher so etwas kommt. Denn er war Operativvorgang „Larve“. Als Pfarrer in der Nähe von Rostock war er im Fokus der DDR-Staatssicherheit, und deshalb hat er auch diese Akte. Er hat die junge Gemeinde dort relativ stark werden lassen, was ihm Vorwürfe eingebracht hat. Dann hat ihm irgendjemand gesagt: Rede mal mit dem und dem von deinen Amtsbrüdern. - Später hat er erfahren, dass all jene, mit denen er reden sollte, IM innerhalb der Kirche in Mecklenburg-Vorpommern waren. Sogar ein Bischof war ein IM.

Also: Operativvorgang „Larve“ ist etwas anderes - und zwar Gegensätzliches - als IM „Larve“. Das kann man nachlesen, und das alles ist in der BStU geprüft worden.

Silke Stokar von Neuforn: Erst in jüngster Zeit sind ja Details bekannt geworden über die Zwangsarbeit für Westunternehmen - IKEA und Quelle sind genannt worden. Haben sich diese Unternehmen jemals an Entschädigungszahlungen für die geleistete Zwangsarbeit beteiligt?

Andreas Hartlep: Eine ganz klare Antwort: nein. Sie haben eine Studie durchgeführt, die wohl vorletztes Jahr in Berlin veröffentlicht worden ist. Seitdem ist nichts passiert.

Bei der Präsentation der Studie habe ich einer Dame aus Thüringen - ich weiß ihren Namen nicht mehr - genau zu diesem Thema eine Frage gestellt. Sie stellte das Ganze so dar, dass man die Zwangsarbeit in der DDR nicht als Zwangsarbeit einstufen könne, weil es die nur im Dritten Reich gegeben habe. Sie sagte, dass es mit ihr keine Zwangsarbeiterentschädigung geben werde, weil es das ja nicht gab. Im Gefängnis musste ja jeder arbeiten.

Abg. **Rainer Fredermann** (CDU): Haben Sie geahnt, was auf Sie zukommt, als Sie sich entschieden haben, den Ausreiseantrag zu stellen und auf dem Alexanderplatz zu demonstrieren? Kannten Sie andere Fälle? Wussten Sie, was mit Jugendlichen in dem Alter passiert ist?

Andreas Hartlep: Ich kannte leider andere Fälle. Ich habe in meiner Schulklasse zwei Mädchen - eine war damals meine Freundin - kennengelernt. Eine von ihnen hatte mit ihren Eltern einen Fluchtversuch über Ungarn gemacht. Die Eltern kamen ins Gefängnis; sie konnte dann noch die 10. Klasse zu Ende machen. Ich habe gesehen, wie dieses Mädchen zerbrochen ist. Daran hat man gesehen, was dieser Staat mit Menschen anrichtet. Mich hat das geprägt.

Wenn mein Onkel und meine Tante uns in Erfurt besucht haben, haben sie mich immer bis kurz vor Eisenach zur Grenze mitgenommen. Wenn man sich als sieben- oder achtjähriges Kind fragt, warum man da nicht mit kann, warum man seinen Opa nie sieht, dann bildet sich irgendwann eine Schwelle, und man sagt: Bis dahin und nicht weiter. - Dann ist es nur eine Frage der Zeit, bis dieses Fass zum Überlaufen kommt.

Das ist eigentlich passiert, als sie das Auftrittsverbot gegen uns verhängt haben. Danach habe ich gesagt: Jetzt ist dieses Land für mich gestorben. Mit allen Konsequenzen. Und man kannte diese Konsequenzen. Man wusste nicht unbedingt, in welchem Ausmaß sie einen treffen werden. Man wusste aber, dass man nur eine geringe Chance hat, herauszukommen. Und ein Fluchtversuch über die Mauer war relativ tödlich.

Abg. **Hans-Dieter Haase** (SPD): Dieser letzte Satz ist sicherlich bitter formuliert, aber das ist Realität gewesen.

Ich möchte noch einmal zu der Täterfrage zurückkehren. Sie haben Ihre Erlebnisse in Naumburg, wie sie dort geschlagen und misshandelt worden sind, sehr lebhaft geschildert. Außerdem haben Sie diese Äußerung „Wir kommen wieder“ wiedergegeben. Waren Sie eigentlich jemals Zeuge in einem Prozess gegen Schließer aus Naumburg? Was ist z. B. aus dem Mann geworden, der Ihnen in die Hoden geschlagen hat? Ist Ihnen bekannt, dass Ermittlungen seitens der Staatsanwaltschaft über die Zentralstelle in Salzgitter eingeleitet worden sind, im Zuge derer Sie in einem strafrechtlichen Verfahren als Zeuge gehört wurden?

Andreas Hartlep: Ich habe gegen meinen Staatsanwalt und meine Richterin Anzeige erstattet. Angeblich ist - zumindest laut Aussage der Staatsanwaltschaft Erfurt - ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, ich glaube, das war 1992. Man hat mich dann informiert, dass ich über den Ausgang des Ermittlungsverfahrens unterrichtet werde. Nach vier oder fünf Jahren habe ich nachgefragt. Da hieß es: Die Ermittlung läuft noch. - Vor drei oder vier Jahren habe ich noch einmal nachgefragt. Daraufhin habe ich von der Staatsanwaltschaft Erfurt die Mitteilung bekommen, dass sie darüber keine Auskunft geben kann, da das Verfahren ja schon seit soundso vielen Jahren beendet sei. Es existierten darüber keine Akten mehr. Es ist dann wohl in einem Archiv in Weimar nachgeschaut worden, und es hieß, es würden keine Unterlagen mehr vorliegen.

Der Staatsanwalt ist Anwalt geworden, und die Richterin war weiter Richterin. Heute wird sie sicherlich tot sein; sie war damals schon etwa 40 Jahre alt. Von dem Schließer Jacobi aus Naumburg habe ich mal gehört, dass er sich angeblich aufgehängt haben soll. Ob das wahr ist, weiß ich nicht.

Für mich existiert die Grenze noch. Ich betrete dieses Land ungern.

Abg. **Hans-Dieter Haase** (SPD): Vor dem Hintergrund dieses Erfahrungsberichtes kann man dafür natürlich mehr Verständnis haben. Mich erinnert das bis zu einem gewissen Grad an die Aufarbeitung des nationalsozialistischen Unrechts. Damals sind ja auch Richter zum Teil in ihren Ämtern geblieben - Stichwort „Fritz Bauer“. Vielleicht fehlt so etwas auch hier.

Dr. Hans-Jürgen Grasemann: Es ist natürlich schon merkwürdig, dass man nach ein paar Jahren bei der Staatsanwaltschaft in Erfurt nachfragen muss, was aus dem Verfahren wegen Körperverletzung geworden ist. Normalerweise bekommt man sofort nach der Einstellung eines Verfahrens einen Einstellungsbescheid, der begründet werden muss. Insoweit ist das sicherlich fehlerhaft gewesen.

Herr Haase hat soeben die Stichworte „Fritz Bauer“, „NS-Richter und -Staatsanwälte“ genannt. Es gibt aber einen Unterschied, den wir nicht aus dem Auge verlieren sollten. Ab 1990 ist eine Überprüfung aller Richter und Staatsanwälte der DDR, die Beamte waren, erfolgt. Das schloss auch die ein, die in den Dienst hinein wollten, die noch nicht DDR-Richter oder DDR-Staatsanwälte - aber Juristen - waren und in einem VEB oder wo auch immer tätig waren. 2 800 Personen im Gebiet der alten DDR sind durch die neu geschaffenen Bundesländer überprüft worden. In den Überprüfungskommissionen waren zehn Personen, unter ihnen auch Politiker aus den neu gegründeten Landtagen sowie Richter und Staatsanwaltskollegen.

In einigen Fällen in Sachsen-Anhalt - das weiß ich aus eigener Erfahrung - gab es Seilschaften der alten Staatsanwälte, die die jungen, völlig unbelasteten Staatsanwältinnen und Staatsanwälte durch Absprachen herauskegeln wollten. Das haben wir im Westen erfahren und reagiert. Wir haben gesagt: Es kann nicht sein, dass sozusagen Dracula zum Chef der Blutbank gemacht wird. - Das hat auch Wirkung gezeigt.

Deshalb ist es wichtig - auch für das Vertrauen -, zu wissen, dass zwischen 38 und 42 % der Richter und Staatsanwälte - das ist von Land zu Land ein wenig unterschiedlich - nicht übernommen worden sind. Die Richter und Staatsanwälte, die durch die Stasiverfahren, die politischen Verfahren, belastet waren, sind also nicht in das neue Justizsystem übernommen worden.#

Andreas Hartlep: Sie wurden Anwälte.

Dr. Hans-Jürgen Grasmann: Ja, das wurden sie, bevor die Einheit kam. Einige der schlimmsten - z. B. der Präsident des Obersten Gerichts der DDR Günter Sarge - sind Anwälte geworden, aber noch zu DDR-Zeiten. Die Bundesrechtsanwaltsordnung - § 7 - ist geändert worden. Danach kann ein Anwalt, der durch entsprechende frühere Tätigkeiten als Richter oder Staatsanwalt objektiv kompromittiert ist, auch die Zulassung als Anwalt verlieren. Die Anwaltskammern und die jeweiligen Justizminister haben sich aber schwer getan, jemanden, der schon in der Anwaltschaft war, wieder auszuschließen. Es hat nur ganz wenige Fälle gegeben, in denen das passiert ist. Der bekannteste ist Wolfgang Schnur, der seine Anwaltszulassung verloren und zu einem Jahr Haft verurteilt worden ist.

Sie sagen, dass Sie nicht wissen, was aus der Richterin geworden ist. Alle anderen, die belastet sind, sind aber nicht in den Dienst übernommen worden. Das wurde wirklich sehr, sehr deutlich überprüft. Die Erfassungsstelle in Salzgitter war beteiligt; die Justizverwaltungen waren beteiligt, die dann auch entscheiden mussten. Alle Akten wurden beigezogen - einschließlich der Stasiakten. Zwischen 38 und 42 % wurden nicht übernommen.

Andreas Hartlep: Es wurde ja von der Staatsanwaltschaft Erfurt gesagt, dass die Akten nicht mehr auffindbar seien. Sind die denn noch auffindbar?

Dr. Hans-Jürgen Grasmann: Ich weiß es nicht. Ich kann aber sagen, dass es Tilgungsfristen gibt. Für bestimmte Verfahren gibt es eine Aktenaufbewahrungsfrist von fünf Jahren. In diesem Fall - das Verfahren ist zu einem viel frühen Zeitpunkt eingestellt worden, als Sie es erfahren haben - war es ganz klar ein Fehler, dass Sie keine Nachricht bekommen haben. Die Akte steht dann aufgrund der allgemeinen Aktenaufbewahrungsfristen leider nicht mehr zur Verfügung.

Vors. Abg. **Dr. Silke Lesemann** (SPD): Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich möchte jetzt Herrn Preuß um seinen Bericht bitten.

Gernot Preuß: Ich war sicherlich ein „privilegiertes Opfer“ mit meinem Lebenslauf, und trotzdem kann ich nicht ausschließen, dass mich gelegentlich die Emotionen übermannen. Als ich kürzlich in der Begleitung von Studenten in meiner Stasizelle gestanden habe, habe ich geheult.

Vor dem Hintergrund, dass ich heimatvertriebener Hinterpommer war, bin ich aus Solidaritätsgefühl nach dem Mauerbau zur Fortsetzung meiner juristischen Ausbildung - ich hatte Gott sei Dank

schon das Erste Staatsexamen und war Referendar - nach Berlin gegangen. Dort wurde man natürlich mit den Konsequenzen der Teilung, des Mauerbaus, sehr schnell konfrontiert. Zunächst habe ich zwischen Verwandten in Ost- und Westberlin vermittelt, habe Dinge herübergebracht usw.

So geriet ich auch an Leute, die fliehen wollten und die ich gar nicht kannte. Ich war davon überzeugt, dass das ein richtiges Vorhaben war. Zunächst habe ich mich nur als Kurier für eine Fluchthelfergruppe betätigt. Irgendwann war es allerdings so weit, dass ich mich auch aktiv an einem Grenzdurchbruch beteiligen wollte. Was ich leider nicht wusste: Der Stasi war es gelungen, einen Spitzel einzuschleusen. Bei dem nächsten Fluchthilfeunternehmen bin ich verhaftet worden.

Ich war insgesamt sechs Monate bei der Stasi in Untersuchungshaft, erst drei Monate in Ostberlin, dann drei Monate in Potsdam. Aus Gründen, die sich nicht mehr klären lassen, war ich nicht in Hohenschönhausen, sondern in der Magdalenenstraße - also direkt in der Stasizentrale. Dort herrschte strengste Isolation. Ich durfte bis zu meinem Prozess sechs Monate lang weder Kontakt mit meinen Eltern aufnehmen noch Briefe schreiben. Ich konnte auch von meinen Eltern keine Post empfangen.

Ich bin insgesamt in meinen zwei Jahren und drei Monaten Haftzeit nur ein einziges Mal körperlich misshandelt worden. Verbotenerweise hatten wir uns in Rummelsburg auf die Betten gelegt. Daraufhin wurden wir das Treppenhaus heruntergejagt und rechts und links standen sie mit Gummiknüppeln und haben auf uns eingeschlagen. Das war das einzige Mal, wo eine körperliche Misshandlung erfolgte.

Einmal kam ich als Zeuge wegen einer solchen Prügelaktion im Betracht. Ich habe gesagt, dass ich damit nichts zu tun haben will. Diese kleinen Schläger haben mich überhaupt nicht interessiert, da die Bosse, die dahinterstanden, nicht zur Rechenschaft gezogen worden sind. Ich habe es allerdings als Folter empfunden und definiert, dass ich die ganze Nacht verhört und tagsüber am Schlafen gehindert wurde. Wenn Sie das drei Tage und drei Nächte hinter sich gebracht haben, dann sind Sie ziemlich fertig.

(Der Zeuge ringt um Fassung)

Als Jurist habe ich es natürlich als besonders negativ empfunden, dass ich keine freie Anwaltswahl hatte. Ich bekam damals den noch nicht promovierten und zum Professor ernannten Herrn Vogel als Verteidiger. Man muss aber wissen, dass man seinen Verteidiger erst zu sehen bekam, wenn die Stasi ihr Ermittlungsverfahren abgeschlossen hatte. Dann kam der Kollege Vogel zu mir und hat mir im Auftrag der Stasi einen Deal angeboten. Ich sollte die Ausführungen über den Unterschied zwischen Täterschaft und Teilnahme nicht fortsetzen und die dreitägige Verhandlung nicht stören. Es hieß, ich bräuchte keine Liebeserklärung an den Sozialismus abgeben, aber ich sollte auch die Verhandlung nicht stören. Dann, so Vogel, bekomme ich nur zwei Jahre und drei Monate unter Anrechnung der Untersuchungshaft. - Wenn ich nicht mitmache, so hat er gesagt, kann ich bis zu 15 Jahren bekommen. - Da fangen Sie an, nachzudenken.

Außerdem sagte mir Herr Vogel: Sie sind der Bösewicht. Sie haben die Leute zum illegalen Verlassen der DDR verleitet. Ihre Strafe definiert die höchstmögliche Strafe für die Flüchtlinge. - Ich

habe mich auf den Deal eingelassen und sage schon an dieser Stelle: Ich habe nach meiner Haftentlassung - nachdem ich Anwalt geworden war - bis zum Ende der DDR mit Herrn Vogel exzellent zusammengearbeitet. Er hat sich allerdings stets geweigert, unser Mandantschaftsverhältnis zum Gespräch zu machen.

Ich habe ein Büchlein eines ehemaligen, von mir betreuten Gefangenen zu lesen bekommen, der als 21-jähriger Westdeutscher fünf Jahre und sechs Monate Zuchthaus bekommen hat, weil er eine Freundin aus Thüringen herausholen wollte. Mir ist es gelungen, ihn auf die Freikaufliste zu setzen. Da hat er drei Jahre gespart.

Vogel war aber natürlich ein klarer Vertreter des Systems. Ich habe auch von zweifelhaften Dingen gehört nach dem Motto: Ich kann Ihnen helfen, aber Ihr Haus ... usw. - Ich war fest entschlossen, Herrn Vogel das Handwerk zu legen.

Dann haben die Behörden hier mit mir gesprochen und gesagt: Glauben Sie denn wirklich, Herr Preuß, dass jemand, der Einfluss als Anwalt haben soll, sich als Systemgegner gerieren kann? - Das war natürlich nicht möglich. Insofern kann ich sagen, dass Vogel eine zwielichtige Figur war, aber er war sehr effizient, und viele Leute haben ihm viel zu verdanken. Letzten Endes habe ich durch ihn sicherlich auch weniger Haftzeit bekommen.

Ich bin der Stasi natürlich „dankbar“ dafür, dass sie über meine Knastjahre 800 Seiten Akten angelegt hat. Ich kann nahezu jede Schweinerei der Stasi durch Originalzitate in meiner Stasiakte belegen. Das haben die alles dokumentiert. Als ich verurteilt war, haben sie die Strategie festgelegt: gewinnen oder kompromittieren. Sie haben ganz klar gesagt: Wir wollen ihn anwerben. - Obwohl sie nachher erkannt haben, dass das ein Irrtum war, haben sie zunächst versucht, mich anzuwerben.

Dazu: Die Stasi war im Westen unglaublich erfolgreich. Meine Eltern haben damals in einem ganz kleinen Dorf - Wahnebergen im Kreis Verden an der Aller - gelebt. Ein Leidensgenosse kam aus Nienburg. In unseren Stasiakten ist nachzulesen, dass die Stasi gesagt hat: Wir wollen Auskünfte über den Leumund der Familie Preuß. - Das war ein geschäftsmäßiger Vorgang. Der Stasi war es möglich, in so einem Kaff wie Wahnebergen Auskünfte über meine Familie und mich einzuholen.

Das ärgert mich - als Vorgriff in Bezug auf die Frage, wie es mit dieser Unterlagenbehörde weitergeht. Wie viele Schweinehunde im Westen sind nicht enttarnt worden! Das waren keine Leute, die sich darauf berufen könnten, dass sie drangsaliert worden sind oder Opfer waren. Die haben das freiwillig oder gegen Geld gemacht. Das ist ein Punkt, bei dem man wirklich sauer werden kann.

Eines muss ich noch sagen - das ist für mich auch eine der schlimmen Sachen gewesen. In Potsdam hat man mich drei Monate mit einem geistig Behinderten in eine Zelle gesperrt. Wenn es dort nicht einen inhaftierten Arzt gegeben hätte, der für die Bücherei zuständig war und für den Sanitätsdienst, hätte ich diese drei Monate nicht überstanden. Ich hätte den totgeschlagen, mindestens körperverletzt. Auch das gehört heute international mit in den Katalog der Folter.

Ich kam dann nach Strelitz und habe dort zunächst neun Monate im Gleisbau gearbeitet. Zum Thema Zwangsarbeit kann man eine differenzierte Meinung haben. Ich persönlich war sehr froh, dass ich nach den sechs Monaten Untätigkeit im Knast arbeiten durfte. Setzen Sie sich mal für drei

Tage jeweils 16 Stunden lang in einen Raum und warten die Zeit ab, und interpolieren Sie das dann auf sechs Monate. Dann freut man sich - ich habe mich jedenfalls gefreut -, dass man arbeiten darf.

Die Stasi hat ihre Verhöre ganz geschickt geführt. Ich nenne Ihnen nur ein Beispiel. Da kommt ein Vernehmer und fragt: Glaubt der Papst an Gott? -Ich antworte: Ich bin bekennend evangelisch. Ich kann den Papst nicht beurteilen. - Er sagt: Denken Sie mal nach. - Ich sage: Der Papst glaubt an die Ideale, nicht an den alten Mann auf der Wolke oder so. - Dann sagt er: Was haben die alles an Schweinereien gemacht! So ist es auch mit dem Sozialismus. Sie müssen die Idee sehen und nicht die Fehler, die die Menschen machen. - Die Vernehmer waren zum Teil ganz schön raffiniert und geschult.

Nach einer gewissen Zeit haben sie jedenfalls - auch das ist erfreulicherweise dokumentiert - gesagt: Es hat keinen Zweck. Der ist für uns nicht anwerbbar. - Es ist auch dokumentiert, dass ich einer der wenigen bin, der die deutsche Wiedervereinigung richtig vorausgesagt hat. Ich habe 1963 oder 1964 im Knast - dokumentiert - gesagt, dass die DDR wirtschaftlich zu Grunde gehen wird, und dann wird es die Wiedervereinigung geben. Wer kann das schon anhand seiner Stasiakte nachweisen?

Sie haben dann auf „Kompromittierung“ umgeschaltet. Sie haben wirklich üble Sauereien gemacht. Im Ergebnis hat man mich nach Rummelsburg verlegt, in eine Zelle, in der auch ein paar Westinhaftierte waren. Bei denen hat man dann versucht, den Eindruck zu erwecken, dass man einen Vorwand sucht, um sie noch mal zu verurteilen - Nachschlag. Mich hat man, sodass sie es sehen mussten, zur Stasi gebracht. Als ich da wieder zur Stasi geholt wurde, spielte sich nichts ab. Aber die Westinhaftierten sollten vor mir gewarnt werden und denken, dass ich sie bespitzele. Die Stasi hat gehofft, dass die das im Westen berichten würden und dass ich damit in Westdeutschland gesellschaftlich erledigt wäre.

Ich komme zu meiner abschließenden Bewertung. Auch wenn ich - wie gesagt - beruflich so erfolgreich war - auch ich habe schwere Verletzungen davongetragen. Je älter man wird, desto mehr kommt das an die Oberfläche. Vor allen Dingen, wenn ich mir vorstelle, dass ich beruflich hätte scheitern können, wenn diese Kompromittierungsaktionen erfolgreich gewesen wären. Das ist für mich heute ein Albtraum, von dem ich manchmal noch nachts aufwache.

Schlimm war auch, dass man mich drei Monate mit diesem Schwachsinnigen zusammengesperrt hat, und dann die Geschichte, dass man in einer Zelle saß und da ein Kübel in der Ecke stand. Ich habe gefragt, ob man nicht wenigstens eine Decke davor machen kann, einen Sichtschutz. - Nein. - Man setzt sich auf den Kübel in Gegenwart von 12 oder 16 Mitgefangenen. Für mich ist das eine Verletzung der Menschenwürde.

Und dann höre ich heute, dass über die „guten Seiten“ der DDR gesprochen wird. Ich würde niemals sagen, dass alle Menschen in der DDR Schweinehunde waren. Sie waren Opfer, sie waren Mitläufer, sie waren sonst etwas. Aber es ist beunruhigend, dass man heute im Grunde genommen immer noch so etwas liest. Und Journalisten haben da eine ganz schäbige Rolle gespielt. Wir

wussten im Knast, wie schlecht es lief mit der Wirtschaft. Trotzdem haben Journalisten, die das beobachten konnten, daraus keine Konsequenzen gezogen.

Wie gesagt: Ich bin beunruhigt darüber, wie manche Leute sich heute gerieren können.

Das waren meine Erlebnisse.

Dr. Hans-Jürgen Grasmann: Mich hat das Strafmaß verwundert, das Sie bekommen haben. Diese 27 Monate sind ja in der Tat ein sehr geringes Strafmaß. Da gibt es andere, jedenfalls für Fluchthilfe - im DDR-Sprachjargon: staatsfeindlichen Menschenhandel.

Ich weiß nicht, ob Sie Rainer Schubert kennen. Der hat 15 Jahre bekommen für ähnliche Delikte - allerdings mehrfach. Es gibt auch andere, die acht oder zehn Jahre bekommen haben.

Insofern kann man sagen, dass der Deal, der bei Ihnen offensichtlich zugrunde lag, am Ende sehr strafmildernd war. Auch wenn 27 Monate für eine solche Nichtigkeit viel sind, gemessen an anderen Verfahren ist das ein geringeres Strafmaß.

Ihr Bericht über die Versuche, Sie zu kompromittieren - durch Dinge, die im Westen geschehen sind -, macht betroffen. Und es ist ja auch unsere Aufgabe, in Erfahrung zu bringen, was im Westen geschehen ist. Welche Menschen waren für die Stasi ohne Druck, ohne Bedrängnis tätig und haben irgendwelche Informationen geliefert? Wo wohnt man? Wo befindet man sich? Was kann man da machen?

Das ist, finde ich, aufklärungsbedürftig. Deshalb ist auch die Enquetekommission mit dieser Aufgabe betraut: Stasi und Niedersachsen. - Und Sie haben ja auch erlebt, dass Sie insofern von der Stasi kompromittiert wurden, als vermittelt wurde, dass Sie mit ihr zusammengearbeitet hätten. Das ist das Perfideste überhaupt. Man hat häufig über die aktivsten Mitglieder von Oppositionsgruppen das Gerücht verbreitet, dass sie für die Stasi tätig seien. Damit war dann plötzlich das Misstrauen der anderen geweckt. Dass das im Westen noch eine Fortsetzung fand, darf man nicht aus dem Auge verlieren. Insofern, Herr Preuß, einen besonderen Dank für diesen Beitrag.

Gernot Preuß: Wahrscheinlich hätte ich ohne den Deal sechs Jahre bekommen. Aus den vielen Prozessen, die ich begleitet habe, kann ich das so in etwa ableiten. Ich habe mir im Nachhinein zusammengereimt, dass die die Absicht hatten, mich anzuwerben. Das war offensichtlich mit dem Anwalt Vogel alles abgesprochen.

Dann haben sie irgendwann die Idee gehabt, dass ich ein Agent des Bundesnachrichtendienstes sei. Gleichzeitig ist manches, wo sie mir hätten an den Karren fahren können, nicht passiert, weil sie mir eigentlich etwas anderes nachweisen wollten. Sie haben dann gesagt: Wir brauchen ein Mittel, damit der Preuß geknackt werden kann. - Sie haben Leute beauftragt, mich zu verprügeln und, und, und.

Dann haben sie schließlich gesagt: Wir brauchen einen, auf den der Preuß reinfällt. - Sie haben in allen Zuchthäusern der DDR gesucht und sind in Bautzen fündig geworden: Dort gab es jemanden, der wegen Wirtschaftssabotage fünf Jahre Zuchthaus bekommen hatte. Dann haben sie dessen Frau unter Druck gesetzt, dass sie sich scheiden lassen sollte. Danach sind sie zu ihm gegan-

gen und haben gesagt: Ihre Frau will sich scheiden lassen. Aber wir bieten Ihnen - wir sind ja ein humanistisches System - eine Chance. Wenn Sie uns helfen, den schon gefassten, aber noch nicht enttarnten Agenten Preuß zu enttarnen, werden Sie freigelassen. - Das waren diese üblen Methoden.

Abschließend noch eine Anmerkung zu den vorherigen Ausführungen von Herrn Dr. Grasemann: Bevor ich meine Anwaltstätigkeit aufgegeben habe - mit 81 Jahren darf man ja einmal aufhören -, habe ich viel mit Anwälten im früheren DDR-Gebiet zu tun gehabt. Ich erinnere mich noch an eine Kollegin, die vom Bürgerlichen Gesetzbuch nicht die geringste Ahnung hatte. Dann habe ich sie mal gefragt: Frau Kollegin, was haben Sie denn als Juristin in der DDR gemacht? - Ihre Antwort war: Ich war Staatsanwältin. - Das nur als Beispiel.

Abg. **Rainer Fredermann** (CDU): Ich will auch auf Ihre Haftstrafe zurückkommen. Sie hatten vorher erzählt, dass Sie zu 15 Jahren verurteilt worden wären, wenn Sie diesen Deal nicht akzeptiert hätten. Ferner hätte das auch Auswirkungen auf die Personen gehabt, denen Sie zur Flucht verhelfen wollten. Sie haben 27 Monate bekommen. Wie viel haben die anderen bekommen, und was wäre gewesen, wenn Sie diesen Deal abgelehnt hätten?

Gernot Preuß: Die anderen haben alle ein paar Monate weniger bekommen als ich. Ich war ja der „Anstifter“. Deshalb musste ich die Hauptstrafe bekommen. Die nächstniedrigere Strafe betrug anderthalb oder knapp zwei Jahre. Die anderen haben zwischen neun Monaten und zwei Jahren bekommen.

Abg. **Almuth von Below-Neufeldt** (FDP): Vielen Dank für Ihren Bericht. Die Enquetekommission hat ja auch bereits die Stasiunterlagenbehörde besucht. Ich war - ehrlich gesagt - erschüttert, welche Details nicht nur erfasst, sondern auch aufbewahrt wurden - Nichtigkeiten, die dann irgendwie Verwendung finden konnten. In Ihrem Fall sind 800 Seiten von der Stasi zusammengetragen worden. Wie haben Sie das erlebt, als Sie später die Unterlagen lesen konnten? Was ist da bei Ihnen geschehen?

Gernot Preuß: Zunächst einmal habe ich Jahre gebraucht, bis ich mich überwunden habe, den Antrag auf Einsichtnahme zu stellen. Ich hatte Angst vor dem, was ich da lesen würde. Ich habe einen Cousin, Erich Loest, manche kennen ihn vielleicht, ein Schriftsteller, der vor zwei Jahren Selbstmord begangen hat. Der hat gesagt: Schau dir deine Stasiakten an! Du wirst darin Entsetzliches entdecken, aber du wirst auch entdecken, dass mancher, den du in Verdacht gehabt hast, überhaupt nicht beteiligt war. - Heute bin ich froh, dass ich mich nach Jahren überwunden habe. Ich habe erst Ende der 1990er-Jahre den Antrag gestellt. Es kostete mich eine riesige Überwindung, das zu lesen. Heute bin ich glücklich darüber, dass ich es gemacht habe.

Silke Stokar von Neuforn: Welche Rolle hat für Sie die Opferberatungsstelle in Niedersachsen gespielt? Sind Sie da jemals hingegangen, um eine Beratung in Anspruch zu nehmen? Sie haben ja deutlich gesagt - das ist auch bekannt -, dass die Opferrente an Bedürftigkeit gebunden ist. Haben Sie nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz eine Entschädigung bekommen? Konnten Sie das beantragen?

Gernot Preuß: Ich habe zu dieser Opferberatungsstelle keinen Kontakt gehabt. Denn als ich darauf gestoßen bin, war bei mir eigentlich schon alles in Eigenarbeit abgehandelt. Im Grunde genommen habe ich überhaupt erst durch die Zusammenführung der Opfer durch Herrn Büttner bei Veranstaltungen Kontakt gehabt.

Ich habe auch viele Jahre lang überhaupt nicht über meine Knastzeit gesprochen. Mit Recht können Sie mir unterstellen, dass ich sehr konservativ bin. Selbst in konservativen, bürgerlichen Kreisen war man ein Störenfried, wenn man nicht endlich mit dem „alten Kram“ aufhörte. Die Leute wollten das nicht hören. Über den Knastalltag und das System wollte doch keiner mit einem reden. Ich habe Westberlin nach zweieinviertel Jahren Haftzeit schon nicht mehr wiedererkannt. Ich will gar nicht aufzählen, wer alles nach West-Berlin gegangen ist.

Zur Frage zum Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz: Ich persönlich bin zwischen die Maschen des Systems gefallen. Ich sage noch einmal vorweg: Ich habe meine „Straftat“ nicht aus finanziellen Gründen begangen. Ich habe gesagt: Du hast das alles aus Überzeugung gemacht. - Ich habe zunächst eine Mark pro Verurteilungsmonat für die ersten zwei Jahre und zwei Mark pro Verurteilungsmonat - pro Tag - für die Zeit danach bekommen. Aber ich war erst dann verärgert, als ich gesehen habe, dass die SED-Genossen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht verurteilt wurden, Haftentschädigung bekamen. Da war ich natürlich auf der Palme und habe gesagt: Was ist das für eine Sauerei?

Ich bin zwischen die gesetzlichen Lücken gefallen. Ich war Referendar, als ich im Knast saß. Ich habe auch dagegen geklagt. Das Verwaltungsgericht Berlin hat zutiefst bedauert, meine Klage abweisen zu müssen, weil ich ohne die Knastzeit ja auch nur Referendar gewesen wäre. Dass ich erst zwei Jahre und drei Monate später Anwalt werden und verdienen konnte, ist nicht berücksichtigt worden.

Aber ich sage noch einmal: Für mich persönlich war das keine materielle Frage. Für mich sind die Vorenthaltung der Opferrente und das Kriterium der sozialen Bedürftigkeit einfach ein moralischer Tritt in den Hintern gewesen. Das war doch keine Sozialfrage, sondern eine idealistische Frage.

Prof. Dr. Daniela Münkel: Vielen Dank, Herr Preuß, für Ihre Ausführungen. Uns wird sicherlich diese gängige Methode der Diskreditierung und Zersetzung noch weiter beschäftigen. Das hat ja nicht nur Sie betroffen. Der Arm der Stasi reichte auch in den Westen. Das hat man auch mit Bürgerrechtlern gemacht, die man hat ausreisen lassen oder in den Westen verfrachtet hat. Das ist die Methode, die man sowohl im Inland als auch im Ausland angewandt hat. Damit war man auch

in der Bundesrepublik nicht selten erfolgreich. Insofern ist das ein ganz zentrales Thema, das uns im Rahmen der Enquetekommission in Zukunft noch stärker beschäftigen wird.

Vors. Abg. **Dr. Silke Lesemann** (SPD): Abschließend habe ich noch eine Frage, die sich konkret auf Niedersachsen bezieht. Sie berichteten von dem kleinen Ort Wahnebergen in der Nähe von Verden, in dem offensichtlich Spitzelaktivitäten stattgefunden haben. Haben Sie irgendwie nachverfolgen können, wie das zustande gekommen ist, welche Personen das eventuell waren und wie diese Informationen überhaupt zur Stasi gelangt sind?

Gernot Preuß: Ich habe gar keinen Versuch unternommen. In meiner Stasiakte war dazu nichts zu lesen. Genauso war es auch im Fall meines Leidensgenossen aus Nienburg. Das Eindrucksvollste daran war, dass das einfach ein geschäftsmäßiger Vorgang war: Erkundigungen zum Leumund von Familie Preuß in Wahnebergen. - Das zeigt doch, dass das Alltagsgeschäft gewesen ist.

Vors. Abg. **Dr. Silke Lesemann** (SPD): Vielen Dank, Herr Preuß, für Ihre bereitwillige Auskunft über das, was Sie erlebt und erlitten haben.

Wir kommen jetzt zu Herrn Herrmann, den ich nun um seinen Bericht bitte.

Alfred C. Herrmann: Mein Name ist Fred Herrmann. Meine Frau und ich wohnen in der Rattenfänger-Stadt Hameln.

Ich war ca. 20 Monate in der DDR im Gefängnis. Was habe ich getan? - Es begann schon in der Schulzeit. Ich habe das DDR-Regime gehasst. Ich war nicht bei den jungen Pionieren. In der FDJ war ich nicht. Ich hatte keine Jugendweihe; ich habe gesagt: Nein, da mache ich nicht mit. - Stattdessen wurde ich 1966 konfirmiert. Wenn am 1. Mai die Kampf demonstrieren für Frieden und Sozialismus stattfanden, waren die Schulklassen komplett dabei. Meine Wenigkeit fehlte, ich ging da nie mit.

Ich habe mich permanent gegen den Staat gewandt - wo ich nur konnte. Russisch im Unterricht lernen wollte ich nicht. Ich sagte dem Russischlehrer: Wenn man mir keine Möglichkeit gibt, eine westliche Fremdsprache zu lernen, will ich auch kein Russisch lernen. - Obwohl die Lehrer sagten: Lernt Russisch, das ist die Sprache der Weltrevolution, die Sprache der Zukunft. - Nicht mit mir! Daraufhin durfte ich das neunte und das zehnte Schuljahr nicht mitmachen. Ich bin von der Schule verwiesen worden. Dann habe ich eine Lehre zum Feinmechaniker gemacht. Es gab da nur zwei Sachen, die man lernen konnte.

Dann war die Musterung, und da habe ich mich für den Zivildienst gemeldet, für den sogenannten Spatendienst. Das ist ein Wehersatzdienst. Nur keine Waffen! Ich wollte nicht schwören, den Staat zu verteidigen.

Nach der Lehre war ich im Postbetrieb tätig: Briefe sortieren, Pakete sortieren, Paketschalter und Telegrafie.

Mir war schon als 10-Jährigem klar, dass ich - wenn ich mal volljährig werde - so bald wie möglich einen Versuch machen werde, die DDR in Richtung Westen zu verlassen.

Im Frühjahr 1974 sah ich die Fernsehsendung aus dem Westen „Magazin der Woche“. Das kam sonntags, und da wurde ganz beiläufig eine Schweizer Fluchthilfefirma genannt. Ich war damals 22 Jahre alt. In der Sendung nannte man eine Summe, was die Fluchthilfe in den Westen kosten sollte: 15 000 bis maximal 25 000 D-Mark.

Für mich war das eine Möglichkeit, meinen Wunsch kundzutun, in den Westen zu gehen. Ich schrieb der Schweizer Firma mit Sitz in Zürich - die Firma hieß Lenzlinger - einen Brief: Sehr geehrter Herr Lenzlinger, bitte helfen Sie mir bei der Flucht. - Den Brief steckte ich in einen Umschlag, frankierte ihn mit Bundespostbriefmarken und steckte ihn in einen zweiten Umschlag. Diesen schickte ich dann an eine entfernte Verwandte, die in München lebte. Ich legte noch einen Zettel bei: Liebe Tante Leni, bitte wirf doch in München den Brief in den Briefkasten. Wir sammeln Fotos von Schlagersängern. - Das war geschwindelt.

Weil ich wusste, dass die Stasi die Briefe kontrollierte, war mir im Grunde klar, dass meine Verhaftung bald folgen würde. Ich wusste vom Briefsortieren, wie die Stasi die Briefe kontrolliert. Im Grunde wollte ich verhaftet werden. Das klingt vielleicht komisch, aber ich kannte den Begriff „Häftlingsfreikauf“. Den kannte ich schon vorher.

Deshalb war meine Strategie: Ich suche mir eine Straftat, die ich vor meinem Gewissen vertreten kann. Für den Brief, den ich geschrieben habe, bekomme ich vielleicht zwölf Monate Haft. Zwölf Monate Haft wären mir lieber gewesen als ein Jahr und sechs Monate Spatendienst. Wenn ich ein Jahr Haft bekomme, bin ich vielleicht schon nach einem Jahr im Westen. - Das war es mir im Grunde wert. So war meine Spekulation.

Zu meiner Überraschung bekam ich drei Wochen später Post von der Firma Lenzlinger in Zürich. Die schrieben mir: Jawohl, sie werden mich holen. Bitte Verschwiegenheit!

Ich dachte: Was passiert jetzt? - Es gab drei verschiedene Möglichkeiten. Erstens. Die Feldjäger holen mich zum Spatendienst - das wäre schlimm. Dahin wollte ich wirklich nicht. Zweitens. Die Stasi kommt mit der Verhaftung. Das wäre mir sehr recht gewesen, das wollte ich ja. Oder drittens: Die Schweizer Fluchthilfefirma holt mich in den Westen, das wäre gut, wenn auch riskant. Und ich hätte im Westen jede Menge Schulden gehabt.

Nach vier Wochen hat die Stasi mich verhaftet. Ich wurde während des Dienstes beim Briefe sortieren verhaftet. Dann vernahm man mich und brachte mich nach Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) in das Stasigefängnis auf dem Kaßberg. Davon war ja heute schon die Rede. Ich war guter Hoffnung. Ich dachte: Nun geht es endlich mal los. - Das Gefängnis auf dem Kaßberg in Karl-Marx-Stadt kannte ich schon vorher. Die Postbetriebsschule war praktisch nebenan. Schon zwei oder drei Jahre vorher bin ich mehrfach um den ganzen Stasikomplex gelaufen. Ich kannte die Zellen von draußen. Ich dachte schon drei oder vier Jahre vorher: Da möchte ich mal rein, einen Tag wenigstens, um zu schauen, was die Stasi da so macht.

Dann war ich selber drin, und die Vernehmungen begannen. Wie mein Vorredner schon sagte, saß man bei den Vernehmungen auf einem Schemel. Das war kein Sessel, das war nur so ein Holz-

schemel. Hinten war keine Lehne dran. Man musste mit den Händen den Schemel unten festhalten. Das war hart. Das hatte ich ganz vergessen, aber eben kam das Ganze wieder hoch.

Mir war klar: Zwölf Monate stecke ich weg. Das macht überhaupt nichts. Vernehmungen den ganzen Tag, bis in die Nacht hinein, kurz Schlaf, und dann am nächsten Tag Vorsprache beim Haftrichter. Der Haftrichter hat mir dann gesagt, gegen welche Paragraphen ich verstoßen habe. Da ging es um Terror, Menschenhandel, Kontaktaufnahme zu staatsfeindlichen Organisationen, Vorbereitung usw. Das Strafmaß, das zu erwarten war, waren zwei bis fünf Jahre. Da war ich erst mal platt. Damit hatte ich nicht gerechnet.

Nun musste ich neu disponieren. Mit einem Jahr Haft kam ich nicht hin. Deshalb ruderte ich zurück und sagte: Das war eine Jugendsünde von mir. - Ich wollte das Strafmaß reduzieren. Das klappte nicht.

Im Dezember 1974 war die Gerichtsverhandlung, die zwei Tage dauerte. Das Strafmaß war drei Jahre, verschärfter Vollzug. Meine Straftat war, dass ich den Brief nach München geschickt habe. Und die gute Tante Leni hat den Brief in irgendeinen Briefkasten geworfen - wie sie mir Jahre später sagte.

Die Berufung wurde vom Obersten Gericht verworfen, und dann begann der Transport mit dem sogenannten Grotewohl-Express von Karl-Marx-Stadt nach Cottbus. Den Zug kann man jetzt in Berlin sehen; da steht so ein Waggon. Da war Platz für vier Leute in Handschellen. Sie haben aber noch einen fünften Mann mit hereingenommen, deshalb war es sehr voll. Der musste sich wechselnd auf den Schoß von den schon sitzenden Häftlingen setzen. In den Zellen waren wir zu fünft drin - katastrophal. Das war schlimm.

Der anschließende Strafvollzug war auch schlimm. Ich bin zweimal geschlagen worden. Zum Teil waren wir mit 24 Strafgefangenen im sogenannten Verwahrraum. Das Wort „Zelle“ durfte man nicht sagen; das war der Verwahrraum. 24 Häftlinge! Ein Drittel davon waren Kriminelle. Dann hat man gehört, was die zum Teil für wirklich schlimme Sachen gemacht und was die für geringe Strafen bekommen hatten. Wenn man mich dann fragte: Was hast du getan? - Ich habe einen Brief in die Schweiz geschrieben. - Dann war man platt. - Wie gesagt, das war die Strafe.

Im Januar 1976 wurde ich zu meinem Erzieher gerufen. Ich musste Meldung machen: Es meldet sich Strafgefangener Herrmann. - Mein Erzieher teilte mir mit, dass für mich ein Postpaket vom Roten Kreuz der BRD gekommen sei - aus dem Westen, aus Köln oder so. Darin seien Lebensmittel und andere Sachen. Aber da ich verschärften Vollzug habe, stehe mir das Paket nicht zu. -Das Paket werde vernichtet. Ich bekam von den ganzen Sachen nichts.

Meine Mutter durfte während der Zeit mal in den Westen reisen; denn sie war Rentnerin. Sie fuhr nach Köln zu ihrer Schwägerin. Dort sagten ihr die Verwandten: Fahr doch mal in die Bundeshauptstadt. Dort gibt es das Ministerium für innerdeutsche Beziehungen. Geh doch mal hin, und schildere den ganzen Sachverhalt. - Das machte sie dann. Dort hatte man die entsprechenden Formulare und nahm meinen Fall zu den Papieren. Meine Mutter schrieb mir dann: Schönen Gruß von Tante Martha! Es geht ihr sehr gut. - Da wusste ich: Das ist die Tante Martha in Köln. Die Sache läuft.

Im April 1976 war der Transport von Cottbus zurück nach Karl-Marx-Stadt. Das Personal dort kannte meine Wenigkeit noch und sagte: Hallo, wieder hier? - Ich war ja zwei Jahre vorher schon dort gewesen. Im Mai 1976 erfolgte dann der Freikauf nach dem Westen.

Das war das Wichtigste. Ich habe noch weitere Sachen schriftlich formuliert. Ich habe nicht alles vorgetragen; denn ich habe da so ein Handikap beim Sprechen. Ich weiß, ich kann nichts dafür. Ich muss damit leben. Ich kann damit leben. Das wollte ich nur noch sagen.

Vors. Abg. **Dr. Silke Lesemann** (SPD): Vielen Dank, Herr Herrmann, für Ihren Bericht und auch für die ausführliche Darstellung, die Sie uns gegeben haben. Es hat alles gut geklappt. Wir konnten Sie gut verstehen. Dafür ganz herzlichen Dank!

Herr Büttner hat sich jetzt zu Wort gemeldet.

Hartmut Büttner: Herr Herrmann, Sie haben ja auch Zwangsarbeit geleistet. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen.

Alfred C. Herrmann: Wir mussten für die Firma Pentacon Dresden Rohlinge für Fotokameras säubern und den Grat wegfeilen - Rohlinge für die Spiegelreflexkameras, die dann bei Photo Porst für 200 Mark verkauft worden sind. Das mussten wir die ganze Woche machen. Die Arbeitszeit war von Montag bis Samstag, nur der Sonntag war frei. Wir arbeiteten im Dreischichtenbetrieb - Fröhschicht, Spätschicht, Nachtschicht -; Urlaub hatten wir nicht. Es gab nur zwei Feiertage - den 1. Mai und den 7. Oktober. Wenn wir die Vorgaben erfüllt haben, hatten wir einen Verdienst von 30 Mark bis maximal 40 Mark pro Monat. Davon musste man dann Schreibpapier, Seife, Kosmetika, Zahncreme kaufen - was man so brauchte. Das war es dann. Das war sehr hart.

Hartmut Büttner: Sie haben von dem Besuch Ihrer Mutter im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen berichtet. Bei der Gelegenheit ist sie ja auch mit Amnesty International zusammengetroffen. Hat man ihr da helfen können? Hat sich der Besuch Ihrer Mutter im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen auf Sie im Gefängnis eher positiv ausgewirkt, oder wirkte sich das eher verschärfend aus?

Alfred C. Herrmann: Nein, das war gut. - Ob die Stasi das gewusst hat, weiß ich nicht. Für mich war die Nachricht wichtig: Schönen Gruß von Tante Martha - das war die Frau, die in Köln wohnt -; es geht ihr sehr gut. - Daher wusste ich, dass die Sache läuft.

Das mit Amnesty International hat mir meine Mutter drei oder vier Jahre später erzählt, als wir uns in der Tschechoslowakei getroffen haben. Sie war in Köln oder in Bonn bei Amnesty International. Die Verwandten hatten gesagt: Fahr doch mal hin! Diese Häftlingshilfeorganisation gibt es doch für genau solche Fälle. Vielleicht können die etwas für deinen Sohn tun.

Dann war sie bei Amnesty, und da sagte man ihr: Wir wissen nichts davon, dass es in der DDR politische Gefangene gibt. Das ist uns völlig unbekannt. Wir haben hier nur Häftlinge aus Chile,

Südafrika usw. Solche Häftlinge in der DDR - so wie Sie es sagen - gibt es nicht. Und falls es die dort doch geben sollte, dann wäre dafür die Sektion in Schweden zuständig. - Das sagte mir meine Mutter fünf oder sechs Jahre später.

Gernot Preuß: Noch einmal zur Bezahlung: In der Zeit, als ich bei der Reichsbahn gearbeitet habe, wurde ich nach Reichsbahntarif bezahlt. Das wurde abgerechnet, und von dem Nettoeinkommen, das übrig blieb, wurde ein Teil für Unterkunft und Verpflegung abgezogen. Insofern war die Bezahlung bei der Häftlingsarbeit etwas anders geregelt.

Zu den Ausführungen von Herrn Grasemann: Ich kann immer wieder sagen, dass diese Erfassungsstelle in Salzgitter ganz wichtig war. Ich war überrascht, wie sich das bis in den Knast herumgesprochen hatte. Zumindest auf die kleinen Bewacher hat das zum Teil Wirkung gehabt. Wenn man „Salzgitter“ murmelte, dann drehten die ab.

Abg. **Heidemarie Mundlos** (CDU): Vielen Dank für Ihre Ausführungen.

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, sind Sie 1952 geboren. Deshalb bin ich etwas verwundert, dass Ihre Mutter einfach ausreisen durfte. Hat es in irgendeiner Form Konsequenzen für die Familie gegeben?

Alfred C. Herrmann: Meine Mutter war damals schon Rentnerin. Schon zwei oder drei Jahre vorher ging es los, dass sie jedes Jahr in die BRD - so hieß es damals - reisen durfte. Das konnte sie sogar noch im ersten Jahr meiner Haftzeit. Vielleicht hat man das nicht gemerkt oder so - später ging es nicht mehr. Als ich im Westen war, durfte sie nicht kommen. In jedem zweiten Jahr haben wir dann Familientreffen in Karlsbad in der Tschechoslowakei gemacht.

Dr. Hans-Jürgen Grasemann: Ich bin richtig erstaunt, dass Sie einen Brief an Hans Ulrich Lenzlinger in Zürich geschrieben haben. Lenzlinger war eine der bekanntesten Fluchthilfeorganisationen, die wohl in einem Jahr mal 176 Personen aus der DDR herausgeholt hat - natürlich gegen viel Geld. Danach schrieben sie auf Hochglanzpapier so etwas wie: In diesem Geschäftsjahr ist es uns gelungen, 176 Personen in die Freiheit zu holen. Unser jüngster Kunde war 6 Monate und der älteste 75 Jahre alt.

Die waren recht erfolgreich, und zwar so erfolgreich, dass Hans Ulrich Lenzlinger - glaube ich - Ende der 1970er-Jahre erschossen worden ist. Die Täterschaft ist weiterhin ungeklärt; es wird aber die Staatssicherheit hinter der Tat vermutet. Er ist auch nicht der Einzige. Der andere Fluchthelfer, Lampl, hat eine Briefbombe bekommen; dem sind die Hände zum Teil weggefetzt worden. Und Wolfgang Welsch hat einen Anschlag mit Rattengift überlebt - Operation „Skorpion“.

Alfred C. Herrmann: Meine Straftat war, den Brief geschrieben zu haben. Dafür drei Jahre! Das war ein Hammer. Da war ich platt. Das war zum Heulen. Geheult habe ich auch, als mir mein Erzieher sagte: Das gesamte Paket wird vernichtet. - Da war ich stocksauer. Ich habe geflennt.

Dr. Hans-Jürgen Grasemann: Wir haben schon vorhin darüber gesprochen: Hat es bei Ihnen die Überlegung gegeben, wegen der Misshandlungen im Nachhinein Strafanzeige zu erstatten?

Alfred C. Herrmann: Das wollte ich nicht. Nachdem ich im Westen war, wollte ich das vergessen. Ich wollte nicht mehr. Wenn mein Chef hier im Westen fragte, ob ich auch sonntags kommen kann, dann habe ich das gemacht. Ich habe das Ganze durch Fleiß verdrängt.

Nachdem meine Mutter mir geschrieben hatte: „Schönen Gruß von Tante Martha“, war mir klar, dass die Bundesregierung für mich - für meine Freiheit - viel Geld zahlen wird. Da habe ich mir geschworen, dass ich dem Sozialstaat im Westen nie zur Last fallen will. Daran halte ich bis heute fest. Ich habe nie Arbeitslosengeld, Wohlfahrt, Sozialhilfe oder Wohngeld beantragt. Das wollte ich alles nicht haben. Ich wollte zu Wohlstand kommen, aber nur durch Ehrlichkeit und Fleiß. Vom Staat will ich überhaupt nichts geschenkt haben.

Abg. **Volker Meyer** (CDU): Herr Herrmann, ich habe eine Nachfrage zu Ihren Erfahrungen mit Amnesty International. Das hat mich doch sehr überrascht. Mir war so etwas in dieser Form bisher nicht bekannt. Kennen Sie Personen, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben?

Alfred C. Herrmann: Nein, die kenne ich nicht. Meine Mutter hat mir das damals erzählt, etwa vier Jahre, nachdem ich im Westen war, und zwar bei einem Familientreffen in der Tschechoslowakei. An demselben Tag, als sie in das Ministerium für innerdeutsche Beziehungen gegangen ist, war sie anscheinend auch in Bonn oder in Köln bei der Häftlingshilfsorganisation. Der Tipp kam - wie gesagt - von Verwandten. Dort bekam sie das zu hören, was ich gerade schilderte. Das tut weh.

Andreas Hartlep: Ich habe noch eine Anmerkung dazu. Wir wurden wohl alle von Herrn Rechtsanwalt Vogel mit den Worten verabschiedet: Reden Sie nicht über diese Zeit. Es könnte Konsequenzen haben, für Sie oder Ihre Familie.

Eines möchte ich noch sagen: Ich bin dankbar, von der Bundesregierung freigekauft worden zu sein. Aber ich bin auch traurig über die heutigen Entwicklungen.

Eine Frage habe ich noch zu Herrn Grasemanns Ausführungen über die Fluchthilfeorganisationen, z. B. die in der Schweiz: War das nicht vielleicht auch ein Geschäftsmodell der Stasi?

Dr. Hans-Jürgen Grasemann: Soweit ich es beurteilen kann, war das nicht unmittelbar ein Geschäft der Staatssicherheit. Es handelte sich ja um Staatsfeinde, deshalb waren die Strafmaße auch so enorm hoch - 10 Jahre oder auch 15 Jahre für staatsfeindlichen Menschenhandel.

In Niedersachsen gab es den Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Hartwin Kramer, ein Sozialdemokrat, der vor ein paar Jahren verstorben ist. Als junger Mann ist er im Rahmen der sogenannten ideellen Fluchthilfe - also als Student ohne Geld - aus humanitären Gründen tätig geworden und hat vier Jahre bekommen. Das nur als Beispiel: vier Jahre als Student wegen ideeller Fluchthilfe.

Es hat natürlich auch die kommerzielle Fluchthilfe gegeben. Das waren Lenzlinger, Lampl und am Ende auch Wolfgang Welsch. Das waren Menschen, die die vorhandene Bedrängnis ausgenutzt und kassiert haben - zwischen 15 000 und 50 000 DM, je nachdem. Die haben sich Wechsel ausstellen lassen für die Zeit nach der Flucht in den Westen. Vorhin wurde ja auch gesagt: Ich wollte nicht mit Schulden im Westen anfangen.

Dass das ein Geschäftsmodell der Stasi war, muss man wohl verneinen. Aber eines war klar: Die Stasi hat diese Organisationen frühzeitig unterwandert und wusste deshalb genau über Einzelaktionen Bescheid. Die haben zehn Personen durchkommen lassen und dann bei der elften Person, die ihnen wichtig erschien, den Zugriff gemacht. Davon waren dann die - aus ihrer Sicht - Täter und natürlich auch die Geschleusten betroffen.

Im Juni 1972 trat ja das Berliner Transitabkommen in Kraft. An einem Wochenende - ich glaube Pfingsten 1973 - sind allein 23 Personen über Helmstedt in Kofferräumen rübergekommen. Das hat nachher nicht mehr funktioniert, weil man überall in der DDR auf den entsprechenden Parkplätzen Observationskräfte mit Westfahrzeugen hatte. Diejenigen, die Personen einschleusen bzw. ausschleusen wollten, waren vollkommen arglos. Eine Unterwanderung hat also stattgefunden - und damit eine unglaubliche Gefährdung aller, die diesen Weg gegangen sind. Für die Fluchthelfer gab es eine hohe Strafe: zwischen 6 und 15 Jahren. Die Geschleusten haben wegen § 213, Republikflucht im besonders schweren Fall, ihre zwei bis vier Jahre bekommen. Um ein Stasigeschäftsmodell hat es sich in dem Fall aber wohl nicht gehandelt.

Gernot Preuß: Eine der verletzendsten Erfahrungen war für mich, als ich gefragt wurde: Hoffentlich bist du für deine Aktionen auch gut bezahlt worden? - Ich habe nicht einen einzigen Pfennig für meine Tätigkeit genommen. Wir haben unser Material und alles andere aus eigener Tasche bezahlt. Ich bin auch - Gott sei Dank - von der Rechtsanwaltskammer diesbezüglich zufriedengelassen worden. Ich bin als Anwalt immer tätig geworden, ohne ein Honorar dafür zu verlangen oder anzunehmen. Die Kammer hat das stillschweigend geduldet.

Es gab eine Übergangszeit, in der man gefälschte Passierscheine benutzte. Man musste Papier in Ostberlin einkaufen, weil es in Westberlin kein Papier gab, das miserabel genug für eine glaubwürdige Fälschung gewesen wäre. Dann kamen die ersten Profis - Kriminelle -, die bei den Fälschungen geholfen haben. Es gab einen gleitenden Übergang in die kommerzielle Fluchthilfe.

Vors. Abg. **Dr. Silke Lesemann** (SPD): Vielen Dank an Sie alle, Herr Ritthaler, Herr Hartlep, Herr Preuß und Herr Herrmann! Vielen Dank dafür, dass Sie hierhergekommen sind, uns so bereitwillig Auskunft gegeben haben und die Erinnerung an äußerst schwierige Zeiten zugelassen haben. Sicherlich hat dies auch das eine oder andere noch einmal aufgewühlt. Wir wollen nicht, dass das, was sie erlebt haben, der Vergessenheit anheimfällt. Dafür ist diese Kommission da. Wir bedanken uns ganz herzlich und wollen mit Ihren Äußerungen nun weiterarbeiten.

Herzlichen Dank auch noch einmal an Herrn Büttner für die gute Organisation dieser ersten Opferanhörung.

Anhang

System der Rehabilitierung + Entschädigung von SED-Opfern

- Wichtigster Punkt: Voraussetzung für jegliche Entschädigung ist eine **offizielle Rehabilitierung**
Infos: Opferberatungsstelle im Niedersächsischen Innenministerium
- Antragsfrist wurde mehrfach verlängert, jetzt bis zum 31.12.2019
Gleicher Termin wie Bestandssicherung für Stasi-Unterlagenbehörde
- Viele Opfer haben aus Schwellenangst gegenüber Behörden und Unwissenheit auch 25 Jahre nach Ende der DDR keinen Rehabilitierungsantrag gestellt. Die Möglichkeit hierfür gibt es seit Anfang der 1990er-Jahre.
- Schwierigkeit: Beweiserbringung z. B. Gefangenenaakten, Stasiakten
Stellen: Stasi-Unterlagenbehörde, Bundesarchiv - Beratungsstelle im Innenministerium

Drei Säulen der Rehabilitierung

- Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG)
Dieses Gesetz regelt eine Entschädigung nach Länge der Haftzeit:
Kapitalentschädigung pro Haftmonat 600 DM = 306,78 Euro
- Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz
Befasst sich mit der Aufhebung rechtsstaatswidriger Maßnahmen wie z. B. Zwangsaussiedlung, Enteignung (Rückgabe vor Entschädigung), Bespitzelung, Drangsalierung
Entschädigungshöhe nach Einzelfallentscheidung. Besondere Problematik der von der sowjetischen Besatzungsmacht Enteigneten 1945 -1949.
- Berufliches Rehabilitierungsgesetz
Kündigung, Herabstufung, Nichtzulassung zu Abitur + Studium aufgrund individueller Verfolgung + Zersetzung
Entschädigungsmöglichkeiten können eigentlich nur Menschen in Anspruch nehmen, die noch im Berufsleben stehen –Solche Maßnahmen sind u.a. Besondere Förderung nach dem BAFÖG – Fortbildung/Umschulung etc.
Wichtigster Faktor für die zumeist älteren Opfer ist die Anrechnung von Verfolgungszeiten bei der Rente. (Vor allem Öffentlicher Dienst).
- Hinzu kommen **Hilfen in besonderen Notlagen nach dem Häftlingshilfegesetz** (Häftlingshilfestiftung in Bonn)
sowie die sogenannte **Opferrente**,
Gesetzestechisch handelt es sich dabei um eine
- **Besondere Zuwendung nach § 17 a StrRehaG**
- Die besondere Zuwendung war ein wichtiger Schritt des Gesetzgebers für die ehemaligen politischen Häftlinge der SED-Diktatur
Die **Finanzielle Schere zwischen Opfern und Tätern wurde** durch Urteil Bundesverfassungsgericht zu den vom Bundestag eingezogenen Deckelungen (Anfang 1990er Jahre) durch das **Rentenüberleitungsgesetz wieder größer**.
- Verschiedene Kräfte im Bundestag kämpften jahrelang für eine Opferrente. Die **besondere Zuwendung** war nur eine gesetzestechische Krücke. Die besondere Zuwendung erhalten nur Opfer die heute noch in einer sozialen Notlage sind. Sie beträgt jetzt **300 Euro monatlich**.
Das ist der Maximalbetrag, den auch nicht alle erhalten.

1.7. Niederschrift: 2. Opferanhörung am 31. Mai 2016

Vors. Abg. **Dr. Silke Lesemann** (SPD): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Anzuhörende! Ich begrüße Sie ganz herzlich zu der heutigen Sitzung und freue mich sehr, dass Sie heute hierhergekommen sind und sich bereit erklärt haben, uns Auskunft darüber zu geben, was Ihnen widerfahren ist. Ich bedanke mich auch noch einmal im Namen der Kommission für die Offenheit, mit der Sie uns bereits in der 13. Sitzung über Ihre Erlebnisse berichtet haben.

Gunter Lindner: Zunächst einmal vielen Dank dafür, dass Sie bereit sind, bei dem guten Wetter ein so unappetitliches Thema zu „verdauen“.

Der totalitäre Staat ist stets in Notwehr; denn er hat immer recht - zu 100 %. Seine Protagonisten - Geheimdienstleute, Staatsanwälte, Richter, Zuchthauswärter - arbeiten nicht auf eigene Rechnung. Sie sind keine Kriminellen - keine Kriminellen im landläufigen Sinne. Sie handeln prompt und nach Gesetz des Staates. Sie üben gewissermaßen keine Willkür aus. Darüber müssen wir uns erst einmal klar sein. Sie handeln im Klassenauftrag, laut den geltenden Statuten, Richtlinien und philosophischen Entwürfen. Dazu empfehle ich, im kommunistischen Manifest nachzulesen - Marx, Engels, die Väter des Terrors. Es musste zum „Archipel Gulag“ kommen. - Das war ein kleines Vorwort.

Nun die Geschichte: Frankenberg ist meine Heimatstadt, seit 1904 Garnisonsstadt. Ich bin als Kind mit den Vorfürhungen der Kasernierten Volkspolizei und der damaligen NVA großgeworden. Flak, bewaffnete Fahrzeuge, knallende Märsche - das hatten wir alles. Wir hatten noch etwas: Wir konnten einige Male die Besatzerarmee, die Sowjetarmee, beobachten; wir konnten beobachten, wie die Offiziere an Straßenkreuzungen ihre jungen Soldaten mit den schweren Koppelschlössern der sowjetischen Armee blutig schlugen - nicht etwa „in die Fresse“, wie man so gemeinhin sagt, sondern blutig schlugen. Das waren Erlebnisse. Das war in dieser Garnisonsstadt wohl nicht gang und gäbe, aber man konnte es einige Jahre lang erleben.

Seitdem ich lesen konnte, las ich. Ich las alte Zeitungen im Museum; ich las die Bücher, die greifbar waren. Ich kam immer mehr zu dem Schluss, dass uns viel Literatur vorenthalten wurde. 1972 hatten die Zonen-Bürger das Recht, visafrei in die ČSSR und nach Polen einzureisen. In Teplitz, ČSSR, konnten wir im Antiquariat Bücher kaufen. Das waren aber nur Bücher aus dem alten Kaiserreich oder aus der NS-Zeit. Das war nichts Aktuelles. Des Weiteren konnten wir in Altstoffsammlungen verbotene Literatur finden.

Unser Verein bestand aus Wanderern, Kunstbegeisterten, Liebhabern der deutschen Klassik sowie der russischen Literatur. So mussten wir darauf kommen: Das Buch „Archipel Gulag“ von dem Nobelpreisträger des Jahres 1970 Alexander Solschenizyn musste besorgt werden. Ich bekniete also meine Mutter in vielen Gesprächen, bis sie dieses Buch mitbringt. Im Februar 1980 hatte ich es in den Händen. Ich verlieh es an einen Freund. Das Buch fiel dem Ministerium für Staatssicher-

heit während einer Hausdurchsuchung bei dem Freund in die Hände. Es musste auffallen, da es im Schlafzimmer und nicht in der Bibliothek war.

Drei Monate, nachdem man es gefunden hatte, erfolgte meine Verhaftung. Das läuft folgendermaßen ab: Man bekommt fast einen Schock serviert. Man soll ihn bekommen. Die lassen einen vor einer einzelstehenden Villa warten; die hatten die Manier, immer einzelstehende Villen als Vernehmungsgebäude zu benutzen. Das hat den Effekt, dass man aufgeregt ist oder zusammenbricht. Die Vernehmungen laufen so ab: Zuerst tasten die mal ab, was du für eine Persönlichkeit bist. Das äußert sich in Häme, Grimassen, Feixen oder auch in korrekter Ansprache: Herr Lindner. - Das war eine Dauervernehmung - 20 Minuten Mittagspause. Da habe ich noch vermutet, dass sie mich freilassen, aber da hatte ich mich getäuscht. Die hielten daran fest und vernahmen mich wechselseitig zu dritt - nicht brüllend, zum Teil korrekt.

In der 17. Stunde - ich war schon ziemlich erschöpft - hämten sie: Na, Lindner, das ist so etwas wie Schwellen schleppen im Sägewerk. - Ich arbeitete im Sägewerk. - Wenn Sie sich einbilden, dass Sie hier in einer olympischen Ausscheidung sind, dann können wir Sie trösten: Sie sind im guten Mittelfeld. Aber Ihre Mutter, die ist doch herzkrank? Lügt die auch so hartnäckig und dreist wie Sie, oder kippt die vom Stuhl? - Das war in der 17. Stunde - Mitternacht; ich war erschöpft. Ich dachte: Die haben jetzt so viele Fakten; das hat sich verdichtet; du hast das mitbekommen. Hier kommst du nicht mehr heraus. Die machen das wahr, deine Mutter vorzuladen. - Also kapitulierte ich.

Die nächsten Monate verbrachte ich in diesem totenstillen Zellenhaus. Das war wenig besetzt; da waren relativ wenige U-Häftlinge. Da war man nur noch eine Nummer: die Zelle Nr. 53. Im Jahr 1953 starb Josef Wissarionowitsch Stalin.

Man hat nur noch eine Nummer. Man wird zum Vernehmer geführt. Die Alarmanlage, Licht, rote Lampen werden eingeschaltet. Auf den Gängen erlebt man niemanden; man erlebt immer nur den einen Vernehmer. Der Vernehmer war in russischer Literatur ganz gut geschult. Er hatte ordentliche Kenntnisse in Literatur und auch in der Geographie und Geschichte Russlands. Das war der Mensch, der zu dem Beschuldigten Lindner passte. Zweimal in der Woche gab es diese Vernehmungen über das Buch „Archipel Gulag“. Da wurde in den Fakten und in den Kapiteln herumgebohrt - ich hatte nur den ersten Band.

Ich musste feststellen, dass sie ihre Anschuldigungen änderten. Sie änderten ihre Meinung. Ich hatte nicht mehr Hetze gegen die Sowjetunion bzw. gegen die DDR verbreitet, sondern ich hatte sie nur schriftlich herabgewürdigt. - Das war ein Wechsel vom Verbrechen zum Vergehen - also von zwei bis zehn Jahren Haft zu maximal zwei Jahren. Erstaunlich, ganz erstaunlich. Das Dokument, das vorhin an Sie verteilt worden ist, gibt darüber Aufschluss. - Sie hatten wahrscheinlich Skrupel, ihre eigenen Gesetze stur durchzuziehen.

Die Verhandlung erfolgte in einem ruhigen Ton. Der Richter sagte zu mir: Angeklagter, dass Sie antikommunistisch sind und das bekunden, ist ein Fehler. Das war damals eine schlimme Zeit in der Sowjetunion, aber man kann doch erst mal Sozialist bleiben. - Diese Äußerung kann ich heute in der Bundesrepublik Deutschland auch lesen und hören: Die haben Fehler gemacht. Es gab ge-

wisse schlechte Gesetze, aber die Idee war ganz nett. - Das ist natürlich eine Nebelkerze und eine glatte Lüge.

Ich gehe in Berufung - die Berufung wird abgelehnt. Das wusste ich. Ich wollte nur noch ein kleines bisschen schlafen in dem ruhigen Zellenhaus des Ministeriums für Staatssicherheit. - Danach ging es zu Fuß wenige hundert Meter weiter. Man musste durch eine Tür gehen, und dann war man in der Kriminellen-U-Haft, Ministerium des Inneren, Volkspolizei bzw. Kripo, Lärm, Geplärr und gemeine Kriminelle. Dort bekam ich den Hinweis von einem Wärter: Wenn du nicht arbeitest - ich arbeitete nachlässig -, dann ketten wir dich in der Dusche an, und dann kriegst du die Fresse poliert. Danach können wir das Blut ja abspülen. Du kriegst die Fresse poliert. - Ich sage: Na gut, dann arbeite ich. - Ich arbeitete da so wie der brave Soldat Schwejk seinen Dienst gemacht hat. Das ist klar.

Fünf Tage danach ging der Transport nach Cottbus mit dem Grotewohl-Express. Die deutsche Grüne Minna, Maschinenpistolen, Hunde, wie im Kino. Aber das war normal, wir haben uns darüber nicht gewundert; das war völlig normal.

Innerhalb eines Tages erreichen wir das Zuchthaus Cottbus. Wir schlafen in der berüchtigten Katakombe, die stinkt. Das war ein Kellergewölbe. Anderntags waren wir in der Aufnahme, bei dem „Roten Terror“. Der Name war berüchtigt. Der Mann war fast 2 m groß, kräftig gebaut, athletisch, ein bisschen dumm. Er konnte nicht gut Deutsch, aber er war drohend. Wir hatten Angst vor ihm. Sein Lieblingsspruch war: Knüppel ist die Hausordnung! Was in die Fresse! Grüßt du deinen Kameraden, der durchs Fenster schaut, auf der Vollzugseinrichtungsstraße, kriegst du den Schlüsselbund auf die Schnauze. - Das waren so seine Worte. Man reizte den Menschen nicht durch Gestik und Mimik, da verhielt man sich ruhig. Man hatte den aber nur drei Wochen; danach hatte der keinen Zugriff mehr.

In der Zelle waren Kameraden, politische Kameraden oder Indifferente, manchmal auch Mischdelikte, aber keine schlimmen Kriminellen. Beengung - man hatte 1,5 m² pro Insasse ausgerechnet -, Fressen - ich benutze das Wort „Fressen“; denn das Essen war im Tierreich angesiedelt. Fressen in Raten an einem kleinen Tisch mit einem Hocker. Gestank, Dreck.

Die Normen sollten zu 100 % erfüllt werden; es kam die Androhung: sonst keine Zigaretten - ich war Nichtraucher -, kein Recht, einmal im Monat ein Hähnchen zu essen - ich mochte kein Hähnchen -, kein Fernsehen. Das ging mich nichts an. Mich ging gar nichts an.

Wenn ich mal kräftig arbeitete, habe ich 6,7 % herausgeschunden, das war gut. Ansonsten 2 %. Ich lief in der Halle umher und guckte, wo ich sabotieren und zerstören kann. Da war ich in guter Gesellschaft. Zwei oder drei Mann, Kameraden, fummelten immer aus, wo sie Schäden anrichten konnten. Das lief unter dem Motto: Für den Feind nie arbeiten. - Das konnten wir natürlich nicht durchhalten, aber mit Schäden konnte man arbeiten.

In der Arrestzelle hatte man bis Mittag Zugriff auf Wasser. Danach wurde das Waschbecken abgeschlossen. Da war eine zusätzliche Vergitterung in der Zelle. Du konntest an das Wasser nicht mehr ran. Du hattest eine Feldflasche. Ich will nicht übertreiben - du hattest zwei Feldflaschen mit

schlechtem Tee und das Essen. Das Essen war normal. Normaler Standard in Cottbus war: Schweinefraß. Als Schikane hatten sie das manchmal kalt werden lassen.

Als Kleidung hattest du alte NVA- oder Wehrmachtsuniformen. Die Ärmel waren verkürzt, Knöpfe fehlten - wie ein Hampelmann. Im Winter froh man. In der Zelle waren 14 oder 15 °C. Da frierst du, wenn du sitzen musst. Das ist wohl keine Folter, aber es ist sehr unangenehm. Sehr, sehr unangenehm.

Wenn man sich zum Arzt meldete, hatte man gewissermaßen Wartezeit. Ein Wartezimmer gibt es ja bei jedem Arzt. Man wurde in die sogenannte Straßenbahn gesperrt - das ist Häftlingsjargon. Ich weiß nicht, wie viele Sitzplätze in der Straßenbahn waren. Das kann ich nicht versichern. Die Maße der Straßenbahn: 70 cm breit, 65 cm tief und 145 cm hoch. Ein Schrank, mit Stahlblech verstärkt, mit Luftlöchern. Dunkel. Da wir keine Uhren hatten, konnten wir nicht abschätzen: Wartest du eine Stunde, oder sind bereits zwei Stunden vergangen? - Das war normal. Das war für uns normal. Ich war in einem kommunistischen Zuchthaus, nicht in einem schlechten Ferienheim. Das wurde hingenommen. Keiner hat protestiert. Das moniere ich nicht, das registriere ich bloß.

Da ich keine Kenntnisse über die Modalitäten des Freikaufs hatte, wurde ich nach der Haft in die Zone entlassen, in meine Heimatstadt. Ich bekam eine Arbeitsstelle empfohlen und suchte Arbeit. Ich bekam aber keine Arbeit innerhalb von vier Wochen. Daraufhin nahm mich eine Dame von der Kaderabteilung - hier sagt man: Sozialabteilung - beiseite: Herr Lindner, ich möchte Sie noch einmal auf dem Gang sprechen. - Da sagte sie: Sie sind auf einer schwarzen Liste. - Aha!

Der Mann beim Ministerium für Staatssicherheit, den ich im Rathaus sprach, sagte: Lindner, wollen Sie das bleiben, was sie sind, oder wollen Sie ein „Asi“ sein? Wollen Sie in ein Arbeitslager? - Das Arbeitslager war ganz grauenhaft und gefürchtet.

Dann hatte ich Arbeit beim VEB Motorradwerk Zschopau. Ich stellte mich vor und nannte mein Delikt; ich sagte, weshalb ich im Gefängnis gewesen war. Ich registrierte innerhalb von einer Woche, dass die Leute fehlerfrei Alexander Solschenizyn aussprechen konnten - wahrscheinlich konnten sie es sogar schreiben. Der „Archipel Gulag“ war namentlich bekannt. Interessant, nicht? - Ich habe meinen Fall ordentlich breitgetreten. Das war demonstrativ. Das waren viele Demonstrationstaten.

Einige Wochen nach der Entlassung suche ich die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ostberlin auf. Der Volkspolizist am Eingang dreht mir den Rücken zu und: Zack, war ich drin. - Normalerweise kommt man nicht so leicht rein. Ich lege meine fristlose Entlassung des Sägewerks und fünf Namen Mitgefangener vor - die hatten mir das erlaubt; die waren in der Bundesrepublik - unter der Maßgabe: Überprüft meinen Fall; lasst euch über meine Persönlichkeit berichten, was ich für ein Mensch bin.

In Cottbus hatte ich jemanden kennengelernt, der ein guter Freund wurde. Ich hatte Kontakt mit ihm nach Hannover, Oberricklingen. Er schrieb mir Briefe, ich schrieb zurück; es lief alles durch. Ich hatte die Gewähr: Wenn du weg bist, mache ich Lärm. Dann geht es zum Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen; es geht zur Kanzlei Neumann in Westberlin; es geht zur Behörde. Du gehst nicht verloren. - Das war meine Stärke. Ich war aufgerüstet wie an der Front - selbstbe-

wusst, selbstironisch, aber kein Hass. Ich lagerte meine Bibliothek aus und arbeitete - bzw. arbeitete nicht - beim Motorradwerk Zschopau.

Am 4. April 1982 wurde ich wieder verhaftet. Man warf mir die Vorbereitung der Flucht vor. Ich muss einflechten: Ich hatte einen Kameraden, einen Arbeitskollegen, der in den Westen wollte. Ich hatte dem das Rezept, wie er in den Westen kommt, gesagt - kurz und schmerzlos mit einer milden § 113-Fluchtsache¹⁵¹: Du setzt dich in den Zug mit einer Fahrkarte nach Reichenbach. In Reichenbach bleibst du einfach sitzen und bittest um die Weiterfahrt nach Hof. Dann wirst du festgenommen. Du bekommst maximal elf Monate Knast. Fünf Monate U-Haft, da schläfst du schön, quatscht die Leute beim Ministerium für Staatssicherheit voll. Dann bist du fünf Monate im Vollzug, da beherrscht du nicht mal mehr den Bettenbau, und dann kommst du nach dem Westen. Den Genossen des Ministeriums für Staatssicherheit kannst du sagen, dass der Lindner auch bald kommt. Mitte März kommt der Lindner.

Anfang März verhafteten sie mich. Wie gesagt, der Vorwurf war Verletzung des § 113¹⁵². Es folgten fünf Monate Vernehmung bei einem Hauptmann. Der Bursche fälschte immer die Protokolle. Der verfälschte sie, aber ich kann ihm auf die Schliche. Ich war aufmerksam beim Lesen der Zweitschriften, die dann ins Vernehmungszimmer gereicht wurden.

Am Ende dieser fünf Monate eröffnete mir der Hauptmann - Heißsporn: Lindner, das Vergehen nach § 113¹⁵³ ist abgewiesen. Sie sind jetzt beschuldigt, ein Verbrechen nach § 99 begangen zu haben. - Zwei Jahre und drei Monate waren drin. Ich war wieder in Cottbus; ich machte Hungerstreik, ich wollte die Erfahrung machen. Da erwiesen sie sich als hilflos. Sie haben mich nicht weiter belästigt in der Arrestzelle; sie setzten die Strafe aus.

Am 21. Juni 1983 kam ich nach Gießen, gesund und munter. Es gab wohl noch Nachwirkungen, monatelang Alpträume.

Ich bin am Ende meiner Ausführungen. Entschuldigung, wenn es etwas stockend war.

Vors. Abg. **Dr. Silke Lesemann** (SPD): Bei dem, was Sie uns berichtet haben, ist es absolut nachvollziehbar, dass man das auch nach vielen Jahren nicht so einfach erzählen kann.

Abg. **Volker Meyer** (CDU): Ich finde es beachtenswert, mit welcher Fassung Sie vortragen, was Sie dort erlebt haben - einschließlich der Beschreibung der Haftbedingungen, die Sie erlitten haben. Ähnliches haben wir auch in der ersten Anhörung gehört, und für uns ist es auch wichtig, das in der Gesamtheit zu sehen. Auch Ihnen ein herzliches Dankeschön!

Abg. **Hans-Dieter Haase** (SPD): Sie schreiben in dem Exposé, das uns vorliegt: „Ich habe mich sehr geärgert, dass es keine monatlichen Entschädigungszahlungen gibt.“ Könnten Sie dazu noch

151 gemeint war § 213 Strafgesetzbuch der DDR

152 siehe Fußnote 151

153 siehe Fußnote 151

ein paar Sätze sagen, zu der Zeit nach der Haft, als Sie im Westen waren und versucht haben, die Haftbedingungen zu überwinden, und zu Ihrer Kritik in Bezug auf die Entschädigungen?

Gunter Lindner: Ich hatte erwartet, dass sich die Bundesrepublik Deutschland nach der Auflösung dieser sogenannten DDR irgendwann bequemen würde, den Zuchthäuslern eine monatliche Überweisung zu machen. Da wurde ich enttäuscht. Es geht mir nicht um mich - das kann ich fünfmal wiederholen. Es geht mir um die Haftkameraden der 50er- und 60er-Jahre, die ganz Grauenhaftes erlebt haben. Cottbus später war dagegen Kindergarten oder Klapsmühle. Ich dachte, dass man das Leiden dieser Leute anerkennen oder auch finanziell würdigen müsste. Deshalb meine Unzufriedenheit.

Hartmut Büttner: Spüren Sie heute noch irgendwelche Folgen der Haft, bzw. haben Sie sie in den ersten Jahren danach gespürt?

Gunter Lindner: Die Menschen, die inhaftiert waren, haben meistens Schlafstörungen. Sie wachen auf - schrecken auf - und brüllen wahrscheinlich dreimal in der Woche im Schlaf. Über viele Jahre verliert sich das. Ich habe keine Klaustrophobie oder Hemmungen, über die Haft zu sprechen. Ich habe niemandem etwas Böses getan. Ich habe nichts Unehrenhaftes getan. Ich kann ohne Hemmungen darüber sprechen. Nein, Haftschäden gibt es bei mir nicht.

Dr. Hans-Jürgen Grasemann: Sie haben „RT“ angesprochen, den „Roten Terror“, Hubert Schulze. Sind Sie einmal Opfer eines Übergriffs durch „RT“ geworden, oder haben Sie bemerkt, dass ein Haftkamerad ihm ausgeliefert war?

Zum anderen schreiben Sie in Ihrem Bericht: „Seine schönste Zeit hat er hinter sich, denn 1980 war Zurückhaltung der Befehl an den Sadisten.“ Könnten Sie das erläutern?

Gunter Lindner: Ja, das kann ich erläutern. Die Häftlinge bewegten sich wohl - wenn auch nicht gegenüber dem RT - gegenüber dem Haftpersonal frei oder vielleicht sogar dreist. Ich habe das am Todestag von Leonid Breschnew mitbekommen. Da breitete einer im Freihof die erste Seite der Zeitung *Neues Deutschland* vor dem Wächter aus und sagte wörtlich: Euer großer Imperator ist zur Hölle gefahren. Ist er schon in der Hölle, oder ist er noch auf Fahrt? - Feixend ging er weiter; er wurde nicht belangt. Wir begrüßten uns im Regen: Prächtiger Tag! Mensch, es gibt noch feines Wetter! Die verrecken!

Sie hatten nicht mehr die Kraft bzw. die Brutalität, wie ich sie aus Berichten aus den 70er-Jahren kannte. Die Uniformierten reagierten auch zurückhaltend, wenn man sagte: Ich gehe zum Verbindungsoffizier vom Ministerium für Staatssicherheit, wenn du mich anfasst. - Der Offizier für Kontrolle und Sicherheit (OKS) des Ministeriums für Staatssicherheit, der hielt diese Menschen zurück.

Es gab ja immer eine bestimmte Anzahl von potenziellen Sadisten. Der berüchtigtste war der „Rote Terror“. Es gab aber auch noch den „Arafat“, den „besoffenen Texas“; „Onane“ war ein übler Kum-

pel, und der „Würger“ bedauerte, uns nicht auf die Schnauze hauen zu können. Er bedauerte auch die Maßnahme der DDR-Regierung, dass Häftlinge überhaupt in den Westen kommen konnten. Da wurde ihm hämisch und feixend entgegnet: Machen Sie doch eine Eingabe bei Ihrem obersten Dienstherrn! - Ich muss sagen, dass die Berichte, die ich aus anderen Gefängnissen hörte, aber auch aus Cottbus - fünf, sieben oder zehn Jahre vorher, vor 1980 -, ganz anders lauteten. Ich musste mich manchmal wundern, wie die Herren Uniformierten sich zurücknahmen.

Zu Ihrer Frage, ob ich von Übergriffen des „Roten Terrors“ gehört habe: Nein, das habe ich nicht. Ich habe mit ihm einmal eine Drei-Minuten-Sequenz erlebt. Der „Rote Terror“ ließ die Häftlinge immer früh morgens antreten und fasste denen ins Gesicht, die sich angeblich nicht gut rasiert hatten. Ich riss den Kopf zurück - ich lasse mir doch von dem Menschen nicht ins Gesicht greifen - und sage: Ordentlich rasiert, Obermeister, alles okay. - Dann bereute ich das „okay“. Er brüllte: Lindner, hier wird Russisch, die Weltsprache von morgen, oder Deutsch gesprochen. - Ich schnarrte zurück: Bleiben wir beim Deutsch, Obermeister. - Da war ich aus dem Schneider. Das war das Einzige. Harmlos, harmlos. Keine Übergriffe.

Vors. Abg. **Dr. Silke Lesemann** (SPD): Weitere Fragen an Herrn Lindner gibt es nicht. Herzlichen Dank, Herr Lindner, für Ihre Ausführungen.

Wir kommen jetzt zu Herrn Klaus-Dieter Rößler aus Steinhude.

Klaus-Dieter Rößler: Ich bin 1944 in Chemnitz in einem christlichen Elternhaus geboren und dort aufgewachsen. Bereits als Kind habe ich mich - damals sicherlich unbewusst - gegen das System gestellt, indem ich in der Schule die Mitgliedschaft bei den Jungpionieren abgelehnt habe. Später habe ich dann auch die Jugendweihe abgelehnt und habe mich confirmieren lassen. Auch in die FDJ bin ich nicht eingetreten. Damit habe ich mir wahrscheinlich einiges verbaut drüben. Denn als ich dann meinen Wunschberuf des Fernsechtechnikers erlernen wollte, was zwei Jahre länger Schule bedeutet hätte, verweigerte mir meine Klassenlehrerin den weiteren Schulbesuch mit folgender Bemerkung gegenüber meiner Mutter: Ihrem Sohn können wir keine weitere Bildung geben. Er wird ja wahrscheinlich abhauen. - Damals, im Jahre 1958, gab es ja noch keine Mauer.

Als alle Lehrstellen bereits vergeben waren, habe ich mich selbst auf den Weg gemacht und habe - vielleicht zum Glück - bei einem kleinen Handwerksmeister eine Lehrstelle als Elektroinstallateur gefunden. Er hatte dann Ärger mit mir, weil ich natürlich auch nicht in den FDGB eingetreten bin.

Nur beim ADMV war ich Mitglied - das ist so etwas wie der ADAC. Dort gab es eine Touristengruppe, der wir uns als Jugendgruppe angeschlossen haben. Dadurch ergab sich die Chance, einen Urlaubsplatz am Stausee Lipno zu bekommen. Dort vermuteten wir - wir sind da zu viert hingefahren - die Chance, die tschechische Grenze überwinden zu können, was natürlich nicht klappte. Wie sich danach herausstellte, wohnte die Stasi im Nachbarbungalow. Außerdem - wie sich nach Öffnung meiner Stasiakte herausstellte - war in der Gruppe der vier Personen, mit denen ich dort hingefahren bin, auch ein IM mit dabei. Die Aktion musste natürlich schiefgehen.

Also ging es los: Drei Wochen Knast in Budweis in der ČSSR, ein oder zwei Tage Knast in Prag, wo Häftlinge von allen möglichen Stellen eingesammelt wurden. Mit einem „Luxusbus“ - jeder hatte seinen eigenen Begleiter - ging es bis zum Grenzübergang bei, ich glaube, Bad Schandau.

Dort sind wir im größten Urlauberverkehr in eine Knastminna umgeschichtet worden. Es ging erst mal nach Dresden; dort wurden wir wieder verteilt, und ich kam nach Chemnitz in die Hohe Straße. Ein halbes Jahr U-Haft, anschließend wieder mit einer Knastminna zum Arbeitslager Hohenschönhausen - im damaligen Sprachgebrauch das sogenannte KZ X. Von dort aus konnten wir das „U-Boot“ sehen - heute eine Gedenkstätte. Rein oberflächlich betrachtet, konnte man die Haft aushalten, wenn man mal die Zählungen vergisst - morgens nach dem Aufstehen, mittags, abends vor dem Einschluss und zwischenzeitlich am Arbeitsplatz auch noch mal Zählungen. Die 13 Monate habe ich aber überstanden.

In dieser Zeit habe ich gelernt, dass es den Häftlingsfreikauf gibt. Ich habe ihn auch mit eigenen Augen miterlebt. Ein Knastkamerad wurde im August 1967 eingesammelt und ging auf Freikauf. Mit ihm gingen natürlich noch weitere, und der tolle Effekt dabei war, dass Leute eingesammelt wurden, die an bundesdeutschen Spezialgeräten arbeiteten. Dort wurden Stasifahrzeuge repariert, gewartet und neu aufgebaut. Für diese Geräte mussten erst mal wieder neue Leute geschult werden.

Ich habe dort versucht - was mir in gewisser Weise auch gelungen ist -, die Adressen von den Rechtsanwälten Vogel und Heydrich herauszuschmuggeln. Daraufhin hat mich Herr Heydrich im Knast besucht. Ich habe ihm meine Situation geschildert, aber aus dem Freikauf wurde nichts. Ich wurde im Januar nach der Verbüßung der gesamten Strafe wieder in die Ostzone entlassen.

Mein erster Weg in Berlin führte mich mit der Taxe vom Ostbahnhof zum Anwalt Heydrich, und da sagte man mir dann: Ihre Aktion wäre im November gewesen. Die ist aber geplatzt, weil die bundesdeutschen Medien zu viel Werbung gemacht haben. Bei der nächsten Aktion im Februar haben Sie Pech gehabt. Da hätten Sie sich ein oder zwei Monate mehr Knast geben lassen müssen. - Das hat der locker rübergebracht.

Ich habe dann angefangen, Ausreiseanträge zu schreiben, und zwei Jahre lang fleißig mit allen möglichen Ministerien Kontakt aufgenommen - aber ohne Erfolg. Daraufhin habe ich den Mut verloren und versucht, mich drüben wieder zu integrieren. Ich wusste dabei nicht, dass Herr Vogel weiter für mich tätig war und ein Knastkamerad in Hannover auch. Dementsprechend war das für mich natürlich eine Überraschung, als ich 1971 ganz schnell in den Westen geschickt wurde.

Zu dem Zeitpunkt hatte ich mit Hilfe von Freunden einen Schrott-Wartburg wieder aufgebaut, mit dem ich mit Genehmigung der Chemnitzer Behörden in den Westen fahren durfte. An der Grenze stellte sich allerdings heraus, dass die Chemnitzer Behörden einen Fehler gemacht hatten. Ich verbrachte die ganze Nacht an der Grenze, bis sie mich fahren ließen. Der Bundesgrenzschutz bekam eckige Augen und fragte mich, wohin ich denn will. Ich antwortete, dass ich nach Gießen will. Sie sagten: Das ist in Ordnung, fahren Sie mal hin!

Zum Glück hatte mir ein Freund, der mich im Vorfeld drüben besucht hatte, 100 DM spendiert. Die habe ich in der Seitenverkleidung meines Autos versteckt, sodass ich im Westen nicht ganz mittel-

los dastand. In Gießen bekam ich zwar 100 DM Begrüßungsgeld, aber ich hätte das Auto erst durch den TÜV schicken müssen. Der Pförtner hat mir aber einen Trick verraten, wie ich trotzdem einen Tankscheck bekommen und so nach Hannover weiterfahren konnte.

In Hannover wurde ich natürlich von verschiedenen Stellen untersucht und befragt, bis es mir mit Hilfe eines Freundes gelang, meinen vergangenen Schriftverkehr von Ostberlin in den Westen zu schmuggeln. Als ich diesen der Behörde übergeben konnte, wurde ich in der BRD aufgenommen, und ich lebte in Frieden und Freiheit.

Dann kam der große Tag, an dem die Mauer fiel. Die Stimmung war natürlich sehr euphorisch. Ich bin selbst ganz spontan nach Helmstedt gefahren, bevor die Mauer fiel. Als der Zug von der Warschauer Botschaft ankam, habe ich das Spektakel mitverfolgt.

Irgendwann war aber die anfängliche Euphorie vorbei, und der Alltag trat ein. Die Firma, für die ich zu der Zeit arbeitete, erkannte natürlich die Geschäftsmöglichkeiten im Osten. Ich musste als Kundendiensttechniker oft rüberfahren. Dann kamen langsam die Zweifel. Ich habe verstärkt meinen Kollegen gebeten, diese Fahrten zu übernehmen, weil die Bedrohungsängste wuchsen. Ich musste miterleben, wie die SED, später die PDS, heute Die Linke wieder in den Bundestag einzog. Das hat so einiges in mir bewegt - damals und heute, heute vielleicht immer stärker. Schlaflose Nächte, Alpträume, Platzangst in engen Räumen, geschlossene Fenster - all das quält mich nach wie vor.

Abg. **Almuth von Below-Neufeldt** (FDP): Vielen Dank, Herr Rößler, für Ihre Ausführungen.

Sie sind 1944 geboren, und 1971 sind Sie ausgewandert. Sie hatten Familie, Kollegen und Freunde an Ihrem Geburtsort und an dem Ort, an dem Sie später in der DDR lebten. Wie ist es, wenn man dann plötzlich an einem ganz anderen Ort lebt, in einem ganz anderen System? Zum Beispiel haben ja die Freunde oder jemand aus der Familie Geburtstag, aber man kann nie zurück. Ist das eine Belastung?

Klaus-Dieter Rößler: In meinem Fall war es so, dass die größere Belastung wahrscheinlich bei meiner Mutter lag. Als ich an einem Freitagabend in Richtung BRD losgefahren bin, ist sie noch im Auto bis zur Endhaltestelle der Straßenbahn mitgefahren; dann ist sie wieder zurück. Kurze Zeit später starb mein Vater in der DDR; ich konnte natürlich nicht zur Beerdigung gehen. Um meine Anteilnahme kundzutun, habe ich Westmark gegen Ostmark getauscht, damit ich sozusagen etwas mehr Geld schicken konnte. Damals galt: Trauerbriefe mit einem schwarzen Rand werden kaum geöffnet.

Meine Familie in der DDR hat dann 1973 dafür gesorgt, dass meine Mutter in den Westen übersiedelt, was bei mir große Ängste ausgelöst hat. Ich hatte natürlich den Gedanken im Hinterkopf, dass man einen alten Baum nicht mehr verpflanzt. Sie war damals im 70. Lebensjahr. Sie hat sich hier aber eigentlich schneller eingelebt als ich, muss ich gestehen. Sie hat die „alte Welt“ - vor dem kommunistischen Staat - wiedererkannt und sich sehr wohlfühlt.

In der damaligen Zeit war ich mutig, vielleicht sogar leichtsinnig. Als die Ausreise akut wurde, schrieb ich meine Behörde an, ob ich meine Mutter mit dem Pkw abholen darf - zu der Zeit war die

Pkw-Einreise noch genehmigungspflichtig. Und das durfte ich. Mein Freund aus Hannover hat sich nicht getraut, aber seine Frau ist mit mir mitgefahren, weil sie einen teuren Pelzmantel von drüben rüberholen wollte. Meine Mutter musste den auf der Fahrt anziehen.

Als wir im Januar 1973 über den Grenzübergang Helmstedt zurückfahren - erster Neuschnee, keine Menschenseele am Grenzübergang -, war ich mutig. Es kam einer und wollte erst mal die Papiere sehen. Ich weiß nicht mehr genau, wie ich mich geäußert habe, so ungefähr: Ich möchte jetzt mal wieder nach Hause fahren. - Wenn ein Rentner ausreist, gibt es Sterbepapiere. Ich habe die unwichtigsten zuerstübergereicht, und irgendwann hat er wohl die Nase voll gehabt und uns fahren lassen. Beim Bundesgrenzschutz war es etwas schwieriger. Da wurde für meine Mutter erst mal ein Protokoll erstellt.

Zu meinen Freunden in der DDR hatte ich natürlich noch Kontakt, besonders zu einem, der ein Telefon hatte. Ich durfte Ostern 1974 oder 1975 noch einmal zu Besuch einreisen. Ganz normal. Da war natürlich Highlife in allen Gassen. Es ging wieder zum alten Stammtisch mit den Freunden zusammen - alles sehr schön und gut.

1977 wollte ich mit meiner Mutter zusammen bei meiner Schwester in der DDR Sylvester feiern. Am Grenzübergang Teistungen hieß es dann: Ihre Mutter kann weiterfahren, aber Ihr Besuch ist nicht erwünscht. Obwohl ich Einreisepapiere hatte, wurde ich wieder zurückgeleitet. Beim Bundesgrenzschutz sagte ich fröhlich: Prost Neujahr! - Ich war eigentlich ganz froh, wieder zurück zu sein. Dasselbe ist mir noch einmal in Helmstedt passiert, als mich meine Schwester zu ihrer Silberhochzeit eingeladen hatte. Auch da musste ich wieder zurückfahren. Dann gab es nichts mehr. Meine Mutter wurde älter. Sie musste ins Pflegeheim. Ich lud meine Schwester jedes Jahr zu ihrem Geburtstag ein. Nichts! Ich bat dann den Heimleiter, dass er sie mal einlädt und mich total außen vor lässt. Das war 1986. Als ich dann auf dem Bahnhof stand, stand meine Nichte mit dabei.

(Der Zeuge ringt um Fassung)

Das war der letzte Geburtstag meiner Mutter.

Letztes Jahr haben wir uns noch einmal aufgerafft und sind nach Chemnitz zu Besuch gefahren. Wir haben uns dort mit unseren alten Freunden am Stammtisch getroffen. Das war sehr schön. Wir hatten uns viel zu erzählen. Allerdings haben wir auch den Eindruck gewonnen, dass hier nichts zusammengewachsen ist, sondern eher etwas auseinandergebrochen ist. Man lebt dort in einer anderen Welt als hier. Das ist unser Eindruck. Trotzdem werden die Kontakte natürlich gepflegt.

Vors. Abg. **Dr. Silke Lesemann** (SPD): Vielen Dank, Herr Rößler, für Ihren Beitrag. Das müssen wir auch erst einmal sacken lassen.

Filmbeitrag des NDR über den Fall Vera Wilhelm

Die Kommission sah einen Filmbeitrag des NDR über den Fall Vera Wilhelm aus Hannover.

Kurzzusammenfassung:

Vera Wilhelm konnte aus politischen Gründen in der DDR nicht den Beruf ausüben, den sie ausüben wollte: Grundschullehrerin.

1961 beginnt sie mit der Ausbildung zur Grundschullehrerin. Als sie es ablehnt, der FDJ beizutreten, wird ihr verboten, ihre Ausbildung fortzusetzen. Sie wird daraufhin Laborhilfe, Laborantin und schließlich medizinisch-technische Assistentin. Nach der Wiedervereinigung arbeitet sie an der Medizinischen Hochschule Hannover.

Als sie in Rente geht, beantragt sie die gesetzlich vorgesehene Rehabilitierung als Lehrerin, um die Rente einer Lehrerin und nicht nur einer Laborantin zu bekommen. Die Differenz beträgt ca. 250 Euro. Diesen Ausgleich erhält sie jedoch nicht; denn die gesetzliche Rente wird durch eine Betriebsrente bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder aufgefüllt. Durch die Rehabilitierung bekommt Frau Wilhelm tatsächlich die gesetzliche Rente einer Lehrerin; die VBL füllt aber nur auf die Gesamtrente einer Laborantin auf. So wird die Rehabilitierung faktisch zurückgenommen.

Abgeordnete des Deutschen Bundestages, mit denen Frau Wilhelm wegen dieser Problematik in Kontakt stand, haben ihr zwar zugestimmt, dass der Gesetzgeber bei dieser Regelung nicht genug nachgedacht hätte, aber geändert hat sich nichts.

Erläuterungen zum Grundsatzproblem durch Herrn Gernot Preuß

Vors. Abg. **Dr. Silke Lesemann** (SPD): Ich begrüße bei dieser Gelegenheit Frau Wilhelm, die unter uns ist und im Zuschauerbereich sitzt.

Herr Preuß, Rechtsanwalt im Ruhestand, wird uns nun das Grundsatzproblem erläutern.

Gernot Preuß: Einleitend möchte ich Folgendes sagen: Frau Wilhelm hat mich schon vor einiger Zeit eingeschaltet. Sie hat wirklich viel erlitten und wird zum Teil heute noch fertiggemacht, wenn sie ihr Problem darstellt - das übersteigt menschliche Kräfte. Deswegen war es sicherlich sinnvoll, dass sie mich eingeschaltet hat, und deshalb spreche ich auch heute hier für sie.

Die Rechtslage bietet für den Fall von Frau Wilhelm tatsächlich keine Lösung. Ich habe auch geglaubt, dass man in einem vernünftigen Gespräch mit der VBL zu einem Ergebnis kommen könnte, z. B. indem die Satzung dort korrigiert wird. Aber obwohl das von keinerlei Bedeutung für die Deutsche Rentenversicherung ist, war man dazu nicht bereit. Stattdessen wurde sogar gesagt: Wenn wir jemandem entgegen der Rechtslage Geld geben, könnte man uns im Grunde genommen juristisch an den Karren fahren.

Frau Wilhelm hat dann versucht, ein Rechtsverfahren auf den Weg zu bringen und zu klagen. Der Anwalt, den sie sich genommen hat, ist zu dem Ergebnis gekommen - das ist wahrscheinlich auch nicht zu korrigieren -, dass nach der geltenden Rechtslage Frau Wilhelm durch die Roste fällt und die VBL zu Recht eine Anrechnung ablehnt.

Das ist im Grunde irre; denn in vielerlei Hinsicht wird gesagt, dass diese Opferentschädigung ein Ausgleich sein soll, der eben nicht an juristische Kategorien sonstiger Art gebunden sein soll.

Frau Wilhelm hätte versuchen können - diesen Weg hat sie auch zunächst beschritten -, zum Bundesverfassungsgericht zu gehen und bei einer entsprechend günstigen Beurteilung politisch weiter

vorzugehen. Aber auch das wäre ein sehr langer Weg gewesen, und Frau Wilhelm wäre auch materiell nicht in der Lage gewesen, das durchzustehen. Und dann wäre auch immer die Unsicherheit gewesen, was das Bundesverfassungsgericht sagt. Auch wenn es in ihrem Sinne geurteilt hätte - sie hätte das Gesetz ja nicht korrigieren können.

Eigentlich sind wir jetzt an dem Punkt, an dem die dafür zuständigen Stellen, nämlich der Bundesgesetzgeber, das korrigieren könnte. Als Jurist kann ich sagen: Es ist unverständlich, dass in diesem Fall das, was mit den Opferentschädigungszahlungen eigentlich erreicht werden sollte - man könnte das ja auch im Rahmen eines anderen Gesetzes mit regeln -, gescheitert ist.

Meine Bitte bzw. Anregung in diesem Zusammenhang ist, dass diese Kommission, nachdem sie sich mit den Ergebnissen der Anhörung befasst hat, vielleicht über den Bundesrat eine Initiative ergreift, um dieses Thema aufzugreifen.

Denn eigentlich sagt jeder, den Frau Wilhelm angeschrieben hat, dass das nicht in Ordnung ist, was hier geschehen ist. Keiner sagt, dass Frau Wilhelm diesen Ausgleich nicht erhalten soll. Alle bedauern immer wieder nur, dass die Rechtslage so ist, wie sie ist. Und es wird immer wieder gesagt, dass es nicht der Wille des Gesetzgebers war, Frau Wilhelm diese 250 Euro vorzuenthalten. Frau Wilhelm wäre wirklich darauf angewiesen, dass der Gesetzgeber anerkennt, dass an dieser Stelle etwas schiefgegangen ist, und das korrigiert.

Silke Stokar von Neuforn: Ich habe eine Frage und eine Anregung.

Ich selbst bin keine Juristin, habe mich aber im Rahmen meiner eigenen Tätigkeit im Bundestag intensiv mit dieser Rechtsfrage auseinandergesetzt. Meine Information ist - das war die Auskunft sowohl vom Innenministerium als auch vom Sozialministerium -, dass der Rechtsrahmen mit Blick auf die Renten auf der Bundesebene einerseits durch den Einigungsvertrag und andererseits durch Urteile des Bundesverfassungsgerichts sehr eng gesetzt ist.

Vor diesem Hintergrund ist es meiner Auffassung nach nicht sinnvoll, den Weg über eine Bundesratsinitiative eines Landes zu gehen; denn dann würde sicherlich auf diesen engen Rechtsrahmen verwiesen.

Ich würde deshalb vorschlagen, den viel einfacheren Weg zu gehen und über einen Bundestagsabgeordneten ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages in Auftrag zu geben. Dann hat - juristisch fundiert - die Rechtssicherheit, die man braucht, bevor eine Gesetzesänderung auf den Weg gebracht wird.

Ich halte es auch für unzumutbar, dass Einzelpersonen mit Klagen bis zum Bundesverfassungsgericht gehen. Sie würden diese Klage voraussichtlich auch verlieren; denn es gibt schon einschlägige Urteile des Bundesverfassungsgerichts in diesem Zusammenhang.

Gernot Preuß: Mit dem, was ich jetzt sage, meine ich ausdrücklich nicht Sie. Aber ich bin kurz davor, zu explodieren. Wir kennen das auch aus anderen Bereichen. Die Regelungen, die damals zur Wiedervereinigung getroffen wurden, wurden in einem sehr komplexen Feld getroffen. Es war nicht der politische Wille - und ich selbst bin auch durch die Roste gefallen; ich bekomme auch

keine Opferrente -, Frau Wilhelm oder anderen Menschen Leistungen zu entziehen, sondern man hat dieses Problem einfach nicht gesehen. Wenn man Frau Wilhelm einen Schaden zufügen will, dann sollte man ihr raten, sich ein Rechtsgutachten, wie Sie es erwähnt haben, erstellen zu lassen. Diese Argumentation hat Frau Wilhelm x-fach um die Ohren gehauen bekommen.

Es ist doch grotesk: Wir leben in einem Rechtsstaat mit einem Parlament, das frei ist, Regelungen zu treffen. Jetzt zu sagen, weil in der damaligen Zeit irgendetwas schiefgelaufen ist, könnte der heutige Gesetzgeber keine juristische Korrektur vornehmen - - -

Silke Stokar von Neuforn: Das sagt das Bundesverfassungsgericht. Ich habe mich mit Herrn Schäuble persönlich darüber unterhalten, der für den Zwei-plus-Vier-Vertrag verantwortlich war. Schäuble hat mir gesagt, was nach dem Vertrag möglich ist und was nicht. Das ist ein schwieriges Problem. Mir tun auch die einzelnen Abgeordneten in ihrer Hilflosigkeit leid. Ich glaube, man muss an den Kern des Problems gehen und schauen, welche Handlungsoptionen der Zwei-plus-Vier-Vertrag und die Urteile des Bundesverfassungsgerichts ermöglichen. Und gerade Abgeordnete müssen sich an internationale Verträge und Recht und Gesetz halten.

Gernot Preuß: Dazu sage ich Ihnen: Als Anwalt habe ich mein Leben lang auch deshalb Geld verdient, weil Juristen immer unterschiedlicher Meinung sind. Es gibt ja den Spruch: Zwei Juristen, drei Meinungen.

Frau Wilhelm auf diese Schiene zu schieben, macht keinen Sinn. Dann sollte sie es lieber gleich lassen; denn das kostet nur Kraft und Nerven.

Der deutsche Gesetzgeber könnte das Ganze regeln. Die sogenannte Opferrente wurde beschlossen. Kein Mensch ist auf die Idee gekommen, zu sagen, dass es keine Opferrente geben kann, weil es diese Verträge von damals gibt. Wenn der Gesetzgeber sagen würde - dass er das nicht tut, beanstanden wir, die Opfer, generell -, dass allen Opfern, einkommensunabhängig, vorprüfungsunabhängig, bei gegebenen Voraussetzungen eine Entschädigung gegeben wird, dann könnte man das so regeln. Dass man sagt, der Gesetzgeber könne das nicht, kann ich nicht verstehen.

Hartmut Büttner: Es geht an der Stelle weder um den Zwei-plus-Vier-Vertrag noch um den Einigungsvertrag.

Wir als Gesetzgeber haben 1992/1993, als diese drei SED-Unrechtsbereinigungsgesetze verabschiedet worden sind, den absoluten Willen erklärt, dass die Leistungen, die damit verbunden sind, nicht auf andere Leistungen angerechnet werden sollen. Das ist sonnenklar, sowohl im Strafrechtlichen als auch im Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz. Nur im Beruflichen Rehabilitierungsgesetz gibt es Hintertürchen, die interpretierbar sind. Ein wissenschaftliches Gutachten würde nur den Sachstand darstellen. Es ist bereits alles Mögliche versucht worden; wahrscheinlich kann nur noch eine kleine Gesetzesänderung helfen.

Abg. **Almuth von Below-Neufeldt** (FDP): Nach meinem Dafürhalten ist die gesetzliche Lage klar. Damals wurde seitens der Politik bekundet, dass Menschen wie Frau Wilhelm geholfen werden soll. Das war die Zielrichtung. Wenn das in Einzelfällen nicht möglich ist, sehe ich eigentlich nur den Weg, eine Initiative aus Niedersachsen zu starten - in Kooperation mit Bundestagsabgeordneten, möglicherweise aus allen Parteien -, um einen Hilfsfonds für genau diese Einzelfälle einzurichten. Können Sie sich vorstellen, Herr Preuß, dass das Erfolg hätte?

Gernot Preuß: Das wäre sicherlich eine Möglichkeit. Aber wenn wir jetzt sehen, dass einer der anderen Fonds notleidend wird und keine Leistungen mehr erbringen kann, dann hört man doch schon jetzt die Finanzpolitiker sagen: Wir haben ja so große Lasten zu tragen usw.

Ich bleibe dabei: Man wollte, dass die Betroffenen eine Leistung erhalten. Und es käme doch auch niemand auf die Idee, jemandem, der eine private Altersvorsorge hat, z. B. eine betriebliche, durch Anrechnung Geld vorzuenthalten. Das wäre doch geradezu grotesk.

Ein Fonds wäre eine Notlösung, aber dann müsste dafür auch immer Geld vorhanden sein. Allerdings ist es, glaube ich, kaum eine Handvoll Betroffene, die in der gleichen Situation sind wie Frau Wilhelm. Für diese Personen einen Fonds einzurichten, wäre wahrscheinlich auch grotesk. Ich meine, jetzt ist ein Handeln des Gesetzgebers erforderlich.

Silke Stokar von Neuforn: Sollte es tatsächlich so einfach möglich sein - meine Informationen sind allerdings andere -, durch eine Gesetzesänderung auf Bundesebene eine Verbesserung zu erreichen, dann sollten alle Parteien zusammen an einem Strang ziehen, um das zu erreichen. Meine bisherige Erfahrung war, dass die CDU-Bundestagsfraktion nie bereit gewesen ist, mehrheitlich einer Gesetzesänderung zuzustimmen. Und für die Unrechtsbereinigungsgesetze ist der Bund zuständig. Niedersachsen kann nicht als eins von 16 Bundesländern einen Fonds zur Ergänzung eines unzureichenden Bundesfonds auflegen. Haushaltspolitiker würden sagen, dass man nicht Landesmittel für eine Bundesaufgabe einsetzen kann, für die es noch nicht einmal eine rechtliche Grundlage gibt.

Abg. **Maximilian Schmidt** (SPD): Die grundsätzliche Problematik kenne ich aus meiner Familie. Meine Großeltern sind enteignet worden; wir hatten in den 90er-Jahren umfängliche Restitutionsfragen zu klären, die bis heute nicht auskömmlich geklärt worden sind. Das führte dazu, dass meine Großmutter ihr Elternhaus in der Nähe von Meißen gar nicht mehr besuchen will bzw. kann. Eine Stasivergangenheit zieht in Familien zum Teil sehr tiefe Gräben; ich z. B. habe erst jetzt Akteneinsicht beantragt, nachdem die Betroffenen gestorben sind. Auch für nachgeborene Generationen ist das also eine bewegende Frage.

Zum Thema der Rechtsansprüche, über die wir jetzt diskutieren: Ich meine, wenn man von einem Rechtsanspruch ausgeht, sollte man nicht bei einem Almosenanspruch landen. Die Frage, um die es hier geht, ist keine der Billigkeit, sondern das ist etwas, was dem Gerechtigkeitsempfinden grundsätzlich widerspricht. Das ist insofern eine Regelungslücke, die zu schließen ist.

Nun befinden wir uns hier aber in einer Enquetekommission des Niedersächsischen Landtags. Wir sind keine aktiven Abgeordneten des Deutschen Bundestages, und wir erledigen auch nicht die Aufgaben des Bundesgesetzgebers.

Sicherlich können wir in unseren abschließenden Bericht den Hinweis aufnehmen, dass solche Regelungslücken bestehen. Aber letztlich sind das alles Regelungslücken auf Bundesebene. Das Land Niedersachsen kann und darf diese nicht einseitig schließen. Denn im Föderalismus hat jede staatliche Ebene seine Verantwortung. Und diese Frage liegt in der Verantwortung des Bundes. Allerdings ist es nur recht und billig, dass die Länder ihn an diese Verantwortung erinnern. Und wenn es um die Frage der Schuld geht: Schuld ist im Zweifel der Gesetzgeber insgesamt.

Abg. **Almuth von Below-Neufeldt** (FDP): In der Tat sehe auch ich es als wenig erfolgversprechend an, zu versuchen, die Rechtsgrundlagen zu ändern.

Der Vorschlag von Herrn Schmidt, diesen Missstand mit in den Bericht der Enquetekommission aufzunehmen, ist mir aber, ehrlich gesagt, auch zu wenig. Ich würde es begrüßen, wenn wir uns als Enquetekommission dafür stark machen könnten, dass Frau Wilhelm eine anders bemessene Rente erhält. Möglicherweise können wir uns hier auf einen gemeinsamen Weg einigen.

Ich würde vorschlagen, dass wir als Kommission den Gesetzgebungs- und Beratungsdienst bitten, einen gangbaren Weg aufzuzeigen, um das erklärte Ziel - in diesem Einzelfall die Aufstockung der Rente von Frau Wilhelm - zu erreichen.

Mein Petitum ist weiterhin, einen entsprechenden Fonds einzurichten. Das ist auch nicht im Sinne eines Almosens zu verstehen, sondern das wäre eine Möglichkeit, eine gesetzlich nicht beabsichtigte Lücke auf pragmatischem Wege zu schließen. Ich finde, wir sollten hier Pragmatismus an den Tag legen und die Sache nicht auf die lange Bank schieben.

(Zustimmung aus dem Publikum)

Vors. Abg. **Dr. Silke Lesemann** (SPD): Wir werden ja nicht heute darüber befinden, was genau wir in den Abschlussbericht aufnehmen. Heute finden zunächst einmal die Anhörung und die Aussprache dazu statt. Aber das ist sicherlich ein wichtiger Punkt, über den wir an anderer Stelle noch weiter diskutieren werden.

An dieser Stelle möchte ich auch darauf hinweisen, dass Beifalls- oder Missfallensbekundungen aus dem Publikum nicht den parlamentarischen Gepflogenheiten entsprechen.

Hartmut Büttner: In der Tat: Niedersachsen kann natürlich nicht für das Verantwortung übernehmen, was auf Bundesebene nicht geregelt worden ist. Wir sollten in Ruhe darüber diskutieren, welchen Weg man einschlagen sollte und ob z. B. die Einrichtung eines Härtefallfonds für Einzelfälle wie Frau Wilhelm auf Bundesebene ein sinnvoller Weg ist. Wahrscheinlich wird aber nur eine kleine Gesetzesänderung helfen.

Abg. **Volker Meyer** (CDU): Auch ich muss sagen, dass mir das, was Herr Schmidt hier vorgeschlagen hat, zu wenig ist. Ich glaube allerdings auch nicht, dass ein solcher Fonds die Lösung für das Problem ist. Wir müssen uns Gedanken darüber machen, welche Initiativen wir hier ergreifen können und ob die Bundesregelung zugunsten solcher Einzelfälle wie dem von Frau Wilhelm geändert werden kann. Das muss unser Ziel sein.

Abg. **Maximilian Schmidt** (SPD): Grundsätzlich halte ich es systematisch für schwierig, als Land Niedersachsen für Rechtsverpflichtungen des Bundes einseitig einzutreten. Das wäre in diesem Fall tatsächlich eine freiwillige Almosenleistung nur seitens Niedersachsens. Damit würde man Unrecht beseitigen, das der Bundesgesetzgeber seinerzeit erzeugt hat. Das wäre eine sonderbare Konstruktion.

Der richtige Weg, um das Problem zu lösen, ist, auf der Bundesebene eine günstigere Lösung herbeizuführen. Wir als Enquetekommission können das im Abschlussbericht, der mit Forderungen versehen sein kann, adressieren. Darüber hinaus bleibt es natürlich den Fraktionen unbenommen, politisch aktiv zu werden.

Wir haben klare Leitplanken, innerhalb derer wir arbeiten können. Dies sollten wir nutzen. Wir machen als Niedersächsischer Landtag mit dieser Enquetekommission wirklich etwas Besonderes. Wir räumen diesem Thema viel Zeit und Raum ein. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass der Bericht dieser Enquetekommission nicht in der Schublade landet, sondern so viel Durchschlagskraft erhält, dass politisch etwas umgesetzt wird. Am Ende muss ein Maßnahmenpaket stehen, in dem Erkenntnis und politischer Wille dieser Enquetekommission insgesamt formuliert ist.

Vors. Abg. **Dr. Silke Lesemann** (SPD): Weitere Wortmeldungen zu diesem Thema sehe ich nicht. Wir kommen nun zu dem Bericht von Herrn Volker Hilgert.

Volker Hilgert: Guten Tag, sehr geehrte Damen und Herren! Vorab eine kurze Bemerkung zur eben geführten Diskussion. Die Rente von Frau Wilhelm setzt sich aus zwei Teilen zusammen. Ein Teil ist die Rente aus dem Osten - da wurde sie rehabilitiert. Ein anderer Teil kommt aus dem Westen. Einen Teil davon hat sie selber in die VBL eingezahlt. Und plötzlich sagt jemand, sie hätte nicht eingezahlt und bekommt jetzt weniger heraus. Das verstehe ich nicht.

Meine Erfahrungen sind zum Glück ganz anders als die der bisherigen Vortragenden.

Meine Lebensplanung in der DDR war von meiner Mutter so vorgegeben: Du lernst gut, machst das Abitur, und nach dem Studium gehst du in den Westen. Das Letzte ging nicht mehr, weil am 13. August 1961 die Mauer gebaut wurde.

Anfang Februar 1984 sagte die Direktorin von der Schule unserer Tochter, dass ihr die Aufnahme in die Erweiterte Oberschule verweigert wird. Da haben wir gesagt: Danke, Genossen, das war das Letzte. In diesem Land können wir nicht bleiben.

Wir haben dann einen Ausreiseantrag bzw. einen Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR vorbereitet. Diesen Antrag habe ich an dem Tag abgegeben, an dem meine Frau ihre Diplomurkunde vom Fernstudium erhielt.

Was ist uns daraufhin passiert?

Ich wurde als Leiter der Programmierung vom robotron Vertrieb Berlin abgesetzt. Meine Frau erhielt nicht die nach Abschluss ihres Fernstudiums zugesagte Position und somit nicht die zugehörige Gehaltseinstufung. Davon waren wir nicht überrascht worden. Mit diesen Maßnahmen haben wir gerechnet. Uns wurde vom Ministerium für innerdeutsche Beziehungen gesagt, was passieren könnte.

Man gab sich auch Mühe, uns dazu zu bewegen, den Antrag zurückzunehmen. Meiner Frau wurde angeboten, wir könnten uns eine Wohnung im Nikolaiviertel - das ist beim Roten Rathaus - aussuchen, wenn wir den Antrag zurücknehmen. Die Außenanlagen des Nikolaiviertels hatte sie schon als Fernstudentin entworfen und projektiert.

Wir haben den Antrag nicht zurückgenommen. Wir haben diese Gespräche in der Abteilung Inneres geführt. Aber ich kann nicht sagen, dass mir irgendetwas passiert ist.

Nach knapp vier Jahren erhielten wir dann die Ausbürgerungsurkunde. Die Entlassung aus der DDR-Staatsbürgerschaft erfolgte am 25. Mai 1988 mit der Übergabe der Entlassungsurkunde. Uns wurde gesagt: Und nun sind Sie staatenlos. - Das wollten wir doch. Denn wir wussten genau: Wenn wir bundesdeutsches Gebiet erreichen, erhalten wir unsere alte Staatsangehörigkeit zurück. Dann passierte noch ein ganz wichtiger Verwaltungsvorgang. Bevor man diese Urkunde erhielt, musste man eine Verzichtserklärung unterschreiben. Man musste unterschreiben, dass man keine Forderungen mehr an die DDR hat - auch keine Rentenforderungen. Auch das war uns bekannt.

Wir sind am 25. Mai in Hannover angekommen. Eigentlich wollten wir in Berlin bleiben, weil uns meine Cousine in Berlin (West) die Nutzung ihrer Wohnung angeboten hatte. Am 29. Mai sind wir nach Berlin zurückgefliegen, und dort wurde das Bundesaufnahmeverfahren durchgeführt. In Berlin wollten wir aber dann nicht bleiben. Wir hätten ja immer durch die DDR durchfahren müssen; das hat uns nicht gefallen.

Am 1. Oktober 1988 sind wir von Berlin nach Hannover gezogen. Meine Frau begann am 1. November ihre Tätigkeit als Landschaftsarchitektin bei der Kreissiedlungsgesellschaft Hannover. Ich begann meine am 1. Dezember 1988 als Organisationsprogrammierer bei der Kali-Chemie AG. Wir können sagen: Es lief alles hervorragend. Keine Drangsalierungen. Es hat alles sofort geklappt.

Warum also engagiere ich mich eigentlich noch?

Ich engagiere mich genau für die Fälle, die wir gehört haben, für die Personen, die nach dem Mauerfall drangsaliert wurden. Sie müssen sich plötzlich wieder rehabilitieren. Sie müssen bei Personen auftauchen, die sie früher erniedrigt haben.

Es gibt noch einen zweiten Grund. Ich hatte Ihnen gesagt, dass wir eine Verzichtserklärung unterschreiben mussten. Die Rentenforderungen wurden durch das Fremdretenrecht neu erstellt. Man wurde so gestellt, als hätte man sein Arbeitsleben bereits in der Bundesrepublik verbracht. Plötz-

lich wurde das geändert. Das wurde aber nicht bekannt gegeben. Man findet dazu auch nichts. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat versucht, herauszufinden, wie das eigentlich war. Wenn man 300 000 Menschen die Rentenanwartschaften nimmt, dann muss es dazu einen Vorgang geben; das muss doch im Bundestag beraten worden sein.

Der Wissenschaftliche Dienst hat festgestellt, dass es keine Unterlagen im Archiv des Bundestags dazu gibt -- auch nicht im Bundesrat.

Die Begründung war: Mit dem Rentenüberleitungsgesetz (RÜG) wurden alle Rentenanwartschaften im Osten neu bewertet. -- Das ist aber gar nicht möglich, die hatten keine mehr. Also müsste es einen Vorgang geben, mit dem die Anwartschaften, die man bekommen hat, zurückgegeben werden. Man bekommt die von der DDR aberkannt wieder zurück, und die können überführt werden. -- So etwas gibt es aber nicht.

Auf die Begründung anhand von Gesetzen verzichte ich. Eine ausführliche Erläuterung liegt der Niedersächsischen Staatskanzlei im Referat 105 bei Herrn Lutz Manske vor.

Ich möchte Ihnen lieber darlegen, wie die ungesetzliche Aberkennung der Rentenanwartschaften wirkt. Ich bringe Ihnen dazu echte Beispiele aus dem realen Leben - ich könnte auch die entsprechenden Namen nennen.

Ein Diplomingenieur wurde 1984 aus der DDR-Staatsbürgerschaft entlassen. Dem im Notaufnahmelager erhaltenen Hinweis folgend, ließ er eine Kontenklärung bei der Rentenversicherung durchführen. Bis auf die letzten sechs Arbeitsjahre waren seine Zeiten 1984 geklärt; 1990 waren dann auch die restlichen DDR-Arbeitszeiten beidseitig verbindlich festgelegt worden.

Zur Vereinfachung betrachte ich nur das Jahr 1983. Für 1983 erhielt er nach FRG 1,6 Entgeltpunkte; die Ehefrau war 1983 nicht berufstätig.

Die Ehe wird 1993 geschieden. Die Wertung von Rentenanwartschaften als persönliches Eigentum ist auch dadurch bestimmt, dass im Falle der Scheidung 1993 die Rentenanwartschaften wegen des Versorgungsausgleichs geteilt werden. Im Scheidungsurteil erhielten beide für 1983 je 0,8 Entgeltpunkte. Der Mann geht 2003 in Rente. Da inzwischen das Rentnerprivileg auch verfallen ist, müssen die 0,8 Rentenpunkte schon jetzt abgeführt werden. Er bekommt diese Rente nicht, weil er nicht in der Freiwilligen Zusatzrentenversicherung (FZR) war. Für 1983 werden ihm nur noch 0,69 Entgeltpunkte durch die Einbeziehung in das RÜG angerechnet. Da das sogenannte Rentnerprivileg weggefallen ist, muss er schon jetzt den Teil für seine Ehemalige an den Rentenversicherer abführen: 0,69 minus 0,8 sind minus 0,11. Er muss also den Gegenwert von 0,11 Entgeltpunkten an den Rentenversicherer zahlen.

Anzunehmen ist, dass die Algorithmen dies verhindern. Werden ihm aber 1983 null Entgeltpunkte angerechnet? Oder ist es wirklich ein Minuswert in dem Jahr? Durch die Addition der vielen anderen Jahre fällt es vielleicht gar nicht auf.

2006 beantragt auch seine ehemalige Ehefrau ihre Rente. Und sie erhält für das Jahr 1983 den Zahlbetrag aus Entgeltpunkten mal Rentenwert von 2006 ohne eigene Beitragszahlung.

Als ich das Beispiel gegenüber einem Abgeordneten gebracht habe, meinte er: Oh, da müssen wir jetzt alle Scheidungsurteile ändern. - Ich habe gesagt: Sie können doch nicht einfach Urteile im Namen des Volkes ändern.

Es war auch gar nicht bekannt, wie viele Personen das betrifft. Man hat sich nie darüber Gedanken gemacht; es ist keinem Abgeordneten bei der Rentenüberleitung eingefallen, dass das auch Personen betrifft, die schon seit Jahren oder Jahrzehnten im Westen leben.

Das Problem ist eigentlich: Personen, die vorhatten, ihren Ruhestand nicht im Osten zu verbringen, haben nicht in die Freiwillige Zusätzliche Rentenversicherung der DDR eingezahlt. Denn die DDR hat die Rente generell nur im Osten ausgezahlt. Und im Westen war festgelegt, dass nur Grundsicherungen bewertet werden. Die Freiwillige Rentenversicherung der DDR und die freiwillige Versicherung der Prager Versicherungsanstalt wurden nicht angerechnet. Das ist das Problem. Diese freiwillige Rente wurde nämlich zu einer Pflichtrente gemacht. Und wer die nicht hat, bekommt eben nur die 0,69 Entgeltpunkte. Das ist die niedrigste Stufe. Im Fremdrentenrecht wurden dagegen die Ausbildung und die Position, die man hatte, angerechnet.

Ein anderes konkretes Beispiel. Ein Schulfreund von mir ist Entwicklungsingenieur und war am 30. Juni 1990 noch als Konstrukteur beim Lkw-Hersteller in Ludwigfelde beschäftigt.

Er war auch kein Mitglied der FZR. Anfang 1991 erfolgte die Rückübertragung des Werkes, der ehemaligen Daimler-Benz Motoren GmbH Genshagen, an die Daimler Benz AG. Mit der Verlagerung seines Arbeitsplatzes Mitte 1991 nach Untertürkheim war er einverstanden und wurde nach einer Probezeit von der Daimler AG übernommen. Er hat sich gut bewährt.

Er hat dort eine Wohnung gesucht und ist umgezogen. In die FZR wollte er erst mit 45 Jahren eintreten. Ab dem 1. Januar 2012 ist er im Ruhestand. Da er am 30. Juni 1990 als Ingenieur in einem produzierenden volkseigenen Betrieb angestellt war, erhält er für seine DDR-Erwerbsjahre eine Altersversorgung der technischen Intelligenz (AV-techInt). Die war aber auch beitragsfrei. Er musste nicht selber bezahlen. Das ist generell so. Er bekommt Betriebsrente von Daimler Benz und die gesetzliche Rente.

Jetzt ein anderes Beispiel - das ist leider fiktiv, ich kenne den Namen nicht. Ein Kollege aus seiner Abteilung nutzte seinen Ungarnaufenthalt im August 1989 zur Flucht in die Bundesrepublik. Er hatte das große Glück, ab November 1989 eine Anstellung bei der Daimler Benz AG zu finden. Er wollte aber auch erst mit 45 Jahren in die FZR eintreten.

Als er 2012 in Rente ging, bekam er aber nur für seine DDR-Erwerbsjahre etwa 0,69 Entgeltpunkte pro Jahr, eingestuft wie eine ungelernte Hilfskraft.

Derjenige, der alles aufgegeben hat, steht also anschließend viel schlechter da, weil sich die Leute nicht mehr an die Gesetze gehalten haben, so wie sie einmal waren.

Dass man als DDR-Flüchtling einen Neuanfang machen musste, war jedem klar. Dem Unrechtsstaat DDR zu entfliehen, war eine freie Entscheidung. Nicht voraussehbar war, dass der Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland sein Versprechen nicht einhält, sich nicht mehr an Recht, Gesetz und Anstand gebunden fühlt.

Für uns, die bereits vor dem Mauerfall ihre deutsche Staatsangehörigkeit zurückerhalten haben, bestand kein Grund für eine erneute Bewertung unserer Versicherungszeiten. Für uns war alles bestens geklärt. Alle Personen waren rehabilitiert; sie mussten sich nicht nachträglich rehabilitieren lassen. Sie kamen nun aber zu denselben Leuten, die sie früher rausgeschmissen und tyrannisiert haben. Die haben sie anschließend wieder rehabilitiert. Und meistens kam nichts dabei raus. Der Fall von Frau Wilhelm ist deshalb ein seltener Fall, weil sich aufgrund der Rehabilitierung finanziell etwas ergeben hat - auch wenn sich insgesamt nichts ergeben hat.

Ein anderer Schulfreund von mir war Justiziar. Er hat ein Fernstudium an der Humboldt Universität gemacht, dann hat er einen Antrag gestellt und ist rausgeflogen. Er hat auch seine Arbeitsstelle verloren. Das war vor 1984. Diese Leute haben dann kaum wieder eine Arbeitsstelle gefunden. Er hat sich dann rehabilitieren lassen und eine Anstellung auf dem Bau gefunden. Er hat Steine geschleppt. Das war im Osten eine Hilfstätigkeit, die gut bezahlt war. Da haben die ihm gesagt, er hätte ja mehr als 600 Ostmark verdient, er hätte ja in die FZR eintreten können. Aber die FZR war eine Versicherung, die nie für ihn einspringen würde. Das wäre genauso, als ob man eine Lawnenversicherung auf Sylt abschließen würde.

Ich wollte mit diesen Beispielen demonstrieren, was passiert, wenn die Regelungen eines Gesetzes nicht mehr eingehalten werden.

Es gibt ja in diesem Zusammenhang eine Verfassungsbeschwerde, die schon über drei Jahre läuft. Eingereicht hat sie ein Professor Dr. Rüdiger Zuck. Der übernimmt nur Fälle, von denen er meint, dass er sie gewinnt. Das prüft er vorher. Bis jetzt hat er auch jeden Fall gewonnen.

Ein zweiter Punkt sind die Petitionen, die im Bundestag eingereicht wurden. Nach drei Jahren gab es eine positive Beschlussempfehlung von der CDU. Nach sechs Jahren gab es einen positiven Beschluss, der fast wörtlich auf der Beschlussempfehlung von der CDU beruhte. Alle fünf Fraktionen haben gesagt: Jawohl, hier ist etwas nicht in Ordnung; Regierung mach was! - Nach weiteren drei Jahren hat die Regierung gesagt: Nein, wir machen nichts. Wir lassen es so. Nach zwölf Jahren war Schluss. Danke.

Vors. Abg. **Dr. Silke Lesemann** (SPD): Vielen Dank, Herr Hilgert.

Sie haben uns dankenswerterweise auch Aufzeichnungen übergeben, sodass wir uns das alles noch einmal anschauen können. Rückfragen gibt es nicht.

Ich möchte mich ganz herzlich bei Ihnen allen dafür bedanken, dass Sie uns einen Einblick in Ihr Leben gegeben und uns die Vorfälle, die Sie erleiden mussten, dargestellt haben. Das ist nicht selbstverständlich. Deswegen danken wir Ihnen umso mehr.

Zusammenfassung der beiden Anhörungen durch Herrn Hartmut Büttner

Hartmut Büttner: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Wir haben am 25. April und heute insgesamt sechs Leidens- und Lebensgeschichten von Opfern der SED-Diktatur gehört, die wohl die meisten von uns nicht unberührt gelassen haben.

Ich erinnere an die Darstellung von Jürgen Ritthaler am 25. April, der in der Stasihaft so gedemütigt und gequält und mit Schlaf- und Nahrungsentzug gefoltert wurde, dass er nach seiner Entlassung gefragt wurde, ob er aus Ausschwitz komme. - Nein, er kam nicht aus Ausschwitz. Seine Hölle waren die DDR-Knäste in Hohenschönhausen, Rummelsburg und Cottbus. Mit 73 kg in Haft gekommen, wog er danach nur noch 39 kg. Wörtlich: immer Hunger, verfaulte Kartoffeln, Fischköpfe, glitschiges Brot. Ich habe alle meine Zähne verloren, hat er uns unter Tränen gestanden. Hinzu kamen Scheinhinrichtungen, die so wirklichkeitsnah waren, dass Jürgen Ritthaler sich vor Angst in die Hosen machte und anschließend wie tot zusammenbrach. Danach musste er seine Exkremente selbst zusammensuchen und den Gefängnishof mit der Scheinhinrichtungsstelle säubern.

Diese menschenverachtende Methode einer brutalen Diktatur war die Reaktion auf das Stellen von kritischen Fragen im Schulunterricht zur Wahrheit über die Morde von Katyn.

Ähnliche Banalitäten führten auch bei anderen Zeitzeugen zu brutalen Strafen, die in gar keinem Verhältnis zu den vorgeworfenen Vergehen standen.

Das gilt auch für Andreas Hartlep, dem wegen der Umdichtung des Lindenberg-Songs „Sonderzug nach Pankow“ in „Sonderzug nach Spandau“ das Ablegen des Abiturs und auch der Eintritt in eine Schauspielschule verweigert wurde. Das darauf erfolgte Stellen eines Ausreiseantrags und der öffentliche Protest hierzu brachte ihm immerhin ein Jahr und zehn Monate Haft in Naumburg und Karl-Marx-Stadt mit Zwangsarbeit und vielen Schikanen ein.

Heute hörten wir den Bericht von Gunter Lindner, der durch sein literarisches Interesse und den Besitz des Buches von Alexander Solschenizyn „Archipel Gulag“ zunächst ein Jahr und später noch einmal 15 Monate Haft im berüchtigten Zuchthaus von Cottbus bekam.

Diese drei Zeitzeugen wurden aus nichtigsten Anlässen mit drakonischen Strafen überzogen. Ihr Wille, ein bisschen anders zu sein, sollte demonstrativ und exemplarisch von der Staatsmacht gebrochen werden.

Eine zweite Opfergruppe, die wir heute zum Teil gehört haben, waren die mutigen Menschen, die sich nicht widerstandslos in die Marschkolonnen der Einheitspartei SED und ihrer vielen Unterorganisationen einreihen wollten. Alfred Herrmann und Klaus-Dieter Rößler wuchsen beide in einem christlichen Elternhaus auf. Sie verweigerten sich den Kinder- und Jugendorganisationen des SED-Staates und auch der Jugendweihe. Stattdessen engagierten sich beide in der evangelischen Kirche und wurden auch konfirmiert. Die Folgen waren für beide ähnlich: Ihnen wurde die höhere Schule verweigert, und beide machten daraufhin eine Lehre, der eine als Elektromonteur, der andere als Feinmechaniker.

Alfred Herrmann fand später eine Anstellung als ungelernter Arbeiter bei der Deutschen Post. Durch eine Erwachsenenqualifikation wurde er schließlich Postbetriebsfacharbeiter und damit unfreiwilliger Augenzeuge der massiven Verletzungen des Postgeheimnisses durch MfS-Personal - in zivil und in Uniform.

Beide versuchten zu fliehen bzw. provozierten eine Inhaftierung, um von der Bundesregierung freigekauft zu werden. Bei Alfred Herrmann führte dies zu drei Jahren verschärftem Vollzug im be-

rüchtigten Knast von Cottbus, bei Klaus-Dieter Rößler zu insgesamt 20 Monaten Haft in der ČSSR, in Karl-Marx-Stadt und in Hohenschönhausen.

Gernot Preuß stellt bezüglich seines Haftgrundes einen Sonderfall dar. Er ist unter den Zeitzeugen auch als einziger beruflich später richtig erfolgreich gewesen. Er ist aus Solidarität mit den nach dem Mauerbau eingemauerten Westberlinern nach Westberlin gezogen. Er wollte direkt helfen und hat sich einer nicht kommerziellen Fluchhilfeorganisation angeschlossen. Bereits der erste Einsatz wurde verraten und führte zu einer jeweils dreimonatigen Isolationshaft in Ostberlin und Potsdam. Insgesamt betrug die Strafe 27 Monate Zuchthaus.

Dass sich diese sechs Haftopfer bereit erklärt haben, nicht nur über die Gründe zu berichten, die zu ihrer Verurteilung führten, sondern vor allem auch über Einzelheiten der Tortur, die fast alle in den Knästen erlitten haben, ist schon bemerkenswert. Wie schwer ihnen das fiel, haben wir hier erlebt. Das Erzählen erschütterte fast alle von ihnen emotional.

Auch ich danke Ihnen deshalb dafür, dass Sie dazu bereit waren. Viele SED-Opfer haben nicht die Kraft dazu, ihr Leben und ihre Probleme so darzustellen. Sprachstörungen, die sich in der Stasihaft verschlimmerten und bis zum heutigen Tag das Leben in unserer Gesellschaft erschweren, Schlafprobleme, Albträume, Angst vor größeren Menschenansammlungen oder geschlossenen Räumen - die gesundheitlichen Haftfolgen sind vielfältig. Ein großer Teil ist heute noch traumatisiert. So ist es für viele Stasi- und SED-Opfer häufig demütigend, wenn Gutachter keinen Zusammenhang ihrer heutigen Leiden mit Haft, Zersetzung und Verfolgung während der roten Diktatur erkennen wollen. Häufig ist das noch nicht einmal böser Wille - vielen Gutachtern fehlen Empathie und die Kenntnisse über die Mechanismen einer menschenfeindlichen, totalitären Diktatur.

Wir sollten uns für unsere späteren Beratungen zum Schlussbericht vormerken, dass wir die Bundesregierung auffordern sollten - wir können unsere Wünsche ja in verschiedene Richtungen richten -, endlich den in der Koalitionsvereinbarung versprochenen Gesetzentwurf zur verbesserten Anerkennung gesundheitlicher Verfolgungsschäden vorzulegen. Es ist völlig klar, dass ein solcher Gesetzentwurf mit den Bundesländern abgestimmt sein muss. Er muss auch gewährleisten, dass die entsprechenden Gutachter nicht nur medizinisch sachverständig sind - das ist eigentlich selbstverständlich -, sondern auch über die nötigen geschichtspolitischen und DDR-spezifischen Kenntnisse verfügen, damit sie diese Menschen verstehen können.

Auf fast alle angehörten Opfer, die im Knast saßen, wurden Mithäftlinge angesetzt, um sie auszuhorchen. Ebenso wurde bei fast allen versucht, sie durch Einschüchterungen und Verlockungen als Spitzel anzuwerben. Alle angehörten Opfer haben sich geweigert; deswegen schlugen bei ihnen die Anwerbeversuche fehl - bei anderen hingegen nicht.

Ich hatte in meiner Eingangsbemerkung in der 13. Sitzung gesagt, dass dies - dass sehr häufig ein Spitzel in ihrer Nähe oder ihrer Zelle war und sie selbst angeworben werden sollten - eine unsägliche Quelle des Misstrauens ist, das viele Opfer heute noch haben. Gerade im Westen Deutschlands kam es nur im Ausnahmefall zu einer psychologischen Betreuung; deshalb sind viele, die durch Freikauf in den Westen gekommen sind, heute noch viel traumatisierter als diejenigen in den neuen Ländern.

Heute haben wir auch feststellen müssen, dass es neben den Haftopfern weitere Geschädigte gibt. Wir haben den Fall von Frau Vera Wilhelm gehört, Stichwort „Entschädigungszahlung nach dem Beruflichen Reha-Gesetz“. Es gab neue Ungerechtigkeiten, die niemand gewollt hat. Eigentlich war es das Ziel des Gesetzgebers bei allen drei SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen, dass diese Leistungen auf keine anderen Leistungen angerechnet werden. Zweimal hat es geklappt, ein drittes Mal nicht. Wir sollten gegenüber dem Bundesgesetzgeber hier eine Gesetzesänderung einfordern. Herr Preuß hat das sehr plastisch dargestellt, und auch der Filmbeitrag hat das plastisch gezeigt.

Mit einer kleinen Gesetzesänderung wäre es bei dem heute von Herrn Hilgert vorgetragenen grundsätzlichen Problem für DDR-Bürger, die vor 1990 in die Bundesrepublik Deutschland übersiedelt oder geflüchtet sind, nicht getan. Hier hat sich ein Konflikt über die Anwendung des Rentenüberleitungsgesetzes ergeben, der zur Folge hat, dass es eine rentenrechtliche Schlechterstellung dieser Menschen gegenüber den DDR-Bürgern gibt, die bis zur Wiedervereinigung in der DDR geblieben sind. Das ist das Kuriosum. Dieses Problem, Herr Hilgert, wird von der Organisation, die Sie vertreten, der IEDF - Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge -, politisch und juristisch thematisiert.

Bundesregierungen in unterschiedlichsten Zusammensetzungen haben sich aber bisher den Argumenten gegenüber nicht so offen gezeigt, dass es tatsächlich zu einer Gesetzesänderung gekommen wäre. Ob eine entsprechende Stellungnahme der Enquetekommission zu einer Lösung beitragen würde, weiß ich nicht. Denn das würde richtig teuer.

Ich rate dazu, dass wir uns in unserem Schlussbericht schwerpunktmäßig vor allem für eine Verbesserung der Lage der SED- und Stasiopfer einsetzen sollten, die tatsächlich in Haft waren oder anderweitiger Verfolgung ausgesetzt waren.

Die Haupterkenntnisse aus diesen beiden Anhörungen beziehen sich für mich auf zwei Punkte: erstens die Notwendigkeit einer verbesserten Anerkennung der verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden und zweitens die Problematik der finanziellen Ungleichbehandlung von früheren Trägern des SED-Systems und dessen Opfern.

Viele Träger des SED-Regimes, vor allem die ehemaligen Stasiangehörigen, erhielten im Vergleich zu anderen Berufsgruppen in der DDR überhöhte Bezüge und damit auch überhöhte Renten.

Es wurde das Beispiel der Köchin genannt: Eine Köchin, die in einem normalen Betrieb gearbeitet hat, verdiente nicht dasselbe wie eine Köchin, die beim MfS tätig war. Das galt für andere Berufe ebenso. Das ist auch dem bundesdeutschen Gesetzgeber aufgefallen. Er hat versucht, im Rentenüberleitungsgesetz, in einer gigantischen Aktion, das DDR-System in das bundesdeutsche Rentensystem überzuleiten. Er hat versucht, einige Veränderungen vorzunehmen. Zum Beispiel hat man gerade im Bereich der Stasiangehörigen eine Deckelung der Rentenbezüge auf zwei Drittel des DDR-Durchschnittsverdienstes vorgesehen. Diese Regelung, die der Deutsche Bundestag beschlossen hatte, wurde 1998 durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts wieder aufgehoben. Damit war die Maßnahme, die damals dafür sorgte, dass die Ungleichgewichtigkeit im finan-

ziellen Bereich ausgeglichen wurde, wieder aufgehoben. Diese Schere, die gerade begann, sich ein bisschen zu schließen, war wieder größer geworden. Leistungen selbst der bescheidenen Opferrente - eigentlich ist es ja keine Opferrente, sondern eine besondere Zuwendung - erhalten ja nur SED-Opfer, die heute noch sozial bedürftig sind. Die meisten Betroffenen empfinden das aber nicht als Ausgleich für ihre soziale Bedürftigkeit, sondern meinen, das sei eine Anerkennung des wiedervereinten Deutschlands für ihren Einsatz für Demokratie und persönliche Freiheit.

Deswegen, meine Damen und Herren, müssen wir ganz genau überlegen, wie eine mögliche Bundesratsinitiative gestaltet werden könnte. Aber wir sollten dem Gesetzgeber schon einen Anstoß geben, damit er sich noch einmal mit diesen Dingen auseinandersetzt und diese Fragen wieder auf die Tagesordnung setzt. Das kann diese Enquetekommission mit einigen Hinweisen leisten, denen sich Landtag und Landesregierung anschließen könnten. Wir sollten uns schon dafür einsetzen, dass diese besondere Zuwendung nach § 17 a Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz nicht nur an die Haftdauer von 180 Tagen gekoppelt ist.

Wir haben in den beiden Opferanhörungen die Hoffnungen vieler Opfer erlebt, die sie an unsere Arbeit und unsere Empfehlungen knüpfen. Der Niedersächsische Landtag kann die Problematik der SED-Opfer noch einmal auf die Tagesordnung des Gesetzgebers setzen. Enttäuschen wir diese Menschen nicht - es werden jeden Tag weniger.

Vors. Abg. **Dr. Silke Lesemann** (SPD): Vielen Dank, Herr Büttner, für die gute Organisation der beiden Anhörungen und dafür, dass Sie den Kontakt zu den Betroffenen hergestellt und sie auf die Situation hier vorbereitet haben.

1.8. Niederschrift: Bericht Prof. Wernstedt am 19. September 2016

Bericht des Landtagspräsidenten a. D. Prof. Rolf Wernstedt über Erfahrungen mit politischer Überwachung bzw. der Stasiaktenführung

Vors. Abg. **Dr. Silke Lesemann** (SPD): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich sehr, dass Landtagspräsident a. D. Professor Rolf Wernstedt heute zu uns gekommen ist, um über seine Erfahrungen mit politischer Überwachung und die Einsicht in seine Stasiakten zu berichten.

Bericht

Prof. **Rolf Wernstedt**: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Zunächst ein paar Informationen zu meiner Biografie: Ich bin zwar in Hamburg geboren, aber auf einem Bauernhof in Tangeln in der Altmark, Kreis Salzwedel, groß geworden. Dort habe ich bis zu meinem 18. Lebensjahr gelebt. Nach dem Abitur im Jahre 1958 habe ich versucht, in der DDR zu studieren. Eigentlich wollte ich nicht weggehen, aber sie haben mir gesagt, dass man bei dem Aufbau der Nationalen Volksarmee tüchtige Offiziere bräuchte. Wenn ich zur Armee ginge und mich entsprechend bewährte, könnte ich studieren. - Das war mir zu risikoreich. Ich bin dann im Sommer 1958 über Westberlin in

die Bundesrepublik gekommen. Ich bin alleine weggegangen; meine Eltern und Verwandten sind alle in der DDR geblieben. Ich war darauf eingestellt, sie gar nicht - oder jedenfalls sehr lange nicht - wiederzusehen.

Um meine Erlebnisse zu verstehen, muss man sich die Atmosphäre eines DDR-Dorfes vergegenwärtigen, wo jeder jeden genau kennt. Mein Dorf war ein Dorf mit ungefähr 400 bis 500 Einwohnern.

1964 wurde meine Schwester konfirmiert. Wie das so üblich ist auf dem Dorf, wurde die gesamte Verwandtschaft eingeladen. Da ich die DDR illegal verlassen hatte, wäre es ein Risiko gewesen, einfach rüberzufahren. Deshalb hat mein Großvater auf Plattdeutsch - wie das so üblich war - einen eingeheirateten Polizisten, von dem wir wussten, dass er irgendwie mit der SED und der Kreisverwaltung in Klötze zu tun hatte, gefragt: Seg mol, wenn de Jung to de Konfirmation kommt, wat is denn dann? - Sie haben dann sozusagen am Tresen der Dorfschänke ausgemacht, dass mir nichts passiert, wenn ich eine Einreisegenehmigung bekomme. So bin ich - trotzdem natürlich risikoreich - noch einmal rübergefahren.

Wie gesagt, in einem solchen Dorf kennt man sich. Und in den darauffolgenden Jahren wurde ich von zwölf IMs beobachtet, die alle aus dem Dorf stammten. Davon ist in meiner Stasiakte zu lesen. Ich habe vor einigen Tagen einen Brief von der Stasiunterlagenbehörde in Magdeburg bekommen. Sechs der IMs sind mittlerweile identifiziert worden; die anderen Namen haben sie noch nicht herausgefunden. Ich muss sagen, dass diese IMs wirklich alle „harmlose Wichte“ sind. Was die erzählten, war zum Teil vielleicht wahr, es gab aber auch richtig falsche Aussagen. Darauf gehe ich nachher noch etwas näher ein.

Ab 1964 bin ich ungefähr einmal im Jahr mit meiner Familie - mit meiner Frau und meinen Töchtern - zu meinen Eltern in die DDR gefahren. Außerdem habe ich auch Verwandte und alte Freunde besucht. Nach meiner Erinnerung hat man nicht ein einziges Mal versucht, mich zu kontaktieren. Wer in der DDR groß geworden ist, weiß aber: Wenn man telefoniert oder wenn man mit anderen Leuten zusammen ist, muss man immer unterscheiden, ob man mit denjenigen so reden kann wie mit den Eltern, Verwandten und Freunden oder ob man aufpassen muss. Das ist ein Verhalten, das man sehr früh in der Schule lernt. Das betrifft auch die Lehrkräfte. Man weiß genau, mit wem man wie weit diskutieren kann und mit wem nicht.

Christa Wolf hat am 4. November 1989 auf der großen Demonstrationsveranstaltung auf dem Alexanderplatz gesagt, dass man in der DDR gelernt hat, sozusagen mit doppelter Zunge zu sprechen. Das ist für mich eine sehr frühe Kindheitserfahrung. Wenn ich über die Deutsche Einheit und deutsche Mentalitäten in Ost und West nachdenke, habe ich das immer im Kopf. Die Leute reagierten anders. Sie waren nicht falsch, aber sie stellten sich irgendetwas vor, was der andere denken *könnte*. Darauf musste man entsprechend reagieren. Wir dagegen haben uns angewöhnt, uns gegenseitig mal die Meinung zu sagen, ohne zu glauben, dass uns daraus gleich Nachteile entstehen.

Ich war deshalb in dieser Frage auch gar nicht neugierig. Ich war immer davon ausgegangen, dass irgendetwas erzählt wird. Zu meiner eigenen Sicherheit und der meiner Verwandten habe ich im-

mer gesagt: Ich bin aus privaten Gründen hier und fange keine politischen Diskussionen an. - Das galt natürlich nicht für den - wenn man so will - geheimen Kreis oder den Familien- und Freundeskreis.

Es gab natürlich auch Besuche in der DDR, die offizieller Natur waren. In den 1980er-Jahren war ich wohl dreimal mit der SPD-Landtagsfraktion in der DDR. Darüber müsste es offizielle Beobachtungen geben. Wir waren immer davon ausgegangen, dass unsere Begleiter in Dresden, Erfurt, Leipzig, Berlin oder Magdeburg die Verpflichtung hatten, nach unserem Besuch Bericht zu erstatten. Dementsprechend hat man sich verhalten.

Für diese Enquetekommission ist vielleicht eine Busreise interessant, die ich 1985 mit SPD-Parteifreunden zur Mahn- und Gedenkstätte Isenschnibber Feldscheune der Hansestadt Gardelegen unternommen habe. Wir wollten an der dortigen Gedenkfeier anlässlich des vierzigsten Jahrestages der Ermordung von 1 016 KZ-Häftlingen teilnehmen. Dabei handelte es sich um Gefangene, die aus Mittelbau Dora und Hannover-Stöcken kamen - ich wohnte damals in Stöcken, das war meine Verbindung. Eigentlich sollten diese Gefangenen nach Bergen-Belsen gebracht werden. Als die Eisenbahn zerstört wurde, wurden sie jedoch in Mieste - zwischen Oebisfelde und Gardelegen - aus dem Zug geladen. Es folgte ein schrecklicher Todesmarsch. Zwei Tage bevor die Amerikaner Gardelegen befreiten, wurden die Häftlinge in Isenschnibbe in eine Scheune gejagt, die dann zugeriegelt und angezündet wurde.

Zur Feier der Befreiung durch die Amerikaner hatte die DDR eine große so genannte Manifestation vorgesehen. Da wir aus Stöcken kamen, hielten wir es für angebracht, auch einen Kranz niederzulegen.

Darüber gibt es einen fünf- bis achtseitigen Bericht der Stasi, auf den ich später noch eingehe.

Sehr spät - erst im Jahre 2014 - habe ich die Stasiunterlagenbehörde in Magdeburg kontaktiert, weil ich nicht wusste, was eventuell an falschen Informationen in meiner Akte steckt. Ich war sehr überrascht, als man mir zu Beginn dieses Jahres mitteilte, dass dort 381 Seiten über mich zu finden seien. Ich habe den Antrag auf Einsicht gestellt und mir die Akte im April bei Herrn Stoye, der bereits Gast in dieser Kommission war, angesehen.

Ich war verblüfft über die Art, wie die Stasiakten damals geführt wurden. An mehreren Orten wurden von 1977 bis 1988 Akten mit zum Teil denselben Informationen geführt - u. a. Berichte über meine Biografie, die Biografie meiner Verwandten und meiner Frau. Es waren Akten in Berlin, in Magdeburg und in Klötze deponiert. Nach meinem Antrag auf Einsicht wurde alles „zusammengerührt“ und zu mir nach Hause geschickt. Auf diese Weise habe ich nun ein ordentlich geführtes Register aller meiner Reisen in die DDR. Diese Daten hätte ich mir sonst aus Notizen zusammensuchen müssen.

Das Interessante an diesen Akten ist aber Folgendes: Es gab ein so genanntes Observationsersuchen, ein Fahndungersuchen, das vorgab, dass „der W.“ - also der Wernstedt - zu observieren ist, sobald er die Grenze der DDR überschreitet. Es sollte festgestellt werden, mit wem ich Kontakt hatte, wo ich mich aufhielt, ob mein Besuch im Dorf auffallend war, ob ich öffentlich auftrat - einschließlich Kirchbesuche - und ob kompromittierende Informationen vorhanden waren. Nehmen wir

einmal an, ich als Verheirateter hätte eine Freundin gehabt, von der meine Frau nichts gewusst hätte - dann wäre ich erpressbar gewesen.

Über meine Besuche in der DDR zwischen 1977 und 1988 gibt es teilweise recht skurrile Informationen. Als ich meinem Enkel, einem 18-jährigen Abiturienten aus Berlin, die Akte gezeigt habe, wollte er sich scheckig lachen. Dort stehen Dinge wie: „Der W.“ fährt um 9.35 Uhr bei einer Grenzübergangsstelle in Salzwedel auf den Hof. Auf dem Hof befindet sich der und der.

Ich bin in der Regel zum Geburtstag meiner Mutter in die DDR gefahren. Zu dem Anlass kamen auch die Verwandten aus Thüringen usw. Da wurden alle Autofahrten dokumentiert. Einmal hat irgendjemand, dessen Name man noch nicht herausgefunden hat, observiert, dass „der W.“ mit seiner Familie nach 21 Uhr vor dem Haus gestanden habe. Dann seien alle herausgekommen und hätten sich intensiv unterhalten. - Es konnte nur festgestellt werden, dass die Stimme von Claus W. - einem Cousin meiner Mutter - auch zu hören war. Was sie gesprochen hätten, sei nicht herauszufinden gewesen. - Auf gut Deutsch: Da hat einer hinter der Hecke gestanden und gesehen, dass ich mich verabschiedet habe. Mehr war das nicht.

Solche und andere Dinge sind da verzeichnet.

Offensichtlich hatten die Spitzel im Dorf den Auftrag, zu beobachten, wo ich mit dem Auto anhalte. Auf diese Weise sind auch Informationen über alte Schulfreunde, die ich besucht habe, in die Akten gelangt. So z. B. über einen Tierarzt, mit dem ich als Junge gespielt habe, oder über den Kreisarzt, der zufälligerweise im Dorf wohnte und SED-Mitglied war, mit dem ich auch geredet habe.

Einmal stand mein Auto zwei Stunden lang vor dem Haus des Günther W. Man schrieb dann, dass dieser offensichtlich der Cousin „des W.“ sei. Dabei bin ich gar nicht sein Cousin. Das bedeutet, dass es auch Spitzel gab, die gar nicht so genau im Dorf Bescheid wussten. Kurzum: Es wurde geredet und geredet und geredet.

Der ehemalige Bürgermeister - dieser ist schon als IM identifiziert worden - hatte den Auftrag, meinen Stiefvater „abzuschöpfen“. Er hat das auch versucht, aber es konnte nicht herausgefunden werden, welche politische Meinung „der W.“ hat. Dabei habe ich über meine politische Meinung nie geschwiegen - ich war ja zum Teil sogar in offizieller Funktion in der DDR.

Ein anderer IM teilte der Stasi mit, dass ich Mitglied des Landtages bin. Es konnte aber nicht festgestellt werden, in welcher Partei ich bin. Daran kann man sehen, wie wenig substanzuell diese Dinge waren. Es wurde einfach etwas herumgeredet.

In einer biografischen Notiz von 1977 taucht das erste Mal die Information auf, dass ich ein uneheliches Kind bin und dass mein Vater Wilhelm Gericke geheißen haben soll, über dessen Verbleib niemand Bescheid wüsste. - Das ganze Dorf wusste aber, dass mein Vater 1944 im Krieg gefallen ist; das stand auch auf der Grabplatte auf dem Dorffriedhof. Das heißt, es gab auch falsche Informationen.

Sehr spaßig fand ich den Hinweis in meiner Akte, dass „der W.“ schon in der Oberschule ein „Verhältnis“ mit Fräulein Marianne W. gehabt habe - 1959 Studentin, heute seine Ehefrau. - Wir haben uns in der Schule kennengelernt und sind dann über die Trennung hinweg zusammengeblieben.

Das ist Dorfsprache - sozusagen altdeutsch. Heute hat man eine Freundin oder einen Freund, damals hatte man ein „Verhältnis“.

Kurzum: Die Einzelheiten, die die IMs auftraten, waren eigentlich relativ harmlos. Der Bürgermeister S. saß z. B. bei meinen Stiefvater und sollte ihn „abschöpfen“ - ein damals gebräuchlicher Ausdruck. Man hat sich unterhalten; alle im Dorf kannten sich. Bei einer solchen Gelegenheit wurde dann gefragt: Sag mal, wo ist denn der Rolf heute? Was macht der eigentlich? War er hier? - Offen und nüchtern betrachtet, ist das alles sehr skurril.

1986 war ich als Mitglied der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Hannover auf Einladung des West-Instituts in Posen. Dort habe ich zusammen mit der Geschäftsführerin der damaligen Deutsch-Polnischen Gesellschaft, die inzwischen verstorben ist, einen Vortrag gehalten. Zu diesem Anlass wurde in der Akte vermerkt: „Der W.“ hat eine Einladung. Beide waren sehr höflich, aber sehr zurückhaltend. - Auf gut Deutsch: Wenn die Grenzpolizisten kommen, die Ausweise sehen wollen und fragen, wo man hinwill, dann gibt man darüber Auskunft, aber man sagt sonst nichts weiter. - Ich wurde gefragt: Was wollen Sie denn in Posen? - Ich antwortete: Einen Vortrag halten.

Das steht alles in der Akte - völlig sinnlos. Es wurden unglaublich viele Leute damit beschäftigt, Informationen zu sammeln, mit denen man damals, meine ich, eigentlich nichts anfangen konnte. Irgendwann einmal - ich glaube, es war auf einer Delegationsreise - habe ich aus einem Hotel in Erfurt meine Mutter angerufen, weil sie an dem Tag Geburtstag hatte. Wie man das so macht, habe ich gefragt: Hallo, wie geht es? Herzlichen Glückwunsch! Wer kommt denn heute zu Besuch? Hast du Streuselkuchen gebacken? - Dazu ist ein fünf Seiten langes Wortprotokoll aufgeschrieben worden. Das ist eigentlich unglaublich; das muss ich schon sagen. Da ist ein großer Aufwand betrieben worden. Im Kern ist aber, wie gesagt, eigentlich nichts weiter mitgeteilt worden.

In der Akte sind außerdem Informationen zu den Landtagswahlen 1982 und 1986 vermerkt, z. B. wer hier in Niedersachsen für die SPD kandidiert hat. Im Zusammenhang mit den Reisen der SPD-Landtagsfraktion in die DDR wurde eine vollständige Liste aller Leute, einschließlich der Sekretärinnen, zusammengestellt, die damals mitgefahren sind. Politisch bzw. inhaltlich steht da aber nichts weiter drin.

Interessant fand ich auch das Protokoll eines bestimmten Telefonats. Meine Mutter hat mich am 6. Mai 1986 angerufen - an meinem Geburtstag. Ich habe gefragt: Habt ihr denn eure Kühe auf der Weide? - Das war nach Tschernobyl, man wusste nicht, wo der Fallout gewesen war. Sie antwortete: Wieso sollen wir die denn nicht auf der Weide haben? - Ich habe ihr den Grund genannt. Sie sagte daraufhin: Nee, nee, bei uns ist alles in Ordnung. - Das steht auch in einem Protokoll. Da fragt man sich wirklich, was das eigentlich für eine Art von Spionage oder Nichtspionage ist.

Der betriebene Aufwand - so würde ich das politisch bewerten - zeigt die allgegenwärtige Angst davor, dass ich eventuell alte Kontakte hätte benutzen können, um so etwas wie eine eigene Spionage oder einen eigenen Widerstand zu bilden. Das steckt hinter der Frage: Was macht er, und wo ist er?

Ich bin während meiner Besuche in der DDR viel mit dem Auto herumgefahren. Ich war bei meinen Verwandten in Thüringen, ich war im Harz, ich war in Magdeburg usw. Ich habe mich in dieser

Hinsicht nie zurückgehalten. Unter anderem wollte ich meinen damals heranwachsenden Töchtern auch die kulturellen Sehenswürdigkeiten in Sachsen-Anhalt oder Thüringen zeigen.

Ich habe mir überlegt, was heute eine Spionagesoftware macht, mit der man Telefonate abhört. Da wird wahrscheinlich nach bestimmten Stichwörtern gesucht. Nehmen wir einmal an, in diesem Gespräch über den Streuselkuchen sei eine Information über Sprengstoff versteckt gewesen. Dann würde so etwas Sinn machen. Bei den technischen Voraussetzungen der damaligen Zeit war diese Information allerdings völlig wertlos. Nach meinem Eindruck sind die an dieser Informationsflut erstickt.

Noch einmal zurück zu dem Bericht über die Reise nach Gardelegen-Isenschnibbe: Unsere Gruppe von gut 30 Leuten hatte sich einen Bus bestellt, und wir sind an der Übergangsstelle Salzwedel in die DDR eingereist. Drei Leute haben uns unglaublich freundlich empfangen und gesagt: Wunderbar, dass Sie alle kommen. - Wir hatten aber natürlich einen Zeitplan. Wir wussten genau, dass wir um 11 Uhr in Gardelegen sein mussten. Dann haben die uns in Salzwedel zum Frühstück eingeladen - die beiden Orte liegen ungefähr 50 km auseinander. Wir sollten auf jeden Fall ordentlich Frühstück essen. Ich habe daraufhin gesagt, dass uns dann nicht mehr genügend Zeit für die Fahrt bleibe. Mir wurde entgegnet: Gastfreundschaft muss sein. - Da merkte ich: Die wollen nicht, dass wir unser Ziel rechtzeitig erreichen.

So kam es dann auch. Nachdem wir ordentlich gefrühstückt hatten, musste man uns noch das Jenny-Marx-Haus in Salzwedel zeigen. Ich kannte das schon; da ist nur Flachware drin. Es wurde daraufhin aber so spät, dass wir nicht mehr zur Manifestation kamen. Zu dem Zeitpunkt hatten wir uns schon damit abgefunden. Als wir ankamen, waren die Demonstrationen im Wesentlichen zu Ende. Unsere Delegation war allein dort; wir haben einen Kranz niedergelegt, und ich habe eine kleine Ansprache gehalten. Ich sehe das heute noch: Einer schrieb mit, was ich meinen Leuten erzählte.

Nachdem wir wieder in Hannover waren, rief ich am Abend meine Mutter an. Sie sagte, dass sie extra nach Isenschnibbe gefahren sei, da ich gesagt hätte, dass wir auch dort seien. In der Rückschau war ich aber ganz froh, dass es nicht dazu gekommen war, da, wie meine Mutter mir berichtete, diese Manifestation eine richtige militärische Aktion war. Da war NVA aufmarschiert. Da waren Kampftruppen aufmarschiert. Die Delegationen der Verfolgtenverbände aus Frankreich - und andere, die dabei waren - mussten mit ihren Kränzen daran vorbeidefilieren. Ich hätte mich dann entscheiden müssen, wie ich mich bei diesem Anlass verhalte. Falls ich mich geweigert hätte, daran vorbeizudefilieren, hätte es einen Eklat gegeben. Falls ich zugestimmt hätte, wäre es aber auch zu einem Eklat gekommen. Insofern war es ganz gut, dass man uns nicht dorthin gelassen hat. Wir haben unseren gedenkpolitischen Auftrag ja auch so erfüllen können.

Diese soeben beschriebene Aktion - das Frühstück und anschließend der Museumsbesuch -, die durchgeführt wurde, um zu verhindern, dass „der W.“ mit seiner Delegation nach Isenschnibbe kommt, war im Vorfeld geplant. Aber man bedenke diesen großen Aufwand für ein relativ unwichtiges Ziel!

Auf gut Deutsch: Ich komme mir durch diese Stasiakte nicht wichtiger vor, als ich es damals war. Ich habe allerdings einen Einblick in die DDR-Apparatur bekommen. Dieser Staat hatte wirklich keine Zukunftschance - nicht nur, weil er sozusagen politisch unmöglich war, sondern auch, weil er eine solche Apparatur aufgebaut hatte.

Aussprache

Abg. **Hans-Dieter Haase** (SPD): Lieber Herr Wernstedt, vielen Dank für Ihre Ausführungen.

Auch ich habe mehrfach an klassischen SPD- und Juso-Reisen in die damalige DDR teilgenommen. Meine Frage ist: Ist Ihnen nach Ihren Delegationsreisen von Kollegen, Genossinnen und Genossen, zugetragen worden, dass man versucht hat, sie anzusprechen bzw. „abzuschöpfen“? Ich habe in meinem eigenen Umfeld immer wieder einmal herumgefragt, aber da habe ich nie etwas gehört. Wahrscheinlich waren wir - im Nordwesten beheimatet - auch viel zu weit weg und hatten zu wenige entsprechende Beziehungen.

Es war ja früher so: Man fuhr mit dem Bus herüber und hatte ständig ein oder zwei Leute um sich herum. Abends gab es dann oft ein nettes Zusammensein mit Kolleginnen und Kollegen und mit FDJlern - oft waren auch gut aussehende Frauen in der Nähe. Hat Ihnen einmal jemand berichtet, dass er dort angesprochen worden ist?

Prof. **Rolf Wernstedt**: Nein, das ist mir nie passiert. Mir ist aber aufgefallen, was wohl jedem aufgefallen ist: Wenn man in den Hotels war - das waren in der Regel bessere Hotels mit Bars -, saßen an der Bar immer auffällig gut gekleidete und junge hübsche Frauen herum. Für jeden, der einen halbwegs klaren Kopf hatte, war klar, dass es sich dabei um Frauen handelt, die hinterher über ihre Gespräche berichten müssen. Als Abgeordneter muss man eigentlich der Versuchung widerstehen können, irgendeiner Frau zu glauben, die in einer solchen Funktion dort ist. Man sollte wissen, dass man so etwas nicht macht. Deshalb kann ich dazu eigentlich gar nichts weiter sagen. Mir ist auch von meinen Reisen nichts bekannt geworden.

Allerdings war immer klar, dass alles weitergemeldet wurde, wenn wir politisch diskutierten und Leute mitgeschrieben haben. Man konnte also nur allgemeinpolitische Aussagen treffen - ohne sich dabei in die eigenen Karten gucken zu lassen. Das war ein normales konspiratives Verhalten. Nach der Wende hat mich der Kreisarzt Dr. L. aus Tangeln, mit dem ich, wie gesagt, Kindergeburtstage gefeiert hatte - entfernt verwandt ist er auch noch -, angesprochen. Als ich zur Landtagswahl 1986 das erste Mal als Mitglied des Schattenkabinetts von Gerhard Schröder aufgestellt war, forderte die Stasi ihn auf, nach dem Westen zu fahren und Kontakt zu mir zu suchen. Er ist aber nie bei mir erschienen. Der Stasi hat er nach eigener Aussage gesagt: Herr Wernstedt ist seit 1958 weg, und ich habe seitdem keinen Kontakt mehr zu ihm. Wenn ich jetzt, wo er relativ prominent ist, zu ihm komme, weiß er doch gleich, was los ist. - Das haben sie ihm geglaubt, und es war nichts weiter.

Ich habe mir auch die Namen derer angeschaut, die der Stasi Mitteilung gemacht haben, so z. B. eine gewisse Frau E. Das war eine Lehrerin, ein SED-Mitglied. Mit der haben wir nie ein politisches Wort geredet. Wenn die berichtet hat, dass ich in dem Haus gegenüber Verwandte besucht habe, kann ich nichts dafür. Erwin S., der meinen Stiefvater abschöpfen wollte, war ein harmloser Kleinbauer. Heinz B. war im Dorf nie geachtet; dem hätte ich auch nie zugetraut, dass er der Stasi etwas sagt. Und Paul M. war ein Arbeitskollege meines Stiefvaters. Der könnte natürlich einmal etwas erzählt haben.

Abg. **Volker Meyer** (CDU): Sie erwähnten Ihre Gespräche im Freundes- und Familienkreis und sagten, dass Sie dort nur dann politisch diskutiert haben, wenn Sie sicher waren, dass man sich gegenseitig vertrauen konnte. Haben Sie durch die Recherche in Ihren Stasiakten von Personen erfahren, die Ihr Vertrauen doch missbraucht haben? Haben Sie in Ihrer Einschätzung, mit wem Sie politisch diskutieren konnten und durften und mit wem lieber nicht, immer richtig gelegen?

Prof. **Rolf Wernstedt**: Ich war gespannt auf die Enthüllung der Namen der IMs. Es war aber niemand aus dem engeren Freundes- und Verwandtenkreis dabei. Das mit dem Arzt Dr. L. war ja nicht verfänglich. Er hat sich sozusagen den Umständen entsprechend verhalten.

Silke Stokar von Neuforn: Auch wenn dies sehr ins Persönliche hineingeht, würde ich gerne folgenden Punkt vertiefen: Angesichts Ihrer Stasiakte mit mehr als 300 Seiten von zum Teil ziemlich banalem Inhalt ist für mich die Frage spannend, was das in Ihnen ausgelöst hat. Sie sind 1958 in den Westen gegangen, letztendlich aus einem politischen Grund. Sie haben dadurch Ihre gesamte Familie verloren. Sie haben in der DDR Verwandtenbesuche gemacht, und Sie haben irgendwie immer geahnt und gespürt, dass dort irgendetwas mit Ihnen passierte, dass es eine Form von Überwachung gab, sobald Sie die Grenze übertraten.

Interessant war Ihre Aussage, dass Sie erst im Jahre 2014 den Antrag auf Einsicht in Ihre Stasiakte gestellt haben. Ich frage mich, was in der Zeit seit 1989 in Ihrem Kopf abgelaufen ist. Man stellt sich ja vor, was alles passiert sein könnte, Und dann nähert man sich dem Punkt, an dem man Gewissheit haben und es im Detail wissen will. Was lösen diese beiden Erfahrungen - zunächst das unbestimmte Gefühl der permanenten Überwachung und schließlich die Gewissheit durch die Akteneinsicht - in einem Menschen aus?

Prof. **Rolf Wernstedt**: Das Grundgefühl, immer auf der Hut sein zu müssen, kenne ich seit Kindes-tagen, seit der Schulzeit. Das hat mich nicht beunruhigt. Ich kann mir vorstellen, dass Menschen in politischer Bedrängnis - auch in anderen Zeitläuften - sich entsprechend verhalten haben, ohne sich unmittelbar bedroht zu fühlen. Das habe ich eigentlich auch nicht so empfunden.

Ich habe in diesem Zusammenhang eigentlich ein ganz anderes Interesse. Wenn ich über den Friedhof des Dorfes gehe und mir die Grabsteine ansehe, fällt mir zu den Menschen, die dort liegen, manche Geschichte ein. Ich frage mich: Was ist mit diesen Leuten passiert, die sich innerhalb

von 50 Jahren in mehreren verschiedenen politischen Systemen zurechtfinden mussten? Was sind das eigentlich für Charaktere?

Als ich 1990 das erste Mal den alten Sportplatz des Dorfes, wo ich Handballspielen gelernt hatte, besuchte, war die Gräfin von der Schulenburg da. Ich muss dazu Folgendes erklären: Das Gelände des VW-Werkes in Wolfsburg gehörte den Grafen von der Schulenburg. Als diese das Gelände an das Deutsche Reich verkauften, damit das Werk gebaut werden konnte, erhielten die von der Schulenburgs vom Deutschen Reich als Ausgleich eine neue Schlossanlage mit Gutshof, Reithalle, Beamtenhäusern und dergleichen. Dieses feudale Areal wurde zwischen 1937 und 1942 am Waldesrand nahe Tangeln errichtet.

Wie gesagt: Ich traf auf diesem Sportplatz auf die Gräfin, die für den dortigen Kindergarten irgendwelche Geschenke brachte. Und wer stand als erster ständig in ihrer Nähe? Der ehemalige SED-Chef des Dorfes. Das kann man als klassischen Opportunismus bezeichnen - das Fähnchen nach dem Winde hängen. Das war eklatant.

Um das sozusagen sozial einzuordnen: Das waren keine Bauern, sondern das waren früher Landarbeiter oder andere, die gelernt hatten, sich in verschiedenen Systemen zurechtzufinden.

Und was dachten sich eigentlich Leute, die sozusagen konservative norddeutsche Bauern sind, als sie 1958 eine LPG gründen sollten? - Die haben natürlich gesehen: Wir sind wirtschaftlich völlig abhängig davon, dass uns abgekauft wird, was wir produzieren. Wenn uns das nicht abgekauft wird, sind wir ruiniert. - Dann kam der Kollektivierungsbeschluss, der alle erfasst hat.

Aber die Leiter der LPG hatten wiederum diesen alten bäuerlichen Hintergrund. Die haben nach 1990 auf Familienfeiern, Geburtstagen, Hochzeiten und Jubiläen schon gefragt: Sag mal, was hast du dir damals eigentlich dabei gedacht? - Dann hieß es: Naja, das ging doch nicht anders, das mussten wir doch usw.

Auf gut Deutsch: Diese Doppelbödigkeit - auf der einen Seite muss man sein Leben organisieren, irgendwie über die Runden kommen, und auf der anderen Seite steht die politische Bedeutung - war nie ausgesprochen.

Ich habe in dem Dorf vor 15 Jahren einen Vortrag darüber gehalten, welche Fragen für alle im Dorf interessant sind: Wer hat wo gearbeitet? Wer ist was geworden? Wer durfte studieren, wer durfte nicht studieren? - In den 50er-Jahren war das ja immer noch schwierig. Aber diese Fragen interessierten die Leute, die im Dorf geblieben sind, überhaupt nicht. Die musste man von außen herantragen.

Sie fragen, was in einem vorgeht. Ich habe natürlich unendlich unter Heimweh gelitten; ich bin mit 18 Jahren abgehauen, hatte keine Verwandten hier. Ich war alleine. Und die westdeutschen Studienräte sagten, ich hätte noch nicht die nötige Reife, ich könne nicht studieren - auch eine besondere Erfahrung.

Ein kleiner Exkurs an dieser Stelle: Ich habe sozusagen ein Alleinstellungsmerkmal in Deutschland. Ich bin der einzige deutsche Kultusminister, der acht Jahre im Amt war und die beiden deutschen Abiture hat - das ostdeutsche und das nachgemachte westdeutsche Abitur.

Die Bildungsarroganz deutscher Studienräte habe ich 1958 also im Westen kennengelernt, nicht im Osten. 1990 wurden natürlich sofort alle Zeugnisse anerkannt; denn es war klar, dass nicht alle DDR-Ingenieure, -Ärzte und -Rechtsanwälte das Abitur nachmachen konnten.

Kurzum: Ich habe keine Bedrohung empfunden und auch keine Entdeckungsgelüste gehabt, sondern mich interessiert, was das für Leute waren, was sie gesagt haben, wie sie sich verhalten haben. Das, was man sonst so hört - die Kommission hat ja auch schon Opferanhörungen durchgeführt -, war viel schlimmer; so etwas ist mir nicht passiert. Das ist mir fremd. Es hätte sein können, dass mir das passiert wäre, wenn ich in die NVA gegangen wäre oder so etwas.

Ein Schulfreund von mir hat sich sehr früh in der SED engagiert; er ist auch relativ hoch aufgestiegen. Der hat sich nie gemeldet - Kontaktverbot mit Westdeutschen.

Aber in der ersten Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtages im November 1989 kam plötzlich ein Saaldiener zu mir und sagte: Draußen steht ein Herr K., der sagt, er kenne sie. - Ich sagte: Ich kenne keinen Herrn K. - Er kommt aus Magdeburg. - Da war mir klar: Das war mein Schulfreund. Ich hatte ihn seit 1958 nicht gesehen, aber innerhalb von zehn Tagen nach der Grenzöffnung war er hier im Plenarsaal. Sie kennen das vermutlich: Wenn man Leute lange nicht gesehen hat, führt man das Gespräch an der Stelle weiter, wo man aufgehört hat. Ich habe noch lockeren Kontakt zu ihm und erlebe an ihm eigentlich wieder dasselbe: Erst war er ganz groß in der SED, und inzwischen ist er stellvertretender Vorsitzender des CDU-Wirtschaftsrats in Magdeburg.

Es stellt sich immer die Frage, an welcher Stelle bei den Menschen so etwas wie tatsächliche Charakterbildung oder Prinzipienbildung einsetzt. Insofern sind mir diese Erkenntnisse, die ich durch die Akteneinsicht gewonnen habe, schon wertvoll. Auch meine Verwandten, denen ich davon am Telefon berichtet habe, waren natürlich ganz neugierig. Aber es ist etwas anderes, wenn ich mir das anschauere, oder wenn diejenigen, die noch im Dorf wohnen, sich das anschauen würden.

Hartmut Büttner: Herr Professor Wernstedt, ich denke, es ist sehr gut, dass diese Facette, die Sie vorgetragen haben, in der Enquetekommission thematisiert wird. Bisher hatten wir es in der Tat mit anderen Strukturen zu tun.

Ihr Beispiel zeigt ganz deutlich, dass alles gesammelt wurde, was gesammelt werden konnte, auch wenn es belanglos war; denn man hat versucht, jedes Anderssein rechtzeitig mitzubekommen, um entsprechend gegensteuern zu können. Und es hätte ja auch sein können, dass man etwas herausfindet, was denjenigen erpressbar gemacht hätte. Danach hat man natürlich gesucht.

Stasiakten strotzen in vielen Fällen vor Banalitäten. Wichtig ist deshalb die Unterscheidung zwischen Wichtigem und Unwichtigem. Aber bei den über 100 km Materialien, die gesammelt wurden, war die Unterscheidung zwischen Wichtigem und Unwichtigem überhaupt nicht möglich.

Ich erkenne auch Parallelen zu meiner Situation. Denn ich bin auch häufig in die DDR gefahren, und mir ist es ähnlich ergangen wie Ihnen, wenn es denen unangenehm war, dass wir ein bestimmtes Ereignis besuchen wollten. Wir wollten einmal mit einer Gruppe der Jungen Union die Demonstration zum 1. Mai in Erfurt besuchen und wurden davon ferngehalten, indem gesagt wur-

de, 400 000 Menschen würden alles verstopfen. Man hat uns ersatzweise nach Buchenwald gebracht. Das erinnert mich sehr an Ihre Geschichte mit dem Frühstück.

Ich habe noch eine Frage. Sie sprachen von zwölf Personen, die Sie beobachtet haben. Von etwa der Hälfte kennen Sie jetzt die Klarnamen. Wissen Sie denn, ob die anderen sechs etwas Gravierenderes entdeckt haben?

Prof. Rolf Wernstedt: Nein.

Da die Enquetekommission insbesondere Niedersachsen im Blick hat: In der Biografie über Gerhard Schröder, die 2015 erschienen ist, gibt es einen Hinweis auf Akten aus seiner Juso-Zeit, als er noch in Hannover war. Die basieren offensichtlich auf Mitteilungen eines Mannes, der in Hannover Herrenhausen-Leinhausen gewohnt hat und inzwischen als Stasispion bekannt ist. Er ist tot, aber ich kenne ihn noch aus der Partei.

Ich erinnere an die damaligen Auseinandersetzungen in Hannover zwischen den Franke-Anhängern und den Jusos. Ich gehörte zu den Jusos, und der Ortsvereinsvorsitzende gehörte zu den Franke-Anhängern. Wir mochten uns persönlich ganz gerne, aber politisch war das immer haarig. Dieser Typ, Gerd G., konnte sich nicht entscheiden, wozu er gehörte. Heute ist mir auch klar, warum nicht: Er wollte von beiden Seiten immer hören, was sie jeweils denken. Diese Akten - das steht jedenfalls in der Biografie über Gerhard Schröder - sind aber wohl in Magdeburg vernichtet worden. Bei dieser Geschichte könnte man vielleicht noch einmal nachfassen.

Abg. Almuth von Below-Neufeldt (FDP): Herr Professor Wernstedt, Sie erwähnten vorhin eine Lehrerin aus Ihrem Dorf, die über Sie Bericht erstattet hat. Sie ist offensichtlich in den Akten auch als IM geführt worden. Haben Sie eine Vermutung, was ihre Motivation gewesen sein könnte, über Sie zu berichten? Hat sie sich davon möglicherweise Vorteile versprochen? Oder hat sie irgendeinen heimlichen oder offenen Groll gegen Sie gehegt? War sie neidisch, oder kann sie sonst irgendwie motiviert gewesen sein?

Prof. Rolf Wernstedt: Darauf kann ich gar nicht wirklich antworten. Das war eine Lehrerin, die jemanden, der in der LPG war, geheiratet hatte, aber sie war nicht Lehrerin im Dorf. Ich war also nicht ihr Schüler. Meine Mutter, meine Schwester usw. sagen, sie sei eine sehr unangenehme Person gewesen. Ich habe mit ihr auch nie gesprochen. Sie kann nur irgendetwas gesehen haben, z. B., dass ich auf den Friedhof gegangen bin. Die alte Schule, in deren Nähe sie wohnte, lag neben der Kirche und dem Friedhof. Nur das kann sie berichtet haben.

Einige Leute, die später ins Dorf kamen, haben sich sozusagen auch päpstlicher verhalten als der Papst. Der Mann, über den ich berichtet habe, der meinen Großvater befragt hat, war jemand, mit dem man reden konnte. Mit Frau E. hätte man das nie machen können. Das wusste man auch.

Vors. Abg. Dr. Silke Lesemann (SPD): Mich interessieren die Vorgänge rund um Isenschnibbe - Stichwort „Isenschnibber Feldscheune“ -; ein ähnliches Motiv gibt es ja in dem Roman „Der

Vorleser“ von Bernhard Schlink. Mich würde interessieren, inwiefern begründet wurde, dass man Ihre Gruppe von der Manifestation fernhalten wollte. Sollten Sie nicht sehen, wie solche Manifestationen - Gedenken der Opfer - in der DDR stattfinden? Warum sollte eine sozialdemokratische Gruppe, die ein doch sehr ehrenwertes Anliegen hatte, davon ferngehalten werden?

Prof. Rolf Wernstedt: Aus der Akte wird das eigentliche Motiv nicht deutlich.

Klar geworden ist mir aber, dass nicht das aufgeschrieben wurde, was ich gesagt habe, sondern das, was ich möglicherweise gedacht habe. Ich weiß es nicht mehr genau, aber ich kann mir vorstellen, dass ich dort gesagt habe, dass es wichtig ist, das, was dort passiert ist, in der Erziehung zu verankern, damit man weiß, wo Menschenleben enden können.

In dem Bericht steht dann: „Der W.“ spricht sich für frühe antifaschistische Erziehung aus. - Das ist ja nicht falsch, aber das ist nicht mein Sprachgebrauch. Ich hätte nicht von „antifaschistisch“ oder „Antifaschismus“ gesprochen; das war der Begriff drüben. Das muss man also sprachlich dechiffrieren, was da eigentlich gemeint ist.

Warum sie uns fernhalten wollten, kann ich wirklich nicht sagen. Normalerweise sind das ja auch keine Vergnügungsveranstaltungen. Ich erinnere mich noch daran, als 1957 Chruschtschow Magdeburg besuchte. Da mussten wir alle auf dem Lkw zur Jubelfeier auf den Domplatz fahren. Gejubelt haben wir natürlich nicht. Wir haben uns einen schönen Tag gemacht.

Prof. Dr. Daniela Münkel: Ich möchte zwei Anmerkungen machen.

Zunächst zu der Manifestation, von der Sie ferngehalten wurden: Ich könnte mir vorstellen, dass das nicht so richtig ins Weltbild gepasst hätte, wenn westdeutsche Sozialdemokraten zu so einer Manifestation auftauchen; denn Anspruch auf Antifaschismus hatte natürlich nur die DDR. Das könnte der Hintergrund gewesen sein.

Eine weitere Anmerkung zu dem Beitrag von Herrn Büttner: Natürlich sind die meisten Informationen, die gesammelt wurden, trivial gewesen. An dieser Überinformation ist das System auch zum Teil gescheitert.

Aber die Stasiakten sind dadurch nicht nur eine Quelle, um Repressionen nachzuvollziehen, sondern auch eine Quelle für die Alltagsgeschichte der DDR. Durch die Sammlung dieser trivialen Informationen wissen wir, was die Leute zum Abendbrot gegessen haben, wie sie sich in ihrem Alltag verhalten haben usw. Das wird in Zukunft sicherlich eine Rolle spielen. Das war natürlich nie impliziert, aber damit werden auch diese Kenntnisse vermittelt.

Prof. Rolf Wernstedt: Dazu passt die Geschichte mit dem Streuselkuchen. Meine Mutter ist vor einigen Wochen gestorben, und ich habe dem Pastor erzählt, dass meine Mutter 75 Jahre lang denselben Streuselkuchen gebacken hat. Als er das in seiner Predigt gesagt hat, lachte das ganze Dorf. Da haben sie erkannt: Ja, das sind wir.

Prof. **Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann:** Auch ich finde es sehr gut, dass Sie heute in der Enquetekommission über diese Erfahrungen berichten, weil sie die Opferanhörungen, die wir durchgeführt haben, sehr gut ergänzen. So sehen wir die unterschiedlichen Facetten der Stasitätigkeit. Zum einen gab es das Zersetzen und Kontrollieren von Opfern. Zum anderen geht es um die Abschöpfung von Informationen. Und Sie wurden nicht in der Bundesrepublik abgeschöpft, sondern als Westdeutscher in der DDR.

Klar ist dabei, dass wir zwischen Delegationsreisen und privaten Reisen stark differenzieren müssen. Auch zwischen den verschiedenen zeitlichen Phasen muss differenziert werden; da gibt es - je nach Zeit - große Unterschiede.

Meine eigenen Erfahrungen bei Delegationsreisen - jetzt spreche ich einmal als Zeitzeuge - weichen allerdings zum Teil erheblich von Ihren Erfahrungen ab, wie mir aufgefallen ist. Ich war als Leitung von Delegationsreisen im Rahmen der Städtepartnerschaft Hannover-Leipzig 1988 und 1989 - kurz vor den turbulenten Tagen - in der DDR. Wir hatten damals nicht permanent Begleiter, die auch am Abend immer dabei waren.

Zum Beispiel hatte ich mich mit einem Kollegen, der auch in der evangelischen Jugendarbeit tätig war, mit dem Stadtjugendpfarrer in Leipzig verabredet. Außerhalb des Programms in irgendeiner Mittagspause sind wir zu ihm gegangen und haben mit ihm gesprochen.

An einem Abend haben wir auch ein Mitglied der Delegation aus der DDR - das waren gegenseitige Besuche -, eine Vertreterin der Ost-CDU, privat besucht. Das wird man wahrscheinlich beobachtet haben, aber Versuche, darauf Einfluss zu nehmen, das zu unterbinden, gab es nicht. Es gab auch keine Versuche der Kontaktaufnahme.

Als wir im Oktober 1989 an einem Montagabend, als die Demonstrationen stattfanden, ankamen, wurden wir allerdings in ein Quartier etwas außerhalb der Stadt geleitet, damit wir auch wirklich nichts davon mitbekommen.

Natürlich haben wir uns, wenn wir abends in dieses Quartier zurückkamen, gefragt, wer in der Gruppe unserer Partner denn die Stasizuträger sind. Das konnten die Leute mit offiziellen Funktionen sein. Uns war klar, dass die Vertreter der SED - der in Leipzig für Jugendpolitik Zuständige war unser direkter Partner bei dieser Städtepartnerschaft - oder der FDJ berichten mussten. Ob sie direkt an die Stasi berichteten oder innerhalb ihrer SED- oder FDJ-Gremien, war im Grunde egal. Und dass es darüber hinaus wahrscheinlich noch weitere Personen gab, die direkt überwacht haben, was da passierte und was die Leipziger Delegationsleitung gemacht hat, war uns auch klar.

Wenn wir dann abends in dem Quartier zusammensaßen, wurde uns deutlich, wie dieses Leben in der Diktatur tatsächlich funktioniert. Da waren wir natürlich in einer ganz komfortablen Außenposition. Man fühlte sich überhaupt nicht bedroht. Man wusste, dass auch das private Gespräch sozusagen halb öffentlich war. Man wusste nicht, wem man vertrauen konnte, wer vielleicht der Zuträger ist. Das konnte man bei einer einwöchigen Delegationsreise ganz gut aushalten, aber etwas anderes ist es natürlich, dort permanent mit dieser Unsicherheit zu leben, nicht zu wissen, wer etwas weitergibt und mit wem man wirklich befreundet sein kann. Das, glaube ich, ermöglicht einen ganz guten Einblick in das Leben in einer Diktatur.

Prof. **Rolf Wernstedt**: Vielleicht als Ergänzung: Ich bin im Herbst 1988 mit einer Delegation von SPD-Bildungspolitikern aus der Landtagsfraktion drei Tage in Magdeburg gewesen. Wir haben die Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und verschiedene Schulen besucht.

Ich kannte die aktuelle, damals moderne DDR-Pädagogik ein bisschen, aber als wir mit den Schülerräten diskutiert haben, kam uns sozusagen richtiges Margot-Honecker-Deutsch entgegen. Da waren die Pädagogen in der Literatur schon weiter. Als ich sie mit diesen Ansätzen konfrontiert habe - lockerer Unterricht, eigene Entwicklung von Aktivitäten durch die Schüler; also das, was in Westdeutschland in der Reformpädagogik schon 20 Jahre vorher stattgefunden hatte -, waren sie völlig durcheinander. Dort begann das gerade. Ich fand das sehr spannend und würde gerne wissen, was sie eventuell darüber berichtet haben, was sie verstanden haben und was nicht.

An einem Abend waren wir noch im Kabarett - das waren die sogenannten Kugelblitze -; auch dorthin haben sie uns begleitet. Wir hatten Sonderkarten, weil die Karten immer ausverkauft waren.

Auf der Bühne saßen zwei Personen: Der eine hatte die Zeitung *Neues Deutschland* und der andere die *Prawda* in der Hand. Es kam in etwa zu folgendem Dialog: Warum liest du denn die *Prawda*? - Weil in der *Prawda* steht, wie es wirklich ist. - Und was steht da sonst noch drin? Wie ist das denn jetzt mit dem Umweltschutz? - Na, da ist alles im Fluss. - Tosendes Gelächter im ganzen Saal, d. h. man wusste schon genau damit umzugehen.

Aber vielleicht noch eine Information, die Heinz Thörmer, der frühere Leiter des Büros von Gerhard Schröder, inzwischen verstorben, aufgeschrieben hat - das wurde auch in einem Buch veröffentlicht -: Als wir an einem der beiden Abende im Hotel waren, kam plötzlich jemand vorbei, der mir eine Einladung zum Abendessen von Herrn Eberlein brachte. Eberlein war damals der erste Sekretär der Bezirksleitung der SED in Magdeburg. Ich habe gedacht: Da gehst du nicht alleine hin. - Ich habe Heinz Thörmer gefragt, ob er mitkommt, und dann sind wir zusammen ins Gästehaus der SED in Magdeburg gegangen. Es war kurz vor 8 Uhr und der Abend, an dem Kohl in Moskau war. Herr Eberlein war recht leutselig; er wollte mit uns essen und ein bisschen reden. Dann schaltete er die Tagesschau ein und sagte: Ich muss doch sehen, was in Moskau passiert. Wenn die beiden sich wirklich einigen, dann ist es mit uns aus. - Ich fand das ganz erstaunlich, dass sie das so gesehen haben. Damals war auch gerade irgendein Chip in Erfurt entwickelt worden, und die DDR glaubte, sie könnte im IT-Bereich jetzt richtig etwas bewegen.

Von dem Gespräch beim Abendessen sind mir zwei Dinge in Erinnerung. Zum einen haben wir uns darüber beschwert, dass - es war November 1988 - die ganze Nacht so viel geheizt wird, dass man das Fenster aufmachen musste. Das heißt, das war eine richtige Energieverschwendung, obwohl die DDR außer der Braunkohle ja nicht so viele Energiequellen hatte. Es hieß dann, dazu bräuhete man einen Temperaturregler, und die seien zu teuer. Es sei billiger, die Fenster aufzumachen und die Energie rauszulassen. - Das ist für eine moderne Industriegesellschaft schon eine sehr prekäre Aussage.

Zum anderen haben wir als Bildungspolitiker über Jugendliche, über Erziehung usw. geredet. Da hat Eberlein wirklich gesagt: Wir haben einen Großteil unserer Jugend verloren. - Es war erstaunlich, dass es offenbar Leute im ZK gab, die schon genau wussten, was los war.

Ich muss gestehen, dass ich aufgrund meiner eigenen Erfahrungen so befangen war, dass ich die Brisanz dieser Aussage erst viel später wirklich begriffen habe. Die DDR war am Ende. Sonst hätte er mich auch gar nicht eingeladen.

Kurzum als Hinweis: Das, was in den Führungsetagen der SED passiert ist, könnte man unter Umständen auch auf diese Weise herausfinden. Vielleicht gibt es irgendwelche Aufzeichnungen oder Berichte von Wirtschaftsleuten, die gesagt haben, dass das so eigentlich nicht geht.

Abg. **Maximilian Schmidt** (SPD): Bevor ich meine Frage stelle, möchte ich kurz auf zwei Aspekte aus der Biografie meines Vaters und meiner beiden Großväter eingehen. Ich habe die Stasiakte meines Vaters gelesen, in der mein kleiner Bruder und ich auch vorkommen. Denn dort steht genau, wann wir morgens zum Kindergarten gebracht worden sind.

Mein Vater hat in Dresden Maschinenbau studiert und war dann Entwicklungsingenieur bei Robotron. Als jemand, der als grün bzw. sozialdemokratisch eingeschätzt worden ist, ist er aber auf eine besondere Weise behandelt worden. Er musste nicht nur drei Jahre NVA-Dienst absolvieren, was Pflicht war, wenn man studieren wollte, sondern er ist auch jedes Jahr mindestens einmal für einen Monat zum Manöver bei der NVA eingezogen worden, weil man dachte, so könnte man ihn noch disziplinieren. Das war auch im Herbst 1989 der Fall; er hat dann aber Fahnenflucht begangen.

Mein Vater hat seine Stasiakte gelesen, ist allerdings schon fast lakonisch damit umgegangen. Denn schon während des Studiums haben in der Seminargruppe alle gewusst, wer ein Spitzel ist. Damit ist man sarkastisch umgegangen. Das Gleiche galt für den Betrieb: In der Betriebsgruppe wurde man immer zu einem zweiten Frühstück eingeladen, und auch da kannte man den Spitzel ganz genau. Das war ihnen völlig bewusst, und sie sind mit einem unglaublichen Sarkasmus damit umgegangen.

Meine Mutter berichtet Gleiches. Sie war Arbeitspsychologin bei Robotron und auch in einer Betriebsgruppe. Auch sie wusste genau, wer die Spitzel sind und was da passiert. In einer solchen Situation zu leben, ist natürlich ein Widerspruch, dessen man sich erst später bewusst wird.

Zu dem anderen Aspekt, den Professor Wernstedt angesprochen hat, nämlich dass am Ende viele wussten, dass es zu Ende geht: Mein Großvater väterlicherseits war ein sogenannter weißer Jahrgang. Er war zu jung, um im Zweiten Weltkrieg eingezogen zu werden. Er ist in der DDR aufgewachsen und hat sie immer als „seinen“ Staat begriffen. Er hat dort beim Aufbau geholfen und war am Ende Reisekader, d. h. er konnte zu Beschaffungszwecken auch ins westliche Ausland reisen. Er hat bis zuletzt nicht geglaubt bzw. glauben wollen, dass das schief geht und auch falsch war. Bei meinem anderen Großvater, der Lehrer war, war das anders.

Insofern kann man, glaube ich, keine pauschale Aussage zum Lebensgefühl treffen. Ich glaube aber schon, dass der Grundwiderspruch im Alltag vielen bewusst war.

Nun zu meiner Frage: Mich interessiert vor allem, wie es nach 1990 weiterging. Sie hatten eine Vielzahl von Begegnungen mit SED-Kadern, und man war ja nicht aus der Welt. Haben Sie wahrgenommen, dass es Reflexionen, ein Nachdenken gegeben hat? Gab es ein Schuldbewusstsein in irgendeiner Hinsicht? Aus dem Beispiel meiner beiden Großväter weiß ich, dass es beides geben kann; ich glaube das ist eine Charakterfrage. Wie waren Ihre Erlebnisse?

Prof. Rolf Wernstedt: Ja, wie sieht man eigentlich solche Leute? - Ich weiß es auch nicht. Ich kann nur sagen, dass es sein könnte, dass unsere Vorstellung davon, wie sich Charaktere von Menschen, die in solchen widersprüchlichen Lebenssituationen aufwachsen, entwickeln - ob sie stabil sind oder nicht -, nicht unbedingt zutreffen muss. Ich habe das Beispiel mit den Bauern genannt. Einer von ihnen, der jetzt auf dem Friedhof liegt, hat zu mir einmal in der Gastwirtschaft gesagt: Also, Rolf, das ist völlig klar: Der Sozialismus kommt. - Ich habe ihn dann gefragt, was er wählen würde, wenn er bei uns in der Bundesrepublik wäre. Da hat er gesagt: Natürlich Franz Josef Strauß. - Das hat er in seinem Kopf zusammengekriegt. Darüber habe ich mich schon damals gewundert.

Also: Menschen und Charaktere zuzuordnen, ist in diesem Zusammenhang vielleicht ein bisschen komplizierter, als man sich das vorstellt. Aber vielleicht hilft uns diese Beobachtung auch bei der gegenwärtigen politischen Situation. Es gibt wirklich ehrenwerte Menschen, die so widersprüchlich sind, dass man im Laufe der Jahrzehnte nicht mehr damit zurechtkommt.

Abg. Dr. Silke Lesemann (SPD): Da nun keine weiteren Fragen an unseren heutigen Gast vorliegen, bedanke ich mich ganz herzlich für Ihre Ausführungen und Ihr Kommen.

1.9. Erarbeitung von Empfehlungen

1.9.1 Vorwort zu den Empfehlungen

Die Enquetekommission hat in dem vorliegenden Bericht ihre gewonnenen Erkenntnisse ausgewertet und gebündelt. Auf dieser Grundlage hat die Enquetekommission eine Liste von Empfehlungen für den Abschlussbericht erarbeitet. Damit will sie einen wichtigen Beitrag für die Erinnerungskultur in unserem Land leisten. Die Empfehlungen sind zum einem auf die Zukunft gerichtet. Dies gilt vor allem für die junge Generation, welche die Teilung unseres Landes nicht mehr selbst miterlebt hat. Die Vermittlung der Erfahrungen, was es bedeutet, in einem geteilten Land und unter einem totalitären Regime zu leben, wird mit zunehmender zeitlicher Distanz immer schwieriger. Zudem stehen immer weniger Zeitzeugen zur Verfügung.

Doch neben der jungen Generation richten sich die Empfehlungen des Abschlussberichtes zum anderen auch an die Menschen, welche die zweite Diktatur auf deutschem Boden noch selbst erlebt haben.

Gerade den Opfern des SED-Regimes ist in der Kommissionsarbeit und in den Empfehlungen bewusst sehr viel Raum eingeräumt worden. Die Empfehlungen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern sollen vielmehr einen Impuls geben, um Erinnerung und Aufarbeitung in unserem Land voranzubringen.

1.9.2 Empfehlungen der Enquetekommission für den Niedersächsischen Landtag, den Deutschen Bundestag, den Bundesrat und andere öffentliche und nichtöffentliche Stellen

Den Opfern der zweiten Diktatur auf deutschem Boden ist ein besonderes Gewicht in der Kommissionsarbeit gegeben worden. Deshalb sollten auch die Empfehlungen zum Themenfeld 8 des Einsatzungsbeschlusses „Opfer des MfS in Niedersachsen anerkennen und gegebenenfalls Fragen der Entschädigung klären“ an erster Stelle der Empfehlungen genannt werden:

Anerkennung, Hilfe und Entschädigung

- Die Enquetekommission würdigt die erfolgreiche Arbeit der Opferberatungsstelle für SED-Opfer im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport. SED- und Stasi-Opfer haben hiermit, vor allem durch Beratungsangebote an verschiedenen Stellen im Flächenland Niedersachsen, eine wohnortnahe Auskunftsmöglichkeit. Niedersachsen ist das erste und einzige Bundesland, das eine solche Einrichtung hat. Die Opferberatungsstelle sollte so lange fortgeführt werden, wie hierfür eine weitere Nachfrage besteht. Zu diesem Zweck ist sie personell und finanziell ausreichend auszustatten.

- Die Opferberatungsstelle arbeitet sehr eng mit dem „Niedersächsischen Netzwerk für SED- und Stasiopfer“ zusammen. Dieser Zusammenschluss der in Niedersachsen aktiven Opferverbände und vieler verbandsungebundener SED- und Stasiopfer wird vom Niedersächsischen Landtag begrüßt.
- Ein großes Problem für viele Opfer sind Schwierigkeiten bei der Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden. Das Bundesgesetz muss von 16 verschiedenen Ländern angewandt und umgesetzt werden. Dies führt fast naturgemäß, besonders bei den Begutachtungen, zu großen Unterschieden.
- Die Bundesregierung wird aufgefordert die nachstehende Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag der Regierungsparteien umgehend umzusetzen und dem Deutschen Bundestag zur Entscheidung vorzulegen.

„Für SED-Opfer, die haftbedingte Gesundheitsschäden erlitten haben und deshalb Versorgungsleistungen beantragen, werden wir gemeinsam mit den Ländern die medizinische Begutachtung verbessern.“

Der Landtag erwartet von der Bundesregierung, dass sie hierfür einen mit den Ländern abgestimmten Gesetzentwurf vorlegt, der gewährleistet, dass die medizinische Begutachtung für SED-Opfer, die haftbedingte Gesundheitsschäden erlitten haben, verbessert wird. Vor allem ist durch eine zwischen den Ländern verbindliche Vereinbarung zu gewährleisten, dass die Gutachter, nicht nur medizinisch fachsachverständig sind, sondern auch über die nötigen geschichtspolitischen und DDR-spezifischen Kenntnisse verfügen.

- Leistungen der bescheidenen „Opferrente“ von monatlich maximal 300 Euro erhalten nur SED-Opfer die heute sozial bedürftig sind. Die meisten Betroffenen empfinden diese Zuwendung jedoch nicht primär als einen finanziellen Ausgleich in einer sozialen Notlage, sondern vielmehr als Anerkennung des wiedervereinten Deutschland für Ihren Einsatz für Demokratie und persönliche Freiheit.

Das Land Niedersachsen wird deshalb gebeten eine Bundesratsinitiative zu ergreifen und sich dafür einzusetzen, diese besondere Zuwendung nach § 17 a StRehaG nicht mehr an eine heute noch bestehende Bedürftigkeit zu binden, sondern nur noch an eine Haftdauer von mindestens 180 Tagen.

- Der Deutsche Bundestag wird gebeten, den Grundsatz, nach dem Leistungen aus den drei SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen nicht auf andere Zahlungen angerechnet werden, durch eine Klarstellung auch im Beruflichen Rehabilitierungsgesetz umzusetzen. Obwohl die Gesetzesänderung nur ganz wenige Menschen betrifft, sollte sie aus Gerechtigkeitsgründen erfolgen.

1.9.3 Schule und Erinnerungskultur, Forschung und Lehre

Die Kommission begrüßt, dass das Thema DDR im Sekundarbereich I in allen Schulformen der Schuljahrgänge 5 bis 10 verbindlich ist, schulfachübergreifend und nicht auf den Geschichtsunterricht begrenzt unterrichtet wird.

Die Kommission ist sich der Herausforderung bewusst, der Schülerschaft aller Schulformen die Themenvielfalt historischer Epochen, Ereignisse und Prozesse als exemplarische Auswahl und als Orientierungswissen in einer limitierten Anzahl von Unterrichtsstunden nahe zu bringen. Der bestehende Ansatz, Herrschaft und politische Teilhabe als strukturierende Aspekte in allen Schulformen für den Themenbereich DDR zu verwenden, scheint vor diesem Hintergrund sinnvoll gewählt.

Die Enquetekommission empfiehlt folgende Maßnahmen, für eine lebendige Erinnerungskultur zu sorgen und die Auswirkungen staatlicher Unrechtsherrschaft auch zukünftig greifbarer zu machen:

- Bei der Darstellung und Funktionsweise diktatorisch geprägter Unrechtssysteme soll künftig stärker exemplarisch auf die Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) eingegangen werden. Die Lehrpläne könnten sich beispielhaft an den Regelungen zum Themenbereich NS-System orientieren und diese ergänzen.
- Auf bestehende Angebote der Lehrerfortbildungen zum Thema Staatssicherheit und dessen Vermittlung im Unterricht sollte künftig verstärkt aufmerksam gemacht werden.
- Gedenkstätten und Ausstellungen zum Thema SED-Diktatur und MfS mit Bezug auf Niedersachsen sollten künftig verstärkt gefördert werden.

Auf eine Kleine Anfrage von Mitgliedern der FDP-Landtagsfraktion wurden durch die Landesregierung folgende Niedersächsische Erinnerungsorte mitgeteilt (Drucksache 17/7078)¹⁵⁴:

- o „Alte Schule“, Bleckede (Ausstellung bestehend aus Infotafeln),
- o Ausstellung „Wendepunkte“ mit Rundwanderweg „Grenzgänge - Leben an der Elbe“, Konau/Elbe sowie Ausstellungsscheune „Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze, Konau/Ortsteil Popelau (Ausstellung bestehend aus Infotafeln),

154 Weitere Literaturhinweise zum Thema Erinnerungsorte entlang der innerdeutsche Grenze Maren Ullrich: Geteilte Ansichten. Erinnerungslandschaft deutsch-deutsche Grenze, Berlin 2006 und Michael Cramer: Europa-Radweg Eiserner Vorhang. Am „Grünen Band“ von Usedom über den deutsch-deutsch Radweg zur tschechischen Grenze, Esterbauer 2011.

- Gedenkpyramide zur Erinnerung an Zwangsaussiedlungen, Vockfey (Ausstellung bestehend aus Infotafeln),
 - „Altes Zollhaus“, Hitzacker/Elbe (Grenzthematik ist Bestandteil des Stadtmuseums),
 - Grenzlandmuseum Schnackenburg mit Gedenk- und Begegnungsstätte Stresow, Aulosen,
 - Museum Wustrow, Wendland (Grenzthematik ist Teil des Museums),
 - Künstlerhof Schreyahn, Wustrow/Wendland (Ausstellung bestehend aus Infotafeln),
 - Grenzlandmuseum „Swinmark“, Göhr/Schnega,
 - Zonengrenz-Museum, Helmstedt,
 - Gedenkstätte „Grenze“, Mattierzoll-Hessen (Informationspavillon und Freigelände),
 - Heimatmuseum Hornburg (ein Grenzland-Raum innerhalb des Heimatmuseums),
 - Heimat- und Ski-Museum Braunlage (Grenzthematik ist ein Kapitel des Museums),
 - Grenzlandmuseum Bad Sachsa/Tettenborn,
 - Heinz-Sielmann-Stiftung, Duderstadt (kein Museum, aber verantwortlich für den Abschnitt des Grünen Bandes Deutschland zwischen Eichsfeld und Werratal),
 - Landschaftskunstobjekt West-Östliches Tor (zwischen Duderstadt und Ecklingerode gelegener Ort der Erinnerung, der von Michail Gorbatschow seiner Bestimmung übergeben wurde).
- Die neuerrichtete Landeszentrale für Politische Bildung Niedersachsen sollte verstärkt bei der Bearbeitung und Darstellung des Themas Staatssicherheit in Niedersachsen einbezogen werden.
 - Die Förderung zum Besuch von Gedenkstätten, Ausstellungen oder sonstigen Veranstaltungen in Niedersachsen und in unmittelbarer Nähe der niedersächsischen Grenze zum Themenkreis der Kommission sollte so ausgestaltet werden, dass deren Besuch für unterrichtliche Zwecke nicht aus finanziellen Gründen scheitert.
 - Die Möglichkeit, in der Opferberatungsstelle für SED-Opfer beim Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport eine Zeitzeugenliste zu erstellen, mit welcher Zeitzeugen vermittelt werden können, soll geprüft werden.

Digitale Informationsplattformen: Um einen niederschweligen Zugang zum Thema SED-Diktatur und ihrer Bedeutung für die deutsche Geschichte zu ermöglichen, sollten mediale Inhalte in einer digitalen Informationsplattform aufbereitet werden. Vorbild könnten Dokumentationen wie das Online-„Archiv des Unrechts“ sein.

Dies würde den Schülerinnen und Schülern in Niedersachsen nicht nur die Möglichkeit geben, im schulischen Rahmen eine zusätzliche mediale Aufarbeitungsmöglichkeit zu erfahren, sondern sich

auch privat mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Gleichzeitig bietet ein digitales Museum auch Spielräume, Inhalte in besonderer Weise digital aufzuarbeiten.

Als Beispiel könnte ein virtueller Teilabschnitt der Mauer zugänglich gemacht werden oder anhand interaktiver Karten, die Tätigkeiten des Ministeriums für Staatssicherheit entlang der niedersächsischen Grenze und in Niedersachsen selbst gezeigt werden.

Die Kommission begrüßt, dass das Thema DDR-Geschichte bzw. DDR-Unrecht an niedersächsischen Hochschulen in einer Reihe von Lehrveranstaltungen, vorwiegend im Bereich Geschichtswissenschaft, aber auch in den Literaturwissenschaften, angeboten wird. Zeithistorische Professuren zum Themenkomplex DDR-Geschichte bzw. DDR-Unrecht wurden an niedersächsischen Hochschulen bisher nicht eingerichtet.

Die Enquetekommission würde im Rahmen von Hochschulautonomie und akademischer Selbstkontrolle eine Stärkung von Forschung und Lehre in diesem Themenfeld grundsätzlich begrüßen.

1.9.4 Empfehlung zur Beauftragung einer Untersuchung

Die Enquetekommission empfiehlt dem Landtag, mögliche Verbindungen von Abgeordneten des Niedersächsischen Landtags zum Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR seit 1949 untersuchen zu lassen.

Diese Untersuchung sollte darüber hinaus die Klärung zum Gegenstand haben, ob die Stasi versucht hat, über Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Landtagsfraktionen Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen bzw. in welchen Fällen ihr dies gelungen sein könnte. Weiterhin soll eine mögliche Unterwanderung der niedersächsischen Parteien recherchiert werden. Auch die ggf. mögliche Einflussnahme und Unterwanderung in der Ministerialverwaltung sollte untersucht werden.

Bereits jetzt sollte mit dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR geklärt werden, ob und ggf. in welcher Form eine solche Untersuchung realisiert werden kann.

1.9.5 Empfehlungen für ein Verbundprojekt „Stasi in Niedersachsen“

Die Enquetekommission regt an, eine weitere Untersuchung der Spionagetätigkeit des MfS in Niedersachsen auch nach Beendigung der Kommissionsarbeit fortzuführen. Eine umfassende Erforschung des Einflusses der Stasi auf den Westen Deutschlands und vor allem auf Niedersachsen, steht immer noch am Anfang.

Der Niedersächsische Landtag wird gebeten, dabei auch die Möglichkeit eines wissenschaftlichen „Verbundprojektes Stasi in Niedersachsen“ in Erwägung zu ziehen.

Systematisch angelegte, auf Niedersachsen bezogene Forschungen, sollen zentrale Handlungsempfehlungen der Kommission mittels wissenschaftlicher Forschung und didaktischer Aufbereitung umsetzen. Damit kann in Niedersachsen auch ein wichtiger regionaler Beitrag zur Aufarbeitung der Spionage in Deutschland geleistet werden.

Die Bearbeitung des Gesamtthemas „Stasi in Niedersachsen“ sollte sich auf mehrere thematische Bereiche erstrecken. Die Enquetekommission schlägt folgende Themenkomplexe vor:

- 1: Wirtschaft / Unternehmen
- 2: Hochschulen / Forschungs- und Bildungseinrichtungen
- 3: Sicherheitsbehörden / Verfassungsschutz
- 4: Überlegungen zur geschichtsdidaktischen Vermittlung des Themas

In der Forschungsarbeit sollte auch das Feld der sozialen Bewegungen und ihrer führenden Akteure berücksichtigt werden. Es ist zu prüfen, inwieweit die DDR-Staatssicherheit hier verankert war und welche Informationen in die DDR gelangten. Darüber hinaus sollen Strategien untersucht werden, wie und mit welchem Ziel das MfS auf Inhalte niedersächsischer Politik oder auf gesellschaftliche Strömungen Einfluss zu nehmen versuchte und wie erfolgreich es dabei war. Weitere Forschungen könnten sich auf die MfS-Spionagetätigkeit gegen Hilfseinrichtungen für Flüchtlinge sowie militärische Objekte in Niedersachsen erstrecken.

Eine wichtige Quelle für die künftige Aufarbeitung können Unterlagen der Niedersächsischen Justiz sein. Vor allem seit den 1990er Jahren gab es mehrere Ermittlungsverfahren gegenüber ehemaligen Mitarbeitern des MfS. Gerade vor dem Hintergrund der zum größten Teil vernichteten Unterlagen der HV A kommt den Erkenntnissen aus diesen Verfahren eine besondere Bedeutung zu. Hier stellt sich ein Kenntnisstand über die Auslandsspionage (HV A) dar, der auf andere Weise nicht gewonnen werden kann und andererseits als Quelle für die historische Forschung einen hohen Wert hat.

1.9.6 Drs. 17/7492 - Erinnerung und Gedenken wahren - Stasi-Unterlagen als nationales Kulturgut sichern und zugänglich machen

Aufgrund des Entschließungsantrages der FDP-Fraktion vom 15.11.2016 (Drucksache 17/6896) erging seitens des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kultur eine Beschlussempfehlung an den Landtag (Drucksache 17/7369) die zu folgender Landtagsentschließung führte:

Niedersächsischer Landtag – 17. Wahlperiode

Drucksache 17/7492

Unterrichtung (zu Drs. 17/6896 und 17/7369)

Der Präsident
des Niedersächsischen Landtages
– Landtagsverwaltung –

Hannover, den 01.03.2017

Erinnerung und Gedenken wahren - Stasi-Unterlagen als nationales Kulturgut sichern und zugänglich machen

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/6896

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur - Drs. 17/7369

Der Landtag hat in seiner 122. Sitzung am 01.03.2017 folgende Entschließung angenommen:

Erinnerung und Gedenken wahren - Stasi-Unterlagen als nationales Kulturgut sichern und zugänglich machen

Die teils nur in zerstörter Form („zerrissenes Papier“) vorhandenen und in Säcken gelagerten Unterlagen der Staatssicherheit (Stasi) sind wichtige Dokumente der deutschen und europäischen Lebenswirklichkeit und Geschichte. Sie dokumentieren insbesondere die Überwachung und Bespitzelung der DDR-Bürger und gehören zu der Erinnerung an das Leben im DDR-Unrechtsstaat und die Verbrechen der Stasi, die das Leben einer ganzen Gesellschaft maßgeblich prägten. Um das Wirken der SED-Diktatur für nachfolgende Generationen nachvollziehbar sowie für Wissenschaft und Forschung zugänglich zu machen und um Informationen und auch gezielte Fehlinformationen für Familien und Interessierte transparent zu machen, ist es notwendig, die Stasi-Unterlagen bundesweit zu sichern und die Zugänglichkeit mit einer Systematik herzustellen. Wegen der Papierqualitäten und des momentanen Erhaltungszustandes der Dokumente besteht letztlich ein Zeitdruck, den nur Experten bewerten können.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, sich bei der Bundesregierung für die Einrichtung eines zentralen Stasi-Unterlagen-Archivs einzusetzen und die Arbeiten zur Herstellung lesbarer Dokumente in gebotener Weise zu befördern. Das betrifft beispielsweise die personelle und technische Ausstattung (Digitalisierung, Vernetzung).

2. Band II: „Tagungsband des Symposiums der Enquetekommission „Verrat an der Freiheit - Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“ des Niedersächsischen Landtages am 8. und 9. April 2016

2.1. Vorwort

Im Februar 2015 beschloss der Niedersächsische Landtag die Einsetzung einer 17-köpfigen Enquetekommission „Verrat an der Freiheit – Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“. Die Ergebnisse der zweijährigen Arbeit der Kommission, die neben Mitgliedern des Landtages externe Sachverständige aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft umfasst, werden in drei Bänden veröffentlicht. Im ersten Band wird die Kommissionsarbeit dokumentiert und es finden sich neben dem Einsetzungsbeschluss Niederschriften einzelner Kommissionssitzungen, in denen Anhörungen von SED-Opfern und persönliche Erfahrungen mit politischer Überwachung im Mittelpunkt stehen. Der dritte Band beschreibt vorhandene archivalische Quellen und Dokumente über das Wirken der Staatssicherheitsorgane der DDR in Niedersachsen.

Die in diesem Band versammelten Aufsätze gehen zurück auf ein wissenschaftliches Symposium der Enquetekommission „Verrat an der Freiheit - Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“, das am 8./9.4.2016 im Übergangsplenarsaal des Niedersächsischen Landtages stattfand.

Mit dieser Arbeit betritt die Kommission Neuland. Denn es gibt weder in Niedersachsen eine systematische Aufarbeitung über das Wirken der Stasi noch in den anderen westdeutschen Bundesländern.

Der vorliegende Band beleuchtet das Thema näher und konnte erfreulicherweise Beiträge eines Großteils der relativ wenigen einschlägig Forschenden versammeln. Neben einer generellen Einordnung der Operationstätigkeit der Staatssicherheitsorgane der DDR in Niedersachsen, geht es um den Einfluss der Stasi auf Justiz und Wissenschaft aber auch das Wirken der Stasi in einzelnen Regionen Niedersachsens. Einblicke in die Arbeit der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter, der Ost-Akademie Lüneburg sowie Opfer- und Täterbiografien runden das Bild ab.

Die redaktionelle Bearbeitung der Publikationen wurde von Göran Hachmeister M.A. vorgenommen.

Dr. Silke Lesemann

Vorsitzende der Enquetekommission „Verrat an der Freiheit - Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“

2.2. Tagungsband Symposium am 08. und 09.04.2016 (11. und 12. EKS-Sitzung)

In der dreibändigen Veröffentlichung des Wallstein Verlages „Ergebnisse der Enquetekommission »Verrat an der Freiheit - Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten« des Niedersächsischen Landtags“ werden im Band »Stasi in Niedersachsen. Bd. 2: Tagungsband des Symposiums, hg. vom Niedersächsischen Landtag, Göttingen 2017«^{*)} die Beiträge anlässlich des Symposiums am 08. und 09. April 2016 dargestellt.

2.3. Presse- und Medienauswertung, Reaktion der Presse auf die EKS-Arbeit

In der dreibändigen Veröffentlichung des Wallstein Verlages „Ergebnisse der Enquetekommission »Verrat an der Freiheit - Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten« des Niedersächsischen Landtags“ werden im Band »Stasi in Niedersachsen. Bd. 2: Tagungsband des Symposiums, hg. vom Niedersächsischen Landtag, Göttingen 2017«^{*)} die Presse- und Medienbeiträge zur Arbeit der Enquetekommission mit besonderem Blick auf das am 08. und 09. April 2016 durchgeführte Symposiums zusammengestellt.

3. Band III: „Findbuch der Enquetekommission „Verrat an der Freiheit - Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“ des Nieder- sächsischen Landtages“

3.1. Vorwort

Im Februar 2015 beschloss der Niedersächsische Landtag die Einsetzung einer 17-köpfigen Enquetekommission „Verrat an der Freiheit – Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“.

Die Ergebnisse der zweijährigen Arbeit der Kommission, die neben Mitgliedern des Landtages externe Sachverständige aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft umfasst, werden in drei Bänden veröffentlicht. Neben einem wissenschaftlichen Symposium im April 2016 und der Anhörung von Zeitzeugen in mehreren Sitzungen der Enquetekommission, die in zwei weiteren Bänden veröffentlicht sind, dokumentiert der vorliegende Band Quellen und Dokumente über das Wirken der

^{*)} Erscheint voraussichtlich im Oktober 2017

Staatssicherheitsorgane der DDR in Niedersachsen in unterschiedlichen Archiven. Als Basis für die weitere wissenschaftliche Bearbeitung des Themas „Niedersachsen und die Staatssicherheit“ ist auf Beschluss der vom Niedersächsischen Landtag eingesetzten Enquetekommission „Verrat an der Freiheit – Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“ die Erstellung einer kommentierten Materialsammlung bzw. eines Findhilfsmittels beschlossen worden. Die hiermit einhergehende Dokumentation der Aktivitäten und Methoden des Staatssicherheitsdienstes in Niedersachsen soll gleichzeitig weitere Forschungen anregen und Ansatzpunkte für Archivrecherchen erleichtern.

Frau Dr. Elke Kimmel, die von der Enquetekommission als Bearbeiterin beauftragt wurde, ist für diese mit großer Akribie vorgelegte Arbeit zu danken.

Dr. Silke Lesemann

Vorsitzende der Enquetekommission „Verrat an der Freiheit - Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten“

3.2. Findbuch

In der dreibändigen Veröffentlichung des Wallstein Verlages „Ergebnisse der Enquetekommission »Verrat an der Freiheit - Machenschaften der Stasi in Niedersachsen aufarbeiten« des Niedersächsischen Landtags“ wird im Band »Stasi in Niedersachsen. Bd. 3: Findbuch, hg. vom Niedersächsischen Landtag, Göttingen 2017«^{*)} eine kommentierte Materialsammlung bzw. ein Findhilfsmittel, welches von Frau Dr. Kimmel erarbeitet wurde, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

*) Erscheint voraussichtlich im Oktober 2017